

"Natürlich kann die Beurteilung jedes gegenwärtigen geschichtlichen Ereignisses immer auch andere Seiten hervorheben als seinen Zusammenhang mit der Klassenherrschaft. Aber gerade auf die Erkenntnis dieses Zusammenhangs kommt es heute an. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass die Abneigung gegen die Einseitigkeit, Grobheit, Plattheit, Banalität, ja schliesslich überhaupt gegen Erklärung, Ableitung, Ursachenforschung, einheitliche Theorie der Angst entspringt, dass die gesellschaftliche Ursache des gegenwärtigen Rückschritts ins Licht des allgemeinen Bewusstseins komme. Auch diese Vermutung ist platt und einseitig."

Max Horkheimer in: *Dämmerung*, Amsterdam 1934, S. 91  
(unter dem Pseudonym Heinrich Regius erschienen)



Goldberg

**Abschwung - Rezession - Krise**

**Gewerkschaften - Orientierungsfragen:**

Deppe - **Gewerkschaftstage**/Schmitthenner/Urban -  
**Sozialpolitik**/Götz - **Umbruch und Zukunft**

**Gewerkschaften - Herausforderungen:**

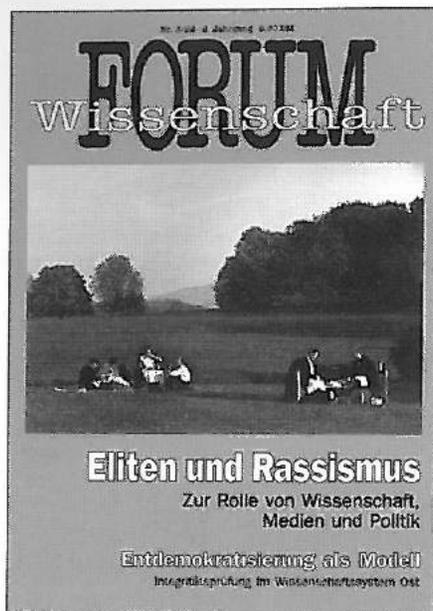
Schäfer - **IG Metall**/Schulten - **Internationalisierung**/  
Strutynski - **Lean production**/Peter - **MB am**  
**Arbeitsplatz**/Brinkmann/Seifert - **Jugend**

**Zusammenbruch des Realsozialismus - Ursachen und**  
**Konsequenzen:**

Hobsbawm - **Zivilisationskrise**/Bischoff - **Plünderung**  
**des Gesellschaftseigentums**/Charlamenko - **Jelzins**  
**18. Brumaire**/Becker - **Südafrikas Kommunisten**

Schmitt - **Rechtspopulismus und Finanzkapital**/  
Podszuweit - **Information als Eigentum**/Böke - **Laclau**  
**u. Mouffe**/Heininger - **Stamokap-Theorie**

## Das kritische Wissenschaftsmagazin



Forum Wissenschaft  
erscheint vierteljährlich  
mit 70 - 90 Seiten.

8,50 DM kostet das Einzelheft,  
35,- DM das Jahres-Abo im Inland,  
40,- DM ein Auslands-Abo.

### Ältere Titel:

3/91: Tierversuche - sinnloses Ritual  
der Wissenschaft?

4/91: Umweltsanierung Ost nach  
westlichem „Vorbild“

1/92: Uni - was nun? • Patentiertes  
Leben. Zur Konstruktion großer For-  
schung

2/92: Dominanzverhältnisse - Dem  
europäischen Expansionismus zum  
500. Geburtstag.

**Kostenloses  
Probeheft anfordern!**

**Neu!  
Heft 3/92**

**Eliten und Rassismus - Zur Rolle von Wissenschaft, Medien und Politik:** *Siegfried Jäger:* Elitediskurs und Alltagsbewußtsein - Zu Ursachen der Eskalation rassistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland • *Irmgard Pinn:* Rassismus und Bevölkerungspolitik • *Sigrid Harnisch / Petra Wagner:* „Ausländer bleiben - Nazis vertreiben“? - Überlegungen zum hilflosen Antirassismus • *Teun A. van Dijk (NL):* Intellektuelle, Rassismus und die Presse • *Richard Goldstein (USA):* Eine Allianz weißer Männer - Die Politik der »political correctness«.

„Südfront“: *Dorothee Piermont:* Die »globalen« Fragen - Neue Waffe des alten Imperialismus • *Taller de la Solidaridad/Solidaritätswerkstatt:* Solidarität mit Cuba - Ein Tropfen auf den heißen Stein?

**Dossier, Entdemokratisierung als Modell:** „Wegen mangelnder persönlicher Eignung“ - Diskussion über die »personelle Erneuerung« im Osten.

TeilnehmerInnen: *Achim Bittrich • Sonja Brentjes • Sigrid Hoppe • Klaus Kinner • Hans-Dieter Klein • Ingrid Kuczynski • Peter Kuczynski • Hubert Laitko • Bernd Marquard • Bernd Okun • Peer Pasternak • Gisela Petruschka • Karin Rührdanz • Manfred Stern • Horst Zschke • Ulrich Ziegler.*

**Ökologie:** *Thomas Baumgartner / Frieder Rubik:* Impulse für eine Norm - Zur Praxis ökologischer Produktbilanzen.

**Und im Magazin:** Frauenmagazin • Martina's Zahlentafel • Themen & Texte • Tagungsberichte • Rezensionen • Termine • Hausmitteilungen usw. ...

## ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift  
**4. Jahrgang**  
**Heft 13 (März 1993)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische  
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)  
und dem IMSF e.V.

### Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff  
Prof. Dr. Ulrich Briefs  
Prof. Dr. Dieter Boris  
Prof. Dr. Frank Deppe  
Monika Domke  
Prof. Dr. Werner Goldschmidt  
Prof. Dr. Horst Heiningen  
Prof. Dr. Jörg Huffschmidt  
Dr. Sabine Kebir  
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling  
Dr. Harald Werner

### Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Johannes Henrich von  
Heiseler, Dr. Heinz Jung.

5 Editorial

Jörg Goldberg

- 7 Die Weltwirtschaft im Abschwung - Rezession in Deutschland
- 

### Alte Grenzen - neue Ufer: Gewerkschaftsfragen

Frank Deppe:

- 21 Nach den Gewerkschaftstagen

Horst Schmitthener/Hans-Jürgen Urban:

- 32 Aspekte gewerkschaftlicher Sozialpolitik in der "zweiten Gründungsphase" der Bundesrepublik Deutschland

Christian Götz:

- 43 Zwischen Stillstand und Aufbruch - Anmerkungen zur Zukunft der Gewerkschaften
- 

Heinz Schäfer:

- 58 Politischer Paradigmenwechsel? - Zum Gewerkschaftstag der IG Metall

Thorsten Schulten:

- 66 Europäische Betriebsräte - Gewerkschaftlicher Internationalismus in transnationalen Konzernen

Peter Strutynski:

- 76 Differenzierung und Segmentierung der Arbeiterklasse durch neue Produktionskonzepte

Lothar Peter:

- 87 Mitbestimmung am Arbeitsplatz - eine kapitalkonforme Forderung?

Ulrich Brinkmann/Matthias Seifert:

- 96 Jugend und Gewerkschaften: Wie Feuer und Wasser?
- 

### Annäherung an die Ursachen und Konsequenzen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa (II)

Eric Hobsbawm:

- 107 Von der Schwierigkeit, den stürmischen Wandel in der Welt zu erfassen

- Joachim Bischoff:  
119 Von der Verselbständigung zur Plünderung des Gesellschaftseigentums

Alexander Charlamenko:

- 133 Der Achtzehnte Brumaire des Boris Jelzin oder Anmerkungen zum Rechtsstaat

Joachim Becker:

- 142 Südafrikas Kommunisten am Scheideweg
- 

Peter F. Schmitt:

- 152 Wie weiter mit der rechtspopulistischen Insurgenz?

Hans-Jürgen Podszuweit:

- 158 Informationelle Revolution und Eigentumsordnung

Henning Böke

- 165 Zur Konstruktion des Sozialen. Eine Auseinandersetzung mit E. Laclau und Ch. Mouffe
- 

### Diskussion, Kritik, Zuschriften

Horst Heiningen:

- 174 Anmerkungen zur kritischen Aufarbeitung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Jonas Dörge-Weidemann:

- 179 Anmerkungen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Ökologie

Hermann Jacobs:

- 183 Das System fester Preise - ein unverstandener Historismus

Hans Wunderlich:

- 185 Neue Produktionsverhältnisse - alte Gesellschaft?
- 

### Berichte

Harald Werner

- 188 Alte Antworten neu befragt. Bremer PDS-Tagung zur Wirtschaftsdemokratie

Fritz Krause:

- 190 Deutschland im Kalten Krieg. Tagung der Marx-Engels-Stiftung

- 194 Buchbesprechungen, Annotationen:**  
 Treuhand: Eine persönliche Bilanz (Huffschmid)  
 Rassismus in Europa (Krause)  
 Bürgergesellschaft als Apologetik des Metropolenkapitalismus (Jung)  
 Der Weg des wissenschaftlich-technischen Umbruchs (Jung)  
 Gramsci in aktueller Perspektive (Kebir)  
 Meinungen am Ende eines Zeitalters (Jung)  
 Städtebau zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn (Schweicher)
- 
- 223 Impressum**
- 224 Autorinnen und Autoren**
- 4 Vorschau**
- 193 Errata**
- 

## Vorschau

### Z - Nr. 14

erscheint Anfang Juni 1993  
 mit dem Schwerpunktthema

### Annäherung an die Ursachen (und Konsequenzen) des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa (III)

Mit Beiträgen von Concepción Alvarez/Ezequiel Maldonado,  
 Friedrich I. Firsov, Heinz Jung, Hubert Mohr, Gottfried Stiehler,  
 Wiktor A. Wasjulin u.a.

Ferner: Hermann Klenner zu Marx, Menschenrechten und  
 Rechtsstaat, Manfred Grieger zum deutschen Faschismus, Anne  
 Showstack-Sasoon zu Gramsci, Claus Dieter König zu Macht und  
 Legitimation in Nigeria

## Editorial

Aufmerksame Leserinnen und Leser werden feststellen, daß die vorliegende Ausgabe nicht ganz der Vorankündigung in Z 12 (Dezember 1992) entspricht. Vielmehr ist der Schwerpunkt der Behandlung strategischer und aktueller Gewerkschaftsfragen gewidmet. Die Bedeutung dieses Komplexes bedarf gegenüber den Lesern sicher keiner besonderen Begründung, besteht doch weitgehend Übereinstimmung darüber, daß von der Entwicklung der Gewerkschaften die Möglichkeit demokratischer Gegenmacht in hohem Maße bestimmt sein wird und dies somit auch eine Grundfrage der marxistischen Linken hierzulande ist. Besonders die Gewerkschaftstage fordern dazu heraus, sich Klarheit über die Grundkonstellation und die Haupttendenzen zu verschaffen. Dabei geht es auch darum, die Dinge beim Namen zu nennen.

Entgegen unserer ursprünglichen Absicht konnte den Ursachen und Konsequenzen des Zusammenbruchs des Realsozialismus nur ein "kleiner" Schwerpunkt gewidmet werden. Freilich kann geltend gemacht werden, daß das Kräfteverhältnis der Klassen und die Situation der Gewerkschaften nicht außerhalb dieser Thematik gesehen werden kann. Wie auch immer, auch mit dieser redaktionellen Lösung mußten wir die Umfanglimitierung sprengen und die Überziehungsmöglichkeiten des gesamten 4. Jahrgangs in Anspruch nehmen. Da dieses Thema - nun als Teil III - den Schwerpunkt von Z 14 (Juni 1993) bestimmen wird (siehe auch die Vorschau für Z 14 in diesem Heft), verschieben sich die geplanten und in Z 11 (September 1992) mitgeteilten Schwerpunkte jeweils um ein Heft.

Die vorliegende 13. Z-Ausgabe, wird mit einer aktuellen Analyse der Krise der Weltwirtschaft und der gespaltenen deutschen Wirtschaft eingeleitet (Goldberg). Dies verhilft sicher auch jener materialistischen Prämisse zu ihrem Recht, daß die Ökonomie die Basis der Gesellschaft bleibt und ökonomische Krisen nicht die besten Zeiten für die Gewerkschaften sind. Die Beiträge von Deppe, Schmitthener/Urban und Götz setzen sich mit den Orientierungsfragen und Alternativen auseinander, wie sie nach den Gewerkschaftstagen sichtbar sind. Es folgt die Erörterung der Tendenzen des Gewerkschaftstages der IG Metall (Schäfer), der neuen Ansätze der Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit in Europa (Schulten), der neuen Produktionskonzepte und der Änderung der betrieblichen Realitäten als Anforderungen an die betriebliche Gewerkschaftsarbeit (Strutynski u. Peter) und der gewerkschaftlichen Jugendarbeit (Brinkmann/Seifert). Wir hoffen, daß damit die in Z 11 (September) begonnene Diskussion substantiell weitergeführt wird.

Unter dem Generalthema "Annäherung an die Ursachen und Konsequenzen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa II" sind Beiträge unterschiedlichen Charakters zusammengefaßt: Eine globale Übersicht über die Gesamtsituation "danach" (Eric Hobsbawm, London), eine

Analyse der Lage in Rußland nach der Parlamentssession vom Dezember 1992 (Alexander Charlamenko, Moskau), eine Darstellung der Orientierungsprobleme der südafrikanischen Kommunisten (Becker) und eine Erörterung des Charakters des Staatseigentums, seiner Verselbständigung und seines Niedergangs in Rußland (Bischoff).

Der Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser möchten wir auch die Beiträge von Schmitt, Podszuweit und Böke empfehlen sowie die wieder gut bestückten Rubriken.

Z 13 erscheint nun in dem schon mitgeteilten und in der Titelei ausgeschilderten neuen institutionellen Rahmen. Zur Mitarbeit im Redaktionsbeirat wurden gewonnen: Dr. Joachim Bischoff (Hamburg, Ökonom, Redakteur von "Sozialismus"), Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg, Soziologe, Hochschullehrer), Prof. Dr. Frank Deppe (Marburg, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer), Monika Domke (Köln, Lehrerin, Redakteurin von "Sozialistisches Forum"), Prof. Dr. Werner Goldschmidt (Hamburg, Soziologe, Hochschullehrer), Prof. Dr. Horst Heininger (Berlin, Ökonom), Prof. Dr. Jörg Huffschnid (Bremen, Ökonom, Hochschullehrer, Mitarbeiter der Memo-Gruppe), Dr. Sabine Kebir (Berlin, Philosophin, Privatdozentin), Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Frankfurt/M., Soziologin, Hochschullehrerin), Dr. Harald Werner (Bremen, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der PDS).

Die erste Tagung des Redaktionsbeirates fand am 12.12.1992 statt und legte gemeinsam mit Herausgebern und Redaktion das Programm für 1993 fest. Unterstrichen wurde der Charakter von Z als eines pluralistischen marxistischen Diskussionsorgans und als einer Stimme der marxistischen Linken in Deutschland.

Ende März 1993 erfolgt die Auslieferung der broschürten Publikation "Reale Geschichte als Lehrmeister. Josef Schleifstein 1915 - 1992", die unserem verstorbenen Mitherausgeber gewidmet ist und von Z mitgetragen wird. Wir werden uns erlauben, dieselbe potentiellen Interessenten mit der Bitte um Kostenbeteiligung zuzusenden. Schon jetzt bitten wir um die Hilfe für den Vertrieb.

Am 8. u. 9. Mai 1993 findet im Bürgertreff Bockenheim (Kurfürstenplatz, Frankfurt/M.) unter Mitträgerschaft von Z wieder eine BRD-weite Diskussionskonferenz statt. Weitere Mitveranstalter: isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München e.V., IMSF e.V., Sozialismus, Hamburg, Sozialistisches Forum, Köln/Frankfurt/M., und Utopie kreativ, Berlin. Arbeitstitel: Die Linke, der Nationalismus und die nationale Frage heute. Wir bitten die Interessenten um Beachtung der Anzeige in dieser Ausgabe und um baldige Anmeldung.

Jörg Goldberg

## Die Weltwirtschaft im Abschwung - Rezession in Deutschland

Das Erscheinungsbild der Weltwirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren nochmals grundlegend verändert. Dies liegt nicht nur daran, daß sich die Mitte 1990 erst andeutende konjunkturelle Abschwächung ausgebreitet und vertieft hat (vgl. "Z" Nr. 3/1990) - vor allem ist das nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers scheinbar triumphierende Ökonomiekonzept in allen Weltteilen in Verruf gekommen. Erneut ist ein wirtschaftspolitischer "Paradigmenwechsel" angesagt. Dabei sind allerdings die Schwächen des in den achtziger Jahren dominierenden Konzepts klarer als die Konturen einer neuen Variante.

### 1. Integration und Desintegration der Weltwirtschaft

Die mit den Namen Reagan und Thatcher verbundene marktradikale Version der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die achtziger Jahre geprägt hatte, steht vor einem Scherbenhaufen:

- In den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, vor allem in den angelsächsischen Staaten und in Japan, hat der kreditfinanzierte Boom der achtziger Jahre Staat, Unternehmen und Haushalte mit einem Schuldenberg ausgestattet, der die Wirtschaftspolitik faktisch handlungsunfähig gemacht hat. Die Liberalisierung der Finanzmärkte erweist sich heute als Krisenfaktor; erschreckt wird festgestellt, daß die bewußt vorangetriebene Polarisierung der Gesellschaft deren ökonomische Dynamik nicht belebt hat, dafür aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt selbst zu zerstören droht.

- In den ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion sind die alten ökonomischen und staatlichen Strukturen zerfallen; Ansätze für eine Neugestaltung sind derzeit nicht erkennbar. Es ist deutlich geworden, daß der Verweis auf die Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Reformen Umstrukturierungskonzepte nicht ersetzt.

- Die Länder des Südens sehen sich zehn Jahre nach dem Ausbruch der Schuldenkrise mehrheitlich in größeren Schwierigkeiten als zu Beginn der Krise, die mit neokonservativen Strukturanpassungskonzepten bewältigt werden sollten.

Auslöser der sich heute abzeichnenden Wendeversuche in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - deren deutlichster Ausdruck der Wahlsieg Clintons in den USA ist - war die Verlängerung und Vertiefung der zyklischen

Wirtschaftskrise, die teilweise Mitte 1990 (USA, Großbritannien), teilweise Mitte 1991 (Westeuropa, Japan) eingesetzt hatte. Es war ursprünglich erwartet worden, daß es lediglich zu einer kurzen "Wachstumspause" kommen würde; dabei sollte die gute Konjunktur in Westeuropa und Japan den Abschwung in der angelsächsischen Welt abmildern. Komme es dort zu der erwarteten Konjunkturverlangsamung, dann stünden die Zeichen am Atlantik wieder auf Belebung. Alle wichtigen Prognosen gingen davon aus, daß dieser "Lokomotivenwechsel" der Weltwirtschaft eine Rezession verhindern würde.

Entgegen den noch im Frühjahr 1992 überwiegenden Hoffnungen ist es aber nicht zu einer allgemeinen Belebung gekommen. Während sich in einigen Ländern eine Stabilisierung abzeichnet bzw. anhaltend hohe Wachstumsraten realisiert werden, haben sich in anderen Teilen der Welt zyklische und strukturelle Krisensymptome verstärkt.

Tabelle 1

Wachstum der Weltwirtschaft 1988-1993 (in vH)<sup>1</sup>

	1988	1989	1990	1991	1992 <sup>1</sup>	1993 <sup>1</sup>
Welt insgesamt	4,4	3,2	1,8	-0,4	1,0	3,0
Entwickelte						
Marktwirtschaften	4,4	3,3	2,6	0,9	1,7	3,2
Übergangsökonomien	4,5	2,3	-5,0	-15,9	-12,0	-4,1
Entwicklungsländer	4,4	3,3	3,2	3,4	4,5	5,5
Welthandel	8,5	7,2	4,7	3,4	4,5	6,5

Internationalisierung und Handelsintegration auf der einen und wachsende Unterschiede und Gegensätze auf der anderen Seite erschweren die notwendige Abstimmung der internationalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken. Die "Globalisierung" der Weltwirtschaft hat - so scheint es gegenwärtig - die Fähigkeit für globale und abgestimmte Vorgehensweisen eher vermindert. Der Abstimmungsmechanismus der G7-Länder (USA, Japan, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien), der in den achtziger Jahren verschiedentlich funktioniert hat, erscheint heute nachhaltig gestört. An die Stelle globaler Liberalisierung ist die Blockbildung getreten. Die "eine Welt" ist zerrissener denn je.

### 1.1 Die entwickelten Industrieländer im verlängerten Abschwung

Seit dem 2. Halbjahr 1990 hält die konjunkturelle Schwäche in den entwickelten Industrieländern an. Es handelt sich damit um eine im Vergleich mit den bisherigen Abschwüngen besonders lange zyklische Krisenperiode. Während seit Ende 1992 in den USA Aufschwungshoffnungen keimen, scheint die Rezession in Japan und in Westeuropa erst am Anfang zu stehen.

<sup>1</sup> UN-Schätzung bzw. -Prognose. Quelle: UN, World Economic Survey 1992.

Die Verzögerung der Belebung in den USA ist vor allem die Folge des kreditfinanzierten Booms der achtziger Jahre. Mit den ersten Anzeichen einer konjunkturellen Abkühlung brach dort das labile Gleichgewicht zwischen einer rasch expandierenden "Geldökonomie" und der nachhinkenden "Realökonomie" zusammen. Ähnlich liegen die Dinge in Japan, wo die ein Jahr später eingetretene konjunkturelle Verlangsamung eine ähnliche interne Verschuldungskrise auslöste (siehe weiter unten).

In Westeuropa, insbesondere in Deutschland, gestaltet sich die Situation teilweise etwas anders. Der zyklische Abschwung gewinnt hier erst seit Mitte 1992 an Fahrt. Der zum 1.1.93 formell in Kraft getretene einheitliche Binnenmarkt wirkt hier ebenfalls wirtschaftspolitisch blockierend. Hatten die Promotoren des Binnenmarkt-Projekts erwartet, daß die Beschränkung der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen diese zu gemeinsamen Vorgehensweisen zwingen würde, so zeigt sich jetzt das Gegenteil: Während der wirtschaftspolitische Dissens wächst, ist die Wirksamkeit der nationalen Maßnahmen gemindert. Die deutsche Hochzinspolitik und die vergeblichen Versuche, zu einer abgestimmten "Wachstumsstrategie" im EG-Maßstab zu kommen, unterstreichen das Dilemma, in das die Binnenmarkt-Strategie geführt hat.

Die anhaltende Konjunkturschwäche auch nach Überwindung der akuten Krise in den USA verschärft den Verdrängungswettbewerb auf den internationalen Märkten und verhindert den Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Dies steht der Überwindung der Stagnationserscheinungen entgegen und fördert die weltwirtschaftliche Desintegration der Länder des Südens und des Ostens.

### 1.2 Zusammenbruch und Differenzierung in Osteuropa

Die Hoffnungen der ehemaligen RGW-Länder auf eine rasche Überwindung der Anpassungskrise im Zeichen des Marktes haben sich inzwischen verflüchtigt. Das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist in einem historisch einmaligen Ausmaß eingebrochen.

Entscheidender noch als der Produktionsrückgang ist der Einbruch der Investitionen. In Osteuropa lagen diese schon 1991 UN-Angaben zufolge um etwa die Hälfte unter dem Stand von 1988. In der ehemaligen Sowjetunion hat der Zusammenbruch etwas später eingesetzt. Aktuelle russische Schätzungen gehen davon aus, daß derzeit zwei Drittel der Ausrüstungen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion technisch "obsolet" sind. Im Erdölsektor gelten sogar 90 Prozent der Anlagen als schrottreif.

Der Zusammenbruch der "formellen" Ökonomie und die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit verweisen die Bevölkerung auf "informelle" Aktivitäten. Diese sind aber im seltensten Fall Ausdruck von "schöpferischem Unternehmertum" - es überwiegen reine Überlebensstrategien in stark überbesetzten Sektoren des Handels und der Dienstleistungen.

Trotz des düsteren Gesamtszenarios differenziert sich die Situation im ehemaligen RGW-Raum zusehens. Nach dem fast vollständigen Zusammenbruch der alten Handelsbeziehungen schneiden jene Länder relativ besser ab, denen ein beschränkter Zugang zu westlichen Märkten eröffnet wurde. Dazu gehören Ungarn, Polen und die ehemalige CSFR. Ob die zaghaften Stabilisierungsansätze im letztgenannten Land Bestand haben, ist wegen der Spaltung derzeit ungewiß.

### 1.3 Peripherisierung in den Ländern des Südens

Tabelle 1 zufolge scheinen die als **Entwicklungsländer** bezeichneten Staaten die aktuelle Rezessionsphase besser zu bewältigen als die Industrieländer. Ihre Zusammenfassung nach Maßgabe der UN-Definition als "Entwicklungsländer" verbirgt aber gewaltige Differenzen in Niveau und Entwicklungsrichtung.

Die Wachstumsregion in Süd- und Ostasien fällt derzeit völlig aus dem Rahmen der weltwirtschaftlichen Trends. Dazu gehören die "vier Tiger" (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur); Anschluß finden aber auch die meisten ASEAN-Staaten (namentlich Malaysia und Indonesien). Eine rasante, allerdings regional sehr unausgeglichene Entwicklung macht China durch, wo wieder mit zweistelligen Wachstumsraten gerechnet wird.

Dagegen verzeichnen die übrigen Regionen des Südens Stagnation oder Rückgang der pro-Kopf-Produktion. Mit Ausnahme weniger Länder, die - wie Mexiko - an westliche Wirtschaftsböcke Anschluß finden, vollzieht sich hier ein ungleichgewichtiger Abkoppelungsprozeß vom Weltmarkt. Während die Länder des Südens immer abhängiger von den Märkten des entwickelten Nordens werden, können sie im Welthandel immer weniger mithalten. Es droht die Peripherisierung im kapitalistisch dominierten Weltmarkt.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise und der neokonservativen Wende in der Entwicklungspolitik können gewisse Aussagen über die Ergebnisse der Strukturanpassungskonzepte gemacht werden. Die Weltbank, die sich inzwischen zur entwicklungspolitischen Führungsinstitution herauskristallisiert hat, kommt in einer Evaluierung ihrer Anpassungsprogramme zu dem Ergebnis, daß die Länder, die sich intensiv den empfohlenen Weltbankprogrammen unterzogen haben, im Vergleich zu den Nicht-Anpassungsländern

- durchschnittlich etwas höhere Wachstumsraten aufweisen,
- gemessen an der Lebenslage der Masse der Bevölkerung aber nicht besser abschneiden
- und einen deutlichen Rückgang der Investitionsquoten verzeichnen.

Stellt man in Rechnung, daß die Strukturanpassungsländer deutlich mehr Entwicklungshilfemittel erhalten haben als die Nicht-Anpassungsländer, so ist diese Bilanz eine kaum verhüllte Bankrotterklärung: Trotz höheren Mittelzustroms sind die Investitionen in den Anpassungsländern stärker

gesunken als in den Nicht-Anpassungsländern (Vgl. World Bank, Adjustment Lending Revisited, Washington DC 1992).

## 2. Deutschland in der Rezession

In Deutschland hat sich der Zusammenprall der Ökonomien des Ostens und des Westens, der anfangs im Westen stabilisierend gewirkt hatte, zu einem Gefährdungsfaktor ersten Ranges entwickelt. Die Rezession im Westen gefährdet den Umstellungsprozeß im Osten, die Strukturzusammenbruch im Osten belastet die Entwicklung im Westen.

### 2.1 Die Beschleunigung des Abschwungs im Westen

In Westdeutschland ist das Bruttoinlandsprodukt seit Mitte 1991 (mit einer witterungsbedingten Unterbrechung im 1. Quartal '92) rückläufig. Inzwischen sind sich die Beobachter weitgehend einig, daß es sich dabei um eine Rezession handelt.

Der im Sommer 1991 nach dem Auslaufen des vereinigungsbedingten Sonderbooms begonnene Abschwung der Konjunktur hat sich entgegen den Prognosen ab Mitte 1992 beschleunigt.

Tabelle 2

Ausgewählte Wirtschaftsdaten Westdeutschlands (vH)<sup>2</sup>

	1991	1.Hj. 1992	2.Hj. 1992	1.Hj. 1993	2.Hj. 1993
Bruttoinlandsprodukt	3,7	1,9	1,0	-1,5	-0,5
Privater Verbrauch	3,6	0,4	1,3	0,5	-0,5
Staatsverbrauch	0,5	3,3	2,0	1,5	2,0
Anlageinvestitionen	6,5	3,0	0,1	-4,0	-2,0
Ausrüstungen	9,1	-0,3	-3,1	-7,0	-5,0
Bauten	4,1	6,2	3,2	-1,5	1,0
Ausfuhr	12,7	4,1	1,9	0,0	-1,5
dar. Ostdeutschland	132,3	21,1	10,9	9,0	5,0
Einfuhr	12,2	4,8	3,5	0,5	2,0
dar. Ostdeutschland	115,3	60,7	18,9	2,5	7,0
Verbraucherpreise	3,8	4,7	3,5	4,0	4,0
Erwerbstätige	2,6	1,3	0,4	-0,5	-0,5
Arbeitslose <sup>3</sup>	1689	1797		2140	

Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland nehmen ab, die Produktion im produzierenden Gewerbe ist seit Februar '92 rückläufig. Die

<sup>2</sup> Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH, preisbereinigt. Quelle: DIW-Wochenbericht 1-2/1993.

<sup>3</sup> Ganze Jahre.

Arbeitslosigkeit nimmt zu und wird für längere Zeit über der 2-Millionen-Grenze liegen.

Die Verlängerung und Vertiefung der ursprünglich nur als "Wachstumspause" erwarteten zyklischen Abschwächung in Westdeutschland hat verschiedene Ursachen. Vor allem ist der erhoffte Anstieg der Warenausfuhr wegen der Konjunkturschwäche in den wichtigen Exportländern ausgeblieben. Die nominale und reale Aufwertung der DM hat die preisliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands beeinträchtigt. Zwar hat der von einer (1989) auf rund 160 Milliarden DM (1992) emporgeschnellte Außenhandelsüberschuß mit der ehemaligen DDR die Exportschwäche zunächst mehr als ausgeglichen. Da die Zunahme im innerdeutschen Handel sich nun verlangsamt, verlieren die expansiven Impulse an Kraft.

Die privaten Haushalte sind verunsichert und halten sich in ihrer Güternachfrage zurück. Die Erhöhung von Steuern und Beiträgen untergräbt die Kaufkraft der Konsumenten. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat angesichts zunehmender Unterauslastung der Produktionskapazitäten spürbar nachgelassen.

Die Hochzinspolitik der Bundesbank wirkt ebenfalls konjunkturhemmend. Dabei sind die außenwirtschaftlichen Folgen der hohen Zinsen kaum weniger wichtig als die binnenwirtschaftlichen Effekte: Die europäischen Nachbarländer werden seit 1990 zu einer Restriktionspolitik gezwungen, die die Importnachfrage hemmt. Die so erzwungene Deflationspolitik verbessert zudem die internationale Konkurrenzfähigkeit der EG-Partner zu Lasten Deutschlands, das sich auf einmal in der Spitzengruppe der Inflationen wiederfindet und zinsbedingt eine DM-Aufwertung hinnehmen muß.

Die öffentlichen Haushalte werden durch die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle nochmals zu höherer Kreditaufnahme und Ausgabenkürzungen gezwungen. Ihr Spielraum in wirtschaftspolitischer Hinsicht wird dadurch auch mittelfristig weiter eingeschränkt.

Ob es im Verlauf des zweiten Halbjahrs 1993 zu der allgemein erwarteten Belebung kommt, ist derzeit kaum abzuschätzen. Entscheidend für den weiteren Verlauf werden vor allem folgende Faktoren sein:

- Die Exporte hängen kurzfristig von der wirtschaftlichen Erholung in Westeuropa und der Ausgestaltung des europäischen Marktes ab; der engeren wirtschaftlichen Integration entsprechen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik derzeit eher wachsende Gegensätze. Die leichte Belebung der US-Wirtschaft wird sich - wenn sie denn anhält - nur mittelfristig positiv auswirken. Angesichts der verschlechterten preislichen Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ist zudem unklar, ob der deutsche Außenhandel an einer Belebung des Welthandels im bisherigen Umfang partizipieren wird.

- Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wird zunächst durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.93 gebremst. Im weiteren Verlauf

des Jahres wird die Nachfrage vor allem infolge der Stagnation der verfügbaren Realeinkommen schwach bleiben.

- Die Nachfrage nach Investitionsgütern läßt ebenfalls keine Auftriebstendenzen erkennen. Die Investitionen der letzten Jahre haben zu einem raschen Wachstum des Produktionspotentials geführt, das erheblich über dem zu erwartenden Nachfragewachstum liegt. Erweiterungsinvestitionen werden daher zurückgestellt. Nur die Bauinvestitionen (Wohnungsbau) stellen einen stabilisierenden Faktor dar.

- Der Staatsverbrauch der westdeutschen Gebietskörperschaften wird real kaum wachsen, da sich die Transferleistungen nach Ostdeutschland auf absehbare Zeit nicht verringern lassen.

## 2.2 Ostdeutschland im Schlepptau des Westens

Auch im dritten Jahr der Vereinigung kann von einer Tendenz zum ökonomischen Ausgleich in Deutschland keine Rede sein.

Die Anpassungs- und Strukturkrise im Osten dauert fort. Zwar ist nach der weitgehenden Zerstörung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen der Rückgang der materiellen Produktion bei etwa einem Drittel des früheren Niveaus gestoppt. Ein eigenständiger Aufschwung aber ist nicht in Sicht. Darüber können Wachstumstendenzen des Dienstleistungs- und Baugewerbes nicht hinwegtäuschen, da diese nach wie vor vom Umfang des Westtransfers abhängen.

Der weitere Rückgang des Osthandels - 1990 auch durch das Ausscheren des im RGW tragenden Pfeilers DDR ausgelöst - hat die traditionellen Exportmöglichkeiten der Industrie Ostdeutschlands seit 1991 entscheidend beschnitten.

Die Zahl der Beschäftigten ist um etwa ein Drittel verringert worden: Von ehemals über 9 Millionen waren 1992 nur noch knapp 6 Millionen erwerbstätig. Der Abbau von Arbeitsplätzen wird sich 1993 bis auf etwa 5,5 Mio. fortsetzen. Zusammen mit den von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begünstigten Personen sind über drei Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit; das entspricht einer Erwerbslosenquote von rund 40 Prozent.

Auch für Ostdeutschland wurden die Vorausschätzungen in den letzten Monaten ständig nach unten korrigiert.

Die weltweite Konjunkturschwäche und die Verschärfung der Krise in Westdeutschland haben ein Grundproblem des deutsch-deutschen Integrationsprozesses offengelegt: Die Produktionskapazitäten der alten Bundesrepublik (Arbeitskräfte und Sachkapital) reichen aus, um den kaufkräftigen Bedarf Gesamtdeutschlands zu befriedigen. Ostdeutsche Produktion hat daher nur dort Chancen, wo es entscheidend auf die Marktnähe ankommt: Bauprodukte, persönliche Dienstleistungen, einige Güter des täglichen Bedarfs. Erhaltung oder Aufbau von Produktionskapazitäten und Ar-

Tabelle 3

Ausgewählte Wirtschaftsdaten Ostdeutschlands (vH)<sup>4</sup>

	1991	1.Hj.1992	2.Hj.1992	1.Hj.1993	2.Hj.1993
Bruttoinlandsprodukt	-31,4	5,5	3,8	2,5	4,0
Privater Verbrauch	3,8	7,4	4,4	2,0	0,5
Staatsverbrauch	-4,3	16,9	-0,6	-4,5	-3,0
Anlageinvestitionen	27,8	25,6	19,3	11,5	17,5
Ausrüstungen	100,1	14,3	12,4	10,0	5,0
Bauten	-4,8	35,8	26,0	12,5	28,5
Ausfuhr	-4,9	22,2	6,6	6,0	14,0
Einfuhr	89,7	16,9	8,4	9,0	6,0
Verbraucherpreise	12,8	13,0	7,2	7,0	8,5
Erwerbstätige	-19,0	-17,6	-11,8	-6,5	-4,5
Arbeitslose (in 1000)	913	1170		1140	

beitsplätzen außerhalb dieser Sektoren im Osten kann nur auf Kosten westdeutscher Standorte realisiert werden. Dabei ist die Konkurrenzposition der ostdeutschen Betriebe nicht nur durch technische und andere Rückstände beeinträchtigt; wichtig ist auch, daß es kaum eigenständiges ostdeutsches Kapital gibt, daß die Entwicklung des Ostens also immer vom Kalkül der westdeutschen Zentralen und Eigner abhängt.

### 3. Konjunktur- oder/und Strukturkrise?

Die Rezessionserscheinungen, die am Jahresanfang 1993 immer noch deutlich die Lage der Weltwirtschaft prägen, sind - wie gezeigt - zunächst vorwiegend konjunktureller Natur.

#### 3.1 Der Konjunkturzyklus als Grundmuster der Wirtschaftsentwicklung

Dies gilt auch für Westdeutschland, wo 1983 - zunächst zögernd - eine Belebung einsetzte, die ab 1987 an Fahrt gewann. 1989/90 kamen die Einflüsse des DDR-Anschlusses dazu.

Die Institute gehen in ihrer jüngsten Prognose davon aus, daß die aktuelle Rezession im Frühjahr 1993 beendet sein und ab der Jahresmitte einem neuen Konjunkturaufschwung Platz machen wird. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Annahme soll weiter unten angesprochen werden. Zunächst geht es um jene Momente, die die Zyklizität der Wirtschaftsentwicklung ausmachen und um deren Ursachen.

<sup>4</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, preisbereinigt. Quelle: DIW-Prognose, a.a.O.

Tabelle 7

Der Konjunkturzyklus in Westdeutschland (Veränderung in vH)<sup>5</sup>

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Inlandsprodukt	1,4	0,2	-0,6	1,5	2,8	2,0	2,3	1,7	3,7	3,3	4,7	3,7	1,5	0,5
Privater Verbrauch	1,2	-0,5	-1,3	1,7	1,5	1,4	3,4	3,3	2,7	1,7	4,7	3,6	1,6	1,6
Investitionen	3,1	-3,6	-5,0	5,3	0,6	5,3	4,9	4,0	6,0	8,6	10,7	8,6	-0,6	-2
Produktionspotential	3,1	2,5	1,5	1,1	0,8	0,8	1,3	1,6	2,0	2,7	3,6	4,5	4,4	3,7

Die Entwicklung seit 1980 läßt sich in 4 Abschnitte einteilen:

- **1980-1982:** Dies sind die Jahre der letzten Wirtschaftskrise, in denen Inlandsprodukt und privater Verbrauch als Ausdruck der Endnachfrage deutlich hinter der Entwicklung des Produktionspotentials der Unternehmen zurückbleiben. Die Auslastung des Produktionspotentials geht zurück. In der Folge werden die Investitionsausgaben reduziert.

- **1983-1987:** Der Rückgang der Investitionstätigkeit führt dazu, daß das Produktionspotential zeitverzögert langsamer wächst; da das Inlandsprodukt und insbesondere die private Nachfrage rascher expandieren als das Produktionspotential, verbessert sich der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten allmählich. Die Unternehmen weiten ihre Investitionsbudgets aus; allerdings vollzieht sich der Konjunkturaufschwung zunächst nur verhalten.

- **1988-1990/91:** Es kommt zu einer verstärkten Expansion der Nachfrage (u.a. als Folge einer Exportbelebung), während das Produktionspotential der Unternehmen zunächst weiter nur verhalten zunimmt. Die Kapazitätsauslastung steigt weiter an. Ende 1989 führt die Öffnung der ehemaligen DDR zu einem regelrechten Nachfrageschub. Die Unternehmen weiten ihre Investitionspläne stark aus, Kapazitätserweiterungsinvestitionen sind das Gebot der Stunde.

- **1991-1993:** Das Nachfragewachstum schwächt sich ab, der einigungsbedingte Sondereffekt verliert an Expansionskraft. Dagegen wächst das Produktionspotential als Folge des Investitionsbooms der Jahre 1988 bis 1990/91 verstärkt. Infolgedessen geht die Auslastung der Produktionskapazitäten kräftig zurück; inzwischen gibt es kaum noch eine Branche, in der nicht über zu große Kapazitäten geklagt wird. Die Investitionspläne

<sup>5</sup> In festen Preisen, Bruttoanlageinvestitionen und Produktionspotential der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung; 1992/93 Schätzung bzw. Prognose. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute; Produktionspotentialrechnung des DIW.

werden gekürzt, vor allem werden Erweiterungsinvestitionen gestoppt. Die neue zyklische Konjunkturkrise hat begonnen.

Dieses Grundmuster liegt den Konjunkturzyklen der Vergangenheit zugrunde: Die Investitionen reagieren auf nachhaltige Veränderungen im Verhältnis zwischen der Entwicklung der Gesamtnachfrage einerseits und des Produktionspotentials andererseits. Da die Entwicklung des Produktionspotentials aber das zeitverschobene Ergebnis der Investitionstätigkeit ist, muß es mit Notwendigkeit immer wieder zu zyklischen Auf- und Abschwüngen der Investitionsnachfrage und damit der Konjunktur kommen. So kann zwar heute kaum vorhergesagt werden, wann ein neuer Aufschwung kommt, wie kräftig er sein wird und wie er sich auf Arbeitsplätze, Einkommen und die soziale Situation auswirken wird. Sicher ist aber, daß das Wachstumstempo des Produktionspotentials deutlich zurückgehen und die Wachstumsrate der Gesamtnachfrage deutlich über die Wachstumsrate des Produktionspotentials ansteigen muß. Oder, anders ausgedrückt: Die Auslastung der Produktionskapazitäten muß sich wieder nachhaltig verbessern, bevor die Unternehmen verstärkt investieren und die zunehmenden Investitionsausgaben einen erneuten Konjunkturaufschwung einleiten.

### 3.2 Strukturelle Krisenmomente

Daß es sich bei der gegenwärtigen Rezession nicht nur um die Bereinigung konjunkturell bedingter Disproportionen handelt, zeigt zunächst die lange Dauer des Abschwungs. Im ersten Vierteljahr 1993 halten die rezessiven Tendenzen seit dem Höhepunkt des abgelaufenen Zyklus in den meisten OECD-Ländern schon mehr als 12 Quartale an, in Nordamerika, in Großbritannien und in einigen skandinavischen Ländern währte die zyklische Schwächephase fast vier Jahre. Nur in Japan und Deutschland ist die Rezession bislang kürzer. Insgesamt handelt es sich aber um eine im historischen Vergleich außerordentlich lange Abschwungsperiode.

Das wichtigste strukturelle (d.h. überzyklische) Krisenmerkmal ist die Arbeitslosigkeit. Selbst in den besten Jahren des Aufschwungs sank die Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern von ihrem Höhepunkt im Jahre 1983 mit einer Quote von 8,6 Prozent nicht unter 6,2 Prozent (1990). Inzwischen liegt die Quote schon wieder in der Nähe von achteinhalb Prozent. Allein im OECD-Raum werden derzeit rund 34 Millionen Erwerbslose gezählt. Die Entlassungen in der aktuellen Krisenperiode erfassen neben der Industrie auch große Teile der bis dato expandierenden Dienstleistungssektoren.

In vielen Ländern erweisen sich die Systeme der sozialen Sicherung den Herausforderungen der hohen Arbeitslosigkeit und der in den Achtzigern vergrößerten sozialen Polarisierung nicht gewachsen. Reformen werden als unumgänglich angesehen; allerdings fehlen vielfach die erforderlichen Mittel in den öffentlichen Haushalten, die unter sprunghaft steigenden Defiziten leiden.

Die in den achtziger Jahren unternommenen Anstrengungen, die öffentlichen Ausgaben zu konsolidieren und die strukturellen Haushaltsdefizite zu reduzieren, haben sich überwiegend als Mißerfolg erwiesen. Beschnitten wurden vor allem die öffentlichen Investitionen und die Sozialausgaben - beides hat letzten Endes die Basis einer ausgeglichenen sozialökonomischen Entwicklung untergraben, ohne daß das Defizitproblem gelöst werden konnte.

Hinzu kommt, daß die im Zusammenhang neuer Produktionskonzepte vergrößerte Mobilität von Waren und Arbeitskräften die Anforderungen an die öffentlichen Infrastrukturen erhöht hat. Die Entstaatlichungsstrategien in ihrer bisherigen Form stehen vielfach im Widerspruch zum wachsenden Bedarf an gesellschaftlichen Lösungen (Bildung, soziale Sicherheit, Kommunikationsinfrastrukturen, Umweltschutz).

Heute sieht sich die staatliche Finanzpolitik erneut in einem Dilemma: Infrastrukturlücken bei öffentlichen Investitionen und auf sozialem Gebiet erfordern ebenso wie die schwache Konjunktur eine gezielte Steigerung öffentlicher Ausgaben; gleichzeitig legen explodierende Budgetdefizite und steigende Zinslasten eine Strategie der Haushaltssanierung durch Ausgabenreduktion nahe. Die Wirtschaftspolitik hat sich in eine Situation manövriert, in der sie weitgehend handlungsunfähig geworden ist. Diese wirtschaftspolitische Handlungsunfähigkeit erscheint heute als Kern des Strukturproblems.

Die **Überschuldung** der öffentlichen und privaten Haushalte und der Unternehmen als Ursache der anhaltenden Konjunkturschwäche wird heute in den meisten Ländern als aktuelles Hauptproblem gesehen. Die Öffnung der Finanzmärkte und die Entwicklung von neuen Finanzierungsinstrumenten haben es den privaten Haushalten und den Unternehmen erleichtert, die Käufe von Konsum- und Investitionsgütern durch Kredite zu finanzieren. Dies erschien so lange unproblematisch, wie der wachsenden Verschuldung steigende Vermögenswerte und Einkommenserwartungen gegenüberstanden. Das war in den meisten Ländern der Fall, weil die Kurse der Wertpapiere und die Immobilienpreise sich innerhalb des letzten Jahrzehnts vervielfacht haben. Gefördert wurde die Verschuldungsbereitschaft auch durch die Erhöhung von Kapitalrenditen und Vermögenseinkommen im Zuge sinkender Arbeitskosten und steuerpolitisch stimulierter Umverteilung und Einkommensdifferenzierung.

Heute gilt das mit den Namen Reagan und Thatcher verbundene Aufschwungsmuster der achtziger Jahre in vielen Ländern als strukturelles Kernproblem. Die zyklische Abschwächung hat die Überbewertung der Vermögenspositionen offengelegt. Bei stagnierenden Einkommen und Gewinnen erweist sich der Schuldendienst als zu hoch. Unternehmen und Haushalte sind daher bestrebt, ihre Schuldenpositionen zu reduzieren; sie schränken konsumtive und investive Ausgaben ein. Die Kreditinstitute sehen sich einer steigenden Zahl labiler Kredite gegenüber und reagieren

mit der Durchsetzung höherer Sicherheitsmargen: Sie reduzieren die Vergabe neuer Kredite und streben nach höheren Zinsspannen.

Dies führt dazu, daß die Waffe der Geldpolitik in konjunkturpolitischer Hinsicht noch stumpfer geworden ist: Während die Notenbanken die kurzfristigen Zinsen in den USA und in Japan (zuletzt auch in Großbritannien) kräftig heruntergeschleust haben, um die lahmende Konjunktur anzukurbeln, sind die langfristigen Zinsen relativ hoch geblieben; Verbraucher und Investoren nutzen das niedrigere Zinsniveau zum Abbau der Schuldenlast und nicht zur erneuten Ausdehnung der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern.

Bevor an einen neuen Aufschwung gedacht werden kann, muß es zu einer Anpassung der Schuldenlast an die Zahlungsfähigkeit gekommen sein. Dies kann leicht zu langanhaltenden deflationären Prozessen führen, die jeden konjunkturellen Belebungsansatz hemmen.

Die strukturellen Krisenmomente, mit denen sich die Weltwirtschaft derzeit auseinanderzusetzen hat, sind also zu großen Teilen wirtschaftspolitisch verursacht. Die Vorstellung, daß die Befreiung der Wirtschaft von staatlichen Auflagen - und nirgends ist das so konsequent realisiert worden wie auf den Finanzmärkten - aus sich heraus gleichgewichtiges Wachstum produzieren würde, hat sich als unrealistisch erwiesen. Heute wird auf zahlreichen Gebieten wieder ein gesteigerter wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf erkannt. Die Voraussetzungen dafür sind aber vor allem in den USA und in Großbritannien schlechter denn je, weil die Jahre der Reaganomics einen Staat hinterlassen haben, dessen Handlungsfähigkeit noch beschränkter ist als Ende der siebziger Jahre.

Westdeutschland sieht sich einer besonderen Problemkonstellation überzyklischer Natur gegenüber, der **Krise der Exportindustrien**:

- Der Anschluß der ehemaligen DDR und die fast vollständige Vernichtung der ostdeutschen Industrie haben den westdeutschen Unternehmen in den letzten drei Jahren einerseits bemerkenswerte Extraprofite beschert und die gute Konjunktur verlängert. Es konnten ansehnliche Finanzpolster angesammelt werden. Andererseits ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte rasant angestiegen und hat die staatliche Wirtschaftspolitik in eine ähnliche Klemme gebracht wie die anderer Industrieländer.

- Vor dem Hintergrund des hohen Kapitalbedarfs der neuen Bundesländer einerseits und ihres Importsogs andererseits hat sich die außenwirtschaftliche Position Deutschlands nachhaltig verändert: Die Exportüberschüsse sind geschrumpft; die Leistungsbilanz ist defizitär geworden; der bis 1989 steigende Kapitalexport ist gesunken, seit 1991 ist Deutschland Kapitalimportland. Die ökonomischen Grundlagen der außenwirtschaftlich orientierten Strategie der alten Bundesrepublik scheinen zumindest mittelfristig stark geschwächt.

- Der mit der Integration der ehemaligen DDR gestiegene inländische Kapitalbedarf und die Politik der Bundesbank haben Deutschland zu einem Hochzinsland gemacht, während das Zinsniveau international (soweit nicht von der Bundesbank dominiert) gesunken ist; dies und die Entladung der langjährigen inneren Spannungen im starren Wechselkursystem des EWS haben zu einer realen Aufwertung der DM geführt; der Mechanismus 'stabile nominale Wechselkurse bei niedriger Inflationsrate', der bislang über eine tendenzielle reale DM-Abwertung die preisliche Konkurrenzfähigkeit Westdeutschlands gesichert und steigende Weltmarktanteile nach sich gezogen hatte, ist nachhaltig gestört.

Die Veränderung der außenwirtschaftlichen Position Deutschlands könnte die Grundlage für eine ernste strukturelle Krise der deutschen Wirtschaft sein.

In 18 von 29 Zweigen der verarbeitenden Industrie ist der Export das größte Nachfrageaggregat. Die großen Branchen der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik hatten in den achtziger Jahren Exportquoten zwischen 45 und 58 Prozent. Eine nachhaltige Verschlechterung der Exportposition des Landes würde vor allem diese exportorientierten Zweige treffen.

In der Tat machen die Unternehmen dieser Branchen in den letzten Monaten vor allem durch großdimensionierte Personalabbaupläne von sich Reden, die weit über konjunkturell bedingte Absatzeinbußen hinausgehen.

Die spektakulären Personalabbaumaßnahmen im Westen sind aber in erster Linie nicht die Folge von exportbedingten Nachfrageeinbrüchen. Zusammengenommen ist der industrielle Kern Deutschlands zwar in der Tat überdimensioniert. Das Wegbrechen der Exportmärkte Osteuropas und der Sowjetunion einerseits und die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den OECD-Märkten andererseits haben eine Strukturkrise der exportabhängigen Branchen Gesamtdeutschlands ausgelöst. Diese Strukturkrise wurde und wird aber überwiegend (wenn auch nicht ausschließlich) auf Kosten der Anbieter Ostdeutschlands gelöst. Die westdeutschen Anbieter haben sich rasch die Märkte der neuen Bundesländer erschließen und hier Ausgleich für die Absatzeinbußen im westlichen Außenhandel finden können. Ein bestimmter Teil der ostdeutschen Strukturkrise reflektiert daher gesamtdeutsche Strukturveränderungen.

Dies heißt allerdings nicht, daß die Entwicklung in Westdeutschland davon völlig unberührt bleiben wird. Beim Standortwettbewerb zwischen west- und ostdeutschen Konzernbetrieben fällt die Entscheidung nicht immer notwendig ausschließlich zu Lasten des ostdeutschen Zweigwerks. Auch in Westdeutschland mehren sich Fälle, in denen Standorte reduziert oder geschlossen, während ostdeutsche Werke modernisiert oder völlig neu eröffnet werden. Der bei den Betroffenen entstehende Eindruck, hier würden Arbeitsplatzopfer gebracht für die Integration Ostdeutschlands, ist allerdings meistens falsch. In Wirklichkeit würde die westdeutsche Wirtschaft

ohne die ostdeutschen Absatzmärkte heute in einer tiefen strukturellen Krise stecken.

**Zusammenfassung:** Bei der Standortkonkurrenz zwischen west- und ostdeutschen Betrieben spielt zugunsten ostdeutscher Standorte neben Subventionen, Lohnkosten, Grundstückspreisen usw. aber auch ein Moment eine Rolle, welches ebenfalls struktureller Natur ist. Wiederum ausgelöst durch japanische **Produktionskonzepte**, läßt sich eine strategische Umorientierung bei der Implementierung der neuen Technologien feststellen. Die zyklisch bedingte Absatzschwäche wirkt als Motor bei der Durchsetzung dieser Rationalisierungskonzepte, so daß sich konjunkturelle und strukturelle Veränderungen verflechten.

Die aktuell zu beobachtenden konjunkturellen Krisenerscheinungen haben also auch in Westdeutschland strukturelle Komponenten. Zusammenfassend sind dies:

- Eine wirtschaftspolitisch beschränkte Handlungsfähigkeit des Staates;
- Die Anpassung an verschlechterte außenwirtschaftliche Verhältnisse, die allerdings überwiegend zu Lasten der ostdeutschen Standorte geht;
- Spezielle Branchenkrisen bei Stahl, Bergbau und in der EDV-Industrie;
- Die Anpassung der Unternehmensstrukturen im Maschinenbau;
- Neue Rationalisierungs- und Produktionskonzepte in den Unternehmen.

Trotz dieser Faktoren ist derzeit aber wohl nicht mit einer anhaltenden Strukturkrise in Westdeutschland zu rechnen, die über strukturelle Bereinigungsprozesse in zentralen Branchen die zyklische Krise zu verschärfen und zu verlängern droht. Die geschilderten Verschiebungen vollziehen sich zumeist im Rahmen von Unternehmen, die - teilweise im Gegensatz zu denen anderer OECD-Länder - über erhebliche finanzielle Reserven verfügen. Die Finanzierungs- und Gewinnsituation der deutschen Unternehmen ist heute trotz des Konjunkturerinbruchs vergleichsweise günstig.

Dies spricht dafür, daß die anstehenden strukturellen Anpassungsprozesse in Westdeutschland ohne schwere Einschnitte im Investitionsprozeß verkraftet werden können; auch wenn entsprechend dem Zyklusmuster die absatzorientierten Erweiterungsinvestitionen stocken, bleibt die Implementierung der neuen Technologien bzw. Organisationskonzepte ein starkes und in der Mehrheit der Fälle auch finanzierbares Investitionsmotiv. Ein scharfer Investitionseinbruch wird daher bislang nicht erwartet.

Andererseits spricht die zunehmende Kapazitätswirksamkeit der Investitionen (steigende Sachkapitalproduktivität) und die mit der Verlängerung der Maschinenlaufzeiten verbundene höhere Effektivität der Anlagen dafür, daß ein investitionsgetragener Aufschwung in den nächsten Jahren eher schwach ausfallen wird. Der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen, die die Dynamik des Aufschwungs bestimmen, dürfte in den neunziger Jahren in Westdeutschland gering bleiben.

*Frank Deppe*

## Nach den Gewerkschaftstagen

### 1.

Nicht nur die britische Königin Elizabeth II. und der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, haben 1992 als ein "schreckliches Jahr" erfahren. Schon die Aufzählung jener weltpolitischen und nationalen Ereignisse, die über die Medien als Alltäglichkeit bzw. Normalität von Krieg, Krise und Elend, Verletzung von Menschenrechten usw. reflektiert werden, würde den Rahmen eines Kommentars sprengen. "Madame Geschichte" ist schon eine Sphinx und ihren Akteuren dreht sie oft genug - wie Rosa Luxemburg einmal bemerkte - eine Nase. Viele Linke hatten sich selbstkritisch geschworen, ihre früheren Krisendiagnosen und -prognosen (und deren gesellschaftstheoretische Basisprämissen) - oft genug gebetsmühlenartig wiederholt - erst einmal zu archivieren, besser noch: in Ruhe kritisch zu überprüfen.

Doch nunmehr werden sie von den Konservativen belehrt, daß die Welt aus den Fugen geraten ist. Michael Stürmer befürchtet, daß die Zeit der "Anpassungskrisen" vorbei sei: "Die Hoffnungen 1989 gerieten zur Glücksstimmung 1990. Dem folgte 1991 der Wirklichkeitsschock an Golf und Adria. 1992 kamen Ratlosigkeit und Rezession. 1993 aber wird das definitorische Jahr. Ob Rußland oder Nordamerika, ob Westeuropa oder Osteuropa: was jetzt zum Besseren oder Schlimmeren sich wendet, wird lange wirken" (FAZ, 31. 12. 1992). Die liberale Lesart von Theo Sommer lautet so: "Im Jahre 1990 herrschte Aufbruchsstimmung; 1991 war geprägt von bangem Erstaunen, daß die Dinge nicht reibungslos vorangehen wollten; 1992 endete im Osten wie im Westen des Kontinents in Schrecken und Erschrockenheit" (Die Zeit, 1.1.1993).

### 2.

Für die Gewerkschaften standen die ersten Monate des Jahres 1992 im Zeichen einer harten Lohnauseinandersetzung. Die Sicherung der Einkommen der abhängig Beschäftigten - vor allem die der sog. "unteren Lohngruppen" und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - konnte nur durch massiven Streikdruck durchgesetzt werden. Dabei wurde schon deutlich, daß die "soziale Frage" und die Verteilungskämpfe in der Gegenwart in äußerst komplexe Widerspruchskonstellationen eingebettet sind: Die Kluft zwischen den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland vertieft sich; die Arbeitsbedingungen sowie die Interessenlagen differenzieren sich zwischen verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen zunehmend aus; die Verschuldung der öffentlichen wie privaten Haushalte ist

weiter angestiegen - die "Kosten der deutschen Einheit" (zugleich Kosten einer falschen Politik) haben erheblich zugenommen und reduzieren die Handlungsspielräume der Politik.<sup>1</sup>

Diese Konstellation begründet einerseits den harten Widerstand der öffentlichen und privaten Arbeitgeber gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen und belebt das abgestandene Argument, daß die überzogenen Ansprüche und Forderungen der Lohnabhängigen die Krise verursacht haben. Auf der anderen Seite wurden im Verlaufe des Jahres 1992 die Weichen für eine Blockbildung zwischen CDU/CSU und SPD gestellt - gleichsam als Ouvertüre zu einer Großen Koalition nach der Bundestagswahl 1994. Vor dem Hintergrund des mehr oder weniger offenen Eingeständnisses, daß die bisherige Politik des Anschlusses der ehemaligen DDR mit ihrer naiven und triumphalistischen Marktphilosophie gescheitert ist, soll die grundgesetzändernde Mehrheit, die sowohl für die Änderung des Asylrechtsartikel 16 des Grundgesetzes als auch für die Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr benötigt wird, zu einem nationalen "Solidarpakt" ausgebaut werden. Der Druck in diese Richtung wird einerseits durch die Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Deutschland, aber auch durch die sog. "Politikverdrossenheit" wachsender Teile der Wählerschaft verstärkt. Die Ankündigung einer neuen Industriepolitik ("Erhaltung industrieller Kerne im Osten") soll offenbar die Bereitschaft von SPD und Gewerkschaften fördern, einem neuen und gewaltigen Schub der Sozialdemontage sowie einem Moratorium bei der Einkommensentwicklung in Westdeutschland zuzustimmen.

Schließlich hat sich bis zum Jahresende 1992 der Abwärtstrend der internationalen wie der nationalen Wirtschaft verstärkt. Die Weltmarktrezession, der Deutschland infolge des "Einigungsbooms" von 1990/91 zu entgehen schien, hat nunmehr auch die deutsche Wirtschaft - und dabei insbesondere die auf die westlichen Märkte orientierten Exportindustrien wie die Automobilindustrie und den Maschinenbau - voll erfaßt. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik des Jahres 1993 wird daher nicht allein durch die gesellschaftspolitischen Debatten über den nationalen "Verzichts"-Pakt a priori auf die Anklagebank versetzt. Gleichzeitig sorgt der rapide Anstieg der Massenarbeitslosigkeit - schon jetzt auf ca. 5 Millionen - dafür, daß jenes soziale Klima der Angst und der Entsolidarisierung sich verstärkt, das in Krisenzeiten stets noch gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht unterminiert hat.

### 3.

Auf den ersten Blick erscheinen die Debatten, Beschlüsse und personalpolitischen Entscheidungen der Gewerkschaftskongresse der bislang - im DGB-Spektrum - eher linken Gewerkschaften (IGM, HBV, IG Medien,

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Beiträge in Z 11, September 1992.

DPG) nicht gerade spektakulär. Auf der Linie ihres traditionellen Politikverständnisses bewegten sich die Beschlüsse, die gegen die "Petersberger Wende" der SPD-Führung in der Asylfrage sowie bei zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr Position bezogen. Bei den Vorstandswahlen setzten sich z.T. Kolleginnen und Kollegen durch, die in der Vergangenheit zu den prominenten Repräsentanten des linken Gewerkschaftsflügels zählten.

Die Unsicherheit, die heute allenthalben über die Zukunft der gesellschaftlichen wie der politischen Entwicklung - und dabei natürlich auch über den politischen Kurs der Gewerkschaften - vorherrscht, spiegelte sich auch in den Debatten. Bei der Gewerkschaft HBV wurde der Modernisierungskurs - insbesondere des Vorsitzenden - heftig kritisiert. Bei der IG Medien kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Forderung nach Abberufung des DGB-Vorsitzenden Meyer (wegen dessen Äußerungen zum Einsatz der Bundeswehr) sowie über die Haltung des Vorstandes zum "Solidarpakt". Die Delegierten der IG Metall schwankten zwischen der Bekräftigung traditioneller Positionen und der Hingabe an ihren Vorsitzenden, der die Notwendigkeit beschwor, durch die Mitwirkung am "Solidarpakt" Gestaltungskompetenz - vor allem im Hinblick auf die Überwindung der sozialen Katastrophe im Osten Deutschlands - zu erwerben. Eine gründliche Auswertung der Tarifrunde '92, eine kontroverse Debatte über ein wirtschafts- und sozialpolitisches Alternativprogramm, eine strategische Aufarbeitung der internationalen Krise des "neokonservativen Projektes" (und der darin eingeschlossenen Möglichkeit zu einer gewerkschaftspolitischen Offensive) fand nicht statt.

### 4.

Für die Presse geht es bei strategischen Kontroversen in den eher linken Gewerkschaften um einen historischen und richtungsweisenden Konflikt zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten" (vgl. dazu die Kontroverse zwischen Schabedoth/Schröder und Lang/Schauer in der Frankfurter Rundschau vom 7. bzw. vom 13. November 1992). Die einen erscheinen als konservative Betonköpfe, als lernunfähige Anhänger überholter Orientierungen, eines "linken Fundamentalismus", der sich nicht aus der Fixierung an Kapitalismuskritik, Klassengegensatz von Kapital und Arbeit oder gar an - wie immer verschwommene oder beschädigte - Sozialismus-Visionen freimachen kann. Sie hängen einem moralisierenden Politikbegriff an, der sich aus geschichtlichen Traditionen des Kampfes der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung - vor allem des antifaschistischen Widerstandes - und auch aus der Erfahrung jener politischen und tarifpolitischen Kämpfe der IG Metall nährt, an denen sie - vom Kampf gegen die Notstandsgesetze bis zum Streik um die 35-Stunden-Woche - selbst aktiv teilgenommen haben. Sie verehren in der IG Metall Kollegen wie Otto Brenner, Willi

Bleicher, Wolfgang Abendroth, Georg Benz und Hans Preiss<sup>2</sup>; aber - so die Kritik - sie sind unfähig, heute einen konstruktiven "Beitrag zu einem zukunftsweisenden gesellschaftlichen Konsens" bzw. zu einer "liberalen politischen Kultur" (Schabedoth/Schröder) zu leisten.

Die "Modernisierer" hingegen wännen sich auf der Höhe der Zeit und ihres Geistes. Der Abschied von allen Ideologien und Dogmen (obwohl die Gegenwart sich u.a. durch eine geradezu erschreckende Renaissance reaktionärer Ideologien auszeichnet), der damit verbundene Abschied von Subjektphilosophien und allen gesellschaftstheoretischen "Großsystemen" erleichtert die Akzeptanz eines post-modernen Pragmatismus, der - auch für die Gewerkschaften - nicht mehr die "soziale Frage" in modernen kapitalistischen Gesellschaften, sondern einen (offenbar nicht durch soziale Polarisierung und Konflikt beeinträchtigten) "neuen demokratischen und parteiübergreifenden Konsens", der namentlich die Menschenrechtspolitik ins Zentrum rückt, zum Orientierungspunkt der gesellschaftspolitischen Programmatik erhebt (Schabedoth/Schröder). Dieser Denkweise wird vorgehalten, sie laufe nicht allein - in den aktuellen politischen Debatten - der "Petersberger" Rechtswendung der SPD-Spitze hinterher, sondern gehe letztlich darauf hinaus, "die ohnehin schon bedenkliche Auszehrung der Politik und ihrer Bindekraft durch ihre weitere Traditions- und Richtungszerstörung noch voranzutreiben. Modernisierung wird zum Fetisch, abseits von Moralität und Rationalität" (Lang/Schauer).

## 5.

Der historisch besondere Charakter dieser Debatte besteht vorab nicht darin, daß er nach dem traditionellen Raster von Rechts-Links-Formationen in den DGB-Gewerkschaften zu begreifen ist. Die Inhalte und Formen dieses Streits sind doppelt bestimmt: Zum einen geht es in der Tat um eine Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik in der welthistorischen Konstellation eines epochalen politischen und geistigen Umbruchs. Zum anderen jedoch reflektiert sich in diesem Streit die Krise der Position von linken Intellektuellen in der politischen Kultur Deutschlands, die in den 80er Jahren begann, sich jedoch seit 1989/90 geradezu dramatisch zugespitzt hat. Zumal in den Gewerkschaften wirkten Intellektuelle weniger als "organische Intellektuelle" (im Sinne Gramsci's), sondern eher als "konzeptive Ideologen", deren wichtigste Aufgabe darin bestand, im Sinne einer Vermittlung zwischen Politik (gewerkschaftliche Interessenvertretung und Strategieformulierung) und Wissenschaft - hier vor allem einer sowohl empirisch als auch theoretisch orientierten, kritischen Sozialwissenschaft - tätig zu sein.

<sup>2</sup> Mindestens bis zum Jahre 1983 galt der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall und Nachfolger von Willi Bleicher, Franz Steinkühler, als einer der prominenten Vertreter dieser "Betonfraktion", vgl. dazu M. Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis, Melle 1985, passim.

Der Streit zwischen "Modernisten" und "Traditionalisten" - zumal in den linken Gewerkschaften - artikuliert daher nicht allein das Problematisch-Werden dieser Vermittlung und ihrer Praxisformen. Er ist selbst noch ideologische Form, in der die Krise des - sei's in der Tradition des Marxismus, sei's in der Tradition der Frankfurter Schule stehenden - Projektes kritischer Gesellschaftstheorie und -praxis erkennbar wird. Der spezifische Charakter dieser Debatte - auch einige ihrer psychologischen Dimensionen - wird daher durch den Tatbestand geprägt, daß nicht wenige der "Modernisierer" vor nicht allzu langer Zeit stramme Marxisten-Leninisten (oder Sympathisanten) bzw. linksradikale "Spontis" gewesen sind und insofern unvermeidlich (oft unbewußt) die Wendungen und Brüche ihrer eigenen Biographie in die Schärfe ihrer Attacken gegen "die Linke" hineinprojizieren. Auf der anderen Seite finden sich heute auch solche Positionen als "traditionalistisch" klassifiziert, die sich in der Vergangenheit um eine moderne, nicht dogmatische Kapitalismuskritik bemüht haben (daß demnächst auch Jürgen Habermas, der immer wieder solche Positionen der "neuen Linken" inspiriert hat, dem Verdikt der Antiquiertheit - weil nach wie vor der Aufklärung verpflichtet - seines kritischen Denkansatzes ausgesetzt werden wird, steht zu befürchten!).

## 6.

Einige "Modernisierer" räumen der *neuen* "demokratischen Frage" gegenüber der *alten* "sozialen Frage" einen besonders hohen Stellenwert ein - vor allem auch im Hinblick auf eine programmatische Neubestimmung der Politik und des Selbstverständnisses der IG Metall<sup>3</sup> und im Hinblick auf den nationalen Solidarpakt. Im folgenden soll daher an zwei Fallbeispielen illustriert werden, daß der neue Diskurs mit Fallstricken jongliert. Er impliziert biographische und begriffliche Wendungen, die ihrerseits ein ganz neues Politikverständnis andeuten (das ist, wohl gemerkt, durchaus legitim; aber es sollte dann auch als eine solche "Wendung" kenntlich gemacht werden).

- In den Gewerkschaftlichen Monatsheften (11/92, S. 726 ff.) findet sich ein Gespräch mit Prof. Wilhelm Hennis über "Parteientwicklung und Parteiverdrossenheit". Hennis war schon in den 70er Jahren ein politikwissenschaftlicher Vordenker der konservativen "Wende" und hat damals wesentliche Stichworte ("Unregierbarkeit") für die Kampagne von Unternehmern und Konservativen gegen den vermeintlich drohenden "Gewerkschaftsstaat" geliefert.<sup>4</sup> Die heutige Krise der Politik - so Hennis -

<sup>3</sup> Die italienische, ehemals kommunistische Gewerkschaft CGIL ist inzwischen mit ihrer programmatischen Wende (Gewerkschaft nicht mehr der "Klasse", sondern der "Bürger" in der Zivilgesellschaft) gründlich gescheitert. Sie hat sich in "nationalen Solidarpakten" aufgegeben und dabei das Vertrauen nicht nur ihrer Mitglieder, sondern auch der sog. "neuen Schichten" der Arbeiterklasse verspielt.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. W. Hennis u.a. (Hrsg.), Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Band 1, Stuttgart 1977.

resultiert aus einer Krise der politischen Eliten ("die politische Klasse will nicht führen, sondern akzeptiert werden"). Denn: "Es ist ein Mißverständnis, daß Politik von unten nach oben wächst ... Nichts hat die Sozialdemokratie so geschwächt wie die Rezeption von unklaren Gedanken der 68er-Generation, nicht zuletzt in bezug auf das, was politische Führung in der Demokratie bedeutet" (S. 733).

Chefredakteur Hemmer fragt artig weiter - kein Widerspruch! Immerhin war er in den 70er Jahren als Ghostwriter an den besten Reden des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter gegen die Attacken der Konservativen auf die Gewerkschaften (und ihre wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen Forderungen) direkt beteiligt.<sup>5</sup> Hennis ist seiner Position treu geblieben: Sein Politik- und Demokratieverständnis ist "von oben" konzipiert, elitär und autoritär. Hemmer hingegen wäre beim Funktionieren einer gewerkschaftlichen Streitkultur gefordert, die Gründe darzulegen, warum er 1. die aus - demokratiethoretischer Sicht - reaktionäre Position von Hennis in den Gewerkschaftlichen Monatsheften publiziert, und warum er 2. als ehemaliger Ghostwriter von H.O. Vetter diese Position ohne jeden kritischen Kommentar stehen läßt. Da Hemmer niemals in den Verdacht geriet, sich mit leninistischen oder anderen linksradikalen Positionen eingelassen zu haben, brauchte er auch keine keine Angst davor zu haben, seine späten - pardon: post-modernen - Sympathien für Arnulf Baring<sup>6</sup> und Wilhelm Hennis der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit darzulegen. Ein wahrhaft lohnender Gegenstand der neuen, gewerkschaftlichen Streitkultur!

- Franz Steinkühler hat in seinem Grundsatzreferat auf dem jüngsten Gewerkschaftstag der IG Metall schon auf der ersten Seite die Demokratie-debatte um einen interessanten Aspekt bereichert. Er sagte: "*Demokratie ist eine Regierungsform* und nicht das Dampfbad des Volksempfindens. Sie braucht diejenigen, die Verantwortung tragen und führen ebenso wie die, die offenbare Irrwege der Politik aufhalten und die Anmaßung der Macht verhindern". Einen Satz vorher hatte er sich emphatisch zu den "humanen Idealen" unserer Vorfahren und -mütter bekannt: "Ihren Idealen - Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie und Solidarität - fühlen wir uns nach wie vor und heute erst recht verpflichtet".

Der Widerspruch, der den inneren Zusammenhang dieser Sätze zerreißt, besteht zunächst einmal darin, daß gemäß den Idealen "unserer Vorfahren" die Demokratie gerade nicht als eine reine *Regierungsform* anerkannt

<sup>5</sup> Vgl. z.B. H. O. Vetter, Gewerkschaften im Visier der Reaktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1974, S. 602 ff.; vgl. z.B. den von U. Borsdorf, H.O. Hemmer u.a. herausgegebenen Band: Gewerkschaftliche Politik: Reform und Solidarität, Köln 1977.

<sup>6</sup> Ein Gespräch mit Arnulf Baring wurde schon in der Nummer 8/92 der Gewerkschaftlichen Monatshefte veröffentlicht (S. 449). Gilbert Ziebur hat die neuerdings von Baring (Deutschland - was nun? Berlin 1992) oder auch von Brigitte Seebacher-Brandt vertretene (nationalistische) Position als "reaktionär" bezeichnet; Vgl. M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebur, Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen 1992, S. 11/12 und S. 199/200.

wurde. Einmal abgesehen davon, daß - seit den republikanischen Stadtverfassungen des Spätmittelalters bis heute - eine Vielzahl von demokratischen Regierungsformen (und Verfassungen) existiert; die Demokratietheorie der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat sich stets (auch in ihren unterschiedlichen Richtungen) auf die theoretische und praktische Bearbeitung der Frage bezogen, wie die "Selbstregierung des Volkes" (dessen zahlreichster Teil die Klasse der Lohnabhängigen bildet) in einer kapitalistischen Gesellschaft, die sich durch eine ungleiche ökonomische, soziale und kulturelle Machtstruktur auszeichnet, im Kampf um politische Mehrheiten, aber auch durch die institutionelle Machtbalancierung zwischen dem politischen (staatlichen) und dem gesellschaftlichen Raum realisiert werden kann.<sup>7</sup> Deshalb vertraten zumal die Gewerkschaften die Auffassung, daß die demokratische Regierungsform nur dann die Möglichkeit einer Selbstregierung des Volkes offenhält (und auch gegen ihre Feinde von rechts verteidigt werden kann), wenn durch rätedemokratische Elemente<sup>8</sup>, durch Wirtschaftsdemokratie und Sozialstaatlichkeit einerseits soziale Ungleichheit abgebaut, andererseits Systeme der Kontrolle und Gegenmacht institutionalisiert werden (mit dem Schwerpunkt der Betriebsverfassung), die auch als Bollwerk gegen die Aushöhlung bzw. Ausschaltung der Demokratie wirken können. Dies war die Erfahrung namentlich der Spätphase der Weimarer Republik, die das Demokratieverständnis der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945 nachhaltig geprägt hatte. Hans Böckler begründete so die Neuordnungsvorstellungen des DGB im Jahre 1949: "Denn nicht ein weiteres Mal darf es geschehen, daß wirtschaftliche Zusammenballungen, in politische Macht umgesetzt, ein demokratisches Staatsgefüge zerstören, so wie es der deutschen Republik und ihrer Weimarer Verfassung geschah."<sup>9</sup>

Dem mag entgegengehalten werden, daß die "demokratische Frage" heute nicht mehr nach dem geschichtlichen Erfahrungsmaßstab der Weimarer Republik gefaßt werden kann. Natürlich haben sich die Beziehungen von Staat/politischer Regulation und Gesellschaft erheblich gewandelt. Die Bedeutung der Medien sowie des Bildungs- und Wissenschaftssystems hat enorm zugenommen. Mit der wachsenden Bedeutung der "Ökologiefrage" hat sich eine Struktur von "Subpolitik" herausgebildet<sup>10</sup>, bei der namentlich die Frage der demokratischen Kontrolle von Wissenschaft (Physik, Biologie, Chemie) ein größeres Gewicht bekommen hat. Die Krise des Sozial-

<sup>7</sup> Vgl. dazu u.a. die klassische - historisch-theoretische - Studie von Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus (1937), Frankfurt/Main 1962.

<sup>8</sup> Dieser Bezug ist u.a. nachzulesen bei Fritz Opel/ Dieter Schneider: 75 Jahre Industriegewerkschaft. 1891 bis 1966. Vom DMV zur IG Metall, Frankfurt/Main 1966; vgl. auch z.B. D. Schneider/ R. Kuda, Arbeitererräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/Main 1968.

<sup>9</sup> DGB-Gründungskongreß, München 1949, Protokoll, S. 212; so auch Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften (1954), Berlin 1989, bes. S. 96.

<sup>10</sup> Vgl. dazu U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/Main, bes. S. 300 ff.; ders., Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1991.

staates (bzw. des "sozialdemokratischen Staates") hat zahlreiche Fragen zu einem etatistischen Demokratieverständnis aufgeworfen. Die politischen Debatten der "neuen sozialen Bewegungen" haben letztlich diese qualitative Erweiterung (und Entstaatlichung) des Demokratie- und Politikbegriffes kenntlich gemacht und neue Fragen thematisiert.<sup>11</sup> Das sind nur Stichpunkte, die die Aktualität der Debatte andeuten sollen. Dennoch, gerade vor dem Hintergrund dieser neueren Diskussion wird die Gleichsetzung von Demokratie und Regierungsform noch problematischer; denn diese neuen Politikansätze erweitern den Begriff der gesellschaftlichen Demokratisierung, der Machtkontrolle "von unten", der Verteidigung lebensweltlicher Autonomie, der Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur usw. erheblich über den traditionellen Begriff der "Wirtschaftsdemokratie" hinaus. Hier liegen denn auch zahlreiche Felder der Gesellschaftspolitik, denen sich die Gewerkschaften zu stellen haben. Es geht eben längst nicht mehr allein darum, *wie* produziert, sondern *was* produziert und konsumiert, wie gelebt wird.

Vielleicht war ja die falsche Verknüpfung von Demokratie=Regierungsform mit den Idealen unserer "Vorväter und -mütter" (Rosa Luxemburg gehört doch noch dazu?) ein nachlässiges Versehen. Denkbar wäre allerdings auch, daß die Trennung der "demokratischen" von der "sozialen" Frage - und hier liegt das eigentliche Problem eines in der Tat notwendigen Richtungsstreites - einem "Verständnis von Politik" sich verdankt, "nach dem die vorhandenen Institutionen den offenen Rahmen abgeben, innerhalb dessen das Projekt demokratischer Selbstregierung des Volkes sich entfalten kann".<sup>12</sup> Daß nunmehr das von Cornelius Castoriadis verfolgte Projekt einer demokratischen "Revolte gegen das bürokratische Organisationsprinzip"<sup>13</sup> an der Spitze der IG Metall freudig rezipiert würde, erscheint ziemlich unrealistisch. Eher schon wirkt hier der Ghost eines "Szenarios der autonomen Zivilgesellschaft", das die Chance eröffnet, "das reale Aufbrechen der sozialen Konflikte ... dadurch zu bannen, daß sie öffentlich Foren bereitstellt".<sup>14</sup>

In diesem Szenario bleibt "die Stelle der Macht leer" und der Kampf der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert wird als Bestreben gedeutet, den "privilegierten Zugang" des männlichen Besitzbürgertums "zur Öffentlichkeit" demokratisch aufzubrechen.<sup>15</sup> Da liegt es natürlich nahe, den

<sup>11</sup> Vgl. dazu u.a. J. Hirsch/R. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986; J. Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990.

<sup>12</sup> U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989, S. 17.

<sup>13</sup> Vgl. U. Rödel (Hrsg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/Main 1990, S. 12.

<sup>14</sup> U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, S. 108.

<sup>15</sup> Ebd., S. 108/109. Es fehlt hier der Raum, diese historische Interpretation ebenso wie die These von der notwendigen Bannung der realen sozialen Konflikte durch öffentliche Foren kritisch zu kommentieren. Es geht auch nicht darum, das schöne Ideal der Autoren "Selbstregierung des Volkes" in irgendeiner Weise zu denunzieren. Dennoch - auch eine

"nationalen Solidaripakt" als ein solches öffentliches Forum zu verstehen, das endlich auch den Gewerkschaften "Kommunikationsrechte im Sinne eines robusten Diskurses" einräumt. Das "Vaterländische-Hilfsdienst-Erlebnis", das solchen Pakten - heute natürlich als "Pakt der Demokratie" - schon früher vorausging, hätte so nun endlich auch eine demokratietheoretische Fundierung gefunden.<sup>16</sup>

Von hier aus folgt natürlich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit, daß alle Reste eines "linken Fundamentalismus" in der IGM als Hindernis für die Modernisierung ihres Demokratieverständnisses - in Theorie und Praxis - definiert werden. Den politischen Substanzverlust, den Schabedoth/Schröder dabei in Kauf nehmen, haben Lang/Schauer treffend nachgewiesen.<sup>17</sup> Nicht nur von akademischem Interesse scheint dabei auch die Auseinandersetzung mit einer Leitthese aus der Programmschrift "Die demokratische Frage". Dort wird, nachdem - als "Pappkamerad" - Johannes Agnoli verprügelt wurde, als generalisierende These formuliert: "die an der marxistischen Tradition orientierten Theorien erkennen in den Institutionen des bürgerlichen Verfassungsstaates primär die Funktion, den Willen des Volkes so zu verbiegen, daß er mit den Funktionsinteressen des

---

idealisierende Demokratietheorie muß daraufhin überprüft werden, wie sie mit den historischen und gesellschaftlichen Fakten ebenso wie mit der Theoriegeschichte verfährt.

<sup>16</sup> Auch Wolfgang Kowalsky (Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt/Berlin 1992), Mitarbeiter der Grundsatzabteilung der IG Metall, reiht sich durch seine Abrechnung mit linkem Antifaschismus, Anti-Rassismus und Anti-Nationalismus in die "Kampfgruppe gegen den linken Fundamentalismus" ein. Die intellektuelle Schlichtheit dieses Werkleins ist schon vielfach gewürdigt worden. Der Verfasser überläßt dem Leser die letzte Antwort auf die Frage, ob seine zentrale These (daß nämlich die Linke den Nationalismus nicht bloß denunzieren dürfe, sondern zunächst einmal als Artikulation authentischer Bedürfnisse anzuerkennen habe - eine These, die übrigens eine ernsthafte Diskussion verdient) eher von Carl Schmitt (der schon 1923 verkündete, daß "die Energie des Nationalen größer ist als die des Klassenkampfmythos") oder von der Überhöhung der nationalen Frage durch KPD und SED nach 1945 abgeleitet ist.

<sup>17</sup> Kaum beachtet wurde bislang die folgende Passage von Schabedoth/Schröder: "Die Bundesrepublik hat sich in der Nachkriegszeit zum ökonomischen Riesen entwickelt, ohne weltpolitische Verantwortung tragen zu müssen. An dieser bequemen Situation möchten einige gerne festhalten". Wer die politische Geschichte der BRD seit 1949 und insbesondere die großen Auseinandersetzungen um ihre Außenpolitik - von der Westintegration und Remilitarisierung bis über die Ostpolitik und die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung Anfang der 80er Jahre - auch nur oberflächlich kennt, wird solchen Unsinn nicht nachplappern. Es ist völlig absurd, der Außenpolitik und der weltpolitischen Machtposition der BRD (in der Europapolitik, in der Ost-West-Auseinandersetzung, in bezug auf die Dritte Welt usw. usf.) das Etikett der "Verantwortungslosigkeit" anzuheften. Ganz im Gegenteil - diese Republik (die schon vor 1989 nicht nur über wirtschaftliche Macht, sondern über eine exzellent ausgerüstete Armee verfügte) hat als "Juniorpartner" der USA und als Hegemonialmacht in Westeuropa eine ganz entscheidende Rolle für die Politik der kapitalistischen Metropolen gespielt. Es geht überhaupt nicht darum, daß Deutschland nun *auf einmal* "Verantwortung" übernimmt. Deutschland war schon vor 1989 - im internationalen Vergleich - eine Großmacht, wenn auch keine "Supermacht". Jetzt geht es darum, ob und wie die erweiterte Macht dieses Staates genutzt, gebändigt, kontrolliert wird. Das ist das Problem - und zwar nicht außen- und militärpolitisch, sondern auch innen- und sozialpolitisch!

Kapitals vereinbar bleibt"<sup>18</sup>. Da wird die Erinnerung an einen Satz des Sozialdemokraten Friedrich Stampfer lebendig: "Um ein Antimarxist zu sein - dazu braucht man gar nichts zu wissen!"<sup>19</sup> Es wäre für die Demokratiedebatte in der IG Metall ein Gebot der Redlichkeit wie der Selbstachtung, nicht allein die Beiträge zur Geschichte des DMV (u.a. von Fritz Opel, Dieter Schneider, Rudolf Kuda und Peter von Oertzen), sondern auch die Bedeutung von Karl Korsch, Otto Bauer und Antonio Gramsci, von Hermann Heller und Otto Kirchheimer, von Franz Neumann, Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert, Oskar Negt und André Gorz (um nur einige Namen zu nennen) für die Entwicklung einer Demokratietheorie, die sich auch zur marxistischen Tradition bekannt hat, nicht zu vergessen.

## 7.

Die Linke in den Gewerkschaften sollte sich nicht auf die platte Zuordnung zum "Lager der Traditionalisten" festnageln lassen. Es wäre sogar ein Zeichen der Schwäche, wenn sie in die strategische Debatte der Gegenwart nichts anderes einzubringen hätte als die Beschwörung von alten Gewißheiten über den Charakter des Kapitalismus, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit sowie der notwendigen gewerkschaftlichen Gegenmacht und Kampfbereitschaft. Eine solche Position kann moralischen Respekt erwarten, wenn sie historisch - auch biographisch - gestützt ist. Gleichwohl muß sich die Debatte über die Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften "auf der Höhe der Zeit" bewegen. Die tarif- und betriebspolitische Vertretung der unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen steht nicht allein im Zusammenhang der allgemeinen Erfahrung, daß die kapitalistische Wirtschaft soziale Ungleichheit, Asymmetrien der gesellschaftlichen Machtverteilung, Verunsicherung der sozialen Existenzbedingungen und kulturelle Entfremdung reproduziert. Solche Erfahrungen - und vor allem ihre politische Übersetzung - vermitteln sich eben über Veränderungen der Produktionsweise, der Sozialstruktur und der Lebensweise, der Reichweite politischer Regulation sowie im Medium der Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, globaler sozialer Spannungen und Risikolagen.

Die Forderung nach einer Erneuerung des politischen Mandats der Gewerkschaften<sup>20</sup> hat daher mit einem bloß traditionalistischen Rückbezug nichts gemein.<sup>21</sup> Sie bezieht sich gerade auf die Gegenwarts- und Zu-

<sup>18</sup> U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, a.a.O., S. 17.

<sup>19</sup> Aus einer Rede zum 50. Todestag von Karl Marx im Berliner Sportpalast, in: Vorwärts, 28. Februar 1933, S. 2.

<sup>20</sup> Vgl. dazu u.a. H. Bierbaum, Korporatistische und autonome Gewerkschaftspolitik. Zum politischen Mandat der Gewerkschaften, in: Z 11, September 1992, S. 73 ff.; Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Hamburg 1992.

<sup>21</sup> Die Funktion historischer Analysen könnte freilich darin bestehen, den Zusammenhang von gesellschaftlichen und politischen Krisenperioden mit der Reichweite gewerkschaftlichen Widerstandes zu verdeutlichen. Wenn heute - mit Recht - davon gesprochen wird, daß

kunftsarbeiten der Gewerkschaften, die nicht durch Anpassung, sozialpartnerschaftliche Kooperation und den Verzicht auf gesellschaftspolitische Alternativen (die die Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen einschließen) zu bewältigen sind.

- Die Krise des neokonservativen Projektes (national und international) verlangt einen Beitrag der Gewerkschaften zu einer gestaltungsfähigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternative - jenseits der stillschweigenden Anerkennung des Naturcharakters der Marktprozesse.

- Das Zivilisationsmodell der kapitalistischen Zentren der "Triade" kann nur um den Preis globaler politisch-militärischer, sozialökonomischer und ökologischer Katastrophen das vorläufig letzte Wort der Geschichte - nach dem Ende der Systemkonkurrenz - sein. Die Fragen nach einem neuen Wachstums- und Entwicklungstyp, nach der Überwindung einer Produktions- und Lebensweise, die auf Ressourcenvergeudung, Umwelt- und Naturzerstörung beruht, nach neuen - weder marktförmig noch militärisch dominierten - Formen internationaler Kooperation, Sicherheit und Reichtumsverteilung usw. usf.<sup>22</sup> - diese Fragen sind längst zu den strategischen Schlüsselfragen am Ende des Jahrhunderts geworden.

Sollte sich allerdings der Kampf gegen den "linken Fundamentalismus" in einigen Gewerkschaften (in der IG Chemie z.B. gibt es dafür wohl keine Basis mehr) zum Hauptfeld der Strategiedebatte entwickeln, dann würde jener Zustand der politischen Ohnmacht fortgeschrieben bzw. verstärkt, der gerade in der Illustrierten "Stern" beklagt wurde: "Dabei wären starke Gewerkschaften als gesellschaftlicher Orientierungsfaktor in Zeiten von Rezession und Massenarbeitslosigkeit besonders wichtig. Doch der DGB und die Einzelgewerkschaften sehen machtlos zu, wie in Bonn Sozialabbau betrieben und wie die finanziellen Lasten der Einheit dem kleinen Mann (den Frauen natürlich auch, F.D.) aufgebürdet werden" (Stern, 3/93, S. 115).

die DGB-Gewerkschaften im internationalen Vergleich die Krisenprozesse der 70er und frühen 80er Jahre relativ erfolgreich durchstanden haben, dann ist dies auch darauf zurückzuführen, daß 1. eine politische Bereitschaft zum aktiven Widerstand gegen die neokonservative Politik vorhanden war, und daß 2. mit dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ("35-Stunden-Woche") ein ausstrahlungsfähiges, alternatives Gestaltungskonzept entwickelt wurde.

<sup>22</sup> Vgl. dazu neuerdings E. Altvater, Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992; Club of Rome, Die globale Revolution, Spiegel-Spezial, Hamburg 1991.

Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban

## Aspekte gewerkschaftlicher Sozialpolitik in der "zweiten Gründungsphase" der Bundesrepublik Deutschland

1 Das internationale Staatensystem befindet sich in einer epochalen Umbruchperiode. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes erodieren die wirtschaftlichen und politischen Herrschafts- und Hegemoniestrukturen der "alten Weltordnung", die den Bezugsrahmen der internationalen Entwicklung seit 1945 darstellten. Das Beziehungsgeflecht der Staaten ist längst in Bewegung geraten, weit über Europa hinaus.

Die Konturen der sich herausbildenden "neuen Weltordnung" sind bisher lediglich ansatzweise sichtbar geworden. Vieles spricht jedoch dafür, daß in der Reorganisation der Konkurrenz- und Machtverhältnisse innerhalb der "Metropolen-Triade" (Nordamerika, Westeuropa, Südostasien) sowie in der Zuspitzung der Konflikte um das Produktions-, Konsumtions- und Zivilisationsmodell des Metropolen-Kapitalismus (insbesondere im Kontext der Nord-Süd-Konfrontation) die dominanten Entwicklungstendenzen zu sehen sind, deren Logiken als neue Struktur determinanten des Weltsystems fungieren werden.

Die Interdependenzen und Konkurrenz-Zwänge der internationalen Umbrüche wirken massiv in die Nationalstaaten hinein. In den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften erzeugen sie in engem Zusammenspiel mit internen Strukturbrüchen (neue Produktionskonzepte, Tertiärisierung der Gesellschaft, Individualisierung usw.) einen erheblichen Veränderungs- und Reformbedarf, der weit über die Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen hinausreicht und das politisch-kulturelle Regulatormodell in seiner Gesamtheit mit einbezieht. In welche Richtung sich die Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verändern ist letztlich Resultat politischer Konflikte. Entscheidend ist dabei das Kräfteverhältnis unter den gesellschaftlichen Akteuren, das nicht zuletzt von ihrer Fähigkeit zur konzeptionellen wie politisch-strategischen Verarbeitung der neuen Problem- und Konfliktlagen abhängt.

2 Die alte Bundesrepublik befand sich geostrategisch wie bündnispolitisch an der Schnittstelle des ehemaligen Ost-West-Konfliktes. Gerade deshalb ist das neue Deutschland besonders tief und folgenreich in den Prozeß der Neustrukturierung der internationalen Wirtschafts- und Politikbeziehungen involviert. Die ökonomischen und sozialen Probleme des überhasteten Einigungsprozesses scheinen nun endgültig den Traum von der immerwährenden Prosperität beendet zu haben und sich gar zu

einer Gefahr für die deutsche Vormachtstellung im europäischen Integrationsprozeß auszuwachsen. Und auch das identitätsstiftende Selbstverständnis als fest im westlichen Bündnis verankerte antikommunistische Vorhut gegenüber dem Osten ist obsolet geworden. "So kommt die Bundesrepublik nicht darum herum, eine Auseinandersetzung über ihr Selbstverständnis nach innen und außen zu führen, die noch weit über die Kontroversen hinausreicht, wie sie in der Gründungsphase stattgefunden haben. Im Grunde stehen wir mitten in einer zweiten Gründungsphase."<sup>1</sup>

Dieser Diskurs über eine Neudefinition des politischen Selbstverständnisses des vereinigten Deutschlands ist bereits in vollem Gange. Die politischen Koordinaten verschieben sich nach rechts. Die Sozialdemokratie hat ihre parlamentarische Oppositionsrolle weitgehend aufgegeben und versucht sich als Juniorpartner der Regierungskoalition zu profilieren. In der aktuellen Debatte werden zunehmend gerade jene verfassungsrechtlichen und politisch-kulturellen Essentials der alt-bundesrepublikanischen "Zivilgesellschaft", die entweder Konzessionen an die deutsche Vergangenheit oder Demokratisierungs- und Liberalisierungserfolge der "68-Revolte" und der sozial-liberalen Reformperiode darstellen, als Relikte einer heute anachronistischen Selbstbeschränkung Deutschlands interpretiert, die es im Zuge einer "Normalisierung deutscher Politik" zu überwinden gilt. "Die aufatmend-triumphierende Feststellung 'Wir sind endlich wieder ein normaler Nationalstaat' sinnt uns eine Perspektive an, aus der die eben noch gefeierte 'Erfolgsgeschichte' der Bundesrepublik als der eigentliche 'Sonderweg' erscheint: Wir müssen aus unserer Nischen-Existenz heraus, brauchen uns nicht mehr als moralische Musterschüler zu überanstrengen, dürfen uns nicht an den harten Realitäten vorbeidrücken, sollen uns nicht länger zieren, eine europäische Führungsrolle zu übernehmen, und so weiter."<sup>2</sup> Die faktische Außerkraftsetzung des Grundrechts auf Asyl und die in Gang befindliche Neudefinition der Aufgaben der Bundeswehr lassen nicht nur einen neuen machtpolitischen Pragmatismus im Umgang mit Kernbeständen des Grundgesetzes deutlich werden, sondern signalisieren zugleich die Ambitionen des "normalisierten Deutschland", zukünftig im Konzert der westlichen Großmächte eine entscheidende Rolle spielen zu wollen.

Weniger wahrgenommen wurde bisher, daß die Debatte um das neue Selbstverständnis auch längst die Frage mit einbezogen hat, welche Rolle dem Sozialstaat in der zukünftigen Entwicklung Deutschlands zukommen soll. Das "Modell-Deutschland" mit seiner Tarifautonomie mit einigermaßen starken Gewerkschaften und seinem relativ weit ausgebauten System der sozialen Sicherung wird grundsätzlich in Frage gestellt. Dabei findet

<sup>1</sup> G. Zieburg, Golfkrieg, "neue Weltordnung" und die Folgen für Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1991, S. 128ff, hier S. 138.

<sup>2</sup> J. Habermas, Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder "normal" geworden, in: Die Zeit, v. 11.12.1992, S. 48.

die erneut aufgeflammete Diskussion um "Krise" und "finanzielle Grenzen" des Sozialstaates vor dem Hintergrund eines enormen sozialen Problemstaus in der Gesellschaft statt, der sich durch die sozialökonomischen Verwerfungen der Transformationskrise in den neuen Bundesländern enorm verstärkt hat und durch den Rezessionskurs der West-Konjunktur noch einmal an Brisanz gewinnen wird.

Bereits in den 80er Jahren bildeten sich in der alten Bundesrepublik auf der Grundlage eines neuen Akkumulationstyps<sup>3</sup> und forciert durch die konservativ-liberale Flexibilisierungs- und Deregulierungspolitik die Konturen der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" heraus. Wirtschaftswachstum und gesamtgesellschaftlicher Wohlstandszuwachs gingen mit einem Absacken der Lohnquote gegenüber der Gewinnquote und der Marginalisierung immer größerer Anteile der Bevölkerung einher. Das Ende der 80er Jahre verstärkt thematisierte Phänomen der "Armut im Wohlstand" konzentrierte sich vorwiegend auf Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen sowie auf Arbeitslose und Personen, die aus Gründen von Alter, Krankheit, Invalidität, Pflegebedürftigkeit, Familientätigkeit usw. nicht erwerbstätig sein konnten.<sup>4</sup> Zugleich wurde eine zunehmende Minderheit vor allem weiblicher Beschäftigter in die Grauzone prekärer, ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse mit oft nicht existenzsichernden Einkommen und gravierenden Nachteilen bei den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen abgedrängt.

Mit dem westdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystem wurden auch die Selektions- und Ausgrenzungsmechanismen des westlichen Modernisierungsprozesses auf die neuen Bundesländer übertragen, die jedoch unter den Bedingungen des nahezu völligen Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen eine noch stärkere gesellschaftliche Spaltungsdynamik freisetzen. Die neuen Bundesländer befinden sich auf dem Weg in eine halbierte Gesellschaft. Von den ehemals etwa 9,7 Millionen ostdeutschen Erwerbstätigen bezogen bereits 1992 lediglich knapp die Hälfte ein volles Arbeitseinkommen. Rund 4 Millionen Personen mußten ganz oder teilweise von sozialstaatlichen Leistungen leben: als registrierte Arbeitslose, als KurzarbeiterInnen, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in Maßnahmen beruflicher Fortbildung und Umschulung, als AltersübergangsbezieherInnen im vorzeitigen Ruhestand sowie als EmpfängerInnen von Sozialhilfe. Zwar wurden im Rahmen des Anschlusses Ostdeutschlands Leistungsstruktur und -kriterien des westdeutschen Sozialsystems auch auf die neuen Bundesländer übertragen. Aber aufgrund der nach wie vor deutlich niedrigeren Arbeitseinkommen in Ostdeutschland liegt das Niveau staatlicher Sozialleistungen deutlich unter den alten Bundesländern, während die Lebenshaltungskosten bereits auf Weststandard angestiegen sind.

<sup>3</sup> R. Hickel, Ein neuer Typ der Akkumulation. Hamburg 1987.

<sup>4</sup> Vgl. D. Döring/W. Hanesch/E. U. Huster (Hrsg.), Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main 1989.

Insgesamt wird deutlich, daß die Sicherungsstrukturen des westdeutschen Sozialsystems mit dem Kernbereich der erwerbsarbeits- und beitragszentrierten Sozialversicherung sich in den neuen Bundesländern als wenig geeignet erwiesen, die mit der Beschäftigungskrise einhergehenden materiellen Risiken aufzufangen. Da durch Massenarbeitslosigkeit Voraussetzungen zur Erlangung von ausreichenden Anwartschaften fehlen und niedrigere Arbeitseinkommen nur unzureichende Sicherheitsansprüche ermöglichen, besteht die Gefahr, daß soziale Armut als Massenphänomen vorprogrammiert wird.<sup>5</sup>

**3** Die Zuspitzung der sozialen Problemlagen im vereinigten Deutschland ist als quasi naturwüchsiges Resultat der Transformation der zentralistischen Planwirtschaft in ein Marktsystem nicht hinreichend zu erklären. Auch wenn sich so elementare Brüche in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, wie sie bei einem Systemwandel unausweichlich sind, wohl kaum ohne wirtschaftliche und soziale Konflikte und Friktionen vollziehen können, so liegt doch das Ausmaß der sozialen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozesse in nicht unerheblichen Maße in der strukturell verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung begründet. Daß die durch die Wirtschafts- und Währungsunion abrupt vollzogene Einbeziehung der ehemaligen DDR-Wirtschaft in den Geltungsbereich der D-Mark die ostdeutschen Betriebe einer übermächtigen, an Produktivität und Modernisierungsgrad deutlich überlegenen Westkonkurrenz aussetzen würde, wurde bereits im Vorfeld von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, der Bundesbank und nicht zuletzt den Gewerkschaften thematisiert. Aus dem wohl primär ordnungspolitisch-ideologisch motivierten Verzicht auf eine, die ostdeutsche Wirtschaft im Transformationsprozeß stützende Struktur- und Industriepolitik, resultiert ein historisch wohl einmaliger De-Industrialisierungsprozeß in den neuen Bundesländern; mit seinen entsprechenden Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und den Arbeitsmarkt. Da die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht integraler Bestandteil eines strukturpolitischen Gesamtkonzeptes, sondern letztlich isolierte Resultate des massiven politischen Druckes der Gewerkschaften waren, blieb auch ihre Wirkung weit hinter dem an sich Möglichen zurück.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Probleme wächst auch der auf die Bundesregierung wirkende Zwang zu einer zumindest partiellen Umorientierung der Regierungspolitik. In dem mit großem Getöse eingeläuteten "Solidarpakt zur sozialen Gestaltung der Einheit" kommt der Versuch zum Ausdruck, durch die politische Einbindung der parlamentarischen Opposition sowie der Tarifvertragsparteien den zunehmenden Wi-

<sup>5</sup> Zur sozialen Entwicklung im vereinigten Deutschland vgl. G. Bosch/M. Knuth, Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, in: Soziale Sicherheit 5/1992, S. 136ff. und K. Hofemann, Aktuelle Sozialhilfeentwicklung in West- und Ostdeutschland, in: Sozialer Fortschritt 12/1992, S. 293ff.

derstand gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der bisherigen Einigungspolitik in Grenzen zu halten und der schwindenden Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber den marktradikalen Politikkonzepten entgegenzuwirken. Die angedeutete Bereitschaft von Teilen der Bundesregierung, einer gezielten Sanierung ostdeutscher Industriekerne zuzustimmen, kann als pragmatische Konzession gegenüber SPD und Gewerkschaften im Rahmen einer integrationistischen Politikstrategie gewertet werden. Die Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Kurskorrektur der Politik ist damit jedoch nicht verbunden. Nach wiewor dominieren gegenüber einer politischen Neuorientierung die Momente der Kontinuität einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die seit Beginn der 80er Jahre darauf abzielt, das in den 60er und 70er Jahren erreichte Maß an Sozialstaatlichkeit zugunsten einer vermeintlichen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und einer Reaktivierung deutscher Wirtschaftskraft zurückzudrängen. Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung bilden dabei die konzeptionellen Eckpunkte einer Strategie der weltmarktorientierten Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die den "Sachzwang Weltmarkt" sowie die Zwänge des europäischen Integrationsprozesses in eine nationale Politik des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen, der Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen, der Lockerung tarif- und arbeitsrechtlicher Schutzstandards sowie des Angriffs auf die Tarifautonomie übersetzt.<sup>6</sup> Die angekündigten Kürzungen im Bereich staatlicher Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Erziehungsgeld usw.) sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen, Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes, gesetzliche Öffnungsklauseln für Tarifverträge usw. stellen Einzelaspekte eines marktradikalen Ab- und Umbaukonzeptes des Sozialstaates dar, das in der konservativen Argumentationslogik durch die notwendigen Milliardentransfers für Ostdeutschland eine zusätzliche Begründungsdimension erhält. Letztlich geht es dabei auch um eine Ökonomisierung der Sozialpolitik, d. h. um ihre Integration in die Logik einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die in der Reduzierung der betrieblichen Sozialkosten und der Ausweitung unternehmerischer Handlungsfreiheiten die geeigneten Mittel zur Verbesserung der privaten Kapitalverwertungsbedingungen sieht und Massenarbeitslosigkeit, soziale Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung als nützliches Disziplinierungsinstrument gegenüber den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften zu instrumentalisieren sucht.

4 Die Gewerkschaften sind im Zuge der internationalen und nationalen Strukturumbrüche, insbesondere aber durch die Wucht der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Rahmen der deutschen Einigung politisch

<sup>6</sup> Dazu ausführlicher: H. Schmitthenner, Die Renaissance der sozialen Frage, in: Ders. (Hrsg.): Zwischen Markt und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik. Hamburg 1992, S. 7ff.

wie konzeptionell in die Defensive geraten. Die mit der Einigung sich vertiefenden sozialen Spaltungstendenzen befördern die Ausdifferenzierung von Lebens-, Interessen- und Bewußtseinslagen unter den Lohnabhängigen, die bereits als Folge des Modernierungs- und Individualisierungsprozesses in der "alten" BRD insbesondere die gewerkschaftliche Tarif- und Sozialpolitik vor qualitativ neue Anforderungen gestellt hatte. Dabei besteht zweifelsohne die Gefahr, daß angesichts der Reaktualisierung sozialer Verteilungskonflikte die gewerkschaftliche Bearbeitung der "neuen Fragen" (qualitativ neue Ansprüche der Lohnabhängigen an ihre Arbeits- und Lebensumwelt, Gleichstellung der Geschlechter, Ökologisierung des industriekapitalistischen Produktions- und Konsumtionsmodells, Nord-Süd-Konflikt usw.) in den Hintergrund gerät. Zugleich sind die Gewerkschaften mit einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konstellation konfrontiert, in der in verstärktem Maße die sozialen Spaltungslinien auch innerhalb der Lohnabhängigen in Ost und West, vor allem aber zwischen Ost und West verlaufen und somit eine äußerst komplizierte Interessenstruktur hervorbringen. Gerade die gewerkschaftliche Tarif- und Sozialpolitik sieht sich unterschiedlichen, teilweise konträren Interessen und Erwartungen ihrer Mitglieder gegenübergestellt. "Im Osten artikuliert sich der Wunsch nach einer möglichst umgehenden Angleichung der Einkommens- und Lebensverhältnisse, während bei den Mitgliedern im Westen die finanzielle Belastung, d. h. Bereitschaft und Fähigkeit zur Finanzierung der Ausgleichszahlungen an den Osten, ebenso zu berücksichtigen ist, wie der Wunsch nach realen Einkommenszuwächsen und sozialpolitischen Leistungsverbesserungen auch im Westen."<sup>7</sup> Die Überwindung der aktuellen Defensive wird für die Gewerkschaften nur möglich sein, wenn der gewerkschaftliche Widerstand gegen die konservative Politik der Umverteilung und des Sozialabbaus mit dem Aufzeigen einer mobilisierungsfähigen, sozialen und gesellschaftspolitischen Reformperspektive einhergeht. Die konservative Hegemonie ist angesichts des enormen gesellschaftlichen Problemstaus längst brüchig geworden. Das marktradikale Politikmodell des Konservatismus gerät zunehmend in Schwierigkeiten, den immanenten Widerspruch zwischen "weltmarktorientierter Modernisierung und gesellschaftlicher Desintegration" politisch zu regulieren, und "die kontraproduktiven Wirkungen der Modernisierungs- und Deregulierungspolitik im Sinne der Sicherung ihrer Mehrheitsverhältnisse zu bewältigen. ... Je mehr die staatliche Politik sich den Imperativen der Weltmarktkonkurrenz unterwirft, um so größer werden die Restriktionen, denen diese Politik im Hinblick auf die Bearbeitung der ökonomischen, sozialen und regionalen Fragmentierungen und Spaltungen unterliegt."<sup>8</sup>

<sup>7</sup> G. Bäcker, Sozialpolitik zwischen Überforderung und Strukturreform, in: WSI-Mitteilungen 11/1992, S. 711ff., hier S. 717.

<sup>8</sup> F. Deppe, Gewerkschaften '92 und die Renaissance der sozialen Frage, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 11/1992, S. 22ff., hier S. 34 u. 29.

Eine Reformpolitik, die diese Widersprüchlichkeit des konservativen Politikmodells zum Ansatzpunkt seiner Überwindung nutzen will, hat vor allem - stärker als bisher geschehen - die enormen gesamtwirtschaftlichen und sozialen, aber auch ökologischen und politischen Folgekosten einer marktradikalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu thematisieren. Ein Blick über die deutschen Grenzen könnte dabei hilfreich sein. International gerät der Marktliberalismus als wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Gestaltungsphilosophie zunehmend unter Druck. Im Zuge der mit katastrophalen Folgen gescheiterten aggressiven Deregulierungs-Offensiven in Großbritannien ("Thatcherismus") und den USA ("Reaganomics") hat sich seit geraumer Zeit die Debatte über staatliche "Re-Regulierung" und das "Comeback des Staates" als einem zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Akteur intensiviert. Auch in Deutschland konstatiert das Wirtschaftsmagazin "Capital" angesichts der prekären Lage in den neuen Bundesländern, daß dort "die herrschende Denkschule der Ökonomie ihr Waterloo" erlebt habe.<sup>9</sup>

Im Rahmen dieser industriepolitischen Debatte sind auch Ansätze einer Neubewertung staatlicher Sozialpolitik erkennbar. Sozialpolitik wird nicht ausschließlich als Kostenfaktor und Hemmschuh für betriebliche Innovationen betrachtet. Vielmehr wird zunehmend der "wirtschaftliche Wert"<sup>10</sup> der Sozialpolitik hervorgehoben, wird das Wechselverhältnis zwischen sozialer Sicherung und sozialstaatlichem Interventionismus auf der einen Seite sowie wirtschaftlichem Wachstum und Produktivitätszuwachsen auf der anderen thematisiert. In dieser Debatte kommt letztlich auch der Tatbestand zur Geltung, daß gerade staatliche Sozialpolitik als Katalysator gesellschaftlichen Strukturwandels, als Garant eines hohen Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte, als antizyklischer Nachfragestabilisator usw. weniger ein Hindernis als vielmehr eine zunehmend unverzichtbare Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Modernisierungsprozesse darstellt. An dieser Notwendigkeit der gesellschaftlichen und sozialen Regulierung des kapitalistischen Markt- und Modernisierungsprozesses haben alternative Konzepte für eine soziale und ökologische Entwicklungsperspektive im vereinigten Deutschland anzusetzen.

5 Bei der Entwicklung einer solchen Reformperspektive sollte der Stellenwert der Sozialpolitik weder über- noch unterschätzt werden. Sicherlich käme es einer Überforderung der Sozialpolitik gleich, würde man ihr in den neuen Bundesländern auf Dauer ihre bisherige Sicherungsfunktion abverlangen, ohne daß es gelänge, den ostdeutschen Wirtschafts- und Wertschöpfungsprozeß in Gang zu setzen. Bisher wirkten die vorwiegend aus der westdeutschen Wirtschaftskraft finanzierten Sozialeinkommen in weiten Teilen als Ersatz für nicht vorhandene

<sup>9</sup> Zit. n. U. Kremer, Industriepolitik im Vormarsch?, in: WSI-Mitteilungen, S. 274ff., hier S. 208.

<sup>10</sup> G. Vobruba (Hrsg.), Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Berlin 1989.

Arbeitseinkommen. Ohne eine erhebliche Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen in Ostdeutschland zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit entsprechenden Einkommen wird der Sozialtransfer absehbar an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit stoßen. Eine forcierte Regional- und Strukturpolitik zum Aufbau einer stabilen Industrie- und Wirtschaftsstruktur wird zunehmend zur Voraussetzung der Wirksamkeit und Finanzierbarkeit sozialpolitischer Maßnahmen werden.

Gleichwohl kann die Sozialpolitik innerhalb eines solchen Konzeptes einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung und damit zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung leisten. Als Anhängsel einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird sie dieser Aufgabe jedoch nicht gerecht werden können. Vielmehr müssen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategien von einem politischen Grundverständnis aus konzipiert werden, indem sie als gesellschaftlich akzeptiertes soziales Korrektiv der von sich aus sozialblinden Profit- und Marktlogik fungieren und den Verteilungs-, Selektions- und Ausgrenzungsmechanismen des kapitalistischen Modernisierungsprozesses entgegenwirken.

Ausgehend von einem solchen Selbstverständnis sind aktuell für die gewerkschaftliche Sozialpolitik zumindest drei Handlungsfelder von besonderer Bedeutung:

1. Angesichts der sozialen Probleme des vauseilenden Strukturwandels in Westdeutschland und des nachholenden Strukturwandels in Ostdeutschland war die Sozialpolitik vor allem in ihrer kompensatorischen Funktion gefordert. Ihre Aufgabe bestand vordringlich darin, durch Sozialtransfers die Einkommen von Arbeitslosen, RentnerInnen, Kranken, Geringverdienenden usw. zu stabilisieren, um die modernisierungsbedingten Ausgrenzungsprozesse abzufedern. Diese Aufgabe wird auch in Zukunft unabdingbar sein. Aber bereits das Ausmaß sozialer Armut und Ausgrenzung in der "alten" BRD ließ deutlich werden, daß das "übertragene lohn- und beitragsbezogene Sozialversicherungssystem ... aufgrund seiner erwerbszentrierten Struktur- und Leistungsprinzipien dazu (führt), daß mit wachsender Dauer von Arbeitslosigkeit der Anteil derjenigen steigt, der die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe nicht bzw. nicht mehr erfüllt und auf den Bezug von Sozialhilfe oder familiärer Unterstützung verwiesen wird."<sup>11</sup> Dieses Strukturdefizit verweist auf die dringende Notwendigkeit eines sozialstaatlichen Reformkonzeptes, in dem das Beitrags- und Äquivalenzprinzip der Sozialversicherung zuerst in der Arbeitslosenversicherung im unteren Einkommenssegment durch eine Bedarfskomponente ergänzt wird, um dann - mittelfristig - das Sicherungssystem insgesamt unter Einbeziehung anderer

<sup>11</sup> G. Bäcker, a.a.O., S. 714.

Sozialversicherungszweige und der Sozialhilfe zu einem umfassenden Konzept einer bedarfsorientierten Mindestsicherung auszubauen.<sup>12</sup>

2. Aber gerade die einseitig reaktiv-kompensatorische Orientierung in der Sozialpolitik stößt zunehmend an ihre Grenzen. Immer weniger lassen sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des kapitalistischen Modernisierungsprozesses wie Arbeitslosigkeit, soziale Armut, gesellschaftliche Ausgrenzung, aber auch vorzeitiger Gesundheitsverschleiß usw. auf eine gesellschaftlich tragfähige und finanzierbare Weise ausgleichen, ohne in die hinter ihnen stehenden Verursachungszusammenhänge einzugreifen. Zunehmend gefordert ist somit ein präventiver sozialpolitischer Interventionismus, der auf eine ursachenorientierte Strategie der Risikovermeidung abzielt und damit ins Zentrum der Entstehung sozialer Risiken vordringt: in den kapitalistischen Produktions- und Marktprozeß.

Daß eine solche Politik freilich die Grenzen einer Sozial(versicherungs)politik im engeren Sinne überschreitet und nur in enger Verzahnung mit anderen, weitergehenden Politikkonzepten wirksam werden kann, wird besonders im Bereich der Arbeitsmarktpolitik deutlich. Hier konkretisiert sich die Umorientierung von einer reaktiv-kompensatorischen zu einer präventiv-interventionistischen Politik in der Forderung, daß aktive Arbeitsmarktpolitik in Ost- und Westdeutschland in ein struktur- und industriepolitisches Gesamtkonzept eingebettet werden muß und darüber hinaus ihre Hauptaktivitäten von der technokratischen Verwaltung und passiven Finanzierung von Arbeitslosigkeit auf eine aktive Förderung und Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit zu verlagern sind. Insbesondere vor dem Hintergrund der Beschäftigungskatastrophe in den neuen Bundesländern reicht der Rückgriff auf Instrumente und Stoßrichtung der traditionellen Arbeitsmarktpolitik in Westdeutschland bei weitem nicht aus. Der arbeitsmarktpolitische Reformbedarf reicht von einer Veränderung der gesetzlichen Grundlagen (AFG-Reform) über die Förderung der Beschäftigungspotentiale von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften bis hin zur Notwendigkeit eines arbeitsmarktpolitischen Sofortprogramms.<sup>13</sup>

3. Die Formulierung sozialpolitischer Reformforderungen der Gewerkschaften stößt im gesellschaftlichen Konflikt nicht nur auf ordnungspolitisch-ideologisch motivierte Gegenstrategien, sondern angesichts der rezessiven Tendenzen der Westkonjunktur auch immer häufiger auf den Vorwurf der mangelnden Finanzierbarkeit. Der Streit um die Finanzierung

<sup>12</sup> Vgl. G. Bäcker, J. Steffen, Verarmungsrisiken und Sozialhilfebedürftigkeit in Deutschland. Eine bedarfsorientierte Mindestsicherung ist überfällig, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), a.a.O., S. 108ff.

<sup>13</sup> Vgl. C. Jetter, Arbeitsmarktpolitik am Wendepunkt, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), a.a.O., S. 29ff. und W. Adamy/N. Möller-Lücking, Zum Reformbedarf am Arbeitsförderungs-gesetz, in: Sozialer Fortschritt 12/1992, S. 298ff. sowie M. Knuth, ABS-Gesellschaften, Agenturen des sozial begleiteten externen Strukturwandels, in: H. Schmitthenner (Hrsg.), a.a.O., S. 59ff.

von Sozialpolitik stellt einen gesellschaftlichen Dauerkonflikt dar. Sozialpolitische Einkommenstransfers bedeuten immer Abschöpfung und Umverteilung von Anteilen aus dem Bereich der Primäreinkommen, der Arbeitsentgelte und der Profite. Damit ist Sozialpolitik als über den Staat vermittelte Verteilungspolitik auch immer Bestandteil des gesellschaftlichen Verteilungskonfliktes zwischen Kapital und Arbeit. Der Konflikt um die Finanzierung von Sozialpolitik verschärft sich vor allem in Phasen wirtschaftlicher Krisen. Während durch zunehmende Arbeitslosigkeit, soziale Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung der sozialpolitische Finanzierungsbedarf wächst, verringert die rückläufige Wertschöpfung die Spielräume zur Aufbringung der notwendigen Finanzmittel. Es ist letztlich eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, welche Bevölkerungsgruppe zur Finanzierung des Mehrbedarfs zusätzliche Abzüge bei ihren Primäreinkommen hinnehmen muß.

In der aktuellen Situation stehen die Gewerkschaften in einem Verteilungskampf, in dem es zu verhindern gilt, daß die notwendigen Finanztransfers nach Ostdeutschland ausschließlich zu Lasten der Lohnabhängigen aufgebracht werden. Der staatlichen Steuer- und Abgabepolitik kommt dabei zweifelsohne ein zentraler Stellenwert zu. Die Umkehrung des aus Sicht der Arbeits- und Sozialeinkommen bisher ausgesprochen negativen Umverteilungseffektes der bisherigen Einheitsfinanzierung muß dabei die Meßlatte einer sozial akzeptablen Erschließung neuer Finanzierungspotentiale für eine solidarische Sozialpolitik darstellen. Auszugehen ist dabei von einer verteilungspolitischen Fehlentwicklung seit Beginn der 80er Jahre, in der die Lohnabhängigen reale Kaufkraftverluste hinnehmen mußten, während sich Gewinne und Liquiditätsausstattung der (westdeutschen) Produktionsunternehmen "geradezu dramatisch verbessert" haben.<sup>14</sup> Zugleich hat der Einigungsboom, der sich in den Kassen der westdeutschen Unternehmen und auf den Konten der westdeutschen Banken als Gewinnboom niedergeschlagen hat, diese Entwicklung sowie die Tendenz zu einer enormen Ausweitung der Geldvermögensbildung zu Lasten der Realinvestitionen in den Westunternehmen verstärkt. Hier stehen in erheblichem Umfang Finanzpotentiale zur Verfügung, die angesichts der enormen gesellschaftlichen Folgekosten des Investitionsmangels in Ostdeutschland über geeignete steuer- und abgabepolitische Maßnahmen für den dringend notwendigen Aufbau einer produktiven Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern nutzbar gemacht werden müssen. Die Forderungen der IG Metall nach der Erhebung einer Investitionshilfeabgabe für die westdeutsche Wirtschaft und der verstärkten Besteuerung von Zinseinkünften aus großen Geldvermögensbeständen weisen in diese Richtung.<sup>15</sup> Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Erhebung

<sup>14</sup> Vgl. dazu die laufenden Monatsberichte der Bundesbank sowie C. Schäfer, Das "Teilen" will nicht gelingen, in: WSI-Mitteilungen 10/1992, S. 629ff., hier S. 631.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Vorstand der IG Metall, Zur solidarischen Finanzierung der sozialen Einigung, Frankfurt am Main 1991. Zu weiteren Finanzierungsvorschlägen vgl. H. Schmitthenner,

einer Arbeitsmarktabgabe unter Einschluß von Selbständigen, Freiberuflern und Beamten zur Finanzierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie die Erhebung einer Ergänzungsabgabe mit einer Einkommensgrenze von 60.000/120.000 DM Jahreseinkommen für Ledige/Verheiratete. Beide Maßnahmen würden der überproportionalen Belastung der unteren Einkommensgruppen durch die bisherige Einheitsfinanzierung entgegenwirken.

Die hier thematisierten Eckpunkte einer solidarischen und reformorientierten Sozialpolitik können sicherlich als sozialpolitische Mindestbedingungen einer Kurskorrektur der aktuellen Politik der Sozialdemontage gelten. Gleichwohl würde eine Politik, die lediglich auf die Zurückdrängung der einigungsbedingten Probleme und des marktradikalen Umbauprogramms des Sozialstaates abzielen würde, den Anforderungen eines attraktiven Reformkonzeptes zur Weiterentwicklung des Sozialstaates nicht gerecht werden. Der Reformbedarf geht erheblich über den sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaat alter Prägung hinaus. Eine grundsätzliche Reformdebatte über Prinzipien, Reichweite und Formen einer modernen Sozialstaatspolitik ist unabdingbar. Dabei steht auch die gewerkschaftliche Sozialpolitik vor der Herausforderung, sowohl der erneuten Aktualisierung klassischer Lohnarbeiterrisiken wie Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste als auch den neuen Formen gesellschaftlicher Segmentierung und den gewandelten Lebensentwürfen und Wertorientierungen der Lohnabhängigen Rechnung zu tragen. Neben der Frage der Finanzierung kommt sicherlich der umfassenden Demokratisierung des Sozialstaates eine zentrale Bedeutung zu. Bisher fehlen weitgehend konzeptionelle Vorstellungen darüber, wie die Tendenzen der Zentralisierung, Verrechtlichung, Bürokratisierung und Professionalisierung in der Sozialpolitik zugunsten von mehr Transparenz, Effizienz, Bürgernähe und Beteiligung zurückgedrängt werden können, ohne hinter das Sicherungsniveau der "etatistischen" Sozialsysteme zurückzufallen oder der Deregulierungs- und Privatisierungsphilosophie des Marktradikalismus auf den Leim zu kriechen. Der Bedarf an konzeptioneller Arbeit und Diskussion in dieser Richtung ist erheblich. Eine Aufgabe, die die Gewerkschaften alleine nicht leisten können. Ganz zu schweigen davon, daß die Probleme der politischen Durchsetzung tragfähiger Reformkonzepte angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht minder schwierig zu bewältigen sein werden. Vieles spricht dafür, daß die Linke innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften ohne eine erfolgreiche Bearbeitung dieser Zukunftsfragen die politische Offensive im vereinigten Deutschland nicht wird zurückgewinnen können.

Eckpunkte und Handlungsfelder einer reformorientierten Sozialpolitik, in: Ders. (Hrsg.), a.a.O., S. 236ff, hier S. 241ff.

Christian Götz

## Zwischen Stillstand und Aufbruch - Anmerkungen zur Zukunft der Gewerkschaften

Vielfach drohen falsche Weichenstellungen

"Wohin treibt die Bundesrepublik?" So lautete der Titel einer berühmt gewordenen Streitschrift des Philosophen Karl Jaspers, die 1966 veröffentlicht wurde. Sie löste damals langanhaltende, tiefgreifende Diskussionen über den weiteren Weg Westdeutschlands aus. Unabhängig vom jeweils bezogenen Standort in dieser Kontroverse wurde damit erneut bewiesen: Die - auch und gerade heute - vielgeschmähten "Intellektuellen" und "Theoretiker" sind sehr wohl in der Lage, rechtzeitig gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzuzeigen, richtige Fragen zu stellen und damit politische Entwicklungen zu beeinflussen. Sie sind in diesem Sinne unverzichtbar.

Ein gutes Vierteljahrhundert später steht die Bundesrepublik erneut am Scheideweg. Zwischenzeitlich brach das "realsozialistische Lager" weitgehend zusammen; die alte BRD und die ehemalige DDR wurden zu einem Staat "vereint"; zwei Entwicklungen, die von der herrschenden Lehre und Ideologie immer wieder beschworen und geradezu herbeigesehnt wurden. Paradiesische Zustände sind trotzdem nicht eingetreten; im Gegenteil: Die gesellschaftlichen Probleme haben sich nicht reduziert, sondern atemberaubende Dimensionen erreicht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, reagieren Parteien und Politiker aller Richtungen hilflos oder hektisch; ggf. auch hysterisch, was der *Politikverdrossenheit* ständig neue Nahrung gibt. Gleichzeitig steht fest:

*Jetzt und in den nächsten Jahren werden Weichen hinsichtlich der "großen Richtung" der Entwicklung Deutschlands gestellt.*

In dieser komplizierten Situation - angesichts des weitgehenden Versagens der etablierten Parteien - sind wiederum Intellektuelle und Theoretiker gefordert: Sie müssen Analysen, Vorschläge und Denkanstöße "produzieren", ohne deshalb zugleich in jedem Fall "Patentrezepte" zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu liefern.

Vor diesem Hintergrund wird erneut deutlich, wie fatal es in der Tat wäre, wenn "Linke" aller Schattierungen sich aus gesellschaftlichen Diskussionen und Kontroversen entweder heraushalten oder mundtot machen lassen würden. (Entsprechende Tendenzen sind unübersehbar.) Falsche Weichenstellungen wären damit vorprogrammiert: ggf. für lange Zeit unumkehrbar.

Die hier formulierte Anforderung richtet sich nicht zuletzt auch an die *Gewerkschaften*, den größten "gesellschaftlichen Block" in der Bundesrepublik.

Allerdings befinden sich die Gewerkschaften selbst zur Zeit in keiner guten Verfassung; sie sind - auch nach eigener Einschätzung - seit längerem dringend reformbedürftig. Vom Ergebnis dieser Reform wird abhängen, ob die Gewerkschaften "*Gestaltungsmacht*" zurückgewinnen, die sie überhaupt in die Lage versetzt, sich mit Aussicht auf Erfolg in den Zukunftsdiskurs einzuschalten. Voraussetzung ist, daß sich im Reformprozeß nicht jener (zahlenmäßig beachtliche) Flügel von Führungsfunktionären durchsetzt, der eher die *Entpolitisierung* der Gewerkschaften sowie *Pragmatismus* auf seine Fahnen geschrieben hat.

### Nicht mit dem "Sieg des Kapitalismus" abfinden

Über Jahrzehnte bildete der *Ost-West-Gegensatz* die wesentliche *Konstante* der Politik; und zwar für *beide* Seiten. Mit der Auflösung aller Strukturen in jenen Ländern, die den "Sozialismus" als gesellschaftliches Leitbild propagierten - und die zusammen immerhin einen großen Teil der Menschheit ausmachten -, ist diese Gewißheit endgültig dahin. Hinzu kommt, daß sich in der Geschichte gesellschaftliche Veränderungen vergleichbaren Ausmaßes nur selten so rasant vollzogen haben. Interpretieren - soweit sie ihr Handwerk seriös betreiben - geraten in Atemnot.

Eine tiefgreifende *Verunsicherung* hier und dort ist das logische Ergebnis. Die Folgen dieses gewaltigen Umbruchs sind nicht abschätzbar; bzw. zeigen sie sich bisher nur von ihrer negativen Seite: im *Osten* vielfach mit neuem Nationalismus, Krieg, Armut und Chaos, im *Westen* mit der Gefährdung sozialer Standards und Rechte.

Die *Gewerkschaften* werden von dieser Grundproblematik spätestens mit der Diskussion über ein neues *Grundsatzprogramm*, das 1996 endgültig verabschiedet werden soll, eingeholt. Dabei kann nämlich eine zentrale Frage nicht länger unbeantwortet bleiben:

Sollen die Gewerkschaften künftig noch *gesellschaftliche Alternativen* zur gegebenen gesellschaftlichen Realität - und damit nicht zuletzt auch zum Kapitalismus - aufzeigen?

Diese Frage ist auch in den eigenen Reihen sehr umstritten; überwiegend wird für große Zurückhaltung plädiert.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß Hans Böckler, Gründungsvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1946 meinte - und wohl auch hoffte: "Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen. Er ist im Augenblick aktionsunfähig." 43 Jahre später wollte Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dieses ganze Kapitel quasi endgültig abschließen, indem er die Konsequenz zog:

"Für die Gewerkschaften gibt es *keinen Grund* mehr, ihren Beschlüssen die Vorstellung einer *alternativen Gesellschaftsordnung* zugrunde zu legen - es gibt derzeit keine realistische Vorstellung einer wünschenswerten Alternative. Es gibt *nur* die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Stärken und Schwächen sowie die Kritik an ihr und gewisse Leitideen, in welche Richtung sich eine kapitalistische Gesellschaft verändern sollte."<sup>1</sup>

Daß Hans Böckler sich geirrt hat, steht seit langem fest. (Die dafür - tatsächlich oder angeblich - maßgebenden Gründe sind vielfach beleuchtet worden. Entsprechende Publikationen füllen inzwischen Bücherregale. Diese Reihe soll hier nicht fortgesetzt werden.) Trotzdem ist nach wie vor Skepsis gegenüber "denkerischen Schnellschüssen" und daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen angebracht; insbesondere, wenn es darum geht, die *künftige* DGB-Programmatik zu diskutieren und zu bestimmen. Um eine klare Gegenposition zu Dieter Wunder (und seinen Anhängern) zu beziehen:

"Trotz alledem" stellt der Zusammenbruch der ökonomischen und politischen Systeme in den Ländern des sog. "realen Sozialismus" *keinen* Sieg des Kapitalismus dar. Es gibt vor allen Dingen keinen Grund, einen "Freifahrtschein" auszustellen. Propheten dieser Art agieren in unserem Lande zur Genüge. Sie brauchen unsere Unterstützung und Hilfe ganz gewiß nicht.

Der Kapitalismus ist zu definieren "als Methode, die die absolute Vorherrschaft des Kapitals, des Besitzes der Produktionsmittel und des Bodens über die freie Subjektivität der Arbeit des Menschen festhalten will". Das ist nicht hinnehmbar, muß bekämpft werden; und zwar so lange, wie das "menschliche Defizit des Kapitalismus mit seiner Herrschaft der Dinge über Menschen" noch nicht überwunden ist.

Diese Aussagen stammen von Papst Johannes Paul II, veröffentlicht in der 9. Enzyklika seiner Amtszeit im *Mai 1991*. Es gehört zur Ironie unserer Zeit, daß unbefangene Kapitalismuskritik offensichtlich nur noch der Papst üben kann, ohne sofort in die Ecke des "Unverbesserlichen" gestellt zu werden.

Natürlich dürfen Erfahrungen der jüngeren Geschichte nicht in den Wind geschlagen werden. Sie zwingen zu einer *differenzierten Einschätzung*:

Die in den früheren Ländern des "realen Sozialismus" verfolgte *ideologische Position*, die sog. "Lösung der ökonomischen Frage" durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel werde quasi automatisch auch die Lösung aller anderen wichtigen gesellschaftlichen Probleme zur Folge haben, hat sich eindeutig als falsch erwiesen, wurde praktisch ad absurdum geführt. Gerade im ökonomischen Bereich herrschten (allerdings auf der Basis ei-

<sup>1</sup> Dieter Wunder: "Der Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' und das Selbstverständnis der Gewerkschaften", in "Gewerkschaftliche Monatshefte" 12/1989 (Herv. d. Verf.).

ner gesicherten "Grundversorgung", die angesichts der Realitäten in vielen anderen Teilen der Welt *keine* Selbstverständlichkeit darstellt) die größten Probleme.

Diese Kritik ist heute Allgemeingut. Differenzierte Diskussionen sind zur Zeit kaum möglich. Gleichzeitig wird die Tatsache unterschlagen:

Auch die nicht minder *ideologische Position des Kapitalismus*, nach der ungebremstes wirtschaftliches Wachstum, technischer Fortschritt und möglichst ungehindertes Unternehmertum quasi automatisch "Wohlstand für alle" garantieren, ist nachweislich falsch.

In vielen Regionen dieser Welt leiden nach wie vor Millionen von Menschen unter kapitalistischer Ausbeutung. Sie haben keine Arbeit und damit kein Einkommen, keine soziale Absicherung und keine Lebensperspektive. Demokratische Freiheiten stehen weitgehend nur auf dem Papier.

Im übrigen hat diese Kritik nicht nur Gültigkeit für Länder der dritten und vierten Welt. Auch in den *Zentren des Kapitalismus* häufen sich Probleme und gravierende Fehlentwicklungen. So durchleben die *USA* (wieder einmal) eine tiefgreifende ökonomische und vor allen Dingen soziale Krise, die wegen ihrer gewaltigen Dimension nicht zuletzt auch die Wahlniederlage von Präsident Bush besiegelte.

Aber wir brauchen ja nicht nur über den "großen Teich" zu blicken. Das "alte Europa" kennt viele Problemregionen. Und auch in der Bundesrepublik herrschen ja nicht durchweg und schon gar nicht für alle "paradiesische Zustände".

Schon die *alte Bundesrepublik* war auf dem Weg zur *Zweidrittelgesellschaft*. Diese Entwicklung ist nicht gestoppt; im Gegenteil. Allerdings wird - als Ergebnis eines gefährlichen Gewöhnungsprozesses - immer weniger darüber geredet. Noch größere Herausforderungen stellen sich in den *neuen Bundesländern*. Die Schaffung der sozialen Einheit auf *akzeptablem Niveau* wird uns noch für Jahre fordern.

Noch weniger als am "Sieg des Kapitalismus" wird (nach der vorherrschenden und tagtäglich proklamierten Meinung) an der absoluten Überlegenheit der *Marktwirtschaft* gezweifelt. Sie wird vielfach selbst von jenen gepriesen, die zu ihren *Opfern* gehören. Ggf. hat nicht das System versagt; es wurde nur falsch umgesetzt. Diesem Irrglauben möchte ich zunächst mit Heinz-Werner Meyer entgegenhalten:

"Wenn wir in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung erleben, daß sich der Stärkere gegenüber dem Schwächeren durchsetzt und diesen verdrängt, ist das *keine* Panne des Systems: vielmehr handelt es sich um ein konsequentes, *tragendes Prinzip* einer Wettbewerbswirtschaft."<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Heinz-Werner Meyer in einem Referat anl. einer Veranstaltung des Diakonischen Werkes in Kiel am 26.5.1992.

Die Marktwirtschaft hat unbestreitbar ihre Stärken; aber sie bedarf der *sozialen* Kontrolle und Steuerung. Davon ist heute immer weniger die Rede. Bezeichnenderweise ist der Begriff "*soziale Marktwirtschaft*" weitgehend aus dem politischen Sprachgebrauch verschwunden.

Markt und Konkurrenz als Regelmechanismen haben außerdem *systemimmanente Grenzen*. Wie z.B. die Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bestätigt, lassen sie sich längst nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen anwenden; es sei denn, man erhebt Profit zum alleinigen Kriterium. Am Beispiel "Kultur" hat Octavio Paz, mexikanischer Literaturnobelpreisträger des Jahres 1990, die Grenzen der Marktwirtschaft plastisch so beschrieben:

"Das Ende des Kommunismus wirft zugleich große Fragen auf. Der Kommunismus war eine Metageschichte, eine Philosophie, die eine globale Antwort auf die psychischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen zu geben beanspruchte. Das hat sich nun als falsch erwiesen und hat Tyrannen hervorgebracht.

Aber der kapitalistische Liberalismus scheint mir keine hinreichende Antwort auf die menschlichen Probleme zu geben. Die Marktwirtschaft alleine kann keine Antwort auf die tiefsten Bedürfnisse der Menschen sein. Die Marktwirtschaft produziert Reichtum, aber auch gravierende Ungerechtigkeiten, zum Beispiel im kulturellen Bereich: Da die Marktwirtschaft einer sehr schlichten Logik folgt, hat alles einen Preis, aber die Kultur kann man nicht auf den Begriff des Preises reduzieren. Gegenwärtig spricht man viel darüber, was ein Bild kostet. Sehr wenige sprechen aber darüber, was ein Bild wert ist. Wert und Preis sind nicht identisch. Und das wird von der Marktwirtschaft verkannt. *Die Marktwirtschaft erkennt viele der wesentlichen Werte der Zivilisation*. Der Zusammenbruch des Kommunismus stellt uns vor die Notwendigkeit, eine neue Antwort auf diese tiefen Bedürfnisse der Menschen zu finden, die schon die alten Religionen und Philosophen geben wollten. Das wird meines Erachtens die große Aufgabe der neuen Generation sein."<sup>3</sup>

Die *Gewerkschaften* können und dürfen allerdings nicht auf die nächste Generation warten. Sie müssen (im Zusammenhang mit der Programmdiskussion) jetzt die Frage beantworten, wo sie in den spannungsgeladenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit, mit denen ggf. Weichen für Jahrzehnte gestellt werden, eigentlich stehen. Nicht nur ich hoffe, daß am Ende die Erkenntnis lautet:

Wir dürfen uns nicht resignierend und endgültig im "realen Kapitalismus" einrichten; ggf. beschränkt auf "soziale Reparaturen". Das ist nicht die "Endform" gesellschaftlicher Entwicklung für die Mehrheit der Menschen

<sup>3</sup> Octavio Paz: "Der Kapitalismus gibt keine hinreichende Antwort auf die Bedürfnisse der Menschen", Gespräch des Literaturnobelpreisträgers mit Carlos Oliveira, dokumentiert in der "Frankfurter Rundschau" vom 2./3.10.1992.

in unserem Lande und weltweit. Deshalb wäre der Verzicht auf - auch grundsätzliche - *Kapitalismuskritik* fahrlässig.

Ehrlichkeit gebietet hinzuzufügen: Über Patentrezepte und schlüssige Modelle verfügt zur Zeit niemand. Im jetzigen Stadium kommt es aber entscheidend darauf an, die Diskussion *offen* zu halten, die Suche nach und die Auseinandersetzung mit *gesellschaftlichen Alternativen* nicht weiter verkümmern zu lassen, sondern wieder zu beleben. Die gewählten gewerkschaftlichen Führungsgremien müssen dabei Vorgaben machen, Akzente setzen und schrittweise die (möglichst breite) Mitgliederschaft einbeziehen.

Als persönliche Anmerkung zu diesem Kapitel sei nachgetragen: Es gibt letztlich auch keinen Grund, vorschnell den *Ideen des Sozialismus* abzuschwören. Ich wünsche mir insbesondere von "Linken" der jüngeren Generation ein Stück mehr "revolutionärer Geduld", Zuversicht und Mut, wie sie sich z.B. in einer Einschätzung von Willy Brandt vom September 1991 (also *nach* den großen gesellschaftlichen Umbrüchen) ausdrückt:

"Verzerrungen und Verfälschungen geschichtlicher Abläufe und ideeller Inhalte hat es schon oft gegeben. Doch die Erfahrung zeigt: Ideen von humaner Substanz lassen sich auch durch schlimme Entstellungen nicht in den Papierkorb oder den Reißwolf der Geschichte befördern. ... In meinem Selbstverständnis bin ich als Sozialist aufgewachsen und halte die damit verbundenen Hoffnungen und Überzeugungen - wenngleich viel erreicht wurde - auch heute nicht für verbraucht."<sup>4</sup>

### Profil als "gesellschaftliche Hoffnungsträger" zurückgewinnen

Soll die Bundeswehr künftig weltweit agieren? - Wie gehen wir mit Asylanten und Ausländern um? - Gelingt es den Konservativen, den Sozialstaat zu kippen?

Das sind zentrale politische Fragen, über die zur Zeit heiß gestritten wird. Vom Ausgang dieser Diskussionen hängt mit ab, "wohin die Bundesrepublik treibt". Deshalb sind wir (auch) als Gewerkschaften gefordert, uns einzumischen und klare Standpunkte zu beziehen. Funktionäre und Mitglieder haben Anspruch auf *politische Orientierungshilfen* in schwierigen Zeiten.

Die genannten Fragenkomplexe können hier nicht in aller Breite und Differenziertheit behandelt werden. Ich muß mich jeweils auf einige grundsätzliche Anmerkungen zur (aus meiner Sicht gewünschten; bzw. für notwendig gehaltenen) *Richtung* gewerkschaftlicher Stellungnahmen beschränken.

<sup>4</sup> Festrede von Willy Brandt aus Anlaß des 125. Bestehens der SPD in Nürnberg im September 1991, dokumentiert in der "Frankfurter Rundschau" am 17.9.1992.

Während diese Zeilen geschrieben werden (15.1.1993), präsentieren die Regierungsparteien im Bundestag ihre Vorstellungen zur neuen *Rolle der Bundeswehr*. Danach sollen künftig *Kampfeinsätze* weltweit möglich sein; und zwar nicht nur unter dem Dach der UNO, sondern auch im Rahmen von Beschlüssen der NATO, der WEU und der KSZE. Die *SPD* lehnt dieses weitgehende Konzept zur Zeit *noch* ab; hat aber seit längerem bereits ihre prinzipielle Bereitschaft signalisiert, den bis heute gültigen, in der Verfassung festgeschriebenen ausschließlich *defensiven Charakter* der Bundeswehr aufzugeben. Nach bisherigen Erfahrungen (Beispiel: Asylrecht) mündet der Streit zwischen Koalition und Opposition letztlich in einen "parteiübergreifenden Konsens", der wesentlich stärker von den "Großmachtträumen" Konservativer geprägt sein wird, als von ursprünglichen sozialdemokratischen Ideen.

Dabei reicht das Spektrum von Helmut Kohl bis zu Heinz-Werner Meyer, wenn es um die Mahnung geht: Wir dürfen unsere "ach so bequeme Außenseiterrolle" nicht länger spielen. Das vereinte Deutschland muß seiner "neuen Rolle" und "größeren Verantwortung" in der Welt gerecht werden. Das ist in der Tat so; aber:

Größere Verantwortung und Solidarität gegenüber anderen Völkern muß man nicht zwingend durch weltweite Kampfeinsätze deutscher Soldaten unter Beweis stellen. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte gibt es andere, letztlich wirksamere Möglichkeiten; z.B.:

- Konzipierung und Umsetzung einer Politik, die *Konfliktursachen* reduziert. Die Bundesregierung stellt für die militärische Forschung jährlich immer noch 3,6 Milliarden DM zur Verfügung. Die gesamten Aufwendungen für die Friedens- und Konfliktforschung machen dagegen die vergleichsweise lächerliche Summe von nur 9,5 Millionen DM aus. Angesichts dieser gewaltigen Diskrepanz verwundert es nicht, daß bei Konflikten relativ schnell auf militärische "Lösungen" gesetzt wird, während rechtzeitig entwickelte Szenarien für friedliche Alternativen fehlen.

- Finanziell ausreichend ausgestattete und partnerschaftlich praktizierte (also nicht an eigenen Profitinteressen orientierte) *Entwicklungshilfe*. Auf diesem Feld könnte die Bundesregierung endlich "UN-Treue" beweisen. Deren Norm, nach der die entwickelten Industrienationen umgerechnet 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen sollen, wird von uns gegenwärtig gerade zur Hälfte erfüllt. Es ist ein Skandal, daß der entsprechende Haushalt 1993 proportional sogar weiter gekürzt wird.

- Aufbau eines *Friedenskorps*. Die eigentlichen, von der Öffentlichkeit viel weniger beobachteten Probleme für die Völker (neues Beispiel: Somalia) beginnen immer erst dann, wenn die Soldaten wieder abgezogen sind.

- Tatsächlicher Stopp sowie die Bestrafung aller *Waffenexporte* in Krisenregionen.

Solche *Alternativen* offensiv zu vertreten, entspräche guten gewerkschaftlichen Traditionen. Angesichts zu erwartender Reaktionen im In- und Ausland würden wir damit durchaus auch keine "bequeme Rolle" (Heinz-Werner Meyer) einnehmen.

Ich will dem DGB-Vorsitzenden ernste Sorgen um die Bewahrung des Friedens nicht absprechen, seine entsprechenden Motive nicht infrage stellen. Deshalb halte ich Forderungen nach "Abberufung" auch für inhaltlich unangemessen (schlechte Streitkultur) und für taktisch falsch (Personalisierung lenkt vom Kern der Sache ab). Diese Meinung ändert allerdings nichts an meinem *prinzipiellen Widerspruch*:

Zunächst muß Heinz-Werner Meyer sich selbstkritisch fragen, in wessen Gesellschaft er sich befindet und wie (erwartungsgemäß) seine Aussagen inzwischen "instrumentalisiert" werden. Im Grunde vertreten er und Gleichgesinnte die Meinung, es gebe - trotz aller Erfahrungen dieses Jahrhunderts - doch noch so etwas wie einen "*gerechten Krieg*". Den Anhängern dieser gefährlichen Theorie schrieb der damalige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner bereits vor knapp 30 Jahren ins Stammbuch:

"Nichts ist törichter und falscher als das alte Sprichwort: 'Wenn Du den Frieden willst, so rüste zum Krieg.' Wer im Atomzeitalter den Frieden will, der muß den Frieden vorbereiten, nicht den Krieg. Der muß abrüsten und verhandeln, verhandeln und abrüsten. Jedes begrenzte Abkommen und die schwierigsten, längsten Verhandlungen sind besser als eine einzige explodierende Atombombe."<sup>5</sup>

Es hat nichts mit "billiger Anmache" zu tun, wenn ich feststelle: Otto Brenner stellte sich *gegen* den (damaligen - heute immer noch präsenten) Zeitgeist. Heinz-Werner Meyer schwimmt mit dem Strom. Was ist letztlich die "bequemere" Rolle? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Zum zweiten wichtigen Themenkomplex *Ausländerfeindlichkeit und Asylrecht* gibt es zahlreiche, eindeutige Stellungnahmen gewerkschaftlicher Gremien und Repräsentanten, in denen u.a. die unveränderte Beibehaltung von Artikel 16 des Grundgesetzes gefordert wird.

Nicht ganz so konsequent war der *DGB-Bundesausschuß*, höchstes Beschlußorgan zwischen den Kongressen. Der entscheidende Satz seiner Erklärung vom 7. Oktober 1992 lautet:

"Der DGB fordert die uneingeschränkte Erhaltung des politischen Asylrechts (Artikel 16 des Grundgesetzes)."

Ich habe diese Aussage in der damaligen Sitzung des Bundesausschusses - im Interesse einer möglichst einstimmigen Beschlußfassung - mit vertreten. Die ursprüngliche Forderung nach unveränderter Beibehaltung des jetzigen Wortlautes von Artikel 16 war nicht konsensfähig. Die Möglichkeit zur

<sup>5</sup> Otto Brenner auf einer DGB-Kundgebung zum Antikriegstag am 30.8.1964.

*Ergänzung* durch Hinweis auf die Genfer Flüchtlingskonvention sollte ausdrücklich offengehalten werden.

Inzwischen mußte auch ich mich belehren lassen, wie recht der "Volksmund" mit seiner Warnung hat: "Wer mit dem Teufel essen will, muß einen langen Löffel haben."

Aus den Reihen der *CDU/CSU* wird inzwischen nämlich die Forderung erhoben, den Artikel 16 nicht entsprechend zu ergänzen, sondern zu *streichen* und durch einen Hinweis auf die Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention zu *ersetzen*. Und das wird dann auch noch mit der Behauptung verbunden, dadurch würden bestehende Rechtspositionen nicht geschmälert. Ein Grundrecht durch seine *Abschaffung* erhalten zu wollen, diese Methode erfordert schon ein erhebliches Maß perversen politischen Denkens.

Nach dem "Einlenken" der *SPD* und den inzwischen stattgefundenen gemeinsamen Verhandlungen sind die Regierungskoalition und die größte Oppositionspartei auf dem Weg zum "Konsens", der im Ergebnis identisch sein könnte mit der rechtlichen, insbesondere aber *praktischen* Aushöhlung des verfassungsmäßig garantierten Anspruchs auf politisches Asyl. Dagegen muß der DGB ggf. Front machen.

Gute öffentliche Erklärungen haben ihren Stellenwert; reichen allein aber nicht. Die Gewerkschaften sollten ihren *spezifischen Beitrag* zur Versachlichung der hysterischen Asyldiskussion sowie gegen Ausländerfeindlichkeit leisten. Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten sehe ich vorrangig auf *drei Feldern*:

1. *Feld*: Von Walter Dirks stammt die Erkenntnis: "Wir haben in einem Volk auszuhalten, das nun einmal in einem hohen Maße verführbar ist."<sup>6</sup> In diesem Sinne müssen sich die Gewerkschaften offensiv mit der Tatsache auseinandersetzen, daß Asylantenbeschimpfung, unverantwortliches Stammtischgerede und subtile Formen der Ablehnung von Ausländern durchaus auch in den *eigenen Reihen* anzutreffen sind.

2. *Feld*: Die Sorgen und Nöte *alteingesessener Ausländer* müssen noch stärker aufgegriffen und öffentlich vertreten werden. Es gilt, ihren unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau der Bundesrepublik darzustellen, die weitere Notwendigkeit ihrer Anwesenheit zu begründen und längst überfällige Rechte (z.B. das kommunale Wahlrecht oder die Doppelstaatlichkeit) einzufordern. Auf diesem Feld sind bereits gute Ansätze vorhanden; z.B. die DGB-Materialien "Einwanderungsland Deutschland". Dagegen hapert es in den meisten Fällen noch daran, die Ausländerproblematik auch zum Thema von *Betriebs- und Personalversammlungen* zu machen.

<sup>6</sup> Walter Dirks (nach 1945 Mitbegründer der "Frankfurter Hefte", lt. eigenen Aussagen dem "christlichen Sozialismus" verpflichtet und stets ein kritisch-solidarischer Wegbegleiter der Gewerkschaften) in "Frankfurter Hefte" 4/1983.

3. *Feld*: Nimmt man die Ankündigungen der Regierungsparteien zum Maßstab, so soll der Sozialstaat, der schließlich auch Verfassungsrang hat, weitgehend demontiert werden. Im Umkehrschluß würden damit Grundlagen geschaffen, auf denen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus besonders gut gedeihen können. Deshalb muß der DGB eine *Kampagne zur Bewahrung des Sozialstaates Deutschland* starten - mit Aufklärung, Demonstrationen und anderen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um die politisch Verantwortlichen unter Gegendruck zu setzen. Auf diesem Feld sind Bündnisse mit den Arbeitnehmerflügeln der Parteien, den Kirchen, Rentner- und Wohlfahrtsverbänden sowie weiteren Organisationen möglich.

Summa summarum sollte gerade im Hinblick auf die weitere Programmdiskussion klar sein: Die Gewerkschaften müssen nach wie vor ein *politisches Mandat* beanspruchen, inhaltlich ausfüllen und umsetzen. Dabei müssen sie *autonom agieren*, sowohl bei der Diskussion und Festlegung von inhaltlichen Zielen wie bei deren Realisierung. Das schließt von Fall zu Fall Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Organisationen nicht aus.

Das Plädoyer für ein politisches Mandat der Gewerkschaften bedeutet nicht, diese sollten sich wie *"Ersatzparteien"* aufführen. Es geht vielmehr darum, sich - unter dem Gesichtswinkel der *umfassenden* Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen; also gerade *nicht* einseitig parteipolitisch - in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzumischen.

Dabei kommt es gerade heute immer wieder darauf an, dem Zeitgeist zu widerstehen und *Alternativen* aufzuzeigen - auf vielen Feldern gegen die vorherrschende Politik und die etablierten Parteien; ggf. einschließlich der SPD.

Die Gewerkschaften können nur als gesellschaftlich und politisch engagierte und handelnde Organisationen überleben und wieder Profil gewinnen.

### Reiner Pragmatismus mündet in Geistlosigkeit

"Mit berechtigtem Stolz feiert eine DGB-Gewerkschaft nach der anderen ihr 100jähriges Bestehen. Zwischen Flensburg und Garmisch nähert sich allerdings auch unser Image dem eines Hundertjährigen: robust, erfahren, verdienstvoll, aber nicht mehr im Vollbesitz der Kräfte und nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Man kann sich lange und interessant mit ihm über die Vergangenheit unterhalten, aber für die Zukunft wird nicht mehr ernsthaft mit ihm gerechnet. ..."<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Heinz-Werner Meyer in einem Beitrag für das "gp magazin" (Funktionärszeitschrift der IG Chemie-Papier-Keramik), Ausgabe 7/1991.

Diese Einschätzung stammt von Heinz-Werner Meyer. Ihr ist alles in allem zuzustimmen. Wenn aber selbst der DGB-Vorsitzende so denkt, dann brauchen sich die Gewerkschaften über viel weitergehende Kritik von außen nicht zu wundern. Durch die Medien geistert z.B. die Bezeichnung *"Dinosaurier des Industriezeitalters"*. Diese Einschätzung ist zugegeben recht drastisch; sie trifft deshalb bei den Verantwortlichen in den Gewerkschaften auf deutliche emotionale Ablehnung.

Bei *nüchtern* Betrachtung ist die dahinter stehende Kritik *im Kern* aber berechtigt. Viele Kriterien erfolgreicher Organisationsarbeit liegen bei den Gewerkschaften im argen; sind tatsächlich von "gestern". Das gilt zum Beispiel

- (wie bereits mehrfach beschrieben) für die öffentlich vertretenen *politisch-inhaltlichen Positionen*, insbesondere wenn es um sog. "Zukunftsthemen" geht;
- für *Aufbau und Struktur* von DGB und Gewerkschaften, den Mitgliederbestand und seine Zusammensetzung;
- für die *Formen* unserer Arbeit.

Der DGB und seine Gewerkschaften werden seit langem und auch ganz allgemein - also quer durch alle Bevölkerungsschichten - als *"Verwalter gesellschaftlicher Macht"* eingeschätzt und akzeptiert. Das bestätigen stets aufs neue Meinungsumfragen zur Notwendigkeit von Gewerkschaften. Die Zustimmungquoten liegen seit Jahrzehnten unverändert sehr hoch. Unbestritten ist auch, daß die Gewerkschaften als *"Ordnungsfaktor"* erheblichen Einfluß in vielen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen ausüben.

Diese politische Akzeptanz ist sicherlich ein nicht zu unterschätzender Wert an sich. Dieselben Meinungsumfragen signalisieren aber auch ein Bild über die Gewerkschaften, das viel weniger Anlaß zur Freude bietet:

Zu den *"gesellschaftlichen Hoffnungsträgern"*, von denen man Kreativität, neue Ideen, fortschrittliche Initiativen, also Gestaltungspolitik, erwartet, werden die Gewerkschaften immer weniger gerechnet. Aufgrund unseres tatsächlichen Verhaltens müssen wir in diesem Zusammenhang als Kritik gegen uns gelten lassen:

Frieden und Abrüstung, Emanzipation und Frauenfrage, Umweltzerstörung und ökologische Herausforderung - bei allen diesen *Zukunftsthemen* spielten die Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten keine Vorreiter-Rolle. Sie wurden jeweils durch "neue soziale Bewegungen", denen die Gewerkschaften zudem mit Distanz begegneten, schneller und kompetenter aufgegriffen. Inzwischen ist das wenigstens erkannt worden; die Sensibilität ist gewachsen.

Vor dem Hintergrund unbestreitbarer Defizite und nicht mehr zu ignorierenden Problemdrucks leiteten der DGB und die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres 1992 eine *Reformdebatte* ein. Zur *Zielsetzung* beschloß der DGB-Bundesvorstand am 21./22.1.1992:

"Anknüpfend an die innergewerkschaftliche Zukunftsdiskussion sollen die politische Programmatik, die Organisationsstrukturen sowie die Arbeits- und Kommunikationsformen überprüft und modernisiert werden. Ziel ist, den DGB und seine Gewerkschaften als schlagkräftige Interessenvertretung auch unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen durchsetzungs- und gestaltungsfähig zu erhalten."

Der Reformprozeß soll "programmatische wie organisatorische Elemente" enthalten und ist - richtigerweise - mittelfristig angelegt. Nach einem Jahr wäre es verfrüht, schon eine Wertung vorzunehmen. Bisher bildeten Bestandsaufnahme und Analyse den Schwerpunkt. In Kenntnis früherer Reformversuche läßt sich aber schon heute sagen, daß der jüngste Vorstoß nur dann eine Chance auf Erfolg hat, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Die Gewerkschaftsbewegung muß ihre schon "traditionell" zu nennende Reformfeindlichkeit tatsächlich überwinden. Diese ist vielfach belegt; z.B. haben alle bisherigen DGB-Vorsitzenden lebhaft darüber Klage geführt. Heute geht es jedenfalls um wesentlich mehr als nur um kleinere "Reparaturen" und Korrekturen.

2. Die Gewerkschaften müssen sich bewegen. Die Reform der Dachorganisation DGB setzt eine Reform der Mitgliedsorganisationen voraus. Wer im eigenen Bereich alles beim alten belassen will, kann auf DGB-Ebene realistisch keine grundlegenden Änderungen erwarten.

3. Die Reform darf nicht als "Kopfgeburt" daherkommen. Funktionäre und auch möglichst viele Mitglieder müssen sie zu ihrer Sache machen. Sie müssen - zusammen mit der Öffentlichkeit - darauf achten, daß die "aufgestoßene Tür" in Richtung Reformen nicht wieder zugeschlagen wird.

Von großer Bedeutung ist, daß im Reformprozeß die Gewichte zwischen strukturellen und inhaltlichen Veränderungsnotwendigkeiten richtig gesetzt werden. Nach meinem Eindruck ist nach dem heutigen Stand das Pendel - und zwar sehr weit - zugunsten der Diskussion von Methoden- und Managementfragen ausgeschlagen. Diese wurden früher sicherlich allzusehr vernachlässigt. Das ist aber kein Grund, sie gegenwärtig derart zu betonen. Das ist letztlich nur die Wiederholung alter Fehler mit umgekehrtem Vorzeichen.

Warnen möchte ich letztlich vor einem "blinden" Erneuerungswillen. Neu ist kein Wert an sich. Wenn ich heute auf rund dreißig Jahre aktiver gewerkschaftlicher Arbeit zurückblicke, so lassen sich auch eine ganze Reihe bewahrenswerter Elemente und Erfahrungen anführen. Fortschritt ist nicht zuletzt auch die Fortschreibung guter Traditionen.

Ein wichtiges Erfolgskriterium für jede Reform ist, ob sie einen Mobilisierungsschub (mehr Mitglieder/mehr Aktive) auslöst. So gesehen, ist richtig: Ohne Änderung von Formen und Methoden unserer Arbeit bleiben Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume weitgehend leer; macht Ge-

werkschaftsarbeit keinen Spaß. Richtig ist aber auch: Ohne klare Ziele, möglichst zündende Ideen und Visionen kann und wird es den Gewerkschaften nicht gelingen, aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern "Kämpfer für die gute Sache" zu machen. Um es mit dem früheren DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter auszudrücken:

"Beschränkung nur auf Pragmatismus endet in der absoluten Geistlosigkeit."

## Wir sind den Schwachen verpflichtet

Die Struktur der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft stimmt schon seit langem nicht mehr. Sie steht in erheblichem Gegensatz zur Zusammensetzung der gesamten Arbeitnehmerschaft. Während dort (z.B.) die Angestellten bereits die Mehrheit stellen, sind die Gewerkschaftsmitglieder immer noch zu 70 Prozent Arbeiter.

Daß der Organisationsgrad der Arbeiter so hoch ist, verdient Respekt und weitere Förderung. Dieses "Pfund" darf nicht vernachlässigt werden. Als weiteres "Standbein" ist es aber dringend geboten, mehr Angestellte und insgesamt auch mehr Frauen und Jugendliche zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Mitgliederentwicklung wird in einigen Gewerkschaften ein anderer Aspekt mit Vorrang diskutiert: die Notwendigkeit, "neue Arbeitnehmerschichten" zu gewinnen. Damit sind z.B. Vertreter der "technischen Intelligenz" und mittlere Führungskräfte gemeint.

Der Einbruch in neue Arbeitnehmerschichten ist natürlich begrüßenswert. Deutliche Kritik muß allerdings angemeldet werden, wenn damit - nach eigenen Erklärungen - das Ziel verfolgt wird, den Gewerkschaften das "Image von Underdog-Organisationen" zu nehmen. Sollte bei der Mitgliederwerbung die Konzentration auf "Aufsteiger" aller Art zu einer Vernachlässigung der Interessen gesellschaftlich benachteiligter Gruppen führen, so wäre das identisch mit dem Verrat an Idealen und am geschichtlichen Auftrag der Gewerkschaften.

Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der IG Metall im Dezember 1991 wurde Franz Steinkühler nach der wichtigsten gewerkschaftlichen Tradition gefragt. Seine Antwort lautete:

"Die wichtigste ist, daß man den Schwachen verpflichtet bleibt. Darauf baut die Gewerkschaftsbewegung auf. Ohne dieses Gefühl wäre Solidarität nicht definierbar. Ohne Solidarität würde man zum reinen Interessenverband degenerieren. Ich glaube, die Verpflichtung, dem Schwachen durch gemeinsames Handeln zu helfen, ist die wichtigste Tradition der Gewerkschaftsbewegung."

Daß diese Tradition nicht mehr durchgängig unter allen Gewerkschaftern zum selbstverständlichen Gedankengut gehört, halte ich für ein besonders trauriges Kapitel.

Es klingt für manchen vielleicht banal, bleibt aber trotzdem richtig:

Gerade in den Gewerkschaften kommt es auf das "Menschenbild" und den einzelnen Menschen an.

In diesem Sinne müssen - auch als zentrales Reformziel - *ehrenamtlichen* Funktionärinnen und Funktionären mehr tatsächliche Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Nicht weniger wichtig ist, welche Kriterien bei der Auswahl *hauptamtlicher* Kolleginnen und Kollegen (die auch künftig eine wichtige Vorbild- und Anleitungsfunktion wahrnehmen müssen) angelegt werden. *Eine* mögliche Richtung beschrieb ein sonst von mir durchaus geschätzter Kollege vor einiger Zeit so:

"Was wir als Gewerkschaften brauchen, sind hochspezialisierte Kommunikationsmanager, die unsere Dienstleistungen verkaufen."

Diese zugespitzte Aussage - die sich als "modern" versteht und entsprechend von der Presse gewürdigt wurde - verdient zunächst in der Sache eine genau so deutliche Antwort:

Sollten sich die Gewerkschaften künftig vorrangig oder gar ausschließlich auf den "*Verkauf von Dienstleistungen*" (z.B. Versicherungsschutz, Reisen und andere Freizeitangebote) konzentrieren, so würden sie ziemlich schnell die Erfahrung machen, daß das in den meisten Fällen konkurrierende Organisationen und Einrichtungen besser können. Der Weg in die *Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften* wäre vorprogrammiert.

Im übrigen sollte natürlich jeder Gewerkschaftssekretär möglichst über "Managerqualitäten" - bisher weniger hochtrabend "Organisationstalent" genannt - verfügen. Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge, politisches Bewußtsein und eine bestimmte Grundeinstellung zur Aufgabe (Gewerkschaftssekretär ist eben doch kein "Job" wie jeder andere) sind aber zumindest genau so wichtig. Es wäre fatal, wenn diese Auswahlkriterien künftig an Stellenwert einbüßen würden.

Personalentscheidungen werden in der Regel "oben" getroffen. In diesem Sinne will ich letztlich meine Sorge vor einer (möglichen) Generation von *pragmatischen* Gewerkschaftsführern und -führerinnen nicht verhehlen, die Traditionen unterschätzt, die zunehmend "von den Unternehmern lernen" möchte (geflügeltes Wort in Vorstandsetagen) und die damit die "politische Substanz" und die "Seele" unserer Bewegung gefährden könnte.

### Interessen ohne Wenn und Aber vertreten

Die Gewerkschaften stehen in der Tat an einem "Kreuzweg". Der eingeleitete Reformprozeß bietet die Chance, den gegenwärtigen "Stillstand" zu überwinden und den "Aufbruch" in eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen, *wenn* falsche Weichenstellungen vermieden und abgewendet werden können. Deshalb kam es mir in diesem Beitrag in erster Linie darauf an - am

Beispiel grundsätzlicher und aktueller politischer und gewerkschaftlicher Fragen - auf *mögliche* Gefahren und Fehlentwicklungen hinzuweisen; ggf. auch sehr pointiert.

Wem die Kritik generell oder im Einzelfall zu weit geht, möge sich vergegenwärtigen: Diese Kritik wird nicht aus der Position der Ablehnung, sondern vor dem Hintergrund in Jahrzehnten gesammelter Erfahrung und einer tiefverwurzelten Identifikation mit der Gewerkschaftsbewegung formuliert.

Zur künftigen *Streitkultur* in den Gewerkschaften sollte gehören, *wechselseitig* sich und die jeweiligen Motive ernst zu nehmen. Auch das ist heute leider noch keine Selbstverständlichkeit.

An den Schluß möchte ich zwei Zitate ganz unterschiedlicher Persönlichkeiten stellen, die trotzdem hervorragend zusammenpassen und in denen (nicht nur) ich mich wiederfinde:

Das erste Zitat stammt von Leonhard Mahlein, dem früheren Vorsitzenden der IG Druck und Papier. Es ist mehr als 15 Jahre alt und trotzdem höchst aktuell:

"Zusammenfassend möchte ich festhalten, daß es insgesamt darum geht, die Interessen der Arbeiter und Angestellten offensiv, ohne Wenn und Aber, ohne Vertrösten auf künftige Zeiten, auf künftige Koalitionen, auf künftigen Wirtschaftsaufschwung zu vertreten. Das heißt: Vordringliches Ziel künftiger Gewerkschaftspolitik muß nicht sein, eine 'platonische Idee' der Gewerkschaften zu entwickeln, sondern eine 'handlungsorientierte Theorie' zu realisieren. Ein solches Gewerkschaftsbewußtsein wünsche ich uns, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und all seinen Gewerkschaften."<sup>8</sup>

Das zweite Zitat stammt von Walter Dirks; ist noch ein wenig älter - und trotzdem nach wie vor eine gute "Wegweisung":

"Was die Gewerkschaft neben der Weiterführung ihrer nüchternen Arbeit in den Tarifkommissionen, in den Betrieben, in den Orts- und Bezirksgruppen, in den Leitungen der Industriegewerkschaften und des DGB braucht, ist ein neugewonnenes klares Bild der Gesellschaft und ihrer Lage in ihr, ein reales, weitgestecktes Ziel, das nicht nur die Gewerkschaftspolitik umfaßt, sondern aus der Solidarität der Welt gewonnen ist. Ohne die Mühe und Anstrengungen geistiger Arbeit ist die bessere Zukunft nicht zu haben. Ohne harte Denkarbeit und diszipliniertes Handeln ist die Welt nicht vor den Katastrophen zu bewahren, die ihr drohen."<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Leonhard Mahlein: "Hält die Politik der Gewerkschaften den Herausforderungen der Zukunft stand?", Referat zur Eröffnung des DGB-Bildungsprogramms, München am 12.10.1976.

<sup>9</sup> Walter Dirks, 1968.

## Politischer Paradigmenwechsel?

Zum Gewerkschaftstag der IG Metall

Vom 10. bis 17. Oktober 1992 fand in Hamburg der 17. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Wie ist er einzuschätzen, der unter dem Motto stand "Zukunft gestalten - soziale Einheit verwirklichen - Solidarisches Europa aufbauen", auf dem 770 Delegierte über die Geschäftsberichte, das Grundsatzreferat des Vorsitzenden sowie über 7 Entschließungen, 748 Anträge, 19 Ergänzungsanträge und mehrere Initiativanträge berieten und dann entschieden?

Franz Steinkühler versuchte der Mitgliedschaft zu vermitteln, daß die Politik der IG Metall der vergangenen Jahrzehnte kontinuierlich fortgesetzt würde.<sup>1</sup> Heinz Bierbaum, Delegierter des Gewerkschaftstages, zeichnete ein anderes Bild. Er vermerkte: "Die IG Metall sanktionierte mit dem Gewerkschaftstag in Hamburg eine bereits seit geraumer Zeit begonnene politische Kursänderung von weitreichender Bedeutung."<sup>2</sup> Es sei, so Bierbaum, der Gewerkschaftstag Franz Steinkühlers gewesen. "Ausgestattet mit dem besten Wahlergebnis (fast 90 %), das er je hatte, dominierte er den Kongreß fast nach Belieben. Er setzte die politischen Eckpunkte."<sup>3</sup>

Werner Riek, Pressesprecher von Gesamtmetall, registrierte hochzufrieden ebenfalls einen Kurswechsel Steinkühlers. Sein Fazit: "Steinkühler festigte seine unbestrittene Führerschaft in der IG Metall und seine überragende Stellung in der Repräsentation der Gewerkschaft gegenüber Politik und Gesellschaft."<sup>4</sup> Allerdings stellte er auch, mit einem Unterton des Bedauerns, fest, daß in den Redebeiträgen der Delegierten Franz Steinkühlers Kurs "nur vereinzelt ausdrücklich Unterstützung" fand. Steinkühler sei in der "verbalen Auseinandersetzung mit seinen Kritikern weitgehend auf sich selbst gestellt" gewesen. Allerdings habe er die ihm von der Geschäftsordnung eingeräumte Möglichkeit zur Schlußwiderung sowohl auf die Diskussion des Geschäftsberichts wie auf die Diskussion zum Grundsatzreferat "so souverän und persönlich, so intensiv und eindringlich" genutzt, daß Beobachter "darin die Glanzlichter des Kongresses sahen".<sup>5</sup>

Hier wird von der Gegenseite auf ein grundlegendes Problem innergewerkschaftlicher Demokratie verwiesen. Das Protokoll des Gewerkschaftstages umfaßt 797 Seiten. Zieht man die Leerseiten, Bilder, Teil-

<sup>1</sup> Die IG Metall hält Kurs, Der Gewerkschafter 11/92, S. 1.

<sup>2</sup> Kursänderung der IG Metall, Sozialismus 11/92, S. 19.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Im Zeichen von Steinkühler, Unternehmen und Gesellschaft, 8/92, S. 19.

<sup>5</sup> Ebenda.

nehmerverzeichnisse usw. ab, so bleiben effektiv 700 Seiten für die verschiedenen Meinungsäußerungen übrig. Steinkühler nahm davon für sich allein nicht weniger als 71 Seiten, also mehr als 10 Prozent in Anspruch. Es gab allerdings 900 Diskussionsberechtigte (Delegierte, Vorstands- und Beiratsmitglieder, Bezirksleiter usw.). Da die Geschäftsordnung schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt geändert wurde, durften die meisten Delegierten nur 5 Minuten sprechen. Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß von den 220 Delegierten aus Neufünfland nur 16 echte "Ossis" waren.<sup>6</sup>

Angesichts der Ergebnisse des Gewerkschaftstages und der realen politischen Machtverhältnisse in dieser Gewerkschaft zwingt sich die Schlußfolgerung auf, daß sich in der IG Metall in allen wesentlichen gewerkschaftspolitischen Fragen, von der Verteilungsproblematik, der Friedenspolitik, der gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Demokratie, dem Verhältnis zum Rechtsextremismus und zur Asylproblematik bis hin zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, ein grundlegender Paradigmenwechsel vollzieht.

Wengleich sich in der Gewerkschaft gegen eine solche Politik in nicht wenigen Verwaltungsstellen und Betrieben noch Widerstand regt, so deutet sich unter Steinkühler, der Vorstand und Apparat eindeutig dominiert, eine ähnliche Entwicklung in der IG Metall ab, wie sie nach 1969 in der IG Chemie unter Hauenschild/Rappe erfolgte.

<sup>1</sup> Auf dem Gewerkschaftstag setzte sich Franz Steinkühler vehement für den sogenannten Solidarpakt ein. In diesem Punkt wurde ihm in der Diskussion am schärfsten widersprochen.<sup>7</sup> Gerhard Wick verwies auf die Brüningschen Notverordnungen und fragte: "Wiederholt sich nun die Geschichte, vielleicht unter anderem Vorzeichen? Solidarpakt statt Notverordnungen."<sup>8</sup> Steinkühler: Der Vergleich sei ganz unpassend und historisch völlig verfehlt. Wer dies tue, habe "aus der Geschichte überhaupt nichts gelernt".<sup>9</sup>

Steinkühlers inhaltliche Antwort war: "Brauchen die Arbeitgeber einen Solidarpakt? Sie brauchen keinen. Die können mit dem Zustand hervorragend leben. Die, die einen Solidarpakt brauchen, sind wir. Wir müssen diesen Solidarpakt von dieser Regierung fordern und deshalb haben wir dafür

<sup>6</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>7</sup> So von Fritz Hofmann, Werner Bäumler, Otto König, Wolfgang Ziller und Heinz Bierbaum, Protokoll, S. 110, 111, 130, 206, 343.

<sup>8</sup> Protokoll, S. 210.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 220.

Am 23.11.1992 schrieb Wehrhart Otto in "metall": "Was bisher in Bonn unter dem irreführenden Begriff 'Solidarpakt' an Einzelmaßnahmen bekannt geworden ist, weist beängstigende Parallelen zu jenen Panikreaktionen auf, mit denen die letzten Weimarer Regierungen ihren Untergang herbeiführten."

auch Bedingungen genannt.<sup>10</sup> Wenn aber Kapital und Kabinett keinen Solidaripakt brauchten, warum fordern sie ihn dann täglich?<sup>11</sup>

In seinem Grundsatzreferat kam Steinkühler noch einmal auf das "Teilen" zurück. Er fragte: "Wie ist es denn mit dem Teilen von dem, was wir haben? Ich will die Frage heute nicht vertiefen. Es genügt schon, wenn wir anfangen, darüber nachzudenken ... Trauen wir uns heute schon zu sagen, daß wir auch bereit sind, die Substanz zu teilen? Trauen wir uns das wirklich zu? Ich weiß es nicht, ich traue es mich noch nicht."<sup>12</sup>

Seine Fragen wurden allerdings schon als Antworten verstanden.<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß 1989 die IG Metall noch forderte (E 12): "Der gesellschaftliche Reichtum muß zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilt werden." Aus der tarifpolitischen EntschlieÙung ist diese Formulierung verschwunden. Sie taucht zwar in der EntschlieÙung 5 in ähnlicher Form noch einmal auf. Steinkühler kann sich jedoch auf die EntschlieÙung 1 stützen, in der es heißt: "Die westdeutschen Arbeitnehmer fühlen sich durchaus einer Solidarität des Teilens verpflichtet, wenn sie von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ausgeht und von sozialer Gerechtigkeit geprägt ist." Gestrichen wurde in der tarifpolitischen EntschlieÙung: "Überdurchschnittliche Einkommensverbesserungen der unteren Lohngruppen." Ein Ergänzungsantrag, der eine Wiederaufnahme vorsah, wurde abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung: "Wir wollen gleichzeitig die tarifvertraglichen Regelungen in dem oberen Bereich ausdehnen. Wenn uns dies gelingt, dann wird die Spanne zwischen den untersten und der obersten Entgeltgruppe vergrößert."<sup>14</sup> Steinkühler unterstellte den Befürwortern einer sozialen Komponente gar, die Unteren zu Lasten der Oberen anzuheben, die Angestellten gar schröpfen zu wollen.<sup>15</sup>

Es fällt hier schwer, nicht von Demagogie zu reden, denn wenn Beschäftigte, die bisher nicht von Tarifverträgen erfaßt wurden (AT-Angestellte), in die tariflichen Regelungen einbezogen würden, muß sich selbstverständlich die Spanne von unten nach oben vergrößern. Dies schließt aber doch nicht aus, daß diese in der Perspektive wieder verkleinert wird.

<sup>10</sup> Protokoll, S. 219.

<sup>11</sup> Auf der Jahrestagung der BDA am 9.12.1992 in Bonn erklärte deren Präsident, Klaus Murmann: "Ob es den Gewerkschaften paßt oder nicht: die Lohnpolitik ist das Kernstück des Solidarpakts."

<sup>12</sup> Protokoll, S. 385/386.

<sup>13</sup> Frankfurter Allgemeine, 242/17.10.1992: "Daß der IG-Metall-Vorsitzende weiß, daß für Verteilungsschlachten auf lange Zeit kein Platz in den Einkommensrunden sein wird, gab er den Kongreßdelegierten nur in Frageform zu erkennen."

Steinkühler in einem Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" 46/15.11.1992: "Wenn sich herausstellt, daß wir eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge brauchen, werden wir das nicht gleichzeitig als Sozialabbau anprangern. Ich glaube, mehr kann man von den Gewerkschaften nicht verlangen."

<sup>14</sup> Protokoll, S. 658.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 231.

Schon in der Tarifrunde 1992 deutete sich an, daß die Grundorientierung, die sich nunmehr auch im Verhältnis zum Solidaripakt zeigt, praktische Auswirkungen hatte und auf die zukünftige Tarifpolitik haben wird.

Während die IG Metall 1992 behauptete, mit den Tarifabschlüssen in der Stahlindustrie und in der Metallwirtschaft eine Trendwende in der Tarifpolitik verhindert zu haben, sahen dies die Unternehmer anders. Die BDA stellte fest: "Bewußt wird verschwiegen, daß die Abschlüsse des ersten Halbjahres 1992 - wie etwa in der Metallindustrie - weit in das nächste Jahr hineinreichen. Damit ist die Trendwende durchaus eingeleitet worden."<sup>16</sup> In der IG Metall wird auch vermerkt, daß immer mehr Abschlüsse "klammheimlich" erfolgen. Der Stahlabschluß und der Metallabschluß 1992 wurde unter 12 bzw. nur noch vier Augen ausgehandelt.<sup>17</sup>

2 Auch in der Sicherheitspolitik hat die IG Metall ihre Politik geändert. In der EntschlieÙung 1 heißt es: "Durch die konsequente Einbindung in die Europäische Gemeinschaft und die Vereinten Nationen, in die NATO und in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa werden günstige Voraussetzungen für die längerfristige Ausrichtung deutscher Politik geschaffen." Damit auch jeder wissen sollte, um was es geht, stellte der Sprecher der Antragsberatungskommission fest, daß "insbesondere nach den jüngsten historischen Erfahrungen die Verankerung Deutschlands auch in der NATO hervorgehoben" werde.<sup>18</sup> "In der Frage des Militäreinsatzes 'out of area'", sagte er, "wird eine offene Position bezogen".<sup>19</sup> Steinkühler belieÙ es auch hier bei Fragen und allgemeinen Formulierungen. Deutlicher wurde Michael Kittner, Justitiar der IG Metall und enger Mitarbeiter Steinkühlers. In der Gemengelage von Argumenten und Empfindungen habe "soeben die SPD-Führung eine Schneise geschlagen, die den Weg in die richtige Richtung und mit den richtigen Denkfiguren weist. Sie hält nunmehr - wenngleich vielfach konditioniert - auch 'Kampf'-Einsätze dereinst für akzeptabel, wenn sie unter dem Gewaltmonopol der UNO

<sup>16</sup> Kurz-Nachrichtendienst der BDA, Nr. 58/18.8.1992

Im Stahlbereich wurde Anfang Dezember 1992 eine Mini-Lohnerhöhung von knapp 3,3 % bei einer 18 monatigen Laufzeit abgeschlossen. Siehe Sozialismus, Nr. 1/93, S. 11.

Handelsblatt, 4.12.1992: "Der Sozialpakt funktioniert offensichtlich bereits, bevor er abgeschlossen ist."

<sup>17</sup> Otto König: "Die StahlarbeiterInnen fragen deshalb aber auch nach dem Widerspruch zwischen programmatischen Ansprüchen und praktiziertem Handeln, nach beteiligungsorientierter Tarifpolitik und 'Spitzengesprächen' unter Ausschaltung der Verhandlungskommission."

DGB-Vorsitzender Meyer, Monika Wulf-Mathies, Hermann Rappe und Franz Steinkühler trafen sich heimlich mit Bundeskanzler Kohl, um über den Inhalt des Solidarpakts zu beraten. (Stern, 26.11.1992) Der Gewerkschaftstag der IG Medien erklärte hierzu: "Gewerkschaftliche Probleme können nur mit den Mitgliedern, aber nicht an ihnen vorbei gelöst werden. Geheimdiplomatie ist daher das letzte, was wir gebrauchen können."

<sup>18</sup> Protokoll, S. 497.

<sup>19</sup> Ebenda.

erfolgen. Das zeigt, worum es allein geht: um effektive Friedenssicherung notfalls unter Einsatz von Gewalt durch diese überstaatliche Staatenorganisation".<sup>20</sup>

Als der Mitarbeiter der Grundsatzabteilung des Vorstandes, Wolfgang Kowalsky, ob seines Buches "Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken" und der darin enthaltenen Verniedlichung der Gefahr des Rechtsextremismus angegriffen wurde<sup>21</sup>, stellte sich Steinkühler schützend vor ihn.<sup>22</sup>

**3** "Die Freiheit ist auch die Freiheit des anderen", heißt es in der EntschlieÙung 1. Wenn dies ernst gemeint sein sollte, mußte es doch verwundern, daß Steinkühler im Hinblick auf die Praxis der Berufsverbote diese faktisch rechtfertigte. Er sagte: "Ich darf daran erinnern: Leute, die gestern keine Gewähr boten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten, wurden aus dem öffentlichen Dienst entfernt."<sup>23</sup> Basta.

Ein Antrag, der die Einsichtnahme in die persönliche Verfassungsschutzakte forderte, wurde abgelehnt. Zu dem Antrag erklärte die Antragskommission: "In der Begründung wird eine Gleichstellung von Stasi und Verfassungsschutz nahegelegt. Damit wird die Arbeit und Wirkung des Ministeriums für Staatssicherheit meiner Ansicht nach verharmlost und ein trotz mancher struktureller Ähnlichkeit unzulässiger Vergleich gezogen. In dieser Forderung wird implizit auch die Frage nach Legitimation des Verfassungsschutzes in einer demokratischen Gesellschaft gestellt. Wir leben in einer wehrhaften Demokratie, das heißt in einer Gesellschaft, die auch Mittel besitzen muß, um Gefährdungen ihrer Existenz abzuwehren."<sup>24</sup> Im Hinblick auf die Sicherung der Demokratie durch Demokraten, so auch im Kapp-Putsch, waren früher andere Töne zu hören. Festgehalten werden sollte aber, daß die IG Metall nicht weiß, wie der Verfassungsschutz arbeitet und es auch in Zukunft nicht wissen will, aber dennoch in der Lage ist, dieser Institution von vornherein Absolution zu erteilen.<sup>25</sup>

<sup>20</sup> Die Quelle, Nr. 10/92, S. 4.

In ähnlicher Richtung argumentierten Hans Joachim Schabedoth und Wolfgang Schröder in der Frankfurter Rundschau 260/7.11.1992. Beide sind Mitarbeiter der Abteilung Grundsatzfragen, die unmittelbar Franz Steinkühler untersteht.

<sup>21</sup> Frankfurt-Berlin 1992, Ullstein-Report. S. 151: "Wer die Rechtsextremisten ausgrenzt, schwächt sie in keiner Weise. Parolen wie 'Ausländer bleiben, die Reps vertreiben' bezeugen nur die Richtigkeit der Diagnose über hilflosen Antifaschismus."

<sup>22</sup> Protokoll, S. 526.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 331.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 541.

<sup>25</sup> In der Vorstandsverwaltung der IG Metall wurde schon vor Jahrzehnten über die enge Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gemunkelt und dabei immer wieder der Name "Hanke" genannt. Fürchtet die IG-Metall-Spitze, daß eine Akteneinsicht für sie unangenehme Tatsachen ans Tageslicht bringen könnte?

Aus den Anträgen und Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, daß es in der IG Metall Unzufriedenheit über den innergewerkschaftlichen Zustand gibt. Da ist von einer Basisferne der Vorstandsverwaltung die Rede, von ritualisierenden Arbeitsformen und überkommenen Kommunikationsstrukturen.<sup>26</sup> Es wird mehr Autonomie für die unteren Gliederungen gefordert sowie mehr Einfluß-, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Mitglieder. Es werden autoritäre Führungsstile ausgemacht, in deren Gefolge sich schnell Duckmäusertum breitmache.<sup>27</sup> Wurde allerdings vor drei Jahren in der organisationspolitischen EntschlieÙung noch vor "bürokratischen Verhaltensweisen und autoritären Führungsstilen" gewarnt, so ist diese Formulierung jetzt nicht mehr zu finden.

Die IG Metall mußte feststellen, daß in den nächsten Jahren "mit stagnierenden, wahrscheinlich sinkenden Mitgliederzahlen, geringeren Beitragseinnahmen und ungleichen Kostenstrukturen der Verwaltungsstellen" gerechnet werden muß.<sup>28</sup>

Der Gewerkschaftstag reagierte allerdings noch nicht auf Warnungen aus den Verwaltungsstellen vor zunehmenden Akzeptanzproblemen bei Beitragshöhe und Beitragsstruktur oder Feststellungen, daß die jetzige Beitragshöhe inzwischen eine Grenze erreicht habe, die allgemein als unzumutbar und nicht gerechtfertigt empfunden werde.

Ein Antrag wurde ohne Begründung abgelehnt, der forderte, Tarifierhöhungen der Gehälter der Beschäftigten der IG Metall an die Erhöhung der höchsten Gehaltsgruppe des Tarifvertrages der metallverarbeitenden Industrie zu binden. Es bestehe die Gefahr, daß sich die Lebensweise der Funktionäre gegenüber den Mitgliedern abhebe. Hier wurde ein Finger auf einen wunden Punkt gelegt. Immerhin verdienen die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder monatlich 18.000 DM und der Vorsitzende weit über 20.000 DM. Der Mitgliedschaft werden Auskünfte über die Gehälter der Hauptamtlichen noch vorenthalten.

**4** In der Wirtschaftspolitik hat sich die IG Metall große Aufgaben gestellt. Sie will eine Wirtschaftsweise, "die dem gesellschaftlichen Nutzenkalkül ein höheres Gewicht einräumt als dem betrieblichen Gewinninteresse". (E 5) Eine aktive Industriepolitik wird gefordert, wirtschafts- und finanzpolitische Prioritätenbildung, gesellschaftliche Orientierung der Unternehmens- und Betriebspolitik und Dutzende weiterer Detailvorstellungen allgemeiner Art. Begriffe, wie sie früher üblich waren und von ihrer aktuellen Bedeutung nichts eingebüßt haben, wie volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung werden nicht mehr benutzt. Um in der MitbestimmungsentschlieÙung die Forderung nach regionalen und zentralen Wirtschafts- und Sozialräten aufzunehmen, die bei wirtschafts- und struk-

<sup>26</sup> Antrag 241.

<sup>27</sup> Protokoll, S. 132.

<sup>28</sup> EntschlieÙung 2.

turpolitischen Entscheidungen Informations-, Beratungs-, Initiativ- und Vetorechte haben sollen, bedurfte es eines von 199 Delegierten eingebrachten Ergänzungsantrages. Aber gerade das Ringen um mehr Mitbestimmung wird eines der großen gesellschaftlichen Diskussionsfelder werden. Die Linie von Gesamtmetall ist eindeutig: "Es geht um eine stärkere beratende Beteiligung des Betriebsrates, nicht um mehr Mitbestimmung. Die wirtschaftlich-unternehmerische Betätigung muß mitbestimmungsfrei bleiben."<sup>29</sup>

Wie aber, wenn Unternehmer und Regierung sich den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften widersetzen? Wie diese dann durchgesetzt werden sollen, dazu gibt es keine Orientierung. Ob Geheimtreffen wie beim Solidarpakt ein Weg sind, die Mitgliedschaft zu aktivieren, kann bezweifelt werden.

Unternehmer bewegten sich, die Geschichte beweist es, wenn sie ernsthaft unter Druck gesetzt und mit einer gesellschaftlichen Alternative konfrontiert wurden, die von Massen getragen wurden.<sup>30</sup>

**5** Auf dem Gewerkschaftstag gab es in vielfältiger Form kritische Einwendungen gegen den Kapitalismus.

In der Entschließung 1 heißt es, daß er kein Zukunftsmodell sein könne. Als jedoch Heinz Bierbaum meinte, daß es nicht genüge, die kapitalistische Entwicklung lediglich sozial zu korrigieren, so wichtig dies auch sei, sondern auch gesamtgesellschaftliche Lösungskonzepte vonnöten seien, widersprach ihm Franz Steinkühler.<sup>31</sup> Für ihn steht fest: "Für die nächsten Jahrzehnte wird die auf dem Privateigentum an wesentlichen Produktionsmitteln begründete Marktwirtschaft wohl nicht aufgelöst werden können."<sup>32</sup>

Den Delegierten, die gesellschaftliche Alternativen einforderten, rief er zu: "Laßt doch die Hoffnung fahren, daß neben dem, was wir haben, und neben dem, mit dem wir uns herumschlagen, irgend etwas steht, was wir noch nicht kennen, aber was uns unseren Träumen und Hoffnungen näher bringt. Das gibt es nicht." Er berief sich dabei auf Marx. Neues könne nur aus dem Schoß der alten Gesellschaft erwachsen.<sup>33</sup>

Er machte aber nicht einmal den Versuch, zu untersuchen, was im Schoß des heutigen Kapitalismus an Neuem wächst, das die Keime künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen in sich birgt. Wenn Steinkühler den Marx'schen Ansatz zu Ende gedacht hätte, hätte er dann nicht möglicherweise zu

<sup>29</sup> M + E-Forum von Gesamtmetall am 29.10.1992 in Mannheim.

<sup>30</sup> Zur Waffe des gesellschaftlichen Dissenses siehe: Heinz Schäfer in: Tarifpolitik unter Krisenbedingungen, Frankfurt a.M. 1984, S. 37 - 39. Ludolf Herbst weist nach, wie angesichts der drohenden Niederlage nach Stalingrad, unter dem Schutz des Reichssicherheitshauptamtes die Strategie der "Sozialen Marktwirtschaft" ausgearbeitet wurde. (Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1982).

<sup>31</sup> Protokoll, S. 342 und 378.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 316.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 379.

dem Schluß kommen können: Obwohl der reale Sozialismus gescheitert ist und die Linke eine Niederlage erlitten hat, brauchen wir keineswegs alle Hoffnungen fahren lassen. In dem System, mit dem wir uns jetzt noch herumschlagen müssen, reifen die Bedingungen heran, die uns unseren Träumen und Hoffnungen näher bringen?

Aber Steinkühlers Gedanken sind gegenwärtig eher auf Anpassung, denn auf Veränderung gerichtet.

So finden wir keine Analyse des Kapitalismus, aber auch hinsichtlich des realen Sozialismus bevorzugt er oberflächliche Schwarzmalereien.<sup>34</sup>

**6** In diesem Artikel wurde vorwiegend auf den politischen Paradigmenwechsel aufmerksam gemacht. In den Entschließungen und Anträgen sind jedoch nicht wenige Positionen enthalten, die mit denen Steinkühlers und seiner Richtung nicht übereinstimmen. Sie können zu wichtigen Waffen gegen den sich vollziehenden politischen Modellwechsel werden.

Für die Linken in der IG Metall, aber nicht nur dort, wird es darauf ankommen, sich möglichst schnell Klarheit über die politische Situation nach diesem Gewerkschaftstag zu verschaffen. Es wird nicht genügen, sich aus taktischen Gründen vornehm zurückzuhalten, sondern es kommt darauf an, in einer sachlichen Diskussion die politischen Schwächen des Paradigmenwechsels aufzuzeigen, das Ignorieren realer gesellschaftlicher Verhältnisse nicht hinzunehmen, die daraus abgeleiteten dogmatisch verengten Sichtweisen zu verdeutlichen und gegen sich daraus ergebende Mängel bei der aktiven Interessenvertretung der Mitglieder anzugehen.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 313/14; Gewerkschaftliche Monatshefte 10/92, S. 559. Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt: "Die Menschen in den neuen Bundesländern haben aber auch eine Geschichte, und die war nicht in allen Bestandteilen schlecht ... es hat natürlich positive Aspekte gegeben, und diese positiven Aspekte will niemand hören. ... Ich finde zum Beispiel, daß die Behandlung und Betreuung chronisch Kranker in der DDR sehr vernünftig geschah, daß Polikliniken eine gute Ergänzung auch unseres westlichen Gesundheitssystems wären." Interview, Neues Deutschland, Nr. 257/3.11.1992

Lothar de Maizière, letzter DDR-Ministerpräsident: "Ich glaube, man wird in ein paar Jahren, mit etwas Abstand, über die Kultur der DDR noch einmal nachdenken. Nietzsche hat gesagt: 'Man muß erst eine Stadt verlassen haben, um die Türme zu sehen, die sich über sie erheben!'"

Frage: Welche Türme sehen Sie, wenn Sie auf die DDR zurückschauen? "Die Orchesterkultur. Daß ein Land sich so hervorragende Orchester geleistet hat wie die Staatskapellen in Dresden und Berlin, aber auch mittlere Orchester wie die in Schwerin oder Weimar. Die Bachpflege. Die Einstellung zum Buch." (Die Wochenpost, Nr. 52/16.12.1992)

## Europäische Betriebsräte - Gewerkschaftlicher Internationalismus in transnationalen Konzernen

Der Widerspruch zwischen international operierendem Kapital und einer durch nationale Grenzen beschränkten ArbeiterInnenbewegung reicht weit in die Geschichte des Kapitalismus zurück. Bereits 1867 wurde beispielsweise in einem von Marx verfaßten Aufruf der "Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA)" davon berichtet, daß bei Kämpfen "der englischen Arbeiterklasse ... die Fabrikherren, um ihren Arbeitern zu widerstehen, sowohl fremde Arbeiter kommen, als auch die Waren dort anfertigen ließen, wo die Arbeitslöhne billiger stehen." Folgerichtig erhob die IAA deshalb die Forderung: "Gegenüber dieser Sachlage muß die Arbeiterklasse, wenn sie ihren Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg fortsetzen will, ihre nationalen Assoziationen in internationale umgestalten."<sup>1</sup> Internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit erschien deshalb notwendig, da das Kapital gleich in doppelter Weise in der Lage war, das soziale Gefälle zwischen den unterschiedlichen nationalen Reproduktionsniveaus der Arbeitskraft auszunutzen: Zum einen durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und zum anderen durch die direkte Produktionsverlagerung ins Ausland.

Von einer umfassenden Internationalisierung des (produktiven) Kapitals kann allerdings erst in den 50er und 60er Jahren unseres Jahrhunderts gesprochen werden. Eine schnell wachsende Anzahl ausländischer Direktinvestitionen führte zur Herausbildung transnationaler Konzerne, die seither die Geschehnisse der kapitalistischen Weltwirtschaft dominieren. Demgegenüber tritt die nationale Beschränktheit des gewerkschaftlichen Aktionsradius immer deutlicher als Strukturproblem der betrieblichen Interessenvertretung hervor.

Da die ersten Internationalisierungsbestrebungen im wesentlichen von den USA ausgingen, waren es zunächst vor allem US-amerikanische Gewerkschaften, die nach politischen Gegenstrategien im Umgang mit transnationalen Konzernen suchten. Schon Mitte der 50er Jahre wurden dabei umfangreiche Vorschläge entwickelt, wie eine weltweite Kooperation aller nationalen Arbeitnehmervertretungen innerhalb eines Konzerns zu organisieren sei.<sup>2</sup> Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung, internationale ge-

<sup>1</sup> Karl Marx, Aufruf des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation an die Sektionen, mitgenossischen Gesellschaften und alle Arbeiter, in: Marx-Engels-Werke, Band 16, Berlin (DDR) 1981, S. 526.

<sup>2</sup> Vgl. Ludwig Wolfrum, Probleme internationaler Gewerkschaftsarbeit, Köln 1980, S. 169 ff.

werkschaftliche Konzernausschüsse einzurichten, durch die eine kontinuierliche Zusammenarbeit institutionalisiert und gefestigt werden sollte.

Mitte der 60er Jahre kam es dann in der Tat zur Gründung der ersten sog. "Weltkonzernräte" in der Automobilindustrie, die in den folgenden Jahren den Aufbau globaler Konzernausschüsse in mehr als 60 Konzernen unterschiedlicher Branchen nach sich zog. Im Zuge einer neuen Aufschwungsperiode der internationalen ArbeiterInnenbewegung erlebte die Debatte um transnationale Konzerne einen erheblichen Auftrieb und wurde zu einem zentralen politischen Thema auf Gewerkschaftstagen und internationalen Konferenzen.<sup>3</sup> Prägend für die Diskussionen jener Jahre war die Überzeugung, daß mit dem erreichten Internationalisierungsgrad der großen Kapitalgesellschaften auch eine neue "objektive Basis" für eine "Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung" geschaffen sei.<sup>4</sup> Dementsprechend euphorisch waren die mit der Bildung von Weltkonzernräten einhergehenden Erwartungen.

Eine der pointiertesten Positionen wurde z.B. von dem langjährigen Vorsitzenden der Internationalen Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiterverbände (ICF), Charles Levinson, vertreten.<sup>5</sup> Levinson zufolge sollten die internationalen Konzernausschüsse zunächst die Arbeit der nationalen Interessenvertretungen koordinieren, so daß die Zusammenarbeit immer enger werden würde und sich die nationalen Interessenunterschiede einander angleichen könnten. Nach einer bestimmten Vorlaufphase hätten die Weltkonzernräte schließlich selbst mit der Konzernleitung in Verhandlungen zutreten und dabei den Abschluß weltweit gültiger Konzernverträge einzufordern, mit dem Ziel möglichst einheitliche Arbeits- und Sozialstandards für alle nationalen Konzerngesellschaften festzulegen. Der nötige politische Druck für eine solche Entwicklung sollte durch praktische internationale Solidaritätsarbeit erzeugt werden, auf daß einzelne nationale Interessenvertretungen in Konfliktfällen von der gesamten internationalen Konzernbelegschaft - bis hin zur Durchführung internationaler Solidaritätsstreiks - unterstützt werden.

Gegenüber diesen ambitionierten Zielsetzungen fällt die politische Bilanz der Weltkonzernräte rückblickend recht mager aus.<sup>6</sup> So beschränkte sich die Arbeit der Konzernausschüsse in der Praxis zumeist auf einen mehr oder weniger unverbindlichen Informationsaustausch und führte nur in

<sup>3</sup> Gleichzeitig kommt es auch zu einer breiten wissenschaftlichen Beschäftigung mit transnationalen Konzernen. Vgl. Gerd Junne, Aufstieg und Verfall kritischer Forschung über multinationale Unternehmen, in: Hartmut Elsenhans u.a. (Hrsg.), Frankreich, Europa, Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag, Opladen 1989, S. 400 ff.

<sup>4</sup> So z.B. Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt a.M. 1974, S. 23 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Charles Levinson, Gewerkschaften, Monopole, Konzerne. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Multinationale Konzerne, Köln 1975, S. 90 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Kurt P. Tudyka, Die Weltkonzernräte in der Krise, in: WSI-Mitteilungen 4/86, S. 324 ff.

wenigen Ausnahmefällen zu konkreten internationalen Solidaritätsmaßnahmen. Symptomatisch hierfür war, daß es sich bei den Weltkonzernräten in der Regel um vollkommen "abgehobene" und "basisferne" Organe handelte. Die praktische internationale Gewerkschaftsarbeit konzentrierte sich auf eine winzig kleine Gruppe gewerkschaftlicher Funktionäre und wurde von der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder kaum zur Kenntnis genommen. Demzufolge fiel es auch der Arbeitgeberseite nicht sonderlich schwer, die Konzeption internationaler Konzernausschüsse rundum abzulehnen. In all den Jahren ist es bezeichnenderweise nicht einem einzigen Weltkonzernrat gelungen, von der Konzernleitung als regelmäßiger Gesprächs- oder gar Verhandlungspartner anerkannt zu werden.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre hatte die absolute Mehrheit der Weltkonzernräte ihre Arbeit bereits faktisch wieder eingestellt. Gleichzeitig verschwanden die Debatten um transnationale Konzerne weitgehend aus dem Blickfeld der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1974/75 hatte schlagartig die "spontanen" Interessengegensätze zwischen den nationalen Gewerkschaften wieder zum Vorschein gebracht, die aus der Konkurrenzstellung "ihrer" jeweiligen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt resultieren. Die bis dato geschaffenen Grundlagen internationaler Gewerkschaftspolitik reichten bei weitem nicht aus, um in dieser Situation einen transnationalen politischen Interessenausgleich herbeiführen zu können. Die meisten Gewerkschaften konzentrierten sich von nun an darauf, die ökonomischen und sozialen Krisenfolgen für ihr jeweiliges nationales Klientel möglichst gering zu halten und gehörten dabei nicht selten zu den engagiertesten Verfechtern eines nationalen Protektionismus. Für mehr als ein Jahrzehnt waren damit alle ernsthaften Versuche für eine Weiterentwicklung internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit blockiert.

Parallel dazu führte die Entwicklung transnationaler Konzerne genau in die entgegengesetzte Richtung. In Reaktion auf die einschneidende Wertungskrise der 70er und frühen 80er Jahre hatten diese eine neue Phase der Internationalisierung eingeleitet, die insgesamt ihre ökonomische und politische Bedeutung noch weiter vergrößern sollte.<sup>7</sup> Kennzeichnend für diesen neuerlichen Internationalisierungsschub war indes nicht allein eine quantitative Zunahme ausländischer Direktinvestitionen und internationaler Verflechtungen.<sup>8</sup> Entscheidend ist vielmehr, daß die Internationalisierung von nun an mit einer Restrukturierung der gesamten arbeits- und produktionstechnologischen Unternehmensorganisation im Hinblick auf einen neuen "postfordistischen" Akkumulationstyp einhergeht. Das Ziel

<sup>7</sup> Zur Entwicklung transnationaler Konzerne in den 80er Jahren vgl. die in diesem Zusammenhang wohl umfassendste Darstellung bei: United Nations Centre on Transnational Corporations (UNCTC), *Transnational Corporations in World Development. Trends and Prospects*, United Nations, New York 1988.

<sup>8</sup> Mittlerweile produzieren die 600 größten Industrieunternehmen zwischen einem Fünftel und einem Viertel der gesamten Weltproduktion. Vgl. ebd., S. 16.

der Internationalisierung besteht nun nicht mehr nur in der Eroberung neuer Marktsegmente, sondern zugleich in der grenzüberschreitenden Integration aller Produktionsstandorte und der Herausbildung globaler bzw. regionaler Fertigungsverbände.

In Westeuropa findet dieser Restrukturierungsprozeß transnationaler Konzerne innerhalb eines spezifischen politischen Bezugsrahmens statt: Einerseits existiert mit der Europäischen Gemeinschaft ein in dieser Form einzigartiges institutionelles System, das über eine transnationale politische Regulierungskompetenz verfügt. Andererseits besteht mit einer großen Anzahl von Nationalstaaten eine nach wie vor hohe Regulierungsvielfalt, die eine grenzüberschreitende Integration der Unternehmensstrukturen immer noch relativ stark behindert. Vor diesem Hintergrund erscheint die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Binnenmarktes als eine wichtige Voraussetzung zur Reorganisation transnationaler Konzerne und wurde deshalb von ihren Lobbyisten auch entsprechend protegiert. Bereits 1984 verhandelte der sog. "European Round Table of Industrialists" - eine Vereinigung von etwa 40 Konzern-Chefs führender europäischer Industrieunternehmen - ein von Managern des Philips-Konzerns erarbeitetes Papier "Europe 1990 - an agenda for action", das zur Verbesserung der europäischen Weltmarktposition gegenüber den USA und Japan vorsah, einen einheitlichen Europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen. Knapp ein Jahr später fanden sich die Essentiales dieses Dokuments in dem von der EG-Kommission erstellten Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes wieder und wurden somit zur Grundlage der weiteren wirtschaftlichen Integration Westeuropas.<sup>9</sup>

Das Binnenmarktprojekt EG '93 hat tatsächlich schon im Vorfeld seiner Vollendung zu einer weitreichenden Restrukturierung der europäischen Unternehmenslandschaft geführt.<sup>10</sup> Sichtbarster Ausdruck hierfür ist eine enorme ökonomische Konzentrationswelle: Allein im Zeitraum Juni 1989 bis Mai 1990 wurden unter Beteiligung der 1000 umsatzstärksten EG-Industrieunternehmen 622 Fusionen und Mehrheitsübernahmen registriert und damit fast dreimal so viele wie im Vergleichszeitraum 1984/85.<sup>11</sup> Bemerkenswert ist jedoch nicht allein die Tatsache, daß über die ganzen 80er Jahre hinweg die Anzahl der jährlich vollzogenen Unternehmenszusammenschlüsse kontinuierlich angestiegen ist; bedeutsam ist vielmehr auch die veränderte Richtung dieser Transaktionen: Während bis etwa 1987/88 noch die Mehrzahl der Unternehmenszusammenschlüsse innerhalb der

<sup>9</sup> Vgl. "Industrialists drive for a stronger Europe", Interview mit Wisse Dekker, in: *Europe 2000* Vol. II, No. 2 March 1990, S. 17 ff.

<sup>10</sup> Eine detaillierte Analyse der Entwicklung transnationaler Konzerne im Kontext der westeuropäischen Integration habe ich vorgenommen in: Thorsten Schulten, *Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen*, Marburg 1992, S. 13 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Zwanzigster Bericht über Wettbewerbspolitik*, Brüssel/Luxemburg 1991, S. 260 ff.

einzelnen Nationalstaaten getätigt wurden, haben sie seitdem zunehmend einen grenzüberschreitenden Charakter angenommen. Im Zeitraum 1989/90 übersteigt die Anzahl der "Cross Border Mergers & Acquisitions" innerhalb der EG erstmals die Anzahl rein nationaler Operationen. Ergänzt um die Aktivitäten von Unternehmen aus den EFTA-Staaten, vollziehen sich mittlerweile über die Hälfte der Unternehmenszusammenschlüsse im europäischen Rahmen. Die "externen" Unternehmensstrategien signalisieren einen eindeutigen Trend hin zu einer "Europäisierung" der Unternehmensstrukturen.

In die gleiche Richtung bewegt sich auch die "interne" Unternehmensentwicklung. So wird der gesamte Wertschöpfungsprozeß von der Zulieferung über die Produktion bis hin zu Marketing und Vertrieb im europäischen Maßstab neu geordnet. Die transnationalen Konzerne orientieren sich am Aufbau europäischer Fertigungsverbände, wie sie vor allem in der Automobilindustrie bereits weitgehend verwirklicht wurden.<sup>12</sup> Gestützt auf die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologien kommt es zu einer europäischen Integration der gesamten Organisations- und Produktionsstruktur, die zugleich mit einer neuen Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf der Ebene des europäischen Konzernmanagements einhergeht.

Das unter dem Vorzeichen neo-liberaler Hegemonie entstandene Binnenmarktprojekt EG '93 hat insgesamt eine Entwicklung in Gang gesetzt, an deren Ende wahrscheinlich die Herausbildung einer neuen "europäischen" Kapitalform stehen wird. Die hierbei verfolgte Integrationsstrategie stellt eine primär auf Deregulierung und Flexibilisierung ökonomischer und sozialer Normen ausgerichtete Marktintegration dar. Forderungen nach einer sozialen und politischen Integration Westeuropas, die eine adäquate politische Regulierung des ökonomischen Restrukturierungsprozesses ermöglichen könnten, bleiben demgegenüber im wesentlichen akklamatorisch.

Besonders deutlich wird dies in der Auseinandersetzung um die "soziale Dimension" des Binnenmarktes: Nachdem mit einiger Zeitverzögerung den westeuropäischen Gewerkschaften das vollständige Fehlen sozialpolitischer Aussagen in der ursprünglichen Version des Binnenmarktkonzeptes (Weissbuch der EG-Kommission) bewußt wurde, forderten sie, unterstützt von Teilen der EG-Kommission (Generaldirektion V) und des Europäischen Parlaments, die Durchsetzung einer europäischen Sozialgesetzgebung, durch die ein Katalog sozialer Mindeststandards für die gesamte EG festgelegt werden sollte. Das Ergebnis dieser Diskussion war zunächst die Verabschiedung einer rechtsunverbindlichen EG-Sozialcharta, auf deren Basis dann die EG-Kommission ein "sozialpolitisches Aktionsprogramm"

<sup>12</sup> Vgl. Ulrich Bochum/Heinz Rudolf Meißner, Das euro-flexible Unternehmen, in: Franz Steinkühler (Hrsg.), Europa '92, Hamburg 1989, S. 81 ff.

vorgelegt hat, in dem insgesamt 47 sozialpolitische Maßnahmen vorgeschlagen wurden.<sup>13</sup>

Nach Überschreiten der Binnenmarktschwelle 1993 wird jedoch offenkundig, daß die "soziale Dimension" zur sozialen Illusion geworden ist. Außer ein paar verabschiedeten Richtlinien zum Arbeits- und Gesundheitsschutz ist das sozialpolitische Aktionsprogramm im wesentlichen Makulatur geblieben - gescheitert am erbitterten Widerstand der europäischen Unternehmerverbände und der fehlenden politischen Bereitschaft der nationalen Regierungen, die sich innerhalb des Ministerrats zumeist hinter der offenen Blockadepolitik Großbritanniens verstecken konnten. Rückblickend sieht deshalb der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer in der EG-Sozialcharta auch "eher die Funktion eines Tranquilizers", mit dem eine gewisse soziale Akzeptanz des Binnenmarktprojekts abgesichert werden sollte.<sup>14</sup> Der Versuch, der Europäisierung des neo-liberalen Politikmodells durch EG '93 eine soziale und politische Re-Regulierung entgegenzusetzen, ist somit zumindest vorläufig gescheitert.

Die gewerkschaftliche Binnenmarktdebatte hat allerdings immerhin der internationalen Gewerkschaftspolitik wieder zu einem neuen Stellenwert verholfen und zu einer Intensivierung der transnationalen Zusammenarbeit geführt. Dies wurde dadurch begünstigt, daß die 80er Jahre für alle westeuropäischen Gewerkschaften eine zunehmende Konvergenz der sozial-ökonomischen Problemlagen mit sich gebracht haben, deren politische Reflexion zu einer weitgehenden Annäherung ihrer politisch-programmatischen (insbesondere auch europapolitischen) Grundpositionen geführt hat.<sup>15</sup>

Das neu erweckte "europäische Bewußtsein" in den Gewerkschaften hat auch dazu beigetragen, daß mehr als zehn Jahre nach dem Scheitern der Weltkonzernräte die Forderung nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit innerhalb transnationaler Konzerne wieder eine Renaissance erlebt. Den Hintergrund hierfür bilden wachsende politische Ohnmachtserfahrungen der betrieblichen Interessenvertretung gegenüber Entscheidungen der europäischen Konzernzentrale. Die Entwicklung hin zu europäischen Fertigungsverbänden eröffnet den transnationalen Konzernen ein erhebliches Flexibilitätspotential, das ihnen erlaubt, die einzelnen Standorte gegeneinander auszuspielen (z. B. bei der Durchsetzung längerer Betriebszeiten) oder die Arbeitskämpfmaßnahmen einzelner Betriebsstätten durch kurzfristige Produktionsumschichtungen zu unterlaufen.

<sup>13</sup> Darunter finden sich jedoch nur einige wenige wirklich substantielle Regelungen wie z.B. der Vorschlag zum Schutz a-typischer Beschäftigungsverhältnisse. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Erster Bericht über die Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer, in: Soziales Europa 1/92.

<sup>14</sup> Heinz-Werner Meyer, Europäische Integration: Ende der Nachkriegszeit oder Rückkehr nach gestern? in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1/93, S. 20.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu die Beiträge in: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92, Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1991.

Da einer solchen Politik der Unternehmensseite nur mit einer kontinuierlichen internationalen Kooperation der Arbeitnehmervertretungen entgegengetreten werden kann, hat sich die Forderung nach "Europäischen Betriebsräten" mittlerweile zu einer wesentlichen Zielsetzung in der europäischen Gewerkschaftspolitik entwickelt. Unterstützt werden die westeuropäischen Gewerkschaften hierbei von der EG-Kommission, die im Dezember 1990 einen Richtlinienentwurf vorgelegt hat, der die rechtsverbindliche Einführung von "Europäischen Betriebsräten" in allen Unternehmen vorsieht, die in mindestens zwei EG-Staaten präsent sind und EG-weit mindestens 1000 ArbeitnehmerInnen beschäftigen.<sup>16</sup> Analog zu dem gesamten sozialpolitischen Aktionsprogramm stößt jedoch auch dieser Richtlinienentwurf auf massiven Widerstand der Arbeitgeberseite und hat wegen der Veto-Haltung der britischen Regierung zur Zeit keine Chance, im Ministerrat verabschiedet zu werden.

Die europäischen Gewerkschaften sind deshalb dazu übergegangen, auch ohne gesetzliche Grundlage eigenständig europäische Arbeitnehmervertretungen in transnationalen Konzernen aufzubauen.<sup>17</sup> Zumeist unter der Federführung der europäischen Branchenausschüsse (wie z.B. dem Europäischen Metallgewerkschaftsbund oder dem Europäischen Ausschuss der Lebensmittelgewerkschaften) sind mittlerweile in etwa 200 Unternehmen Initiativen in dieser Richtung ergriffen worden. Während es sich hierbei in der Mehrzahl noch um erste internationale Treffen handelt, bei denen Betriebsräte der einzelnen nationalen Standorte einander kennenlernen und erste Informationen austauschen können, ist es in etwa 60 bis 70 Konzernen bereits gelungen, eine relativ stabile und kontinuierliche gewerkschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen. Nachdem bereits Mitte der 80er Jahre in den französischen Konzernen Thomson, BSN und Bull die ersten offiziellen "europäischen Informationsausschüsse" eingerichtet werden konnten, existieren heute in etwa 30 transnationalen Konzernen "Europäische Betriebsräte", die nicht mehr nur ein Forum der innergewerkschaftlichen Zusammenarbeit darstellen, sondern darüber hinaus auf der Grundlage einer formellen (zumeist schriftlich fixierten) Vereinbarung von der Konzernleitung als transnationaler Gesprächspartner anerkannt werden.<sup>18</sup>

Eine vergleichende empirische Untersuchung über Struktur und Praxis der Europäischen Betriebsräte, die im Auftrag der Europäischen Stiftung zur

<sup>16</sup> Der Richtlinienentwurf wurde 1991 noch einmal überarbeitet und in einer leicht veränderten Form wieder vorgelegt. Beide Entwürfe sind u.a. dokumentiert in: Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Die soziale Dimension des Binnenmarktes Teil IV Europäische Betriebsräte, EGI-Info Nr. 33, Brüssel 1991, S. 109 ff.

<sup>17</sup> Zur Diskussion hierzu vgl. Thorsten Schulten, a.a.O., S. 75 ff. sowie die Beiträge in: Joachim Deppe (Hrsg.), Euro-Betriebsräte - Internationale Mitbestimmung - Konsequenzen für Unternehmen und Gewerkschaften, Wiesbaden 1992.

<sup>18</sup> Eine Reihe dieser Vereinbarungen wird dokumentiert in: Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Die soziale Dimension des Binnenmarktes Teil IV, a.a.O.

Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchgeführt wurde, kommt zu dem Ergebnis, daß bei aller Unterschiedlichkeit im Detail die vorhandenen Konzernausschüsse eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten aufweisen, die insgesamt eine Art "Basis-Modell" erkennen lassen.<sup>19</sup> Demnach handelt es sich bei den Europäischen Betriebsräten zumeist um einen auf europäischer Konzernebene eingerichteten Unternehmensausschuß, der in der Regel einmal jährlich auf Kosten des Unternehmens zusammentritt. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus betrieblichen VertreterInnen der wichtigsten Konzerngesellschaften und Repräsentanten des Konzernmanagements. Seine konkreten Aufgaben bleiben zumeist inhaltlich undefiniert und konzentrieren sich auf die Informationsweitergabe allgemeiner Konzerndaten. Über die Informations- und (in seltenen Fällen) Konsultationsmöglichkeit hinaus gewinnen die Betriebsräte keine neuen Entscheidungs- oder gar Mitbestimmungskompetenzen.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet der Fall der "Europipe Holding GmbH". Die "Europipe" stellt eine gemeinsame deutsch-französische Unternehmensgesellschaft dar, die sich aus den beiden Großröhren-Produzenten Mannesmannröhren-Werke und Usinor Sacilor zusammensetzt. Geleitet wird diese Gesellschaft von einem paritätisch besetzten Aufsichtsratsgremium, in dem sowohl deutsche als auch französische Belegschaftsvertreter Mitglied sind.

Von der "Europipe"-Vereinbarung einmal abgesehen, dürften die meisten Europäischen Betriebsräte in ihrer bestehenden Form jedoch kaum in der Lage sein, wirklichen Einfluß auf die Politik der transnationalen Konzerne auszuüben. Hierzu fehlen ihnen nicht allein klar definierte und vertraglich abgesicherte Kompetenzen, sondern vielmehr auch die Voraussetzung einer fundierten gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, auf deren Basis erst die Formulierung gemeinsamer Forderungen möglich wird. Sie stellen so gesehen bestenfalls "erste Schritte" dar, die weit davon entfernt zu sein scheinen, ein wirkliches gewerkschaftliches Gegenmachtspotential auf europäischer Ebene formieren zu können. Sollen die aktuellen Internationalisierungs- und Restrukturierungsprozesse transnationaler Konzerne nicht mit einem weiteren erheblichen Einflußverlust der gewerkschaftlichen Interessenvertretung einhergehen, gibt es allerdings genau hierzu keine Alternative. Für die Zukunft gilt es dabei, mindestens fünf Anforderungen zu bewältigen:

1. Zunächst darf nicht vergessen werden, daß erst in einer sehr geringen Anzahl von Konzernen überhaupt Europäische Betriebsräte existieren. Die Mehrheit der Arbeitgeber weigert sich nach wie vor, der Einrichtung entsprechender Gremien zuzustimmen. Deshalb ist es besonders wichtig, in möglichst vielen Unternehmen eigene gewerkschaftliche Koordinations-

<sup>19</sup> Vgl. Michael Gold/Mark Hall, Europaweite Informations- und Beratungsmaßnahmen in multinationalen Unternehmen: Auswertung der Praxis, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Dublin 1992, S. 20 ff.

strukturen auch gegen den Widerstand des Managements aufzubauen. Hierzu bedarf es vermehrt der finanziellen und logistischen Unterstützung durch die nationalen Branchengewerkschaften und Dachverbände. Erfahrungsgemäß kommt bei der Einrichtung Europäischer Betriebsräte vor allem den Gewerkschaften aus dem Stammland des Konzerns eine initiiende Rolle zu.

Die Strategie des "Fakten-schaffens" stellt außerdem den derzeit erfolgversprechendsten Ansatz zur Durchsetzung einer europäischen Unternehmensgesetzgebung dar. Ohne eine rechtliche Absicherung im Rahmen der EG ist eine flächendeckende Einführung Europäischer Betriebsräte sicherlich nicht zu erwarten.

2. Internationale Gewerkschaftspolitik muß ihr "abgehobenes" Image verlieren und in den betrieblichen Alltag integriert werden. Hierbei steht die betriebliche Interessenvertretung zunächst vor der Aufgabe, kontinuierlich den Zusammenhang zwischen internationalen Entscheidungsprozessen und ihren Auswirkungen vor Ort transparent zu machen. Desweiteren darf sich die praktische internationale Zusammenarbeit nicht - wie es bei den bestehenden "Euro-Betriebsräten" der Fall ist - auf eine kleine Gruppe internationaler "SpezialistInnen" beschränken, sondern muß breite Teile der betrieblichen Basis mit einbeziehen. Dies bedeutet, möglichst vielfältige internationale Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen (z.B. im Rahmen gemeinsamer Bildungsseminare oder durch grenzüberschreitende Kultur- und Sportveranstaltungen), die die Entwicklung einer internationalen "Gewerkschaftskultur" ermöglichen und mithelfen können, nationale und rassistische Vorurteile auch in den eigenen Reihen abzubauen.

3. Das Selbstverständnis Europäischer Betriebsräte liegt bislang in einem mehr oder weniger defensiven Nachvollzug veränderter Kapitalstrukturen. Die Gefahren einer solchen "trade-unionistischen" Konzeption werden allerdings spätestens dann deutlich, wenn durch eine Zunahme ökonomischer Krisenprozesse eine Verschärfung der konzerninternen Standortkonkurrenz eintritt. Die Erfahrungen der Weltkonzernräte aus den 70er Jahren belegen, daß in dieser Situation nationale und standortegoistische Positionen leicht die Oberhand gewinnen und eine massive Entsolidarisierung einleiten können. Die Europäischen Betriebsräte sind deshalb gefordert, eigene Strategien für die Entwicklung "ihrer" Konzerne zu erarbeiten, die, um einen politischen Interessenausgleich der nationalen Belegschaften formulieren zu können, über die unmittelbaren Verwertungszwänge hinausweisen müssen.

4. Die Diskussion über Europäische Betriebsräte sollte in eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie zur Entfaltung internationaler Wirtschaftsdemokratie und zum Aufbau eines europäischen Tarifsystems eingebettet

werden.<sup>20</sup> Hierbei könnten europäische Rahmenverträge in transnationalen Konzernen einen ersten Ansatzpunkt bilden. Möglicher Inhalt solcher Vereinbarungen wären vor allem grenzüberschreitende Regelungen zu Fragen der Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen. Dagegen bleibt eine konzernweite Festlegung von Lohn- und Sozialbedingungen auf absehbare Zeit nicht nur illusionär, sondern ist wegen der darin liegenden "syndikalistischen" Gefahren politisch auch wenig wünschenswert. Auf lange Sicht liegt schließlich in den Europäischen Betriebsräten das entscheidende Potential für eine machtpolitische Untermauerung eines europäischen Tarifsystems.

5. Das in den letzten Jahren neu gewonnene "Europa-Bewußtsein" der westeuropäischen Gewerkschaften droht, in einen gewerkschaftlichen "Eurozentrismus" umzuschlagen. Der Mitarbeiter des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), Denis McShane, hat darauf hingewiesen, daß bereits in den letzten Jahren eine deutliche Regionalisierung des gewerkschaftlichen Internationalismus zu beobachten ist, bei dem sich die reichen Gewerkschaften des Nordens auf internationale Kontakte in ihrer jeweiligen "Triade-Region" konzentrieren, während gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der südlichen Hemisphäre merklich an Intensität verliert.<sup>21</sup> Dies gilt im besonderen Maße für die internationale Gewerkschaftspolitik in transnationalen Konzernen. Die Gewerkschaften laufen damit Gefahr, zu einem Hauptträger einer europäischen Festungsmentalität zu werden und sich der Weltmarktkonkurrenz des "Triade-Kapitalismus" unterzuordnen. Auch wenn der (Wieder-)Aufbau von "Weltkonzernräten" zur Zeit nicht auf der Tagesordnung steht, so besteht angesichts der globalen Gefährdungslagen mehr denn je die Aufgabe, praktische Formen einer internationalen Solidarität zu entwickeln.

Der europäische Integrationsprozeß ist vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um den Maastrichter Vertrag und dem Ausbruch einer erneuten Weltwirtschaftskrise erheblich ins Stocken geraten. Nationalistische und rassistische Strömungen gewinnen zusehends überall in Europa an Einfluß, während die "Europa-Idee" merklich an Ausstrahlungskraft verliert. Internationale Gewerkschaftsarbeit wird sich deshalb in den nächsten Jahren auf erheblich kompliziertere Rahmenbedingungen einstellen müssen. Zugleich erhöht sich jedoch ihre politische Verantwortung, für ein "anderes" - soziales, demokratisches und ökologisches Europa einzutreten. Hierzu bildet die Weiterentwicklung eines "Internationalismus von unten" noch viele ungenutzte Ansatzpunkte.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu u.a. die Beiträge in dem Europa-Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen 12/92.

<sup>21</sup> Vgl. Denis McShane, Global or Regional? in: Socialist Affairs 1/91, S. 14 ff.

## Differenzierung und Segmentierung der Arbeiterklasse durch neue Produktionskonzepte

In den gesellschaftswissenschaftlichen und linken politischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte spielte die Frage nach den Konstitutionsbedingungen und Auflösungserscheinungen der Arbeiterklasse als einer ursprünglich relativ homogen gedachten Gesellschaftsklasse im Kapitalismus eine große Rolle. Solange in der Arbeiterklasse eine, wenn nicht sogar die wesentliche Kraft zur Transformation der kapitalistischen Klassengesellschaft gesehen wird, ist natürlich deren Größe, Struktur und innere Kohäsion von größter Bedeutung. Im historischen Ablauf seit der industriellen Revolution kann wohl von einer Vereinfachung der Klassenverhältnisse in Zusammenhang mit einer Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in der Aufstiegsphase des Kapitalismus/Imperialismus sowie von einer zunehmenden Differenzierung der Klassenverhältnisse seit der Durchsetzung fordistisch-tayloristischer Produktionsmethoden gesprochen werden. Große Unklarheiten bestehen offenbar heute hinsichtlich der Frage, inwieweit die modernen Produktionskonzepte die Segmentierung und Individualisierung der arbeitenden Klassen und Schichten vorantreiben werden oder modifizieren können.

### Industrie von Anfang an gespalten

Die Industrie, von der in diesem Beitrag die Rede sein soll, war immer schon vielfältig segmentiert und differenziert nach Branchen, nach Produktprofilen, nach Fertigungsprozessen oder etwa aufgrund ihrer räumlichen Verteilung. Und immer war sie vor allem gespalten in "große" und "kleine" Betriebe bzw. Unternehmen, auch wenn bis heute in den Wirtschaftswissenschaften Unklarheit darüber besteht, wann ein Industrieunternehmen als klein, und wann es als groß zu bezeichnen ist. Weder gibt es eine einheitliche statistische Klassifizierung der Industriebetriebe nach Größenklassen, noch gibt es allgemein verbindliche Kriterien oder Maßstäbe zu ihrer Ermittlung. Es ist ja nicht nur eine Frage, ob man als Maßstab die Beschäftigtenzahl, die Mengenleistung, die Ausstattung mit bestimmten Produktionsmitteln und -anlagen oder die Wertschöpfung heranzieht; bedeutsam sind auch unterschiedliche Vorstellungen der Größenordnung, je nachdem, welche Branche oder welche Region man betrachtet (vgl. Stichwort "Betriebsgröße" in: Management Enzyklopädie 1982). Worum es im folgenden geht, ist die Frage, ob sich durch die neuen Produktionskonzepte, die der Einfachheit halber unter dem Schlagwort "lean

production" firmieren, die tradierte Spaltung der Industrie weiter vertieft, oder ob es Chancen gibt, eine Verminderung dieser Spaltung etwa dadurch zu erreichen, daß die kleinen und mittleren Betriebe/Unternehmen (im folgenden KMU) an wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen.

Einen solchen Bedeutungsgewinn der KMU soll es nach zahlreichen neueren Untersuchungen in den letzten 20 Jahren bereits gegeben haben. Sowohl im internationalen Maßstab als auch für die - alte - Bundesrepublik konnte seit den 70er Jahren ein Trendumbruch in der Beschäftigungsentwicklung festgestellt werden: Seit dieser Zeit steigt die Anzahl der KMU und ihrer Beschäftigten weit überdurchschnittlich, während die Zahl der in Großbetrieben (500 und mehr Beschäftigte) Beschäftigten fast kontinuierlich zurückging. Dieser neue Trend, der - seit Birch 1979 - vielfach gern als Zeichen für die wiedergewonnene Vitalität von KMU interpretiert wird, reflektiert in Wirklichkeit einen wirtschaftszweiglichen Strukturwandel, der drei wesentliche Charakteristika enthält: Einmal spiegelt sich in ihm der Bedeutungsgewinn von wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen wider, der nicht selten begleitet ist von einer organisatorischen Verselbständigung entsprechender Unternehmensabteilungen ("Externalisierung von Dienstleistungen") bzw. von Unternehmensneugründungen. Zum anderen schlagen sich die technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungserfolge gerade in den Großbetrieben am deutlichsten in Form von zum Teil massenhaften Freisetzungseffekten nieder, so daß der Beschäftigungsrückgang in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre hier besonders hoch ausfiel. Und zum dritten - hierauf wird in der arbeitsmarkttheoretischen Diskussion vielfach hingewiesen - haben wir es in dem gesamten Zeitraum der letzten 20 Jahre mit einer Welle von Unternehmensneugründungen zu tun, die nicht selten auch als individueller Reflex auf eine zunehmende Beschäftigungsunsicherheit in den traditionellen Arbeitsmarktsektoren aufzufassen ist (vgl. z.B. Bögenhold 1987).

Die traditionelle Spaltung der Industrie konnte also nicht wesentlich erschüttert werden, wenn auch die KMU - mit all den hier gemachten und weiteren Einschränkungen (vgl. Strutyński 1993) - quantitativ an Bedeutung zugenommen haben. Auf diesem Hintergrund haben nicht nur Politiker den Mittelstand neu entdeckt. Auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde die jahrzehntelange Fixierung auf die Untersuchung großbetrieblicher Gefüge und Arbeitsstrukturen teilweise durchbrochen und dem sozialen Geschehen im Kleinbetrieb mehr Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Rudolph/Wassermann 1987, Berger/Domeyer/Funder 1990, Sengenberger/Loveman/Piore 1990). Parallel zu dieser "Renaissance" des Kleinbetriebs begann die Erosion des fordistisch-tayloristischen Produktions- und Rationalisierungsparadigmas: Infragegestellt wurde insbesondere das universelle System der mit einem starken wirtschaftlichen Wachstum verbundenen industriellen Massenfertigung sowie die sich daraus ergebenden

den Produktionsstrukturen mit ihrer rigiden Arbeitsteilung, Beschäftigtensegmentierung, Hierarchisierung und Unternehmensbürokratisierung. Zahlreiche Untersuchungen haben darauf hingewiesen, daß aufgrund von veränderten Nachfragestrukturen (Sättigung, Diversifikation des Geschmacks u.ä.) und wegen der sichtbar werdenden ökologischen Grenzen des Wachstums das System der Massengüterproduktion untergraben werde (z.B. Piore/Sabel 1989), und daß die mit der Anwendung neuer Technologien verbundenen "neuen Produktionskonzepte" zu einer Überwindung der tayloristischen Arbeitsteilung und zu einer Requalifizierung industrieller Arbeit führen würden (v.a. Kern/Schumann 1984).

### **Lean production als durchgreifende Rationalisierungsstrategie**

Die MIT-Studie über die "zweite Revolution in der Autoindustrie" (Womack/Jones/Roos 1991), die so viele Unternehmer und Manager der westlichen Hemisphäre in helle Aufregung versetzte, wandelt im Grunde genommen auf diesen Spuren, wenngleich das Interesse ihrer Autoren weniger den KMU als vielmehr den europäischen und US-amerikanischen Autoherstellern gilt. Ihre Botschaft von den geradezu dramatischen komparativen Kostenvorteilen der japanischen Automobilindustrie verfehlt auch heute noch nicht ihre Wirkung, obwohl sich mittlerweile eine Reihe kritischer Stimmen zu Wort gemeldet hat, wonach das japanische Produktivitätswunder zu relativieren sei. Zu Recht wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß die Erfolge des japanischen Modells der "schlanken Produktion" oder besser des "Toyotismus" zu einem guten Teil auf historisch-gesellschaftlichen und industriepolitischen Voraussetzungen beruhen, die nicht so ohne weiteres auf andere Industriestaaten, insbesondere auf Kontinentaleuropa übertragbar sind (vgl. Bechtold/Kreuder 1992, Williams/Halam 1992). Zudem scheinen mittlerweile wesentliche Bestandteile der schlanken Produktion in Japan selbst einer Revision unterzogen zu werden. Dies bezieht sich nicht nur auf die Just-in-time-Produktionslogistik, die angesichts eines kollabierenden Verkehrssystems einfach nicht mehr durchzuhalten ist; es bezieht sich auch auf die offenbar unhaltbar gewordenen Arbeitsbedingungen und sozialen Beziehungen in den abhängigen Zulieferbetrieben (Iyagawa 1992, Jürgens 1992, Nomura 1992). Die weltweite Konjunkturschwäche der letzten Monate hat Japan ebenso erfaßt wie andere hochindustrialisierte Staaten, und im Gegensatz etwa zu den Verhältnissen in Deutschland machen in Japan ausgerechnet die Automobilkonzerne und die Halbleiterindustrie den Vorreiter der rezessiven Entwicklung.

Auch wenn also der anfänglichen Lean-Production-Euphorie, die auf zahllosen Manager- und Industrieverbandstagungen in den vergangenen Monaten grassierte, inzwischen entspannte Ernüchterung gefolgt ist, so werden doch zentrale Elemente der ihr zugrunde liegenden Philosophie in

die Praxis umgesetzt. Und zwar nicht erst seit Erscheinen der MIT-Studie, sondern seit Jahren schon. Das kommt daher, daß das Konzept der schlanken Produktion anknüpft an längst bekannte Probleme und Schwachstellen des Materialflusses, der Arbeitsvorbereitung, der Produktion und der zwischenbetrieblichen Logistik und versucht, diesen Problemen mit zum größten Teil ebenfalls bekannten Rationalisierungs- und Effektivierungsmaßnahmen beizukommen. Das wirklich Neue liegt m.E. in der ganzheitlichen Betrachtung des betrieblichen Geschehens unter dem Aspekt der Zeitökonomie und der kontinuierlichen Verbesserung des Wertschöpfungsprozesses. "Systemische Rationalisierung" - um diesen Begriff des ISF München aufzugreifen (Altmann 1986) - wirkt nicht mehr nur ein auf alle betrieblichen und überbetrieblichen Teilprozesse, sondern plant sie auch "durchgreifend" und "systematisch" (Sauer/Altmann 1989, S. 8). Dies gilt selbstverständlich nicht nur für die Automobilindustrie, sondern für alle Wirtschaftszweige und für alle Unternehmens- bzw. Betriebstypen. Höchst unterschiedlich sind indessen Voraussetzungen und Möglichkeiten der Umsetzung schlanker Produktionsmethoden in Betrieben unterschiedlicher Größenordnung und Marktstellung. Inwieweit die bestehende Spaltung industrieller Arbeitsverhältnisse sich hierbei eher vertieft oder eher vermindert, soll im folgenden anhand einer Reihe wesentlicher Momente von lean production untersucht werden.

### **Verringerung der Fertigungstiefe als Strategie der Risikoverlagerung**

Seit den achtziger Jahren wird in der Automobilindustrie die systematische Verringerung der Fertigungstiefe als bevorzugtes Mittel zur Senkung der Herstellungskosten eingesetzt. Besonders prädestiniert für Produktionsauslagerungen sind Großserien mit einem hohen Anteil manueller Tätigkeit sowie unrentable Kleinserien und Sonderanfertigungen. Genutzt werden soll das spezifische technologische Know-how von Zulieferunternehmen, das diese in die Lage versetzt, Standardmassenteile, aber auch komplexere Fahrzeugkomponenten rentabler zu produzieren als die Autohersteller. Nun hat nicht nur die Verringerung der Fertigungstiefe, sondern auch die in den letzten Jahren stattgefundene Ausweitung der Produktion den Zulieferern grundsätzlich neue Ertragsquellen eröffnet und zahlreiche randständige Beschäftigungsverhältnisse insbesondere in der Massenfertigung geschaffen. Diese Möglichkeiten konnten aber, wie sich an der rückläufigen Zahl von Zuliefervertragspartnern zeigt, keineswegs von allen Zulieferern genutzt werden. Dies liegt daran, daß - vor allem kleinere - Zulieferer häufig nicht in der Lage sind, ihren Produktionsapparat kurzfristig auf eine starke Erhöhung der Losgrößen oder gar auf eine Erweiterung ihres Teilespektrums umzustellen, da sie im allgemeinen über eine geringe Kapitaldecke verfügen und nur begrenzte Möglichkeiten zur Aufnahme von langfristigem Fremdkapital besitzen. Die Verringerung der Ferti-

gungstiefe bei den Autoherstellern erweist sich somit nicht nur als Strategie der Kostenreduzierung, sondern auch als Mittel der Risikoverlagerung vom Abnehmer auf den Zulieferer. Dieses Risiko kann existenzbedrohende Ausmaße annehmen, wenn sich die Nachfrageentwicklung spürbar nach unten bewegt - eine Situation, die nach allen zur Zeit vorliegenden Prognosen unmittelbar bevorsteht. Hierbei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß die Abnehmer sich im einen oder anderen Fall veranlaßt sehen könnten, ausgelagerte Fertigungen wieder zurückzuholen. Ein entsprechender betrieblicher Druck durch Produktionsabteilungen und Betriebsräte ist jederzeit denkbar. (Vgl. hierzu Mendius in Manz 1991, S. 192). Die Beschäftigten der peripheren Zulieferbetriebe wären demgegenüber in die Rolle des um die Arbeitsplätze bangenden Juniorpartners des um das Überleben kämpfenden Unternehmers gezwungen.

### Zulieferabhängigkeit und Entmündigung ganzer Belegschaften

Nahezu alle in den letzten Jahren durchgeführten Untersuchungen über die Abnehmer-/Zulieferer-Beziehungen kommen zum Ergebnis, daß die Zulieferer bei der Gestaltung ihrer Geschäftsbeziehungen zu den Herstellern durchweg am kürzeren Hebel sitzen. Die mit der schlanken Produktion verbundene Tendenz, die Zahl der Zulieferer drastisch zu reduzieren (bis hin zum "single sourcing") und gleichzeitig den Wettbewerb unter den Zulieferern anzuhetzen (z.B. durch "global sourcing"), stärkt zweifellos die ohnehin außergewöhnliche Nachfragemacht der Autohersteller. Während diese bei nahezu jedem fremdbezogenen Teil zwischen mehreren Zulieferern auswählen können, ist ein Zulieferer weitaus stärker auf einen oder jedenfalls nur sehr wenige Abnehmer angewiesen. Eine von der FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung an der Gesamthochschule Kassel durchgeführte Studie (FPN 1992, Strutynski 1992a) hat beispielsweise erbracht, daß im Raum Niedersachsen/Nordhessen jedes dritte Zulieferunternehmen einen Zulieferanteil an die Automobilindustrie von 90 bis 100 Prozent hat und somit auf Gedeih und Verderben von ihr abhängig ist. Hinzu kommt die Abhängigkeit der Zulieferer von ihren Vorlieferanten. Der Bezug von Rohstoffen, Halbzeugen und Materialien geschieht zu großen Teilen bei monopolistischen Konzernen der Grundstoffindustrie (Chemie, Stahl). Angesichts dieser Zangensituation nimmt es nicht wunder, wenn immer mehr kleinere Zulieferunternehmen neben der ökonomischen auch ihre rechtliche Selbständigkeit verlieren und zum faktischen Anhängsel ihrer Kunden werden (vgl. z.B. Nagel/Riess/Theis 1991). Diese Abhängigkeit des Gesamtbetriebs verurteilt die betroffene Belegschaft und ihren Betriebsrat zum nachgeordneten Vollzugsorgan der eigenen Unternehmensleitung und des Betriebsrats des Kunden. Dies ist beispielsweise bedeutsam für die Festlegung von Schichtplänen, Überstunden und Werksferien bis hin zur Abhaltung von Betriebsversammlungen.

Über kein Thema klagen die Zulieferer so sehr wie über die fehlende "Waffengleichheit" bei den meist jährlichen Preisverhandlungen mit ihren Kunden. Der rigoros ausgenutzte Zulieferer-Wettbewerb und die üblich gewordene Festlegung degressiver Preisgleitklauseln lassen den Zulieferer zunehmend unter Druck geraten, während die Autohersteller dem Endverbraucher regelmäßig höhere Preise zuzumuten in der Lage sind. So sind nach einer Bamberger Untersuchung die Zulieferteilpreise seit 1986 nahezu konstant geblieben, während die Preise für Neufahrzeuge fast kontinuierlich gestiegen sind. Manches Zulieferunternehmen könne nicht einmal mehr die variablen Kosten hereinspielen und "verschenke bereits die Betriebssubstanz" (Automobil-Produktion, Februar 1992, S. 42). Erschwerend wirkt sich aus, daß die im Zuge der Einführung neuer Logistikkonzepte (Lieferung auf Abruf, just in time) erforderlich gewordene EDV-Vernetzung mit dem Kunden zu einer fast "totalen Transparenz in Produktionsablauf und Rationalisierungsmöglichkeiten" des Zulieferers geführt habe. Der Nachfragemacht des Autoherstellers steht ein Zulieferer gegenüber, dem nicht einmal die Möglichkeit geblieben ist, "über die Preisfestsetzung seiner Teile selber zu bestimmen." (FPN 1992, S. 111) In der MIT-Studie heißt es hierzu lapidar: "Damit der schlanke Ansatz funktioniert, muß der Zulieferer natürlich einen wesentlichen Teil seiner internen Informationen über Kosten und Produktionsmethoden offenlegen." (Womack/Jones/Roos 1991, S. 157) Dieser weitgehende Verlust kalkulatorischer oder allgemeiner: im klassischen Sinn betriebswirtschaftlicher Funktionen äußert sich langfristig in einer Abnahme entsprechend qualifizierter Arbeitskräfte der "mittleren Ebene" des kaufmännischen Bereichs.

Das Lean-production-Konzept geht unter anderem von einer flexiblen Logistik und einer bestandsarmen Fertigung aus. Die mit hohen Kapitalbindungskosten verbundene Lagerhaltung soll auf ein Minimum reduziert werden. Auch in diesem Fall, so lehren die bisherigen Erfahrungen, haben die großen Autohersteller und die kleinen Zulieferbetriebe höchst unterschiedliche Realisierungschancen. Während in den großen Montagewerken die kostenträchtige Lagerhaltung tatsächlich rapide heruntergefahren werden konnte, blieben die meisten Zulieferer auf ihren Lägern sitzen. Die (Lager-)Schlankheit des Kunden bedingt sogar die "Korpulenz" des Zulieferers. Denn der muß jederzeit liefern können. Er hat nur die Wahl zwischen einer "Flexibilisierungsstrategie" und einer "Lagerstrategie" (Fieten 1991, S. 147). Bei Verfolgung der Lagerstrategie erfüllen die Zulieferer die Lieferanforderungen über eine erhöhte Lagerhaltung, was mit der bekannt hohen Kapitalbindung im Umlaufvermögen verbunden ist. Bei Verfolgung der - eigentlich lean-production-gemäßen - Flexibilisierungsstrategie versuchen die Zulieferer, die wechselnden Lieferanforderungen nicht aus Lagerbeständen, sondern aus einem flexiblen Produktionsapparat zu befriedigen, was in der Regel einen hohen Investitionsaufwand erfordert. Dies hat eine sehr hohe Kapitalbindung im Anlagevermögen zur Folge. Der durchschnittliche Zulieferbetrieb wird sich wohl der Lagerstrategie bedie-

nen müssen, wobei die dabei entstehenden Kosten teilweise auf Dritte (Lageristen, Spediteure) abgewälzt, teilweise durch erhöhte Anstrengungen der eigenen Arbeitskräfte aufgefangen werden sollen. Dies geht nicht ohne verstärkten Druck auf die Arbeitnehmer, den unter solchen Bedingungen extrem wechselnden Arbeitsanfall nach dem Motto "Allzeit bereit" zuverlässig zu erledigen.

Anstöße zur Flexibilisierung der Arbeit kommen aber auch noch von einer anderen Seite. Im Gefolge (nicht: als Folge!) der Arbeitszeitverkürzung und auf dem Hintergrund des enorm gewachsenen Anlagevermögens sind die kapitalintensiven Großunternehmen bestrebt, ihre Betriebs- und Maschinenlaufzeiten zu erhöhen. Dies soll unter anderem durch die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle erreicht werden, die eine noch stärkere Entkoppelung von betrieblicher und persönlicher Arbeitszeit zum Ziel haben. Beispielsweise wird bei Mercedes-Benz über ein Paket unter dem Titel "Reorganisation der Zeitwirtschaft" verhandelt, in dem es unter anderem um den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über eine bessere Ausnutzung besonders kapitalintensiver Anlagen gehen soll. In allen Großbetrieben wird insbesondere die Ausweitung von Zwei- und Dreischichtsystemen vorangetrieben. KMU können aufgrund ihres geringen Personalbestands und ihrer Betriebsorganisation hier kaum mithalten - ganz abgesehen von grundsätzlichen Einwänden gegen eine derartige Flexibilisierung der Arbeitszeiten aus der Sicht des Arbeitsschutzes. Aus einer neueren Untersuchung geht im übrigen hervor, daß es neben der Schichtarbeit eine Vielfalt unterschiedlichster Modelle und praktizierter Formen flexibler Arbeitszeiten gibt, die auch von kleineren Betrieben eingeführt werden können (Linnenkohl u.a. 1992). Allerdings steht dem nicht nur, wie in einer anderen Untersuchung festgestellt wird, ein weit verbreiteter "Konservatismus" mittelständischer Unternehmer entgegen (Klein 1992, S. 271f.); oftmals sind es auch handfeste betriebs- und arbeitsorganisatorische Barrieren. Zumindest für einen jederzeit abrufbereiten Zulieferer werden wirklich attraktive, weil auf die individuellen Bedürfnisse von Arbeitnehmern zugeschnittene Arbeitszeiten, die Ausnahme bleiben. Das zur Zeit gängige Muster jederzeit verfügbarer und abrufbereiter Arbeitskräfte (z.B. "Hausfrauenschichten", Saisonkräfte) dürfte, zumal auf dem Land und unter verschärften Krisenbedingungen, noch lange nicht ausgedient haben.

### Olympiareife Belegschaften und der Rest

Mit der Umsetzung von Gruppenarbeitskonzepten in die Montage versuchen die großen Autohersteller, zusätzliche menschliche Ressourcen zu mobilisieren. Während in den alten Automobilwerken von VW heute rund 7.000 Beschäftigte, von Opel 10.000, von BMW 4.000 und von Mercedes 10.000 Beschäftigte in Pilotprojekten zur Gruppenarbeit stehen, sind die neuen Werke von Opel in Eisenach und von Mercedes in Rastatt in ihrer Konzeption bereits auf die Prinzipien der Gruppenarbeit ausgelegt wor-

den. Bei Opel besteht eine Betriebsvereinbarung auf flächendeckende Einführung von Gruppenarbeit Mitte der neunziger Jahre. Nun gibt es eine große Bandbreite unterschiedlicher Formen und Modelle von Gruppenarbeit (vgl. Howaldt/Kopp 1992, S. 238f.), und es gibt eine Reihe kritischer Stimmen, denen z.B. die Abkehr von der starren Fließfertigung nicht weit genug geht und die Mitbestimmung der Gruppenmitglieder nicht ausreichend ist. Fest steht, daß mit der Einführung von Gruppenarbeitskonzepten den Unternehmen ein Mittel zur Verfügung steht, nicht nur ungeahnte Rationalisierungspotentiale zu entdecken, die Produktivität zu erhöhen und damit letztlich die Arbeitskosten zu senken, sondern gleichzeitig die Qualifikations- und Arbeitsbedingungen der (verbleibenden) Gruppenarbeiter zu verbessern - insgesamt eine spaltende Strategie insofern, als der nicht "olympiareife" Teil der Belegschaft dabei wohl auf der Strecke bleiben dürfte. Eine solche Potentialerschließung wird nur den Aristokraten unter den KMU-Zulieferern möglich sein, nämlich den Komponenten- bzw. Systemlieferanten. Für die vielen kleinen, mittleren und auch größeren Hersteller einfacher Standardmasseenteile scheint diese Option bislang nicht in Frage zu kommen. Die Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit unter den weniger qualifizierten gewerblichen Arbeitskräften wird zweifellos ansteigen und den Druck auf die Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse dieses Arbeitsmarktsegments verstärken.

Es ist erklärtes Ziel der Autohersteller, ihren Verwaltungsbereich zu straffen und nach ihrer Sicht aufgeblähte Betriebsbeamtenbastionen zu schleifen. Dies wird umso leichter möglich sein, als im Zuge der Auslagerung von Verwaltungs-, Dienstleistungs-, Entwicklungs- und Logistiktätigkeiten der gesamte Overheadbereich nach schlanken Gesichtspunkten umgestaltet werden soll. Auch ist gewerkschaftlicher Widerstand hiergegen weder zu erwarten noch überhaupt angebracht. Auf die KMU-Zulieferer kommen derweil aber höhere Overheadkosten zu. Ein höherer Steuerungs- und Koordinierungsaufwand entsteht bei den KMU vor allem aufgrund der Produktion kleinerer Losgrößen, häufiger Mengenabrufänderungen und vieler Teileänderungen (mit der Folge hoher Werkzeugänderungsraten) sowie aufgrund von Parallelentwicklungen bei mehreren Zulieferern, jedenfalls sofern diese sich nicht koordinieren (vgl. Beschaffung aktuell, 9/1992, S. 40f.). Mit der Reduzierung des Overhead-Bereichs ist eine Ent-hierarchisierung betrieblicher Strukturen verbunden, worunter vor allem ein weitgehender Umbau der Führungsstruktur verstanden wird. In der Konzernzentrale von Daimler-Benz z.B. ist zu Beginn letzten Jahres eine neue Arbeitsorganisation eingeführt worden, die eine größere Durchlässigkeit im Berichtswesen, eine klare Trennung zwischen Führungsposten und Fachstellen sowie eine Abschaffung von Privilegien vorsieht (Vgl. FAZ vom 29.10.1992). Im Zuge dieser Neuorganisation werden die Hierarchieebenen von bisher vier auf drei reduziert. Kleinbetriebe haben sich mit solchen Problemen im allgemeinen nicht herumzuschlagen.

Sie folgen eher informellen und persönlich geprägten Organisationsmustern, und ihre Flexibilität verdanken sie den innerbetrieblichen "kurzen Wegen" (Hilbert/Sperling 1990, S. 157ff.). Die oben genannte Verlagerung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auf KMU-Zulieferer zwingt diese aber nun ihrerseits zu einer stärkeren Formalisierung und Reglementierung des betrieblichen Leitungs- und Produktionsprozesses. Selbst in kleineren Betrieben kann sich die Installation einer Abteilungsstruktur und eine stärkere fachliche Ausdifferenzierung als notwendig erweisen. Lean production führt also auf der einen Seite durchaus zu einer - wenn gleich bescheidenen - Abflachung von Hierarchien, nämlich bei den Autoherstellern und anderen Großbetrieben; lean production schafft aber entlang der logistischen Kette ganz neue hierarchische Strukturen (Zuliefer-"Pyramide") und zwingt auch noch dem letzten Zulieferer auf der untersten Ebene der Zulieferpyramide ein Mehr an Bürokratisierung und Hierarchisierung auf.

### Schlußbemerkung

Schlanke Produktionsmethoden führen also nicht unbedingt zu einer Stabilisierung klein- und mittelbetrieblicher Strukturen. Wenn es, etwa über eine weitere Verringerung der Fertigungstiefe als dem "Kernstück" von lean production, in begrenztem Umfang zu einer Art Dezentralisierung von Produktionsleistungen und einer stärkeren Delegation von Verantwortlichkeiten kommt, so führt diese Entwicklung wohl kaum zu einem Bedeutungs- oder gar Machtzuwachs von KMU. Viel eher ist zu erwarten, daß deren Handlungsspielräume geringer werden, neue ökonomische und rechtliche Abhängigkeiten entstehen und die Zulieferkette selbst einem starken Differenzierungs- und Hierarchisierungsprozeß ausgesetzt ist. Ergebnis hiervon sind nicht nur Polarisierungstendenzen innerhalb der kleinen und mittleren Industrie, in der sich noch schärfer als zuvor die wenigen Aristokraten von den vielen Heloten unter den Zulieferern hervorheben (vgl. hierzu Strutynski 1992b). Ergebnis ist auch eine weitere Segmentierung und Differenzierung von Arbeitsverhältnissen, sowohl zwischen den Betrieben der Zulieferpyramide, als auch innerhalb der Betriebe (vgl. Weimer in Berger/Domeyer/Funder 1990). Die Konzentration meiner Argumentation auf die Verhältnisse in KMU-Zulieferbetrieben darf nicht zu der irrigen Annahme verleiten, als ginge diese Segmentierung ausschließlich zulasten der kleineren und mittleren Betriebe. Gerade die großen Autohersteller und eine Reihe international operierender großer Zulieferkonzerne werden sich in den nächsten Monaten von einem Teil ihrer "Randbelegschaften" sowie von anderen, dem Regime der schlanken Produktion nicht gehorchenden oder angepaßten Arbeitskräften trennen. Wie groß der Rest der eindeutigen Lean-production-Gewinner unter den Beschäftigten sein wird, ist heute noch nicht auszumachen.

Wesentlich erscheint mir darüber hinaus der Nachweis, daß die neuen Produktionskonzepte die tradierte Spaltung der Industrie eher vertiefen werden, wobei die zahlreichen Bruchlinien vor allem zwischen den Großbetrieben und den KMU, aber auch zwischen den verschiedenen Abteilungen der Beschäftigten verlaufen und neue Differenzierungen entstehen lassen. Während das eine vor allem die betroffenen Unternehmer auf den Plan rufen sollte, die ja ein grundlegendes Interesse an der Autonomie ihres Unternehmens haben, wird das andere die volle Aufmerksamkeit der Gewerkschaften erfordern. Denn deren Chancen für eine effektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer verringern sich mit ihrer zunehmenden Spaltung (vgl. hierzu Briefs 1992). Die verschiedentlich von gewerkschaftlicher Seite ins Gespräch gebrachte Notwendigkeit, angesichts der härter werdenden Standortkonkurrenz "strategische Allianzen" mit mittelständischen Unternehmern einzugehen, ist zumindest so lange problematisch, als es nicht gelingt, erst einmal interessenbezogene Allianzen der Arbeitnehmer selbst über Betriebs- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu schließen.

### Literatur

- Altmann u.a. 1986: N. Altmann, M. Deiß, V. Döhl, D. Sauer, Ein "Neuer Rationalisierungstyp" - neue Anforderungen an die Industriesoziologie. In: Soziale Welt, Heft 2/3, S. 191-206.
- Bechtold/Kreuder 1992: H. Bechtold, Th. Kreuder, Wie übertragbar ist das japanische Modell? Lean Production und europäische Industriepolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, S. 470-481.
- Berger/Domeyer/Funder 1990: J. Berger, V. Domeyer, M. Funder (Hg.), Kleinbetriebe im wirtschaftlichen Wandel, Frankfurt/New York.
- Birch 1979: D. Birch, The Job Generation Process, Cambridge/Massachusetts.
- Bögenhold 1987: D. Bögenhold, Der Gründerboom - Realität und Mythos der neuen Selbstständigkeit, Frankfurt/New York.
- Briefs 1992: U. Briefs, Gewerkschaftliche Politik im modernen Kapitalismus - Gewerkschaften unter dem Druck der neuen technisch-ökonomischen Strukturen. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 11, September, S. 46-58.
- Fieten 1991: R. Fieten, Erfolgsstrategien für Zulieferer. Von der Abhängigkeit zur Partnerschaft. Automobil- und Kommunikationsindustrie, Wiesbaden.
- FPN 1992: FPN Arbeitsforschung + Raumentwicklung, "Lean production" in der Automobilindustrie und die Lage der Zulieferer. Eine Untersuchung in Südniedersachsen/Nordhessen im Auftrag des RKW, Kassel.
- Hilbert/Sperling 1990: J. Hilbert, H. J. Sperling, Die kleine Fabrik. Beschäftigung, Technik und Arbeitsbeziehungen, München und Mering.
- Howaldt/Kopp 1992: J. Howaldt, R. Kopp, lean production = mean production? Lean production und Arbeitsbedingungen in der Automobilindustrie. In: Arbeit, Heft 3, S. 233-245.
- Iyagawa 1992: T. Iyagawa, Japan: Koexistenz für Zulieferer? In: Automobil-Produktion, April, S. 82-84.
- Jürgens 1992: U. Jürgens, Lean Production in Japan: Mythos und Realität. In: IAT, IGM, IAO, HBS (Hg.), Lean Production. Schlanke Produktion. Neue Produktionskonzepte humaner Arbeit?, Düsseldorf, S. 25-34.
- Kern/Schumann 1984: H. Kern, M. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München.

- Klein 1992: A. Klein, Flexible Arbeitszeiten im Trend. Verbreitung und Entwicklungstendenzen neuer Arbeitszeitmodelle in ausgewählten Branchen der baden-württembergischen Wirtschaft, Forschungsbericht unter Mitwirkung von N. Großmann, herausgegeben vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, Stuttgart.
- Linnenkohl u.a. 1992: K. Linnenkohl, G. Kitz, H.-J. Rauschenberg, D. A. Reh, Arbeitszeitflexibilisierung: 140 Unternehmen und ihre Modelle, Heidelberg (Schriften des Betriebs-Beraters, Band 84).
- Management Enzyklopädie 1982: Management Enzyklopädie. Das Managementwissen unserer Zeit, Erster Band, Landsberg.
- Manz 1991: Th. Manz (Hg.), Klein- und Mittelbetriebe im Prozeß der industriellen Modernisierung. Forschungsergebnisse aus Europa, Bonn.
- Nagel/Riess/Theis 1991: B. Nagel, B. Riess, G. Theis, Der Lieferant on line. Just-in-Time-Produktion und Mitbestimmung in der Automobilindustrie, Baden-Baden.
- Nomura 1992: M. Nomura, Toyotismus am Ende? Zur Reorganisation der "schlanken Produktion" in der Japanischen Autoindustrie. In: Hans-Böckler-Stiftung, Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Lean Production. Kern einer neuen Unternehmenskultur und einer innovativen und sozialen Arbeitsorganisation?, Baden-Baden, S. 55-63.
- Piore/Sabel 1989: M. J. Piore, Ch. F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Frankfurt am Main.
- Rudolph/Wassermann 1987: W. Rudolph, W. Wassermann (Hg.), Entdecken Gewerkschaften die Klein- und Mittelbetriebe? Ergebnisse einer Fachtagung zum Thema "Probleme und Perspektiven der Mitbestimmung in Klein- und Mittelbetrieben", Düsseldorf.
- Sauer/Altmann 1989: D. Sauer, N. Altmann, Zwischenbetriebliche Arbeitsteilung als Thema der Industriosozioökologie. In: N. Altmann, D. Sauer (Hg.), Systemische Rationalisierung und Zulieferindustrie. Sozialwissenschaftliche Aspekte zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung, Frankfurt/New York, S. 5-27.
- Sengenberger/Loveman/Piore 1990: W. Sengenberger, G. W. Loveman, M. J. Piore (Hg.), The re-emergence of small enterprises: Industrial restructuring in industrialised countries, Geneva.
- Strutynski 1992a: P. Strutynski, Neue Herausforderungen für die Zulieferindustrie. Folgen einer "schlanken Produktion" für mittelständische Auto-Zulieferer. Ergebnisse einer RKW-Untersuchung im Raum Südniedersachsen/Nordhessen, Eschborn.
- Strutynski 1992b: P. Strutynski, Die Schlanken und die Armen - Autohersteller und Zulieferer im Umbruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, S. 1375-1386.
- Strutynski 1993: P. Strutynski, Lean Production spaltet die Industrie. In: P. Strutynski (Hg.), Schlanke Produktion, Regionalentwicklung und Industriepolitik, Düsseldorf (erscheint im Frühjahr 1993).
- Williams/Halam 1992: K. Williams, C. Halam, Was die MIT-Studie verschweigt. In: Automobil-Produktion, August, S. 40-44.
- Womack/Jones/ Roos 1991: J. P. Womack, D. T. Jones, D. Roos, Die Zweite Revolution in der Automobilindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt/New York.

Lothar Peter

## Mitbestimmung am Arbeitsplatz - eine kapitalkonforme Forderung?<sup>1</sup>

Während der siebziger Jahre wurde die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz innerhalb der Linken durchaus beargwöhnt.<sup>2</sup> Mitbestimmung am Arbeitsplatz, so lautete damals die Kritik, sei einerseits eine vom Kapital integrierbare Forderung und lenke andererseits von gesamtgesellschaftlichen Strukturveränderungen (zum Beispiel von der Notwendigkeit einer Nationalisierung von Schlüsselindustrien und Großbanken) ab.

Die Zeiten für eine solche Kritik sind heute unwiderruflich vorbei. Die Argumente, die damals gegen eine Mitbestimmung am Arbeitsplatz geltend gemacht wurden, greifen nicht mehr. Die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz hat sich nicht nur nicht überlebt, sondern erfährt gegenwärtig eine Bedeutungsrenaissance und wachsende Aktualität.

Für diese These sprechen u.a. folgende Gründe:

1. Im Zusammenhang mit den technologischen Umbrüchen des Arbeitsprozesses, vor allem gekennzeichnet durch die Einführung elektronischer Informations- und Datenverarbeitung, verlieren tayloristische und fordistische Formen der Arbeitsorganisation an Wirksamkeit. Demgegenüber bevorzugen immer mehr Unternehmen "neue Produktionskonzepte", die sich auf die Ganzheitlichkeit des Arbeitsprozesses ausrichten und damit nicht nur den Innovationen der Produktionstechnik, sondern auch der Entfaltung der lebendigen Arbeit Rechnung zu tragen versuchen. War in den vergangenen Jahrzehnten Massenproduktion vorherrschend, so setzen die Unternehmen jetzt verstärkt auf marktgerechte Produktionsflexibilität, kleine Losgrößen, Einzelfertigung ("Unikate") und "flexible Spezialisierung" (M. Piore/C. Sabel). Dem korrespondiert eine Tendenz zur Aufwertung der menschlichen Arbeitskraft, ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen.

<sup>1</sup> Es handelt sich um die erweiterte Fassung eines Diskussionsbeitrags zu der von der PDS/Linke Liste durchgeführten Tagung "Wirtschaftsdemokratie und Eigentumsordnung" am 9./10. Januar 1993 in Bremen.

<sup>2</sup> vgl. dazu z.B. F. Vilmar: Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Basis demokratischer Betriebspolitik, Darmstadt 1971. Wegen seiner Auffassungen ist F. Vilmar damals angegriffen worden. Daß Vilmar es später als bundesdeutscher Westentaschen-McCarthy beim Aufspüren kommunistischer "Unterwanderer" zu einer gewissen unrühmlichen Bekanntheit brachte, ändert nichts daran, daß er in der Frage der Mitbestimmung am Arbeitsplatz in den siebziger Jahren eine kreativere Sichtweise entwickelte als seine Kritiker, zu denen seinerzeit auch der Verfasser gehörte.

2. Rationalisierung und Modernisierung des Arbeitsprozesses gehen einher mit einschneidenden Differenzierungen des betrieblichen Arbeitskörpers. Es entstehen neue betriebliche Schlüsselgruppen der Rationalisierung. Der Typ des angelernten industriellen Massenarbeiters ist nicht mehr repräsentativ für die Zukunft der Arbeit, auch wenn er heute noch eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und in der Sozialstruktur der lohnabhängig Beschäftigten spielt. Der "Arbeiter von morgen" ist der Software-Spezialist, der Elektroniker, Systembetreuer und Systemregulierer.<sup>3</sup>

3. Unternehmen und Betriebe versuchen ihre Managementstrategien und Organisationsmodelle dem Wandel der Arbeit anzupassen. Managementkonzepte, die ausschließlich auf Funktionalität betrieblichen Handelns und Output-Quantifizierung setzen, sind nicht mehr tonangebend. Dagegen befinden sich die Projekte einer "neuen Unternehmenskultur" und von Firmenphilosophien, die den Beschäftigten eine über soziale Werte und Normen vermittelte Identifikation, eine "Corporate Identity", anbieten, sichtbar auf dem Vormarsch.

Mit diesen Veränderungen des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, die hier nur angedeutet werden können, mit der Ablösung des tayloristischen Produktionsparadigmas und der sozialen Neuzusammensetzung der lohnabhängigen Schichten, verändern sich gleichzeitig die Formen ihres sozialen Bewußtseins, die Einstellungen zur Arbeit und die Deutungsmuster des technischen Wandels. Das läßt sich u.a. an den folgenden Gesichtspunkten festmachen:

1. Die abhängig Beschäftigten definieren sich nicht mehr vorrangig als einheitliche Arbeitnehmerschaft, geschweige denn als gemeinsame soziale Klasse oder gar als kollektives revolutionäres Subjekt. Die soziale Identität der Lohnabhängigen wird gleichsam "dezentralisiert": Sie beziehen ihr soziales Bewußtsein heute hauptsächlich aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe, einem bestimmten Qualifikationsniveau oder bestimmten Betrieben und Abteilungen. Für die Stahlkocher der Klöckner-Hütte gehören schon die Monteure von Daimler-Benz - so das wörtliche Zitat eines Hüttenwerkers - zu einer "anderen Klasse". Mit der sozialen Differenzierung vollzieht sich gleichzeitig eine Differenzierung der Arbeitstätigkeit. Sie reflektiert sich subjektiv als erhöhtes Interesse an den Inhalten der Arbeit, an beruflicher Qualifikation und betrieblicher Statusverbesserung.

2. Vor allem qualifizierte und hochqualifizierte Arbeiter- und Angestelltegruppen haben heute oft einen positiven Bezug zu ihren Arbeitsinhalten, zur Partizipation an betrieblichen Problemlösungen und zur Erweiterung ihres berufsfachlichen Wissens. Wenn auch das Lohninteresse meiner

<sup>3</sup> Vgl. dazu im Überblick N. Beckenbach: *Industriesoziologie*, Berlin/New York 1991, insbesondere die S. 182ff.

Ansicht nach unverändert das vorrangige Motiv der Erwerbsarbeit ist, so haben doch Wertorientierungen, die sich auf qualitative Bereiche der Arbeit richten, beträchtlich an Bedeutung gewonnen.

3. Den wichtigsten Bezugspunkt der Arbeitserfahrung und sozialen Verortung im Betrieb stellt heute das unmittelbare technische und soziale Milieu des Arbeitsplatzes dar. Zu diesem Ergebnis kommt z.B. ein Forschungsprojekt an der Universität Bremen über soziale Interaktion am Arbeitsplatz.<sup>4</sup> Von der jeweiligen Situation in der Arbeitsgruppe, der Schicht, der Abteilung oder dem Referat usw. hängt es wesentlich ab, welches subjektive Verhältnis die Beschäftigten zu ihrer Arbeit entwickeln und inwieweit sie sich herausgefordert fühlen, in die Bedingungen, Verlaufsformen und sachlichen Ziele des Arbeitsprozesses gestaltend, kontrollierend, abwehrend und verändernd einzugreifen. Damit wird sichtbar, daß Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu einer vorrangigen Aufgabe im Kontext eines politischen Projekts der Demokratisierung der Arbeit wird.<sup>5</sup>

Wie aber läßt sich Mitbestimmung am Arbeitsplatz entwickeln, wo liegen die Schnittstellen zwischen der objektiven Struktur des Arbeitsprozesses und den Handlungsmöglichkeiten der Beschäftigten "vor Ort" am Arbeitsplatz, worüber kann und muß am Arbeitsplatz mitbestimmt werden, und wo stößt Mitbestimmung am Arbeitsplatz auf systembedingte Grenzen?

Dazu möchte ich ansatzweise folgende Gedanken vortragen:

1. Der oben skizzierte produktionstechnische und arbeitspolitische Trendwandel führt zu einer quantitativen Ausdehnung und qualitativen Aufwertung von Gruppenarbeit. Dies gilt in erster Linie für die Industrie, namentlich die Automobilindustrie, aber inzwischen zeichnen sich auch Anfänge von Gruppenarbeit im Dienstleistungssektor ab. Gruppenarbeit ist gegenwärtig die dem modernen Arbeitsprozeß am ehesten entsprechende "paßförmige" Variante der betrieblichen Arbeitsorganisation. Unter Berücksichtigung der komplexen Anforderungen der Arbeit ist Gruppenarbeit häufig besser geeignet als Einzelarbeitsplätze oder große Arbeitskollektive, der modernen Produktionslogistik, aber auch den Belastungen der Arbeitskraft Rechnung zu tragen. Die Einrichtung von Gruppenarbeit stärkt den arbeitsprozeßlichen Status ihrer Akteure. Dementsprechend verbessern sich auch die Möglichkeiten einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Wenn Geschäftsleitungen und Management an Produktivitätssteigerungen und Qualitätsverbesserungen interessiert sind und deshalb Gruppenarbeit favorisieren, dann können die abhängig Beschäftigten ihrerseits als Akteure der Gruppenarbeit mit mehr Erfolgsaussichten (als etwa an

<sup>4</sup> Vgl. R. Gust, R. Moitz, L. Peter: *Soziale Interaktion im Arbeitsprozeß. Eine betriebssoziologische Studie*. Universität Bremen 1992

<sup>5</sup> Vgl. dazu aus betriebswirtschaftlicher Sicht die umfassende Darstellung von E. Heinen (Hrsg.): *Unternehmenskultur. Perspektiven für Wissenschaft und Praxis*, München/Wien 1987; eine kritische Position entwickelt u.a. C. Deutschmann: *Mehr Macht und mehr Mitbestimmung sind nicht gleichzeitig zu haben*; in: *Die Mitbestimmung* 1/1991, S. 29-34.

Einzelarbeitsplätzen oder am Band) Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte einfordern.<sup>6</sup>

Dafür ein konkretes Beispiel:

Im Mercedes-Werk Bremen wird seit einigen Jahren Gruppenarbeit praktiziert. Am weitesten entwickelt ist die Gruppenarbeit in der Montage am "Boxenstern", wo für Sportwagen, das Prestigeobjekt des Bremer Werks, Hydraulik, Pneumatik, Kabelsätze usw. montiert werden. Es handelt sich um Arbeitsplätze mit langzyklischen Produktionsakten (bis zu einer Stunde und mehr), Job-Rotation, relativ niedrigem Lärmpegel und teilautonomer Arbeitsorganisation. Die Gruppen, die etwa 8 - 12 Mitglieder haben, wählen einen Sprecher, der sie nach außen vertritt. Eine wichtige Forderung der Beteiligten besteht nun darin, daß sie - gemeinsam mit dem Betriebsrat - darüber mitbestimmen wollen, wie die Gruppen personell zusammengesetzt sind. Die Unternehmensleitung ihrerseits hat die Forderung bisher zurückgewiesen. Sie wittert die Gefahr einer "kalten" Erweiterung der vorhandenen Mitbestimmungsrechte. Noch ist die Kontroverse nicht endgültig entschieden, aber sie zeigt exemplarisch, wie Gruppenarbeit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz ineinandergreifen können.

2. Die Schnittstellen zwischen den vorgegebenen strukturellen Bedingungen des Arbeitsprozesses und den subjektiven Handlungschancen der Beschäftigten liegen überall da, wo die ökonomische Logik des kapitalistischen Arbeitssystems auf Grenzen stößt und zur - wenn auch begrenzten - Anerkennung sozialer Logiken gezwungen wird, die dem abstrakten Prinzip der Kapitalverwertung widersprechen. Mit anderen, konkreteren Worten: Überall, wo der moderne Produktionsprozeß menschliche Initiative nachfragt, wo qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden und neue Technologien nicht nur den Taylorschen "one best way" vorschreiben, sondern iteratives Problemlösungsvermögen verlangen, ergeben sich günstigere Möglichkeiten für Partizipation, Gestaltung und Kontrolle durch die "unmittelbaren Produzenten" (K. Marx). So kann beispielsweise bei der Implementierung von CIM-Konzepten auf der Fertigungsebene entweder nach dem Verrichtungsprinzip das von der Arbeitsvorbereitung ausgearbeitete Programm "durchgezogen" werden oder aber auf der Basis von Gruppenarbeit und mit Hilfe werkstattorientierter Programmierung eine Komplettbearbeitung am Arbeitsplatz erfolgen. Es liegt auf der Hand, daß qualifizierte Beschäftigte, die sowohl sachlich als auch zeitlich über mehr Autonomie am Arbeitsplatz verfügen, eher in der Lage sind, ihr Interesse an Mitbestimmung, Gestaltung und Partizipation geltend zu machen als gering qualifizierte Lückenbüßer der Automation. Aber auch bei den weniger qualifizierten Beschäftigten gibt es häufiger größere Gestaltungs-

<sup>6</sup> Zum Thema "Gruppenarbeit" vgl. z. B. H. Minssen u.a.: Gruppenarbeit in der Automobilindustrie. Das Beispiel Opel Bochum; in: WSI-Mitteilungen 7/1991.

tentiale, als es die Arbeitsbedingungen auf den ersten Blick hin vermuten lassen.<sup>7</sup>

3. Mitbestimmung am Arbeitsplatz hat nicht nur die Arbeitsorganisation und die Arbeitsinhalte zum Gegenstand. Die im Zusammenhang mit der ökologischen Krise gewachsene Sensibilität der abhängig Beschäftigten für die Umweltverträglichkeit der von ihnen produzierten Güter und Dienstleistungen lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Frage, was produziert wird und womit produziert wird. Der gebrauchswertmäßige Aspekt der Produktion tritt stärker in den Vordergrund. Sowohl die Produkte selbst als auch die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die zu ihrer Fertigung erforderlich sind, bedürfen einer kritischen Überprüfung ihrer Umweltverträglichkeit. Dies ist aber nur möglich, wenn die "ökologische Spurensuche" (A. Leisewitz/K. Pickshaus)<sup>8</sup> den Arbeitsplatz nicht ausspart, zumal die Risiken und Belastungen durch bestimmte Produkte am Arbeitsplatz noch wesentlich größer sind als in der Konsumsphäre. In mehreren Fällen hat die Neu- und Umbewertung von Gefahr- und Schadstoffen im Betrieb konkretes Handeln motiviert, das zu gewissen Erfolgen führte. Allerdings ist offensichtlich bei ökologischen Aktivitäten am Arbeitsplatz eine starke Tendenz vorhanden, die auftretenden Probleme als Gegenstand von Expertenwissen zu betrachten und ihre Lösung entsprechend an arbeitsplatzferne Experten zu delegieren.<sup>9</sup> Nichtsdestoweniger stellt der "Tatort Betrieb" insofern einen günstigen Anknüpfungspunkt für ökologische Mitbestimmung am Arbeitsplatz dar, weil hier das Kriterium der direkten Betroffenheit gegeben ist, ohne das letztlich alle Diskussionen über Mitbestimmung, auf welcher Ebene auch immer, in der Luft hängen.

Wenn man für eine Erweiterung und qualitative Verbesserung von Mitbestimmung am Arbeitsplatz eintritt, so darf man gleichwohl nicht die möglichen Hindernisse und Grenzen negieren. An zwei Problemen soll im folgenden verdeutlicht werden, wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz im Spannungsfeld betrieblicher Interessenkonflikte verortet werden kann. Es handelt sich dabei:

1. um die Vereinbarkeit von Mitbestimmung am Arbeitsplatz mit der Mitbestimmungskompetenz der Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz und
2. um das Risiko einer Neutralisierung und Integration von Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch Kapitaleigner und Management.

<sup>7</sup> Vgl. dazu schon für die siebziger Jahre W. Fricke: Zum Zusammenhang von Interesse, Qualifikation und betrieblicher Arbeitssituation; in: G. Schmidt u.a. (Hrsg.): Industriepsychologie, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 24/1982, S. 457-469.

<sup>8</sup> Vgl. A. Leisewitz, K. Pickshaus: Ökologische Spurensuche im Betrieb. Tatort Betrieb - Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, Frankfurt a. M. 1992.

<sup>9</sup> Ebd., S. 65.

ad 1) Zwischen einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz und der betrieblichen Mitbestimmung besteht kein zwingender Gegensatz. Es steht für mich außer Zweifel, daß die bestehenden Mitbestimmungsrechte des BVG, besonders etwa nach 87ff, 90, 91, 99, 102 usw. nicht zugunsten einer vereinseitigten Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausgehöhlt werden dürfen. Das BVG hat sich, trotz seiner Defizite, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten des "institutionalisierten Klassenkampfes" (R. Dahrendorf) bewährt. Wenn es 1952 und 1972 gerechtfertigt war, daß die Linke in der Arbeiterbewegung die Verabschiedung des BVG (1952) bzw. seine Novellierung (1972) bekämpfte, so ist es heute ebenso gerechtfertigt, seine neokonservative Demontage zu verhindern. Dies gilt umso mehr, als die Losung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz zwar heute im linken Spektrum Sympathien hervorrufen mag, aber bisher faktisch noch weitgehend lediglich aus schönen Worten besteht. Demgegenüber enthält das BVG, ungeachtet seiner nicht geringen Mängel, immerhin eine ganze Reihe von einklagbaren Mitbestimmungskompetenzen. Es wäre also ganz falsch, die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz gegen die verrechtlichten Momente von Mitbestimmung nach dem BVG oder auch nach dem Montanmitbestimmungsgesetz und dem Gesetz von 1976 auszuspielen. Das heißt im Umkehrschluß allerdings nicht, auf die Möglichkeiten einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu verzichten, die durch das grobmaschige Netz der rechtlichen Regelungen hindurchfallen oder nicht der Kontrolle durch die Gewerkschaften unterliegen. Es ist durchaus denkbar, ja wünschenswert, Formen von Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu entwickeln, die nicht Bestandteil der Betriebsverfassung oder auch der gewerkschaftlichen Struktur im Betrieb sind. Die Entfaltung autonomer Formen von Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die weder institutionell an das Management noch an die Gewerkschaften im Betrieb angeschlossen sind, ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz einer Pluralisierung und Individualisierung, die vor den Toren der Betriebe und Büros nicht stehenbleibt.

ad 2) Es liegt in der Natur der Sache, daß Kapitaleigner und Management versuchen werden, Mitbestimmung am Arbeitsplatz für die Zwecke der Produktivitätssteigerung zu instrumentalisieren. Darüber zu lamentieren, wäre abstrakter Moralismus. Andererseits gibt es für die abhängig Beschäftigten keinen Grund, dem Management das Terrain der "neuen Produktionskonzepte" zu überlassen. Wenn die Unternehmen die kreativen Ressourcen des "Humankapitals" brauchen, weil ohne sie die Produktionslogistik des "Just-in-time" oder das Konzept der "lean production"<sup>10</sup> nicht greifen, dann können die Beschäftigten ihrerseits umso wirksamer das Interesse an Mitbestimmung, Partizipation und Gestaltung einbringen und seine Realisierung anmahnen.

<sup>10</sup> Vgl. das Standardwerk über "lean production" von J. P. Womack u.a.: Die zweite Revolution in der Autoindustrie, Frankfurt/New York 1991 (2. Aufl.).

Im Unterschied zu vergangenen Perioden sozialer Kämpfe, als die Linke die Handlungsspielräume des Managements und der Kapitaleigner als durch die Verwertungslogik des Kapitals gleichsam "eingefroren" betrachtete, hat sich inzwischen gezeigt, daß die industriellen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit auch diskursiv verändert werden können. Als soziale Akteure sind Kapitaleigner und Management - wie andere gesellschaftliche Gruppen auch - lernfähig und nicht auf bestimmte Verhaltensweisen festgelegt, wie Differenzierungen zwischen "Betonköpfen", "Traditionalisten" und den "aufgeklärten Fraktionen" des Managements bestätigen. Auch die breite, nicht einfach als ideologisches Palliativ abzutuernde Diskussion über "Unternehmenskultur" ist ein Beleg dafür, daß sich Gruppen der Unternehmer und des Managements auf die Anforderungen des Zusammenhangs von gesellschaftlichem Wertewandel und Modernisierung des Produktionsprozesses einzustellen vermögen und eine gewisse Bereitschaft signalisieren, in Prozesse des Aushandelns und der Vorteilsabwägung mit den Beschäftigten einzutreten. Ob man allerdings so weit gehen kann wie W. Müller-Jentsch, der die Möglichkeit eines sogenannten "Co-Managements" der Betriebsräte bzw. Gewerkschaften avisiert, ist mehr als zweifelhaft.<sup>11</sup> Mit seiner Formel verkennt W. Müller-Jentsch offenkundig die tatsächlich vorhandene, nicht aus der Welt zu interpretierende Machtasymmetrie in den industriellen Beziehungen. Weder Modernisierungspakt und Co-Management noch die diametral entgegengesetzte Position einer praktisch unfruchtbaren, orthodoxen Beschränkung des "Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital" liefern dem Projekt einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz sinnvolle Perspektiven. Statt dessen sollte Mitbestimmung und Gestaltungspolitik am Arbeitsplatz als ein konfliktueller Prozeß von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen betrachtet werden, der Kommunikation und Kompromisse mit begrenzter Reichweite und temporärer Geltungsdauer nicht ausschließt. Damit sind andere Formen, in denen Gegensätze und Konflikte zwischen Unternehmern und Beschäftigten ausgetragen werden (wie Streiks, Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen usw.) keineswegs suspendiert.

Was kann nun praktisch aus den vorangegangenen Überlegungen folgen? Welche konkreten Formen kann eine Mitbestimmung am Arbeitsplatz annehmen? Diese Fragen sollen mit einigen Vorschlägen beantwortet werden.

a) Vertragsfähigkeit der Beschäftigten am Arbeitsplatz: Die Arbeitsgruppe, Schicht, Abteilung usw. erhält das Recht, mit der zuständigen Hierarchieebene der Betriebsleitung vertragliche Regelungen zu treffen. Diese Verträge können sich auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes, der Arbeitszeit, der Maschinenbesetzung, der Zusammensetzung von Arbeitsgruppen, Produktbeschaffenheit, Weiterbildung usw. erstrecken. Arbeits-

<sup>11</sup> Vgl. W. Müller-Jentsch: Kooperation mit dem Kapital; in: Der Gewerkschafter 9/1988. Es handelt sich um ein Interview der Zeitschrift mit W. Müller-Jentsch.

platzbezogene Gestaltungsverträge sollen mit dem Betriebsrat abgestimmt werden, um das Risiko des Interessenpartikularismus im Betrieb, zumal unter den Bedingungen allgemeiner Flexibilisierung und Deregulierung, auszuschalten.

b) Arbeitsgruppenbesprechungen während der Arbeitszeit: Neben den nach dem BVG (§42ff.) vorgesehenen Betriebsversammlungen können zusätzliche Arbeitsgruppenbesprechungen am Arbeitsplatz eingerichtet werden. Die arbeitsplatzbezogenen Gruppen können Sprecher oder Moderatoren wählen, die nach Möglichkeit personell nicht mit gewerkschaftlichen Funktionsträgern im Betrieb identisch sind. Auf diesen Gruppenbesprechungen sollten nicht nur unmittelbare Arbeitsprobleme, sondern auch Fragen der sozialen Beziehungen, des Betriebsklimas, der Betriebshierarchie diskutiert werden.

c) "Qualitätszirkel": vorhandene Formen der Partizipation wie "Qualitätszirkel", "Werkstattforen", "Lernstatt-Gruppen" usw. sollten nicht von vornherein als "Spielwiesen des Kapitals" beiseite geschoben werden. Ob diese Beteiligungsformen einseitig auf das Rentabilitätskalkül der Unternehmer zugeschnitten sind oder nicht, kann nur die praktische Erfahrung entscheiden. Deshalb kommt es zunächst darauf an zu testen, ob entsprechende Angebote auch die Möglichkeit einschließen, die Handlungsautonomie der Beschäftigten am Arbeitsplatz zu vergrößern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es sollte ausgelotet werden, ob auf der Basis des Prinzips "do ut des" vorteilhafte Regelungen für die Beschäftigten erreicht werden können. So illusionär es wäre, in der Mitbestimmung am Arbeitsplatz den alleinseligmachenden Weg zur "Emanzipation der Arbeit" sehen zu wollen, so kurzsichtig wäre es aber auch, die Chancen, vor Ort gestaltend in den Arbeitsprozeß einzuwirken, unter Berufung auf die Allmacht des Kapitals zu verschenken.

d) Mitbestimmung am Arbeitsplatz und Betriebsrat: Selbstverständlich ist die Mitbestimmung auch ein Handlungsfeld der Betriebsräte. Die rechtlichen Formen betriebsrätlicher Mitbestimmung können aber gleichsam "nach unten" geöffnet werden. Als Beispiel lassen sich hier die von Betriebsräten initiierten innerbetrieblichen Arbeitskreise nennen. In einer empirischen Untersuchung konnte kürzlich am Beispiel von Fallstudien in der Metallindustrie der norddeutschen Küstenregion nachgewiesen werden, daß betriebliche Gestaltungsgruppen und Arbeitskreise, die von Betriebsräten ins Leben gerufen und von der IG Metall unterstützt worden sind bzw. werden, durchaus gewisse Erfolge erzielen können.<sup>12</sup> Einführung von Gruppenarbeit, Erstellung "sozialer Pflichtenhefte" bei Einführung neuer Technologien, Einzelbetriebsvereinbarungen zu Fragen der Zeiter-

<sup>12</sup> Vgl. M. Pfeifer: Partizipation und Autonomie - Kernstück zukunftsweisender Gewerkschaftspolitik, Dissertation/ Universität Bremen 1991. Die Verfasserin ist Mitarbeiterin beim Vorstand der IG Metall.

fassung, CAD, BDE/PPS usw. und last not least Mitgliederzuwächse der IG Metall gehören z. B. zu den Aktivposten der Bilanz solcher Initiativen.

Zum Schluß sei noch eine Bemerkung hinzugefügt:

Wenn die Linke heute über Wirtschaftsverfassung, Eigentumsformen und Demokratisierung der Arbeit diskutiert, sollte sie nach Möglichkeit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Die Erfahrungen haben ja gezeigt - und die historische Lektion des Kollaps des sozialistischen Systems darf nicht verdrängt oder bagatellisiert werden - daß alle strategischen Überlegungen über gesellschaftliche Veränderungen leerlaufen, wenn sie nicht in subjektiver Interessiertheit der sozialen Akteure begründet sind. Dies gilt um so mehr, als die Skepsis gegenüber makrosozialen und -politischen Modellen und Systemen allgemein wächst, während sich gleichzeitig die Interessen der Individuen mehr auf lebensweltlich erfahrbare Handlungsfelder richten. Dem entspricht in der Sphäre des gesellschaftlichen Produktionsprozesses die bewußtere Hinwendung zur individuellen Arbeitstätigkeit und den Kriterien ihrer befriedigenden Gestaltung. Große Lösungen in gesamtgesellschaftlicher Dimension sind weniger gefragt und stoßen aus nur zu gut nachvollziehbaren Motiven auf erhebliches Mißtrauen. Damit erhält die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz einen neuen Stellenwert, den sie früher nicht etwa deshalb nicht hatte, weil sie weniger eloquent vorgetragen worden wäre, sondern weil die Bedingungen fordristischer Massenproduktion und Akkumulation sowie der seinerzeit vorherrschende Typus politischer Kultur nicht auf Entfaltung von Individualität und von auf Individualität gegründete Kooperation (Gruppenarbeit etc.) ausgelegt waren.<sup>13</sup> Mit dem oben angerissenen arbeitspolitischen Paradigmenwechsel gewinnt die Forderung nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz eine Schlüsselbedeutung für ein politisches Projekt der Demokratisierung der Arbeit. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich die vielleicht etwas unhöfliche und schroffe These aufstelle, daß man sich alle Diskussionen über die Veränderbarkeit der kapitalistisch-patriarchalischen Produktionsverhältnisse, über Eigentumsformen und Vergesellschaftung sparen kann, wenn sie in den subjektiven Erfahrungen der sozialen Akteure, also der lohnabhängigen Frauen und Männer im konkreten Arbeitsprozeß, am eigenen Arbeitsplatz und im Arbeitsalltag kein Echo finden. Dem widerspricht nicht die Notwendigkeit struktureller Initiativen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit vor allem in den neuen Bundesländern. Aber auch überall da, wo es gelingt, Arbeitsplätze zu sichern oder sogar neue zu schaffen, muß die Perspektive der Mitbestimmung, Gestaltung und kontrollierenden Partizipation von vornherein mitgedacht werden.

<sup>13</sup> Vgl. zu dieser Problematik z.B. die interessanten Beiträge von C. Sabel: Struktureller Wandel der Produktion und neue gewerkschaftliche Strategie; in: PROKLA 62/1986; vgl. auch H. Kern, C. Sabel: Gewerkschaften in offenen Arbeitsmärkten; in: Soziale Welt, H. 2/1990.

## Jugend und Gewerkschaften: Wie Feuer und Wasser?

Mit Furcht blickt Europa auf die neue deutsche Landkarte. Tag für Tag verleihen rechtsradikale Ausschreitungen gegen Asylsuchende geographischen Lokalitäten neue politische Symbolkraft. In Hoyerswerda, Rostock aber ebenso im Westen der Republik sind es vor allem *Jugendliche*, die mit erschreckender Brutalität gegen hilflose, verunsicherte Minderheiten vorgehen. Nicht weniger beängstigend als diese Rechtsradikalen sind die Zustimmung und Unterstützung, die diese durch die AnwohnerInnen erfahren. Die Erklärungsansätze für derartige Phänomene sind in Wissenschaft und Öffentlichkeit umstritten. Die einzelnen Übergriffe mögen zwar durch besondere Mißstände vor Ort ausgelöst worden sein, ihre Ursachen aber sind u.E. struktureller Natur.

Zu dem sozialökonomischen Dilemma gesellt sich ein genuin politisches Problem, die Krise des Systems der politischen Repräsentation. Den Vertrauensverlust von Parteien und politischen Institutionen fassen wir als doppelte ideologische Krise<sup>1</sup>. Dies bedeutet einerseits, daß die ökonomische Rezession von keinem hegemoniefähigen politischen Entwurf angegangen wird. Der Niedergang des Konservatismus, sein offensichtliches theoretisches und praktisches Scheitern und die gleichzeitige Unfähigkeit der Sozialdemokratie, sich als passable Alternative zu präsentieren, führen andererseits zu einer Krise des *gesamten* politischen Systems, der Glaube an seine Funktionsfähigkeit schwindet. So machen sich rechtsextreme Organisationen das Fehlen einer kohärenten Ideologie zunutze, indem sie versuchen, die vorhandenen Bruchstücke nach ihrem Gutdünken neu zu ordnen.

Jugendliche, die in ihrer politischen Identität oft noch nicht gefestigt sind, werden fraglos besonders leicht zu aufnahmebereiten EmpfängerInnen der einfachen Lösungen von Rechtsradikalen, zumal wenn sie innerhalb kürzester Zeit womöglich eine zweifache Entwertung ihrer Biographie hinnehmen mußten. Entscheidend dabei ist der Verlust der Orientierungspunkte. Weder die Ideologie des Staatssozialismus noch die Heilsversprechen der neokonservativen Markteuphorie ("Keinem wird es schlechter gehen" oder "Wohlstand für alle") erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen. Auch die Gewerkschaften gerieten in diesen Sog. Sie haben viel von ihrer Funktion

<sup>1</sup> Vgl. U. Brinkmann, "Die doppelte ideologische Krise", Sozialismus 10/92, S. 16 ff.

als Hoffnungsträger eingebüßt und leiden ebenso wie alle anderen politischen Institutionen unter dem oben skizzierten Vertrauensverlust.

## Der Rückgang der traditionellen Jugendarbeit

Während es zum einen also das Problem gibt, daß organisierte Gewerkschaftsmitglieder (vornehmlich männliche Jugendliche) rechtsradikale Parteien wählen, existiert zum anderen die Schwierigkeit, Jugendliche für gewerkschaftliches Engagement zu gewinnen. Dies offenbart sich bereits bei einem Blick auf den geringen Organisationsgrad von Jugendlichen in wichtigen, sogenannten Zukunftsbranchen: "Bei Jugendlichen, wo sich Zukunftsfähigkeit ganz praktisch-konkret stellt, fallen die Gewerkschaften immer weniger ins Gewicht. In der Elektroindustrie - sei dies IBM oder Siemens - sind Gewerkschaften unter den Berufsanfängern so gut wie nicht mehr vertreten"<sup>2</sup>. Noch viel miserabler ist das Bild im Handwerk oder in Teilen des Dienstleistungsgewerbes. Kein Wunder also, daß in diversen DGB-Landesbezirken durchgeführte Bestandsaufnahmen über die Aktivität der Jugendgremien zutage förderten, daß vielerorts die Jugendarbeit fast vollständig zum Erliegen gekommen ist. Auch eine von den Autoren im Mai 1992 vorgelegte flächendeckende Untersuchung zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit in Hessen<sup>3</sup> kommt zu diesem Schluß. Von dieser Problematik bleiben die Einzelgewerkschaften<sup>4</sup> genauso wenig verschont wie ihr Dachverband. Sonderlich tröstlich ist auch die Feststellung nicht, daß die Schwierigkeiten der Gewerkschaften mit den Jugendlichen kein neues Phänomen sind, denn der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Jugendbereich lag "immer schon deutlich unter dem DGB-Durchschnitt (...) Immer schon hat es auch eine bedenkliche Diskrepanz zwischen passiver Mehrheit und einer relativ kleinen aktiven Minderheit unter den Jugendlichen gegeben. Dies gilt auch für jene Phasen, in denen 'etwas los gewesen ist' und an die sich manch alt gewordenener Jugendfunktionär angesichts der heutigen Situation gerne zurückerinnert"<sup>5</sup>.

Mit diesen eher frustrierenden Feststellungen wollen wir aber nicht einem mittelfristigen Ausstieg der Gewerkschaften aus eigenständiger Jugendarbeit das Wort reden. Im Gegenteil: Für das Überleben der Organisation ist eine funktionierende Jugendarbeit ein entscheidendes Faustpfand. Dazu müssen die Gewerkschaften jedoch veränderte objektive Bedingungen zur Kenntnis nehmen, darauf adäquat reagieren, d.h. den materiellen und ideologischen Kampf aufnehmen und sich somit als Hoffnungsträger wie-

<sup>2</sup> Forum Gewerkschaften, "Angst vor dem Individuum?", Hamburg 1992, S. 19.

<sup>3</sup> Ulrich Brinkmann/Matthias Seifert, "Jung zwischen den Ohren?", Analyse gewerkschaftlicher Jugendarbeit in Hessen. DGB-Hessen, Abteilung Jugend.

<sup>4</sup> Teilweise kann die betriebliche Jugendarbeit einiger Mitgliedsgewerkschaften hiervon ausgenommen werden.

<sup>5</sup> Martin Baethge u.a., "Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessensorientierungen von Jugendlichen", Opladen 1989, S. 290.

der etablieren. Von essentieller Bedeutung hierfür ist, "welche Erfahrungen sich für Jugendliche im (beruflichen) Sozialisationsprozeß mit der Arbeit verbinden, welche Möglichkeiten sie sehen, ihre Interessen wahrzunehmen und ihre Ansprüche zu realisieren, und nicht zuletzt auch die Frage, wie ihnen die Gewerkschaft in diesem Zusammenhang selbst gegenübertritt"<sup>6</sup>.

Zu den markantesten gesellschaftlichen Transformationsprozessen gehört auf jeden Fall der Vormarsch sogenannter postfordistischer Produktionsformen.<sup>7</sup> Für immer mehr Jugendliche und Auszubildende bedeutet dies ständig wachsende Qualifikationsanforderungen als notwendige Funktionsbedingung für flexible Fertigung und den Umgang mit neuen Technologien.

Die potentiellen Vorzüge veränderter Arbeitsprozesse entsprechen durchaus den Bedürfnissen der Jugendlichen nach qualitativ hochwertiger Arbeit, wie sie in diversen Jugendstudien eruiert wurden<sup>8</sup>. Der neokonservative Vorwurf an die angeblich hedonistische Jugend, die in erster Linie an Freizeitgestaltung und materiellen Genüssen interessiert sei, widerspricht z.B. den Ergebnissen der SOFI-Jugendstudie vom Ende der 80er Jahre: "Die Arbeit steht bei drei Fünfteln der Jugendlichen entweder dominant (31%) oder gleichbedeutend mit dem Privatleben (30%) im Zentrum des Lebenskonzeptes, und wo sie dies tut, orientieren sich die Jugendlichen deutlich mehrheitlich an der 'Arbeit an sich', an ihren inhaltlichen Aspekten, nicht vordringlich an ihren materiellen oder gesellschaftlichen Honorierungen"<sup>9</sup>. Die Gewerkschaften haben darauf bekanntermaßen reagiert mit ihrer Forderung nach einer Neuordnung der Berufsausbildung<sup>10</sup>, welche formell durchgesetzt wurde. Nun kommt es darauf an, diese qualitativen Veränderungen auch zu realisieren und zu politisieren, z.B. in Richtung auf mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder hinsichtlich der Produktionsverfahren. Insofern ist es zu wenig, wenn sich Erfahrungen von Jugendlichen mit Gewerkschaften im Betrieb nur auf erkämpfte quantitative Lohnerhöhungen beschränken.

<sup>6</sup> Martin Baethge, a.a.O., S. 289.

<sup>7</sup> Joachim Hirsch, "Sozialismus - oder was sonst?", in: Frank Deppe u.a., "Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik", Hamburg 1991, S. 25.

<sup>8</sup> Dies muß nicht zuletzt auch als Ausdruck des Wandels der Lebensphase Jugend gelten, wozu vor allem verlängerte und verbesserte Bildung (steigende Zahl von HochschulabsolventInnen) gehört, die natürlich höhere Ansprüche an Arbeit nach sich zieht.

<sup>9</sup> Baethge u.a., a.a.O., S. 243. Dieses Ergebnis der SOFI-Jugendstudie steht somit in Gegensatz zur These von Alexander Rager, die "Jugendlichen sehen immer mehr ihr Leben außerhalb des Betriebes, und wollen dies auch bewußt gestalten. Die Arbeit selbst wird dabei nur als Mittel zur Existenzsicherung gesehen, nicht als Sozialisationsort". (Alexander Rager, "Wege aus der Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit", in: "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Nr. 11, September 1992, S. 154).

<sup>10</sup> Die in diesem Zusammenhang z.B. vereinbarte Vermittlung von ökologischer Kompetenz im Betrieb (vgl. § 4 der Ausbildungsverordnung) muß jetzt auch konsequent eingefordert werden.

Die Auseinandersetzung mit zukünftigen Gestaltungsimperativen darf jedoch den Blick auf die Wiederkehr alter Problemlagen im Kontext des Anschlusses der DDR nicht verstellen. Hierzu zählt unter anderem der Lehrstellenmangel in den fünf neuen Ländern. "In Ostdeutschland (...) ist der Auszubildende noch im Überangebot vorhanden und wird dementsprechend behandelt, was sich vor allem in der Bezahlung niederschlägt"<sup>11</sup>. Im Westen könnte sich diese Situation bei anhaltender konjunktureller Flaute und daraus entstehendem Abbau von Ausbildungsplätzen ebenfalls einstellen. Warum also nicht eine Neuauflage der Kampagne "Wer nicht ausbildet, muß zahlen"? Unter diesem Motto hatte eine Aktion in den 80er Jahren als hohe Jugendarbeitslosigkeit herrschte und viele Lehrstellen fehlten bereits einmal einen großen Mobilisierungseffekt.

### Der notwendige Unterschied zu den politischen Parteien

Programme wie die zur Beseitigung von Jugendarbeitslosigkeit ergeben aber erst dann einen Sinn und entfalten ihren Nutzen, wenn sie in umfassendere Konzeptionen eingebettet sind, die der Kahlschlagmodernisierung in den fünf neuen Ländern entgegenwirken könnten. In dieser Hinsicht aber haben sich DGB und Einzelgewerkschaften zu lange zurückgehalten, vor den Karren der um jeden Preis schnell zu verwirklichenden deutschen Einheit spannen lassen und zunächst mit zu wenig Nachdruck auf die erwartbaren katastrophalen Folgen des Transformationsprozesses der Produktionsweisen hingewiesen. Die Einbahnstraße der gnadenlosen Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt hätte viel früher als Sackgasse entlarvt werden müssen.

Aber nicht nur eine offensive gewerkschaftliche Strategie, sondern auch die *Verteidigung* bestehender Regulierungen wird für die Vertretung der ArbeitnehmerInnen immer schwieriger. Die partielle Übernahme der Vorschläge der Deregulierungskommission seitens der Bundesregierung<sup>12</sup> muß als offene Kampfansage im Sinne der Zurückdrängung tarifrechtlich oder gesetzlich festgelegter sozialer Standards angesehen werden.

Insgesamt scheint sich ein neuer Schub des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen anzudeuten. "Die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt) ist von 33,7 % (1975) auf 29,4 % (1990) gedrückt worden"<sup>13</sup>. Die dadurch gefährdete materielle Absicherung führt insbesondere

<sup>11</sup> Roland Mischke, "Aus der Dunkelheit ins grelle Licht. Jugendliche im Osten Deutschlands", in: FAZ, 30.5.1992.

<sup>12</sup> So z.B. die beabsichtigte Legalisierung von Öffnungsklauseln für Tarifverträge in Ostdeutschland: Per Betriebsvereinbarungen sollen untertarifliche Löhne möglich gemacht werden. Aus der gleichen marktradikalen Ecke kommt auch der Vorschlag der Einführung von Karenztagen zur Finanzierung der Pflegeversicherung. Unter diesen Bedingungen darf auch kein Solidaripakt zur Finanzierung der deutschen Einheit akzeptiert werden.

<sup>13</sup> Richard Detje, "Beim Einkommen geht es um die Politik", in: "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Nr. 11, September 1992.

bei Jugendlichen zu wachsender Zukunftsunsicherheit. Insofern müssen Gewerkschaften auch weiterhin den Kampf um den Ausbau und die Gestaltung des Sozialstaats als eine ihrer genuinen Aufgaben betrachten. Mit Ulrich Beck könnte man sagen: Der Fahrstuhl<sup>14</sup> fährt nicht mehr nach oben und es liegt auch an den Gewerkschaften seinen Absturz zu verhindern.

### Individualisierung versus Solidarisierung?

Die in den 80er Jahren aufgebrochene Diskussion um verstärkte Individualisierungstendenzen basierte auf der Annahme, daß als eine ihrer notwendigen Voraussetzungen die gesellschaftliche Absicherung der Lebensrisiken durch den Sozialstaat fungiere. Vor allem im Jugendbereich stehen Gewerkschaften also vor einer ambivalenten Erscheinung: Während es im Westen darum geht, den erreichten Individualisierungsgrad ursächlich argumentativ auf kollektive Kämpfe zurückzuführen, um bei "individualisierten"<sup>15</sup> Jugendlichen Solidarisierungsprozesse in Gang zu setzen und so eine breite Front gegen den Sozialabbau zu errichten, bietet sich im Osten ein ganz anderes Bild. Dort kann viel eher auf ein erfahrenes kollektives Schicksal Bezug genommen werden, nämlich die massenhafte Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Die möglichen emanzipativen Aspekte einer vom Kapitalverhältnis erzwungenen Individualisierung müssen hier erst allmählich ins Blickfeld gerückt werden<sup>16</sup>. Der in diesem Fall zu konstruierende Kollektivgedanke muß sich gleichzeitig vom Kollektivismus des Staatssozialismus und dem atomisierenden Privatismus abgrenzen. Diesen Spagat müssen Gewerkschaften lernen, denn: "Individuelle Freiheit und solidarische kollektive Sicherung sind nicht das Gegensatzpaar, zu dem die neokonservative Ideologie sie stempelt. Vielmehr bedingen sie einander"<sup>17</sup>.

Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich beim Problem der Wohnungsnot. Menschenwürdiges Wohnen ist ein wichtiges Moment für die

<sup>14</sup> "Die Besonderheit der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der 'Fahrstuhl-Effekt': die 'Klassengesellschaft' wird insgesamt eine Etage höher gefahren. Es gibt - bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten - ein kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum.", Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, S. 122, Hervorhebung im Original.

<sup>15</sup> Individualisierungsprozesse fassen wir hier in ihrer Ambivalenz, d.h. sowohl als karriereorientiertes Leistungsdenken wie auch als Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Chance der Entfaltung.

<sup>16</sup> Dies bedeutet nicht, daß in der DDR keine Formen von Individualisierung existierten. Nur: "In der DDR waren Enttraditionalisierung und Individualisierung nicht in erster Linie die Folge einer Flexibilisierung in den Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen, sondern Ergebnisse des Anpassungsdrucks und der Erosion sozialer Strukturen, die durch den zunehmenden Eingriff des Staates in die Lebensverhältnisse erzeugt wurden" (Wolfgang Kühnel, "Doppelte Identität zwischen offizieller Norm und eigener Erfahrung", in: Frankfurter Rundschau, 7.10.1991, S. 8).

<sup>17</sup> Jürgen Hoffmann u.a., "Jenseits der Beschulage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt", Köln 1990, S. 43.

Entfaltung von Individualität. Gerade hier offenbart sich das eklatante Versagen des Steuerungsmediums Markt, denn wenn überhaupt, ist Wohnraum nur über Makler oder "Beziehungen" zu finden. Dieses Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage schlägt sich bekanntlich auf die Preise nieder, mit der Folge, daß der überbewertete Wohnraum riesige Löcher ins Portemonnaie der ArbeitnehmerInnen frißt und die Zuwächse im Nettoeinkommen dem Mietwucher zum Opfer fallen. Da vorwiegend Jugendliche die Leidtragenden dieser Entwicklung sind, bietet sich dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften diese strukturelle Ineffizienz des Kapitalismus ausgezeichnet als übergreifendes, kräftebündelndes Thema an<sup>18</sup>.

Abgesehen von der Wohnungsnot spielt nach wie vor die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen eine entscheidende Rolle im Bewußtsein der Jugendlichen: "Interesse an Umweltfragen, Umweltbewußtsein ist (...) eines der Kennzeichen der heutigen Jugendlichen"<sup>19</sup>. Die anfängliche gewerkschaftliche Indifferenz diesem Thema gegenüber ist inzwischen der Einsicht in seine Relevanz gewichen. Eine Folge des verspäteten Einstiegs in die Ökologiediskussion ist allerdings, daß für viele Jugendliche die Gewerkschaften nicht der primäre Ansprechpartner in puncto Umweltschutz sind, obwohl ökologische Kompetenz von Haupt- und Ehrenamtlichen inzwischen durchaus akkumuliert wurde. Forderungen wie die, von der "Leanproduction zur Cleanproduction" (Steinkühler) überzugehen, weisen in die richtige Zukunft und lassen die in der Vergangenheit oft praktizierte Entgegensetzung von Arbeitsplätzen und Umweltschutz zurücktreten.

### Internationalisierung: Prüfstein für die Politikfähigkeit

Sicherlich haben die deutschen Gewerkschaften mit der Ökologiefrage auch deshalb so große Schwierigkeiten, weil ihr Denken allzu oft noch auf den Nationalstaat fixiert ist. Umweltschutzbelange jedoch, und nicht nur diese, sind nur im internationalen Rahmen einer strukturellen Lösung zuzuführen. Ulrich Becks Formel vom Smog, der keine Grenzen kennt, läßt sich auch auf ökonomische Zusammenhänge übertragen, denn auch der Kapitalfluß kennt keine Landesgrenzen. "Eine profitable Amortisation der riesigen Kapitalvorschüsse, die die Entwicklung und Anwendung der neuen Technologien erfordern (...), ist von vorneherein nur in globalen Marktdimensionen - und eben nicht in den engen Nachfragegrenzen nationaler Märkte - zu verwirklichen. (...) Für die Sprecher der internationalen Konzerne sind die 'Globalstrategien' zum selbstverständlichen Bezugspunkt für die Planung der Investition, von Forschung und Entwicklung, von Fusionen und Kooperationsabkommen und natürlich für das Marketing und den Ab-

<sup>18</sup> In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit der Revitalisierung der Kampagne "Einkommen zum Auskommen" offenbar, mit der auf die für die Führung eines eigenen Haushaltes unzureichende Auszubildendenvergütung hingewiesen werden muß.

<sup>19</sup> IBM-Jugendstudie 1992: "Die Selbstbewußte Jugend", Institut für empirische Psychologie (Hrsg.), Köln 1992, S. 56ff., hier insbesondere S. 59.

satz der Produkte geworden"<sup>20</sup>. Was haben die Gewerkschaften dieser internationalen Strategie des Kapitals entgegenzusetzen?

Zunächst ist es angesichts des europäischen Binnenmarktes unabdingbar, daß sie der entsolidarisierenden Wirkung internationaler Konkurrenz entgegenarbeiten, denn in den Augen ihrer Mitglieder (und eben auch der Jugendlichen) müssen sie sich im weltweiten Rahmen als *politikfähig* erweisen und den "Wurm des Nationalismus" (Lucio Lama) in sich abtöten. Ein erster Schritt dahin wäre die Ausweitung von Kontakten zur Gewerkschaftsjugend in anderen Ländern, wie es der DGB-Landesbezirk Hessen exemplarisch in Form eines europäischen Jugendtreffens im Sommer 1993 versuchen will<sup>21</sup>.

Für einen politischen Fehlgriff halten wir in diesem Zusammenhang Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer, der sich für eine deutsche Beteiligung an UNO-Blauhelmeinsätzen ausgesprochen hat. In Kreisen gewerkschaftlich engagierter Jugendlicher ist dieses Ansinnen zu Recht auf vehemente Ablehnung gestoßen. Wir möchten mit dem amerikanischen Politikwissenschaftler Norman Birnbaum behaupten, daß diese Form von "neuem deutschen Verantwortungsbewußtsein" auch international eher auf Ablehnung stößt. Er legt Wert auf die Feststellung, daß "die übrige Welt keineswegs ungeduldig darauf" wartet, "daß deutsche Soldaten an sämtlichen geopolitischen Krisenpunkten auftauchen. Die Forderung, die Deutschen sollten 'verantwortungsbewußt' sein und dies in Form militärischen Mitmachens an den Tag legen, wird im Ausland überhaupt nur von einer schmalen Elite erhoben; weite Teile der öffentlichen Weltmeinung stehen nicht dahinter"<sup>22</sup>.

Trotz aller berechtigter Kritik bilden große Teile der deutschen Gewerkschaften auch heute noch ein Forum für progressive politische Ansätze. Nur eines muß klar sein: Sie können nicht den Job der Parteien übernehmen. Die Krise des Systems politischer Repräsentation kann jedenfalls nicht nur durch eine Ausweitung gewerkschaftlicher Politik gelöst werden. Es muß aber erste Pflicht der ArbeitnehmerInnenorganisationen sein, nach außen hin glaubwürdig politisch zu agieren und sich gleichzeitig im Innern demokratisch umzugestalten. Hier ist der Ausgangspunkt für die

<sup>20</sup> Frank Deppe, "Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung", Marburg 1991, S. 78f.

<sup>21</sup> Desweiteren wäre neben europäischen Betriebsräten (vgl. Thorsten Schulten, "Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte in transnationalen Konzernen", Marburg 1992) auch über regelmäßige Treffen von Jugend- und Auszubildendenvertretungen im europäischen Rahmen nachzudenken.

<sup>22</sup> Norman Birnbaum, in: Die Zeit, 11/1991. Ebenso Werner Ruf in: Karl-Heinz Jungmann/Dieter Hooge/Gottfried Heil, "Dokumentation der internationalen Friedenskonferenz des Frankfurter Aufrufs zum Frieden am Golf", Münster/Hamburg 1992, S. 77: "Diese (volle Souveränität Deutschlands, d.A.) zu nutzen bedarf es aber keiner weltweit einsetzbaren Bundeswehr, und diese braucht auch nach Ende des Ost-West-Konfliktes keine neue Aufgabe. Laut Grundgesetz war, ist und soll diese bleiben: Die Verteidigung der Bundesrepublik an ihren Grenzen".

gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion anzusiedeln. Ihr Ziel ist eine Strategie- und Strukturreform, die angesichts der angerissenen neuen (und klassischen) Aufgaben und den gleichzeitig auftretenden Alterungserscheinungen (Vergreisungsgefahr, Delegationskultur und Organisationsstruktur der 50er und 60er Jahre) unumgänglich erscheint. Lorenz Schwegler, der Vorsitzende der HBV, bemerkte dazu treffend: "Wenn man sich überlegt, wie alle Organisationen, Einrichtungen, Unternehmen, Verbände und so weiter sich in der Zwischenzeit (seit dem zweiten Weltkrieg, d.A.) mehrfach gehäutet haben, sich mehrfach strukturell erneuert haben und wenn man demgegenüber die ungeheure Starrheit der Strukturen in unserer Organisation sieht, dann ist das schon ein Tatbestand, um Furcht und Schrecken zu entwickeln"<sup>23</sup>. Die Modernisierung birgt zwar allerhand Gefahren<sup>24</sup> in sich, ist aber gerade im Jugendbereich unumgänglich.

### Zusammenbruch der traditionellen Jugendarbeit

Bundesweit verzeichnen die Gewerkschaften einen Rückgang der Beteiligung an traditioneller Delegations- und Gremienkultur. Für die Jugendarbeit sei dies am Beispiel Hessens illustriert. "In den 16 hessischen DGB-Kreisen ist die althergebrachte Jugendarbeit, die sich streng an den gewerkschaftlichen Richtlinien orientiert, seit einigen Jahren nahezu vollständig weggebrochen"<sup>25</sup>. Kreisjugendausschüsse und Kreisjugendkonferenzen scheinen immer mehr Relikte der Vergangenheit zu sein. Die Wahrnehmung der Interessen von Jugendlichen innerhalb und gegenüber der Organisation geschieht auf DGB-Ebene nur noch sporadisch von jugendlichen "EinzelkämpferInnen" oder "Berufsjugendlichen" (Hauptamtliche). Die überbetriebliche Jugendarbeit der meisten Mitgliedsgewerkschaften bietet kaum ein besseres Bild. Nur dank der direkten betrieblichen Anbindung können Einzelgewerkschaften wie die IG Metall ihre Jugendarbeit aufrechterhalten, wenn auch in geringerem Umfang als früher.

Auf örtlicher Ebene entfalten Antifa- oder Frauenarbeitskreise oft eher Engagement. Hier gilt es anzusetzen. Projekt- und themenorientierte Arbeit (auf Zeit) scheint auf ein breiteres Interesse bei Jugendlichen aus den Betrieben zu stoßen. Aber auch SchülerInnen und StudentInnen<sup>26</sup> sind als

<sup>23</sup> Lorenz Schwegler, "Streckenwärter am Nebengleis?", in: Sozialismus 1/1992, S. 50.

<sup>24</sup> Zur Gefahr einer sozialpartnerschaftlichen Modernisierung mehr in: Matthias Seifert, "Diskursorganisationen Gewerkschaften?", in: Sozialismus 9/1992, S. 40ff.

<sup>25</sup> Ulrich Brinkmann/Matthias Seifert, a.a.O., S. 16.

<sup>26</sup> Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Engagements im Hochschulbereich ergibt sich v.a. - und das sieht inzwischen auch der DGB-Bundesvorstand ein (vgl. geschäftsführender Bundesvorstand, Umsetzung des Antrages 245 durch die Kommission "Gewerkschaftliche Organisation und Betreuung von StudentInnen", hier insbesondere Bestandsaufnahme zur Situation der Studierenden an den Hochschulen in der Bundesrepublik) - aus den enorm angewachsenen Studierendenzahlen, die die Zahl der BerufsanfängerInnen inzwischen überschreitet.

potentielles Klientel der Gewerkschaften auf diese Weise ansprechbar und mobilisierbar.

Ein Hauptmanko der Jugendarbeit in Hessen - und damit ist auch eine der Ursachen genannt - sind also die verkrusteten Strukturen. Sie können nur durch aktive Jugendliche aufgebrochen werden, die - so ein Vorschlag des Jugendforschers Klaus Dörre - über eine Öffnung der Gewerkschaften zur "Gesellschaft der Altersgleichen"<sup>27</sup> erreichbar sind. Innerhalb dieser Sphäre äußern sich "Ansprüche, Erwartungen, Ängste" Jugendlicher, die in symbolischer Form ausgetragen werden und (politische) Identität ausbilden helfen<sup>28</sup>. Politische Identität unter anderem deshalb, weil der "Gesellschaft der Altersgleichen" eine ideologische Funktion zukommt, die darin besteht, "die vorwaltenden Ideen und Wissensbestände nach Maßgabe der eigenen Altersinteressen zu reformulieren. Im Rahmen der Alterskultur wird etwa der Sinn einer bestimmten Institution neu bestimmt, wobei Handlungsprobleme und -erfahrungen mit der Institution die Uminterpretation anleiten"<sup>29</sup>. Erneut wird dadurch hervorgehoben, wie wichtig die alltäglich-konkreten Erfahrungen der Jugendlichen mit Gewerkschaften sind. Die Öffnung bewerkstelligen und positive Erfahrungen vermitteln, hieße dann z.B. verstärkte Zusammenarbeit mit Initiativen, Bewegungen und informellen Bündnissen. Ein Weg dahin wäre die Politik der "offenen DGB-Häuser" für alle, egal ob Mitglied oder nicht. Ein weiterer Ansatz wäre, wenn die Gewerkschaften es sich zur Aufgabe machen würden, die geringe Zahl der "alterseigenen Institutionen"<sup>30</sup>, eine Stütze der Alterskultur, zu erhöhen. In dieser Hinsicht wegweisend hat sich z.B. das Projekt "Kapito - Kultur im Keller" im DGB-Kreis Kassel erwiesen. Attraktive Jugendräume mit modernem Equipment, getragen von einem Berufsschulprojekt und einer Kleinkunst- und Kabarettinitiative im Gewerkschaftshaus (und bestehend aus GewerkschafterInnen) erlauben vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. So werden die Räume eben auch von verschiedenen nicht-gewerkschaftlichen Initiativen genutzt. Ein nicht zu verachtender Nebeneffekt ist zudem die hohe Identität der BetreiberInnen von "Kapito - KiK" mit ihren Projekten - ein für traditionelle Gremienarbeit schwerlich erreichbarer Zustand.

<sup>27</sup> Dieser Terminus wurde in der Shell-Jugendstudie von 1981 von Jürgen Zinnecker geprägt. Er versteht darunter eine "lebenslaufregulierende Institution", d.h. eine alltägliche kulturelle Ausdrucksweise der Altersgleichen, die für sie die Funktion einer "Selbsthilfeorganisation" in der Auseinandersetzung mit den Problemen und Aufgaben des Lebens hat, und die in "klarem Gegensatz zur historischen Tendenz, die Lebensläufe zu individualisieren", steht. Sie fungiert insofern als eine Art Auffangbecken für die verlorengegangene kollektive Identität (Jürgen Zinnecker, "Die Gesellschaft der Altersgleichen", in: Jugend '81. Lebentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Studie im Auftrag des Jugendwerkes der deutschen Shell, Band I, Hamburg 1981, S. 422ff.)

<sup>28</sup> Vgl. Klaus Dörre, "Kulturen und Subkulturen - Überlegungen zur Organisationskrise linker Jugendverbände", in: Lili 4/1991, S. 51.

<sup>29</sup> Jürgen Zinnecker, a.a.O., S. 424.

<sup>30</sup> a.a.O., S. 427.

Ähnliche Umbrüche und Neuorientierungen wie in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit stehen auch in der Jugendbildungsarbeit an. Vorhandene Leitfäden müssen dahingehend überarbeitet werden, daß nicht nur kollektives Handeln als "Wert an sich", sondern auch die "Ausweitung individueller Freiheiten und Selbstbestimmungsmöglichkeiten - ein zentrales Thema innerhalb der 'Gesellschaft der Altersgleichen'" behandelt wird<sup>31</sup>. Daneben gilt es, die mit den Veränderungen des Kapitalismus problematisch gewordene Vereinfachung des Interessengegensatzes, wie er oft in Jugendseminaren vermittelt wird, der Zeit anzupassen. Schließlich kann beispielsweise die Geschlechterfrage oder die "Freisetzung ökologischer Gefahren in globaler Dimension nicht monokausal auf Eigentums- und Besitzverhältnisse zurückgeführt werden"<sup>32</sup>. Eine ersatzlose Streichung des *Ökonomieteils* in Jugendseminaren soll hiermit keinesfalls propagiert werden, ohne Modernisierung aber ist auch in diesem Bereich (Stichwort "utopischer Überschuß") Zukunft nicht zu haben<sup>33</sup>.

Vordringlichste Aufgabe der ArbeitnehmerInnenorganisationen ist es, ausgehend von "erweiterten Lohnabhängigeninteressen" den Jugendlichen wieder konkrete, lebendige Erfahrungen mit Gewerkschaften zu vermitteln, d.h. zu beweisen, daß sie nicht das Wasser sind, welches das "Feuer" der Jugend löscht. Es muß einen "konkret erlebbaren Sinn ergeben, in der Gewerkschaft zu sein"<sup>34</sup> und dieser Sinn darf sich nicht (nur) in Lohnerhöhungen erschöpfen. Themen oder Ansatzpunkte dafür, dies haben die vorausgegangenen Seiten hoffentlich deutlich gemacht, sind durchaus vorhanden. Die Modernisierung der Strukturen und des "Images" sind dabei sowohl Bedingung als auch Folge florierender Jugendarbeit, die notwendige Glaubwürdigkeit ist für die Gewerkschaften nur durch eine *kämpferische* Politik herzustellen. Der Kampf um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen muß vom ideologischen Kampf (Stellungskrieg), insbesondere auch in den Massenmedien begleitet sein. So gehören GewerkschaftsvertreterInnen beispielsweise auch in die Talkshows. Inhaltliche Forderungen der ArbeitnehmerInnenvertretungen haben nicht nur ihren Platz in den eigenen Mitgliederzeitschriften, sie können und müssen in der erweiterten Öffentlichkeit diskutiert und verteidigt werden. Denn: Wer in ideologischen Auseinandersetzungen zu spät kommt, den bestraft das Leben.

<sup>31</sup> Klaus Dörre, "Jenseits 'Des' Interessengegensatzes? Überlegungen zur Neuorientierung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit mit jungen Lohnabhängigen", in: Dokumentation der Arbeitstagung Jugendbildungsarbeit vom 14./15. März 1992 der IG Metall in Soest, S. 13.

<sup>32</sup> a.a.O., S. 25.

<sup>33</sup> Eine Variante könnte sein, den typischen Jugend-I-Leitfaden um Elemente wie z.B. die Phantasiephase der Zukunftswerkstatt zu erweitern (vgl. R. Jungk/N. Müllert, "Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation", München 1991).

<sup>34</sup> Alexander Rager, a.a.O., S. 150.

# Sozialismus



Die Monatszeitschrift Sozialismus liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu:

★ Gewerkschaftsfragen im Forum (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

★ politisch-ökonomischen Entwicklungen national und international (es schreiben: Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn, Joachim Bischoff)

★ aktuellen politischen Diskussionen der Linken (es schreiben: Eric Hobsbawm, Christoph Butterwege, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

★ Internationalen Vorgängen und Ereignissen (es schreiben: Egon Bahr, Theodor Bergmann, Hansgeorg Conert)

Einzelheft: DM 7,50, Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

**Kostenloses Probeheft** bestellen bei:

Redaktion Sozialismus

Stresemannstr. 384a

W-2000 Hamburg 50

*Eric Hobsbawm*

## Von den Schwierigkeiten, den stürmischen Wandel der Welt zu erfassen

Zur Krise von Ideologie, Kultur und Zivilisation heute

Ich bin gebeten worden, über das Thema "Krise von Ideologie, Kultur und Zivilisation heute" zu sprechen - ein unermeßliches Thema und eines, das man nicht leicht begrenzen kann.<sup>1</sup> Aber nur wenige bezweifeln heute, daß eine solche Krise existiert, selbst wenn sie nicht in der Lage sind, genau zu sagen, worin sie überhaupt besteht. Ich möchte daher zunächst versuchen, die gegenwärtige Lage mit früheren Perioden zu vergleichen, und zwar früheren Perioden der Ära, die mit den großen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts begann, d.h. der Ära, in der die Menschen in einer materiellen Welt und in Gesellschaften leben, die einem unablässigen und unvorhersehbaren Wandel unterworfen sind. Alle Zeiten seit der französischen und den ersten industriellen Revolutionen sind in mancher Hinsicht, zumindest für diejenigen, die über die Gesellschaft nachdenken und schreiben, Zeiten der Krise gewesen, denn eine jede Generation ist mit Erfahrungen und Entwicklungen konfrontiert, für die es kein Vorbild gab und für die frühere Erfahrungen und Theorien, die darauf aufgebaut waren, keine Leitlinien bildeten - zumindest keine angemessenen Leitlinien. Und doch ist es auch richtig, daß in einigen Perioden der geschichtliche Wandel so stürmisch und so tiefgehend war, daß es ungewöhnlich schwierig war, damit zurecht zu kommen oder ihn gar zu erfassen, von Verstehen gar nicht zu reden. Wir durchleben jetzt einen solchen Moment und wir haben für die Periode der letzten ein oder zwei Generationen eine solche Zeit durchlebt. Ich denke dabei nicht nur an die dramatischen Ereignisse in der Weltpolitik, die vor unseren Augen in den letzten zwei oder drei Jahren stattgefunden haben - und ich benutze die Worte "vor unseren Augen" wörtlich, denn das moderne Fernsehnetzwerk hat es möglich gemacht... Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Möglichkeit entstanden, Zeit und Entfernung auf diese Weise auszuschalten.

### Weltweiter Umbruch

Die Ereignisse der Jahre, in denen wir leben, sind wirklich spektakulär gewesen und haben die Welt verändert - und sie waren auch unerwartet und nicht vorausgesehen. Aber der revolutionäre Charakter der Periode, die wir durchlebt haben und in der wir immer noch leben, reicht sehr viel

<sup>1</sup> Es handelt sich um einen Vortrag, der in dem Coloquio de Invierno in Mexiko im Februar 1992 gehalten worden ist. Der Text erschien in englischer Sprache in New Left Review Nr. 192, 1992. Überschrift und geringfügige Kürzungen von der Z-Redaktion.

weiter als die Veränderungen in der Weltpolitik, die es für Kartographen unmöglich machen, Atlanten vorzubereiten, die nicht innerhalb von ein paar Monaten schon wieder überholt sind. Noch niemals zuvor in der Geschichte ist das gewöhnliche menschliche Leben und die Gesellschaften, in denen es stattfindet, in einer so kurzen Zeit so radikal verändert worden, und zwar nicht nur innerhalb der Lebensdauer einer Generation, sondern innerhalb eines Teils dieses Zeitraums. Drei solche Veränderungen will ich jetzt betrachten.

Für den Großteil der Menschheitsgeschichte, über den Berichte vorliegen, haben die meisten Menschen vom Land und seinen Tieren gelebt. Das war auch noch zur Zeit des Zweiten Weltkriegs so, denn selbst in hochindustrialisierten Ländern wie den Vereinigten Staaten und Deutschland lebte damals immer noch ein Viertel der Bevölkerung vom Ackerbau. Aber für den größeren Teil der Erdoberfläche hörte dieser Zustand zwischen 1950 und 1975 auf. In Europa, in Nord- und in Südamerika und in dem westlichen Teil der islamischen Welt - tatsächlich überall außer dem kontinentalen Süd- und Ostasien und in Afrika südlich der Sahara - bildet die kleinbäuerliche Bevölkerung jetzt eine Minderheit. Dieser Prozeß geschah mit atemberaubender Geschwindigkeit. (...)

Die zweite Veränderung, die ich betrachten will, ist die Bildung von Gruppen von Intellektuellen als demographischer Massenerscheinung, für die es kein Vorbild gibt. Vor dem Zweiten Weltkrieg bildeten diejenigen, die höhere Bildung oder auch nur höhere Schulbildung genossen, selbst in den höchstentwickelten Ländern einen Bruchteil der Bevölkerung, den man vernachlässigen konnte. Die drei größten höchstentwickelten Länder mit dem höchsten Bildungsgrad, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, mit einer Gesamtbevölkerung von 150 Millionen Menschen hatten damals nicht mehr als 150.000 Universitäts-Studenten. In den 80er Jahren hatte allein Ecuador doppelt so viel. Die Länder, die auf dem Erziehungssektor besonders ehrgeizig waren, hatten um diese Zeit mehr als 2,5 % ihrer Gesamtbevölkerung (einschließlich der Greise und Kinder) in Institutionen des höheren Bildungswesens. Und dieser Zuwachs kam erneut einer Explosion gleich. Um nur Beispiele aus dem gutausgebildeten Europa zu bringen: Hier gibt es Beispiele der Verneunfachung der Studentenzahl (Spanien, Norwegen) innerhalb von 20 Jahren.

Die dritte Veränderung betrifft die Lage der Frauen. Ich möchte nur eine Zahl betrachten. Im Jahre 1940 gingen nur 14 % der verheirateten Frauen in den Vereinigten Staaten, die mit ihren Ehegatten zusammenlebten, bezahlter Arbeit nach. 1980 war das die Hälfte aller amerikanischen Ehefrauen. Wieder einmal hat sich dieser Prozentsatz zwischen 1950 und 1970 etwa verdoppelt. Ich brauche die Tatsache nicht zu unterstreichen, die vor 1950 undenkbar gewesen wäre - daß Frauen heutzutage als Premierminister oder gewählte Präsidenten nicht ungewöhnlich sind.

Ich könnte fortfahren, aber das ist nicht notwendig. Denn was ich bis jetzt dargestellt habe, reicht aus, um zu zeigen, daß die verschiedenen menschlichen Gesellschaften und die Beziehungen der Menschen in diesen Gesellschaften innerhalb der Lebenszeit einer Generation, die kaum ihr mittleres Lebensalter überschritten hat, eine Art wirtschaftliches, technisches und soziales Erdbeben durchlebt haben. Niemals in der Weltgeschichte hat es zuvor irgendetwas Vergleichbares gegeben, denn, wie ich gezeigt habe, sind das keine örtlichen oder regionalen Veränderungen, sondern globale - selbst wenn ihre spezifische Wirkung von einem Land zum andern unterschiedlich aussieht. Und es wäre ausgesprochen erstaunlich, wenn solche drastischen Veränderungen im materiellen Leben nicht auch Krisen in dem Bereich hervorrufen würden, den Marx den Bereich des ideologischen "Überbaus" genannt hat - in der Kultur und der Zivilisation.

Andererseits haben die Entwicklungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auch und unvermeidlich neue materielle Probleme hervorgebracht, die alle Gesellschaften und - insoweit als sie davon betroffen sind - alle Menschen zu lösen haben. Ich möchte nur drei davon nennen. Das erste Problem ist die außerordentliche demographische Explosion, die seit 1950 die Weltbevölkerung ungefähr um das Zweieinhalbfache hat wachsen lassen und die Bevölkerung in Lateinamerika um fast das Vierfache. Eine Welt von mehr als Sechstausend Millionen Menschen hat keinen Vorläufer. Das zweite Problem ist die wachsende Ungleichheit zwischen reichen und armen Ländern, die durch das überproportionale Bevölkerungswachstum in den armen Ländern noch verstärkt worden ist. Um die Sache einfach - zweifellos zu einfach - auszudrücken, kann man sagen, daß die wirtschaftlich entwickelten Länder der Nachkriegszeit, d.h. die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung umfaßten. Heute wohnen dort nicht mehr als 15 bis 20 % der Weltbevölkerung. Und der Graben zwischen dem Brutto-Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung zwischen den reichen und den armen Ländern hat sich in zunehmendem Ausmaß seit 1950 verbreitert. Ein Brutto-Sozialprodukt pro Kopf von über 18.000 Dollar weisen heute 26 Länder mit gerade etwas unter 15 % der Weltbevölkerung auf. Das ist ungefähr fünf mal so viel wie die entsprechende Kennziffer im Durchschnitt auf der ganzen Welt und 55 mal so viel wie das Pro-Kopf-Bruttosozial-Produkt bei den Dreitausend Millionen - etwas mehr als die Hälfte der Menschheit, die pro Kopf etwa 330 Dollar zur Verfügung haben. Ein offensichtliches Ergebnis dieses weltweiten Ungleichgewichts, für das es kein Vorbild gibt, ist die dramatische Migrationswelle von den armen Ländern in die reichen Länder, die im Augenblick stattfindet, insoweit als Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den reichen Ländern keine Grenzschränken dagegen errichten. Aber wie lange kann diese Situation anhalten? Eine Welt, in der eine solch unglaubliche und wachsende Ungleichheit herrscht, kann nicht lange stabil bleiben.

Der dritte Punkt ist die inzwischen allbekannte Gruppe ökologischer Probleme. Aufgrund der außerordentlichen Triumphe von Wissenschaft und Produktionstechnik sind wir zum ersten Mal in der Geschichte in einer Lage, die es uns ermöglicht, unseren Planeten unbewohnbar zu machen. (...)

### Eine allgemeine Krise

Die Entwicklungen, auf die ich kurz hingewiesen habe, reichen durchaus aus, um zu erklären, warum wir uns heute in einer "Krise der Ideologie, Kultur und Zivilisation" befinden, ganz abgesehen von den noch näheren ökonomischen und politischen Dramen, die vor unseren Augen aufgeführt werden und in denen wir tatsächlich selbst auch kleinere Statistenrollen spielen. Denn, zumindest in der Gegend der westlichen Zivilisation und Wirtschaftsentwicklung, passen scheinbar weder frühere Erfahrungen noch die Ideologien und Theorien, die wir aus der vorindustriellen Vergangenheit erbt oder seit dem 18. Jahrhundert entwickelt haben, auf die Lage im letzten Viertel unseres Jahrhunderts.

Was ich sage ist, daß die Krise, in der wir uns befinden, nicht dieses oder jenes wirtschaftliche oder politische oder ideologische System betrifft, sondern eine allgemeine Krise ist. Es ist z.B. sowohl eine Krise der älteren und neueren traditionellen westlichen Religionen als auch eine der Ideologien, die aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts stammen, und dazu gehören sowohl der Liberalismus wie der Sozialismus und deren unterschiedliche Varianten. Um ein offensichtliches Beispiel anzuführen: Die römisch-katholische Kirche hat Schwierigkeiten in der Rekrutierung von Priestern und in der Erhebung von ausreichenden Mitteln von ihren Gläubigen und, zumindest in Europa, weigern sich sogar ihre loyalsten Mitglieder in den traditionellsten Hochburgen, ihre Anweisungen zu befolgen. Die italienischen Frauen stimmen für Geburtenkontrolle und die Einführung der Ehescheidung und ihre Männer, nach der "Financial Times", einer neutralen Beobachterin in diesen Fragen, bilden in Europa den bei weitem größten Markt für Präservative. Die Krise der traditionellen Kirchen und der Aufstieg fundamentalistischer oder dissidentischer Sekten, wie wir ihn in Latein-Amerika beobachten können, ist nicht mein Thema. Ich verweise hier nur deswegen darauf, weil es wichtig ist wahrzunehmen, daß am unmittelbaren Vorabend des zweiten Jahrtausends auf die eine oder die andere Weise der Boden unter den Füßen von *jedermann* zu schwanken beginnt, zumindest in großen Teilen der Welt, Latein-Amerika eingeschlossen. Welche Rolle auch immer wir in unserem Drama spielen, es wird in einem Theater aufgeführt, das uns nicht vertraut ist, auf einer Bühne, die wir nicht ganz erkennen können, und inmitten unvorhersagbarer, unerwarteter, ungenügend verständlicher Szenenwechsel.

Auch noch in einem anderen und etwas spezifischeren Sinn ist die gegenwärtige Krise weltumfassend und allgemein: Ich meine in dem streng wirt-

schäftlichen und politischen Sinn. Der westliche Kommunismus (aber bislang noch nicht - darauf sollte man hinweisen - der asiatische Kommunismus) ist plötzlich und völlig zusammengebrochen. Das hat Journalisten, Politiker und Ideologen dazu geführt, Nullsummenspiele zu spielen. Wenn der Kommunismus verloren hat, dann muß sein Gegenspieler, der Kapitalismus, gewonnen haben. Wenn sozialistische Wirtschaften zusammengebrochen sind, dann muß ihr einfaches Gegenteil, der Liberalismus des freien Marktes, triumphiert haben. Aber offensichtlich ist das kein angemessenes Bild der Weltwirtschaft in den frühen neunziger Jahren. Wenn Historiker vom nächsten Jahrtausend, das nicht mehr so weit weg ist, auf unser halbes Jahrhundert zurückblicken, werden sie, glaube ich, sicherlich kommunistische Systeme, die aus der Oktoberrevolution entsprangen, sehen, die seit Ende der fünfziger Jahre Zeichen wachsender Unterlegenheit zeigten gegenüber den westlichen Marktwirtschaften. Von den 70er Jahren an zeigten sie Anzeichen eines Zusammenbruchs. Jedoch werden sie auch einen Weltkapitalismus sehen, der nach einem Vierteljahrhundert außerordentlicher und unvorhergesagter Expansion in eine erneute Ära der Krise in den Siebzigern geraten ist. Daraus ist er bis jetzt noch nicht aufgetaucht. Während seines kurzen "goldenen Zeitalters", 1950 - 1973, schien es, als ob der Kapitalismus das Unmögliche erreichen könne. Es gelang ihm, Arbeitslosigkeit, ökonomische Rezessionen und in den entwickelten Ländern ernsthafte Armut so gut wie zu beseitigen. Er erfreute sich eines ungebrochenen und wachsenden Wirtschaftswachstums selbst in den eher stagnierenden Ländern und er vermittelte den arbeitenden Klassen die Erwartung und die Wirklichkeit ständiger materieller Verbesserungen. Aber von den frühen 70er Jahren an war das zu Ende. Der Kapitalismus hat wieder Massenarbeitslosigkeit, Armut und sogar Hunger und Obdachlosigkeit inmitten des Wohlstands selbst in den sehr reichen Ländern. Er kennt stagnierende oder sogar zurückgehende Einkommen und ernsthafte Depressionen. Zweifellos sind das bei den reichen und fortgeschrittenen Marktwirtschaften verhältnismäßig milde Rückschritte, aber was den Ruinen der östlichen sozialistischen Wirtschaften gegenübertritt, ist kein triumphierender Kapitalismus, sondern eine kapitalistische Weltwirtschaft in Schwierigkeiten und im Bewußtsein, daß sie in Schwierigkeiten ist. Man hört sogar Vergleiche mit den 30er Jahren. Man betrachte nur eine neuere Umfrage aus Süd-Florida in den Vereinigten Staaten von Amerika: 29 % der Befragten hatten Familienmitglieder, die arbeitslos waren und 34 % hatten Familienmitglieder ohne Beschäftigung. Nicht weniger als 73 % erwarteten, daß sich die Lebensqualität in der nächsten Generation verschlechtern würde.<sup>2</sup> Was die Entwicklungsländer angeht, wieder mit der regionalen Ausnahme von Ost-Asien, waren die 70er und stärker die 80er Jahre eine Zeit des Elends, was man in Latein-Amerika und Afrika niemandem noch eigens mitteilen muß. Tatsächlich ist die Wirkung der 80er

<sup>2</sup> Miami Herald, 9. Februar 1992.

Jahre in Brasilien und Peru schlimmer als die der Rezession der 30er Jahre.

Kurz gesagt: Der letzte Teil des zwanzigsten Jahrhunderts wird in geschichtlicher Perspektive als eine der wiederholten Krisenperioden im Wachstum der Weltwirtschaft erscheinen. Eine Krisenperiode, in der alle Teile und Regionen der Erde erschüttert worden sind, obwohl es jedes Land sehr unterschiedlich getroffen hat. Solche Perioden sind den Historikern unter dem Namen der "Kondratieffschen Langen Wellen" bekannt, obwohl es unter den Gelehrten absolut keine Übereinstimmung darüber gibt, was sie eigentlich darstellen, noch, ob sie überhaupt existieren. In der Vergangenheit waren solche Perioden oder zumindest die Abwärtsbewegungen der "Langen Wellen" immer mit größeren Verschiebungen und Umbauten der Weltwirtschaft verbunden, und, wie ich hinzufügen möchte, "Krisen der Ideologie, Kultur und Zivilisation". Zufällig gab es eine solche Kondratieffsche Lange Welle genau ein Jahrhundert vor unserer gegenwärtigen. Die Aufwärtsbewegung wird gewöhnlich von 1851 bis 1873 datiert, der Niedergang von 1873 bis 1896. Wenn man daraus irgendwelche Schlüsse ziehen könnte, würde die Weltwirtschaft in der Mitte der 90er Jahre zu einer Wachstumsperiode mit geringeren Turbulenzen zurückfinden, obwohl sie mit Sicherheit nicht zu dem unproblematischen "Goldenen Zeitalter" der 50er und 60er Jahren zurückkehren wird. Mit Sicherheit war das dramatischste Resultat dieser Krisenzeit die Zerstörung der westlichen kommunistischen wirtschaftlichen und politischen Systeme, aber man kann dies nicht von der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Ende des "Goldenen Zeitalters" trennen, und sei es auch nur deswegen, weil der wirtschaftliche Zusammenbruch des westlichen Kommunismus zu einem großen Teil sich aus der wachsenden Integration dieser Systeme in die Weltwirtschaft, mit deren Ungewissheiten und Fluktuationen sie in überhaupt keiner Weise fertig werden konnten, ergab.

Schwarz-weiß zu zeichnen in Gestalt einfacher Gegensätze, ist in der Politik gleichermaßen verführerisch wie irreführend. Nichts ist anscheinend einfacher als die Gegenüberstellung von Tyrannei und Freiheit, von Totalitarismus und Demokratie und die Identifikation des einen mit dem Kommunismus (der besiegt worden ist) und des anderen mit der freien Marktwirtschaft (die triumphiert hat). Die letzte Gleichung wird dauernd durch die Sprecher der Regierung in Washington gemacht, die den Grad an Demokratie in den Ländern der früheren Sowjetunion an dem Maßstab, in dem eine Marktwirtschaft in dieser Region funktioniert, messen. Gegen diese Art von theologischem Argument kann man inzwischen Herrn Francis Fukuyama selbst ins Feld führen, den Urheber dieser berühmten These, von der er sich nun wie ein Tintenfisch inmitten von Wolken seiner eigenen Tinte zurückziehen scheint. Es war die These, daß das Ende des Kommunismus das "Ende der Geschichte" sei, weil es zum endgültigen weltweiten Triumph der liberalen Demokratie geführt habe. In seinem neuen Buch bemerkt Fukuyama inzwischen mit Bedauern,

daß es sehr viele "marktorientierte" autoritäre Staaten gibt. Und daß diese unter dem Gesichtspunkt ökonomischen Wachstums sehr viel besser funktionieren als demokratische Staaten. Der Grund dafür liegt darin, daß "autoritäre Regimes grundsätzlich besser dazu fähig sind, wahrhaft liberale wirtschaftspolitische Prinzipien zu verfolgen, die von Umverteilungszielen, die das Wachstum behindern, unverfälscht sind".<sup>3</sup> Aber das nur nebenbei. Ich kehre zu der allgemeineren Fragestellung zurück.

Es ist völlig richtig, daß es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Staaten, die es ihren Bürgern verbieten, ins Ausland zu reisen, und solchen, die es nicht tun, gibt; zwischen Staaten, die nur die Verbreitung von offiziell definierten Wahrheiten, offiziell bestätigten Fakten und offiziell autorisierten Schriften erlauben, und solchen, die das nicht tun. Und dennoch ist der Liberalismus, der eine solche individuelle Freiheit garantiert, noch keineswegs Demokratie, obwohl wir Demokratien, die dieses Merkmal haben, vorziehen müssen. Die Habsburger Monarchie in Österreich war erstaunlich liberal - im Gegensatz zum kaiserlichen Deutschland erlaubte sie Sozialisten sogar, Universitätsprofessor zu werden - aber sie war keine Demokratie. Die irische Republik hat eine zusammenhängende und weniger gebrochene Geschichte als Demokratie seit 1922 als die meisten anderen Staaten in der Welt. Aber für lange Perioden war sie kein liberaler Staat, wenn man allein die Tatsache nimmt, daß sie von der Verfassung auf die Werte der römisch-katholischen Kirche verpflichtet war. Darüber hinaus ist der Ausdruck "Demokratie" selbst nicht immer sehr hilfreich, um die Natur von Staaten zu bestimmen. Schließlich beanspruchten zur Zeit des Kalten Krieges sowohl die Vereinigten Staaten wie die sogenannten "Volksdemokratien" demokratisch zu sein; sogar die demokratische Volksrepublik von Korea stellte diesen Anspruch. Es ist wahr, daß ein Land wie die Deutsche Demokratische Republik nicht demokratisch in irgendeinem realistischen Sinn des Wortes war. Und selbst, wenn wir Demokratie in der liberal-demokratischen Art definieren, wie es heute fast allgemein getan wird, sagt das nicht sehr viel. Staaten, wo die zentralen Behörden aufgrund allgemeinen Wahlrechts gewählt werden, wo Kandidaten eine Anzahl rivalisierender Parteien vertreten, schließen heute die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan ebenso wie, ich glaube, alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Albanien und Israel, Papua-Neuguinea und Paraguay ein und schließlich auch Mexiko. Daß es repräsentative Versammlungen und gewählte Regierungen gibt, manchmal sogar auf ehrliche Weise gewählte Präsidenten, ist sicher wichtig. Aber es macht das postkommunistische Aserbaidschan nicht wie Großbritannien und Japan, nicht so wie Schweden. Außerdem sagt es uns an sich noch gar nichts über die Überlebensperspektiven solcher demokratischer Systeme. 1919 waren außer Sowjetrußland alle zwölf Nachfolgestaaten des deutschen, des österreichisch-ungarischen und des russischen Reiches liberale Demokratien. 15

<sup>3</sup> Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*. London 1992, S. 124.

Jahre später galt das nur noch für die Tschechoslowakei und Finnland. Wenn man die Welt so betrachtet, als gäbe es nur die Wahl zwischen zwei, und nur zwei, politischen Alternativen, so ist das nicht sehr erhellend.

## Die Schranken des Kapitalismus

Das gilt genauso für die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus, die gegenwärtig stattfindet; oder genauer gesagt, gilt dies auch für die langen und verzweifelten Rückzugsgefechte der intellektuellen und politischen Linken gegenüber dem Vormarsch der kapitalistischen liberalen Ideologie auf politischem und wirtschaftlichem Feld in den letzten zwei Jahrzehnten. Es ist eine Auseinandersetzung innerhalb der gleichen Familie der, wie George Bernhard Shaw sie nannte, "großen sentimentalischen Wahrheiten" von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; von Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück. Es ist eine Auseinandersetzung, die von beiden Seiten mit den falschen Begriffen geführt wird; aber, wenn man so sagen kann, sind die Begriffe der einen Seite noch falscher als die der anderen.

Die Sozialisten aller Strömungen glauben nicht länger an die Möglichkeit einer Wirtschaft, die völlig ohne Markt auskommt und an die Wünschbarkeit und Durchführbarkeit einer zentral geplanten Staatswirtschaft, wie sie sich in der UdSSR entwickelt hatte. Manche haben niemals daran geglaubt, aber selbst diejenigen, die einmal daran glaubten, glauben nicht länger daran. Seit den 50er Jahren haben alle kommunistischen Staaten versucht, eine größere Flexibilität in ihre Planwirtschaften zu bringen, wesentlich dadurch, daß sie Marktelemente eingeführt haben. Das Problem war nicht, daß sie an einem ökonomischen Stalinismus festhalten wollten, sondern daß sie nicht wußten, wie sie daraus ausbrechen sollten. Natürlich verneine ich nicht, daß Sozialisten in vergangenen Zeiten, Marx eingeschlossen, von einer kommunistischen Gesellschaft völlig ohne jeden Markt, vielleicht sogar ohne Geld träumten; sie taten das in der Tat, aber diese Utopie kann man nicht länger aufrechterhalten und niemand tut das.

Andererseits dominiert in großen Teilen der Welt der umgekehrte Glaube, daß die völlig unkontrollierte freie Marktwirtschaft das Problem der Allokation von Ressourcen lösen könnte und dies auf optimale Weise tun würde, obwohl dieses Dogma theoretisch bizarr ist und praktisch allen Erfahrungen widerspricht. Was gegenwärtig in Rußland und in anderen Teilen der früher kommunistischen Weltregion geschieht, ist die plötzliche Durchsetzung einer theologischen Lehrmeinung, die genauso unrealistisch ist, wie es der Versuch war, den Sozialismus durch zentrales Kommando in einem einzigen Lande aufzubauen. Die Folgen waren und sind katastrophal. Die östlichen Wirtschaften brauchten wirklich grundlegende Reformen, aber die Ergebnisse dessen, daß man sie von einem Tag auf den nächsten in den freien Markt hineinwarf, reichen vom Tragischen bis zum Fatalen. Mehr noch, das war genau das, was man auch erwarten

mußte. Was die Politik des wirtschaftlichen Neoliberalismus zumindest für Leute meiner Generation so völlig unverständlich macht, ist, daß genau diese Politik in den dreißiger Jahren ihre Unfähigkeit bewiesen hat mit der großen internationalen Depression, die nach der Meinung der meisten Leute ihr eigenes Resultat war, fertig zu werden. Die Reform des Weltkapitalismus unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg war insbesondere auf der Ablehnung dieser Art von Theologie der freien Marktwirtschaft erfolgt - d.h. auf der Grundlage der Annahme einer gemischten Wirtschaft aus öffentlichem und privatem Sektor, aus marktgesteuerter und geplanter Wirtschaft. Carlos Fuentes hat das so formuliert: Es war ein "Kapitalismus, der der Kritik des Sozialismus ausgesetzt war und davon gelernt hat". Das Feindobjekt der Ideologen der Ära Reagan und Thatcher ist nicht nur Marx, sondern auch Keynes und F. D. Roosevelt - d.h. der einzigen Leute, deren Politik das einzige wahrhaft goldene Zeitalter des westlichen Kapitalismus begründet hat.

Es ist ganz verständlich, daß es irgendeine Art von Gegenbewegung gegen diese Politik geben würde, als in den 70er Jahren deutlich wurde, daß selbst der erfolgreichste Kapitalismus nicht auf Dauer die Systemwidersprüche glätten könnte. Es war ganz natürlich, daß in dem Augenblick, als der Weltboom endete, die Kosten unbeschränkter Wohlfahrtsysteme, der Bürokratie, ineffizienten Managements, öffentlicher Unternehmungen und andere solche Ausgaben besser unter Kontrolle gebracht werden sollten. Aber das rechtfertigt auf keine rationale Art und Weise die Rückkehr zu einer Ideologie - und in den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu einer Politik - eines unkontrollierten wirtschaftlichen Liberalismus, der schon längst seine Glaubwürdigkeit verloren hat. Tatsächlich ist die modische Begeisterung für diese Ideologie jetzt in den zentralen Ländern des entwickelten Kapitalismus auf einem heftigen Rückzug begriffen, obwohl sie für Entwicklungsländer und exsozialistische Länder immer noch weiter empfohlen wird.

Wenn man von theologischem Disput und theologischer Propaganda absieht, ist die Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Sozialisten heute deshalb nicht die zwischen dem unkontrollierten Markt und dem alles kontrollierenden Staat. Es geht nicht für oder gegen wirtschaftliche Planung, die in kapitalistischen ebenso wie in sozialistischen Wirtschaften existiert - kein großer Konzern könnte ohne eine solche Planung existieren - und nicht für oder gegen Unternehmen im öffentlichen Eigentum und unter öffentlicher Verwaltung, die selbst Marktliberale grundsätzlich immer akzeptiert haben. Es geht um die Schranken des Kapitalismus, die Schranken des von öffentlichem Handeln unkontrollierten Markts. Um es anders auszudrücken, es geht um die Ziele öffentlicher Politik oder, wenn man diesen Ausdruck vorzieht, um die notwendigen Prioritäten öffentlichen Handelns. Sozialisten akzeptieren nicht die Ansicht von Adam Smith, daß die Verfolgung des Eigeninteresses durch jedermann gesellschaftsoptimale Ergebnisse hervorbringen wird und sie können diese Ansicht nicht akzep-

tieren, selbst wenn sie anerkennen, daß dies den materiellen Wohlstand der Nationen auf das höchste steigern mag - was es nur unter sehr besonderen Umständen tut. Sie können nicht daran glauben, daß gesellschaftliche Gerechtigkeit einfach durch die Wirkungsgesetze der Kapitalakkumulation und des Marktes erreicht wird. Und sie stimmen mit Vilfredo Pareto überein, daß eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Moral keinen Ort haben, nicht überleben kann. In dieser Hinsicht stehen sie natürlich nicht in Gegensatz zu *allen* Liberalen, sondern nur im Gegensatz zu den gegenwärtig dominierenden neoliberalen Puristen wie etwa dem vor kurzem verstorbenen Friedrich von Hayek. Sie teilen diese Ansicht auch mit den dominierenden christlichen-sozialen Vorkämpfern einer "sozialen Marktwirtschaft", deren Einfluß in der Europäischen Gemeinschaft überwiegt.

### Sozialismus oder Barbarei?

Jedoch, wenn man einmal ganz davon absieht, daß Unterschiede in der Vorstellung darüber bestehen, was eine gerechte und freie Gesellschaft ausmacht, unterscheiden sich Sozialisten von keynesianischen Liberalen und christlich-demokratischen sozialen Marktwirtschaftlern in einer wichtigen Hinsicht. Sie glauben einfach nicht, daß die zugegebenermaßen antisozialen Konsequenzen eines ungehinderten Kapitalismus der freien Marktwirtschaft durch öffentliches Handeln und Politik gemildert oder vielleicht gar ungefährlich gemacht werden können, sondern daß das System aufgrund seiner inneren Natur weiter und weiter "innere Widersprüche" - um den marxistischen Ausdruck zu gebrauchen - hervorbringt, die es nicht überwinden kann. Daraus ergibt sich in der Praxis ebenso wie in der Theorie, daß das soziale Management mehr sein muß als eine - wie die britischen Keynesianer sagen - "Feinabstimmung" eines Motorfahrzeugs, das im Grunde gut genug läuft, um die Menschheit, wo immer sie auch hinwill, hinzubringen. Das Fahrzeug läuft nicht gut. Wenn wir von der Annahme ausgehen, daß die Entwicklung des Weltkapitalismus Probleme schafft, die durch solche Detailverbesserungen nicht beseitigt werden, weil sie aufgrund des Wesens dieses Systems hervorgebracht werden, dann wäre eine weit systematischere und andauerndere Kontrolle der freien Verfolgung von Privatinteressen notwendig, als selbst Reformliberale oder Anhänger der sozialen Marktwirtschaft sich vorstellen.

Im Grundsatz wird das von gemäßigt-liberalen Ökonomen mit Hilfe des Begriffs der externen Bedingungen und Effekte anerkannt: Nämlich der Effekte der Welt auf das Individuum. Externe Bedingungen und Effekte werden von den neoklassischen Ökonomen vom Gesichtspunkt der individuellen Person oder der individuellen Gesellschaft gesehen, nämlich als das Ergebnis von Vorgängen außerhalb ihrer, über die man keine Herrschaft besitzt; z.B. kann die Eröffnung einer Autobahn den möglichen Profit aus Grundbesitz, der in der Nähe ihrer Ausfahrten liegt, in starkem

Maße steigern und den Wiederverkaufsverwert von Eigenheimen, die in der Nähe ihres Verkehrsflusses liegen, in starkem Maße senken. Aber für Nicht-Ökonomen sind solche externen Bedingungen und Effekte natürlich nicht einfach etwas, das die individuellen Kosten oder den individuellen Nutzen beeinflusst. Sie sind das, woraus die Welt besteht. Die Stadt Mexiko, in der wir zu atmen versuchen, ist genau die Masse von externen Bedingungen und Effekten, die diese Stadt konstituieren. Tatsächlich ist die Umweltfrage heute das vertrauteste Beispiel negativer externer Bedingungen und Effekte, genauso wie die Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie z.B. Bildung, sozialer Dienste und anderer Arten der Infrastruktur durch den Staat das vertrauteste Beispiel positiver externer Bedingungen und Effekte darstellen.

Wo es nun solcherart externe Bedingungen und Effekte gibt - d.h. praktisch überall - besteht ihre allgemeine Wirkung (und ich zitiere hier Paul Samuelson) darin, daß "freie Preisbildung nicht optimal ist, wobei dadurch erst einmal ein Fall für öffentliche Interventionsmaßnahmen induziert wird". In allen solchen Fällen (ich zitiere erneut diese Säule der liberalen Ökonomie) "kann man ein gutes Argument für den Ersatz des völligen Individualismus durch irgend eine Art von Gruppenhandeln entwickeln".<sup>4</sup> Setzen wir einmal voraus, daß die Umweltprobleme, die durch das ungesteuerte Wachstum der Weltwirtschaft seit den 50er Jahren entstanden sind, so schwerwiegend sind, daß sie diesen Planeten und seine Bewohner innerhalb der Spanne der Lebenszeit einer jüngeren Person in ernsthafte Gefahr bringen. In diesem Fall kann eine drastische Einmischung in die Freiheit der Produzenten und Konsumenten rational notwendig sein, um eine Katastrophe zu vermeiden. Wenn es insgesamt praktikierbar wäre, wäre eine solche Einmischung nicht nur in liberal-demokratischen Systemen politisch schwierig, sondern man müßte das Ziel eines maximalen Wirtschaftswachstums durch das Ziel eines "tragbaren Wachstums" ersetzen; und es ist bei weitem nicht klar, ob die auf Privatunternehmen beruhende Wirtschaft, die durch das Konzept von maximalem Wachstum funktioniert, in irgendeiner anderen Weise funktionieren könnte.

Kurz gesagt: Der Gegensatz zwischen Liberalen und Sozialisten besteht heute nicht in Bezug auf den Sozialismus, sondern in Bezug auf den Kapitalismus. Beide stimmen darin mit zu vernachlässigenden Ausnahmen überein, daß der Sozialismus der Regimes von sowjetischem Typ tyrannisch war, nicht funktionierte und abzulehnen ist. Ob man dieses System jemals hätte Sozialismus nennen sollen, ist eine Frage, die Sozialisten diskutieren, die uns hier nicht beschäftigen soll. Sozialisten und Liberale (mit der Ausnahme von neo-liberalen Theologen) akzeptieren grundsätzlich eine gemischte Wirtschaft. Viele Sozialisten - vor allem in sozial-demokratischen Ländern, die der Theorie nach dem Sozialismus verschrieben sind,

<sup>4</sup> Paul Samuelson: *The Economist*, New York 1976, S. 477 - 478.

fragen sich, ob es tatsächlich eine Grenzlinie gibt, die nichtsozialistische gemischte Wirtschaften von sozialistischen unterscheidet, und wenn es eine solche gibt, wo man sie zu ziehen hat und was die Gesellschaften auf der sozialistischen Seite von denen auf der nichtsozialistischen Seite unterscheidet. Das ist, zumindest im Augenblick, eine äußerst akademische Frage, die ich auch außer Acht lassen kann. Jedoch glauben die meisten Liberalen, daß der Motor der kapitalistischen Entwicklung grundsätzlich in Ordnung ist und nur ein bescheidenes Maß an Kontrolle und Eingriff benötigt, auch wenn manchmal eine systematische Überholung und Reparatur erforderlich ist, wie nach der großen Depression und nach dem zweiten Weltkrieg. Die moderne Welt, so wird angenommen, kann unter den Bedingungen eines Kapitalismus einigermaßen freier und demokratischer Gesellschaften funktionieren.

Genau das ist die Frage. Die Probleme eines Erdkreises, der heute durch das reine exponentielle Wachstum der Produktion und der Umweltverschmutzung unbewohnbar gemacht werden kann, die Probleme einer Welt, die geteilt ist in eine Minderheit sehr reicher Staaten und eine große Mehrheit von armen, können auf diese Weise nicht gelöst werden. Es sieht nicht einmal so aus, als ob sie im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ohne eine systematische und geplante Aktion von Regierungen innerhalb der Staaten und auf internationaler Ebene und ohne einen Angriff auf die beherrschenden Festungen einer Konsum-Marktwirtschaft gelöst werden können. Die Welt kommt nicht einfach von selbst in Ordnung. Daran müssen die Sozialisten die Liberalen erinnern. Wenn eine solche öffentliche Handeln und eine solche öffentliche Planung nicht von Menschen in die Wege geleitet wird, die an die Werte von Freiheit, Vernunft und Zivilisation glauben, dann wird es von Menschen in die Wege geleitet werden, die daran nicht glauben. Weil es von irgendjemandem in die Wege geleitet werden muß. Leider ist es höchst wahrscheinlich, daß diese Aufgabe durch dieses höchst gefährliche Phänomen unseres Fin de Siècle in Angriff genommen wird: Rechtsgerichtete, demagogische, fremdenfeindliche, nationalistische Regimes, die gegenüber dem Liberalismus wie dem Sozialismus gleichermaßen feindlich eingestellt sind, weil beide die Werte der Vernunft, des Fortschritts und des Zeitalters der großen Revolutionen verkörpern. Das ist die Gefahr. Rosa Luxemburg hat uns warnend darauf hingewiesen, daß die wirkliche Alternative der Geschichte des 20. Jahrhunderts Sozialismus oder Barbarei ist. Wir haben keinen Sozialismus: Seien wir wachsam gegenüber dem Aufstieg der Barbarei, besonders einer Barbarei, die mit der höchstentwickelten Technik verbunden ist.

(Übersetzung: J.H. von Heiseler)

Joachim Bischoff

## Von der Verselbständigung zur Plünderung des Gesellschaftseigentums

Die Beschreibungen über die aktuellen Entwicklungstendenzen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind eindeutig: "Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat in Rußland ein wirtschaftliches Chaos sondergleichen ausgelöst, in dem sich die Korrupten und die Cleveren ohne Skrupel bereichern. ... Ein Welle von Korruption, Gesetzlosigkeit und Verbrechen überschwemmt das Land ... Seit nicht mehr zentral fakturiert wird, ist dem Staat die Kontrolle über das Rechnungswesen völlig entglitten ... Die Korruption fördert die generelle moralische Apathie, und eine ihrer bedauerlichsten Folgen ist die heute weit verbreitete Verachtung produktiver Arbeit ... Handel ist heute in Rußland alles; manueller Arbeit gilt eine unglaubliche Geringschätzung<sup>1</sup> - so der wohl repräsentative Eindruck eines Besuchers in Moskau zu Beginn des Jahres 1993.

Man muß nicht Marxist sein, um zu wissen, daß die Bevölkerung eines Landes nicht dauerhaft allein von Diebstahl und Handel leben kann. Am Ende des historisch einzigartigen Zerfallsprozesses muß die gesellschaftliche Reorganisation produktiver Arbeit stehen. Es ist zur Zeit keineswegs ausgemacht, daß in Rußland diese Reorganisation klappt und daß sie dann in kapitalistischen Formen erfolgt.

Die Zeit der wilden Träume ist auch in den osteuropäischen Gesellschaften vorbei. In die Enttäuschung über die ausbleibenden Gratifikationen, die von den meisten Politikern als rasche Folge des Transformationsprozesses versprochen wurden, mischt sich vielfach eine Sehnsucht nach den überschaubaren und vertrauten Verhältnissen der realsozialistischen Stagnationsperiode. Ende 1992 beurteilte über die Hälfte der Bevölkerung Rußlands die Stagnationsperiode unter Breschnew rückblickend positiv. Die Freude über die weitgehend gewaltfreie Beseitigung eines autoritären Staatsregimes ist nach kurzer Zeit bereits verfliegen und einer zunehmend tieferen Skepsis über die eingeleiteten Reformprozesse gewichen.

Die Politik der Perestroika nach 1985 zielte auf eine Erneuerung der sozialistischen Entwicklung. Spätestens mit den politischen Wirren im August 1991 war für die Sowjetunion und die osteuropäischen Nachbarstaaten klar, daß Gorbatschows Versuch des Übergangs zu einer nicht-etatistischen Sozialismuskonzeption aus konzeptionellen wie machtpolitischen Gründen gescheitert war.

<sup>1</sup> U. Schmid, Arm und Reich in Moskau, in: NZZ, 10./11.1.1993, S. 5.

Seit diesem Datum wird aber auch immer deutlicher, daß Jelzins weiterreichende Ziele einer Systemtransformation nicht erreicht werden können. Der rasche Übergang zu einer entwickelten kapitalistischen Marktwirtschaft ist ebenso illusionär wie die Durchsetzung von demokratischen Verhältnissen im politischen System dieser Gesellschaften. Die gewaltlosen Revolutionen sind längst Erinnerung angesichts der wachsenden sozialen und ethnisch-religiösen Konflikte. Mit dem Aufstieg nationalistischer und rechtspopulistischer Bewegungen bestimmen verdeckte und offene Aggressionen bis hin zum Bürgerkrieg die gesellschaftlichen Verhältnisse. Selbst in Ungarn, das als die "fröhlichste Baracke" des sowjetischen Lagers die besten Voraussetzungen für einen schnellen Transformationsprozeß mitbrachte, gewinnen nationalistisch-reaktionäre Strömungen mehr und mehr an politischem Einfluß. Die Entwicklung in Osteuropa bestätigt erneut die These, daß dauerhafte demokratische Strukturen im politischen System der Gemeinwesen stabile Erwerbs- und Einkommensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung zur Voraussetzung haben.

Der historische Versuch einer ethisch motivierten Wirtschaftssteuerung mündete in einem repressiven, bürokratischen System der organisierten Mängelverwaltung; die Beseitigung dieser autoritären Systeme hat die Rückkehr von ethnisch-religiösen Beschränkungen bei den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten gebracht; Osteuropa ist nicht nur eine gefährliche Konfliktregion der Weltpolitik, sondern die zivilgesellschaftlichen Grundsätze sind auf eine ferne Zukunft vertagt.

## 1.

In der Zeit von 1989-91 schrumpfte das Sozialprodukt der osteuropäischen Gesellschaften um rund ein Fünftel. Für 1992 wird der Rückgang der gesellschaftlichen Produktion auf rund 15% geschätzt. Die Unterschiede sind groß: während für Polen und Ungarn nur noch mit leichten Rückgängen gerechnet wird, befinden sich die Ökonomien der GUS auf einem steilen Abwärtskurs. Doch nach wie vor gilt für Osteuropa insgesamt, daß die Investitionen zurückgehen, so kaum von einer Erneuerung und Modernisierung des Produktionspotentials gesprochen werden kann. Die Kapitalanlage aus dem westlichen Ausland ist angesichts der starken Kontraktion der Märkte und der massiven Einbrüche im Außenhandel höchst bescheiden geblieben; in die osteuropäischen Wirtschaften dürften zwischen 1989 und Mitte 1992 nur knapp 15 Mrd. US-Dollar geflossen sein, wobei allein nach Ungarn und Polen rund ein Drittel dieser Direktinvestitionen gingen.

Angesichts der Einbrüche in der gesellschaftliche Produktion versteht es sich von selbst, daß die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und sozial-kulturelle Dienstleistungen stark rückläufig sind. Da diese Gesellschaften viele Sozialleistungen über die staatlichen Betriebe organisierten, sind mit der eingeleiteten betriebswirtschaftlichen Sanierung und Privatisierung

ganze gesellschaftliche Subsysteme in ihrer Existenz in Frage gestellt. Da kommunale Dienstleistungszentren und soziale Sicherungs- und Transfersysteme wie Arbeitslosen- oder Krankenversicherung im günstigsten Fall gerade erst im Aufbau sind, schlägt sich der gesellschaftliche Umbauprozess in der Ausgrenzung und Verarmung großer Bevölkerungsschichten nieder. Dabei hat die Vernichtung der Erwerbsarbeitsplätze gerade erst begonnen: die große Rationalisierungswelle setzt erst nach der Privatisierung bzw. Stilllegung des nichtprivatisierbaren Gesellschaftsvermögens ein; für 1993 wird mit einer Arbeitslosenquote von über 20% gerechnet, was nach den Erfahrungen mit der De-Industrialisierung in der ehemaligen DDR als durchaus realistisch erscheint.

Auch für die osteuropäischen Gesellschaften gilt: wenn die Vernunft einschläft, dann erwachen die Dämonen. "In allen kritischen Augenblicken des sozialen Lebens des Menschen sind die rationalen Kräfte, die dem Wiedererwachen der alten mythischen Vorstellungen Widerstand leisten, ihrer selbst nicht mehr sicher. In diesen Momenten ist die Zeit für den Mythos wieder gekommen. Denn der Mythos ist nicht wirklich besiegt und unterdrückt worden. Er ist immer da, versteckt im Dunkel und auf seine Stunde und Gelegenheit wartend. Diese Stunde kommt, sobald die anderen bindenden Kräfte im sozialen Leben des Menschen aus dem einen oder anderen Grunde ihre Kraft verlieren und nicht länger imstande sind, die dämonischen Kräfte zu bekämpfen."<sup>2</sup> Heute kann kaum noch jemand an der Renaissance des Mythos zweifeln; die Rückkehr ethnisch-religiöser Vorurteile und des Nationalismus sind die Vorboten. Angesichts der immensen Waffenarsenale und der hoch produktiven Sektoren für militärische Produkte entstehen hier gefährliche Konfliktherde.

## 2.

Die Planwirtschaft der staatssozialistischen Länder basierte auf der zentralen physischen Ressourcenzuteilung und -lenkung; ökonomische Parameter wie Kosten, Preise, Geld, Kredit und Zinsen spielten stets eine untergeordnete Rolle. Diese ethisch motivierte Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch einen bürokratischen Apparat, der selbst auf einer Verzahnung von parteipolitischen und staatlichen Strukturen basierte, führte nach Anfangserfolgen zu einer immer größeren Verschwendung an Ressourcen. Allerdings wurde diese bürokratische Zuteilung und Lenkung von Ressourcen bald ergänzt durch eine informelle Ökonomie. Je entwickelter die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und je komplexer die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, desto weniger konnte die Steuerung allein durch staatliche Zuteilungen und Vorgaben erfolgen. "Ein 'Tolkatschi-System', in dem Mitarbeiter der Betriebe als Schieber und Organisatoren die material-technische Versorgung der Be-

<sup>2</sup> E. Cassierer, *Der Mythos des Staates*, Frankfurt 1985, S. 364.

triebe bei allgegenwärtigem Defizit aufrechtzuerhalten suchten, mußte trotz seiner unweigerlich korrumpierenden Funktion daher geduldet werden.<sup>3</sup>

Das Phänomen der informellen Ökonomie oder der Schattenwirtschaft ist keineswegs auf staatssozialistische Gesellschaften beschränkt. Auch in den kapitalistischen Metropolen, in denen die Ökonomie durch die Kapitalmobilität und die Preisbewegungen auf den Märkten gesteuert wird, sind solche Sektoren der Schattenwirtschaft feststellbar. Hier entziehen sich die Akteure den verschiedenen Formen der Regulierung und der Pflicht zur steuerlichen Abführung. Beispielsweise wird in Studien der Anteil der Schattenwirtschaft in Griechenland auf 31% (1988) geschätzt, mit wachsender Tendenz.<sup>4</sup> Bei einem derartigen Ausmaß der Steuerhinterziehung und der Schwarzarbeit sind Verzerrungen in der nationalen Ökonomie unvermeidlich. Die Verhältnisse in Griechenland oder Italien zeigen, daß bei weitgehender Duldung der Schattenökonomie auch in kapitalistischen Gesellschaften erhebliche negative Rückwirkungen für die gesellschaftlichen Wertorientierungen und die politische Konsensbildung auftreten.

In einer staatssozialistisch strukturierten Gesellschaft kompensieren die "grauen Märkte" mit ihren Tauschoperationen zunächst die wachsenden Schwierigkeiten bei der Ressourcenzuteilung und in der Distribution des gesellschaftlichen Reichtums. Neben den fatalen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Wertstandards wird das Wachstum der Schattenwirtschaft schließlich insofern bedrohlich, weil die Verfügung über Produkte - sei es als Rohstoffe, Zwischenprodukte oder Fertigwaren, sei es für die investive oder individuelle Konsumtion - mehr und mehr den Diebstahl von formell gesellschaftlichem Eigentum unterstellt. Was anfänglich als bloß unbürokratische Initiative zu Überwindung von Planungs- und Verteilungsmängeln begann, schlägt um in die Zerstörung der Grundlagen der Gesellschaftsorganisation. Weil die formell vergesellschafteten Bereiche nicht wirklich von den Beteiligten als ihr Eigentum angesehen wurden, konnte sich eine Tendenz zur Ursupation des unkontrollierten Eigentums durchsetzen und dieses zum Zweck der privaten Bereicherung angeeignet werden.

Die Erosion gesellschaftlicher Moral und der weitgehende Verfall gesellschaftlicher Wertorientierungen gegen Ende der Stagnationsperiode hatte zwei zentrale Ursachen: Zum einen funktionierte der riesige bürokratische Apparat längst nicht mehr nach den Kriterien von revolutionärer Gesinnung und strikter Leistungsorientierung; jene Kräfte, die mit der Steuerung und Lenkung der Ressourcen beauftragt waren, achteten mehr darauf, daß sie selbst und ihr Klientel nicht zu kurz kamen. Zum anderen war die Existenz von informellen Märkten unverzichtbar, um die wachsenden Probleme der Mängelverwaltung einigermaßen zu kompensieren. Die Schat-

<sup>3</sup> F. Hoffer, *Perestroika*, Marburg 1992, S. 57.

<sup>4</sup> NZZ, 19.12.1992, S. 19.

tenökonomie erstreckt sich nicht nur auf dringend benötigte Ersatzteile, Waren gehobenen Bedarfs und limitierte Dienstleistungen: "Die Ressourcen .. der Leitungsorgane in diesem 'Handel' (sind) .. Produktionsmittel, Geld, Normative, verschiedene Prämien für die Manager etc.; die der untergeordneten Instanzen (Betriebe) dagegen: Planerfüllung (oder das Versprechen ihrer Erfüllung), Teilnahme an den periodischen Kampagnen etc."<sup>5</sup>

"Strukturell war die sowjetische Ökonomie also durch ein System zentraler Ressourcenallokation und Produktionsvorgaben gekennzeichnet, das durch ein System halblegaler 'Tausch- und Beschaffungsmärkte' ergänzt wurde. Dabei hatten die prioritären Sektoren weniger unter den Unzulänglichkeiten des mit der Koordinationsaufgabe überforderten Zentrums zu leiden. Die bürokratische Koordination ist nicht gut genug und die bürokratische Kontrolle nicht scharf genug, um die ganze Volkswirtschaft wie einen großen Betrieb von einer Stelle aus zu führen."<sup>6</sup>

In der Zeit der Stagnation ("Breschnew-Ära") hatte die Verselbständigung des gesellschaftlichen Eigentums bereits einen derartigen Grad erreicht, daß die parasitären Strukturen jeden Reformansatz unterliefen. Die Reproduktion des Systems basierte auf einer Symbiose von staatlich kontrollierten Strukturen und einem breiten Sektor der Schattenökonomie. Faktisch hatten die politischen Instanzen weder eine Vorstellung von den effektiven Kostenstrukturen, noch von den Verteilungseffekten.

Die Schattenwirtschaft oder die informelle Ökonomie wurde zur zweiten Realität der administrativ regulierten Ökonomie, zur Kehrseite der Medaille. Experten schätzen, "daß am Ende der Breschnew-Ära weniger als ein Drittel des Nationalprodukts durch die traditionellen Planungsprozeduren verteilt wurde, der Rest durch Tausch."<sup>7</sup> Die Schattenökonomie hatte vielfältige Formen: zum Teil organisierten sich Betriebe durch Produktentausch notwendige Betriebsstoffe oder Ersatzteile; Gebietsverbände oder gesellschaftliche Organe suchten durch Bartergeschäfte Mängellagen auszugleichen; ebenso stützte sich die private Versorgung auf ein kompliziertes Geflecht von Beziehungen. Schattenökonomie ist auch Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum zum Zweck der privaten Vermarktung: So wurde Anfang der achtziger Jahre bei einer Inspektion der kommunalen Dienstleistungen in der Ukraine festgestellt, daß jährlich 40% der zugeleiteten Materialien entwendet wurden.

Durch die informelle Ökonomie werden über den Tausch sowohl defizitäre und blockierende Strukturen in der Produktion beseitigt, aber auch eine

<sup>5</sup> Th. Sauer, *Kommando- oder Verhandlungswirtschaft? Zur politischen Ökonomie des alten Wirtschaftssystems und ihren Konsequenzen für den postsowjetischen Transformationsprozeß*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* 61/1991, S. 20.

<sup>6</sup> F. Hoffer, *Perestroika*, Marburg 1992, S. 57.

<sup>7</sup> Th. Sauer, S. 25.

entsprechende Bedürfnisbefriedigung bei der Endnachfrage erreicht. Beispielsweise konnten am Ende der Stagnationsperiode 4/5 des Dienstleistungsbedarfes auf dem Lande nur durch die Schattenökonomie vermittelt werden. Demgegenüber blieb die administrative Kommandoökonomie dominant in der Rüstungswirtschaft, ein Segment, das in der ehemaligen UdSSR einen beträchtlichen Anteil am gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozeß hatte. Die Tatsache, daß die informellen Praktiken einen weit größeren Raum einnahmen als die offiziellen Regulierungs- und Entscheidungsstrukturen hat zum einen eine fatale Überlagerung der ökonomischen Produktions- und Austauschprozesse mit politisch-persönlichen Machtverhältnissen eingeleitet und zum anderen eine weitgehende Entkopplung des offiziellen Systems von der alltäglichen Verhaltensorientierung bewirkt.

Saslawskaja wies in Anknüpfung an Untersuchungen von Awen und Schirownin darauf hin, daß die sowjetische Ökonomie nach dem Kriege nicht mehr als ein administratives Kommandosystem bezeichnet werden könne. Statt wie gemeinhin auch von dem Großteil der Parteiführung angenommen habe man es weniger mit einer Kommandowirtschaft als mit einer Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit zu tun. "Das beschriebene System stellt eine Art Hybridprodukt aus dem zentralisierten planwirtschaftlichen und dem marktwirtschaftlichen System dar, wobei es sich um einen spezifischen, veränderten Markt handelt, indem nicht mit klassischen Begriffen wie Ware, Qualität und Preis operiert wird, sondern mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf die Funktionsbedingungen des Partners einzuwirken. Die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Eigenschaften dieser merkwürdigen Mischung sind zur Zeit noch kaum untersucht und beschrieben."<sup>8</sup>

### 3.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb mit dem Übergang zu einem Reformprogramm 1985 die Auseinandersetzung mit dem geistig-moralischen Klima der Gesellschaft einen hohen Stellenwert einnahm. Zunächst wurde versucht, den moralischen Verfallserscheinungen mit einer ideologischen Offensive zu begegnen. "Der Wirtschaft galt natürlich unser Hauptaugenmerk, und das wird auch so bleiben. Aber gleichzeitig haben wir uns daran gemacht, das geistige und psychologische Klima in unserer Gesellschaft zu verändern."<sup>9</sup> Auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 wurde die Herausbildung einer neuen ethisch-moralischen Atmosphäre in der Gesellschaft als Aufgabe der politischen Arbeit proklamiert. Zumindest Teile der Parteiführung hatten erkannt, daß es infolge der ökonomischen Korrosionserscheinungen auch zu gefährlichen Deformationen im

<sup>8</sup> T. Saslawskaja, Die Gorbatschow-Strategie, Wien 1989, S. 97.

<sup>9</sup> M. Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S. 104.

Sozialgefüge und zu Krisenphänomenen im geistig-moralischen Klima der Gesellschaft gekommen war.

Zurecht wurde ferner registriert, daß die gesellschaftliche Relevanz der Doppelmoral nicht durch moralische Appelle und eine Überprüfung der ideologischen Zuverlässigkeit der Parteimitglieder zu verändern war. Noch in der ersten Jahreshälfte 1987 wurden verschiedene Reformkonzeptionen zur Perestroika-Politik zusammengezogen. Im Juni 1987 beschloß das ZK-Plenum und nachfolgend der Ministerrat eine weitgehende Veränderung des ökonomischen Systems. Die verschiedenen Aspekte der Wirtschaftsreform verfolgten zwei Ziele: "Einerseits eine Anhebung der Effizienz im Produktionsbereich und die bessere Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse, andererseits die Demokratisierung der Wirtschaft und einen Pluralismus der Organisationsformen sowie eine Erweiterung der Möglichkeiten jedes einzelnen, sich in der Arbeit selbst zu verwirklichen."<sup>10</sup>

In Absetzung zu den halbherzigen Reformen der drei vorangegangenen Jahrzehnte sollte dieses Mal ein Bruch mit dem bisherigen System erfolgen: es ging darum, die verbrauchten administrativen Methoden durch ökonomische zu ersetzen. Ökonomische Methoden heißt: durch eine Aufwertung der Tausch- und Marktbewegungen sollte das Kostenbewußtsein gestärkt, ein effizienterer Umgang mit den wirtschaftlichen Ressourcen eingeleitet und damit die Fundamente für eine Erweiterung der real gesellschaftlich kontrollierten Reichtumsproduktion geschaffen werden. Der entscheidende Kern des Perestroika-Reformpaketes ist also "die Umstellung der Betriebe auf vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung, die grundlegende Umstrukturierung der zentralistischen Wirtschaftsführung, einschneidende Veränderungen bei der Planung, eine Reform des Preisbildungssystems und des Finanzierungs- und Kreditmechanismus sowie die Neuordnung der Außenwirtschaftsbeziehungen. Es sorgt ferner für die Schaffung neuer Organisationsstrukturen in der Verwaltung, für den umfassenden Ausbau ihrer demokratischen Grundlagen und für die Einführung der Prinzipien der Selbstverwaltung auf breiter Ebene."<sup>11</sup> Diese Veränderungen sollten eine Atmosphäre schaffen, in der jeder einzelne Transparenz über die gesellschaftlichen Ressourcen hat und über die angemessene individuelle Leistung zu einer aktiven Mitarbeit am Umgestaltungsprogramm ermutigt wird. "Unter diesen Bedingungen darf man erwarten, daß sich bei den Arbeitskräften eine verantwortungsbewußtere und wirtschaftlichere Einstellung gegenüber dem gesellschaftlichen Eigentum und größere Achtung vor den sozialistischen Werten entwickeln wird und die Verschwendungs- und Diebstahlsmentalität ausgemerzt werden."<sup>12</sup>

<sup>10</sup> T. Saslawskaja, S. 125.

<sup>11</sup> M. Gorbatschow, S. 104.

<sup>12</sup> T. Saslawskaja, S. 112.

Der Hinweis auf diese Mentalität macht deutlich, daß die Verselbständigung des gesellschaftlichen Eigentums bereits ein Ausmaß erreicht hatte, daß durch einfachen Einsatz ökonomischer Parameter keine schnelle Verbesserung mehr erreicht werden konnte. Der ökonomischere Umgang mit den natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen erforderte, daß alle Gesellschaftsmitglieder mitmachen. Angesichts der Deformationen in den Preisstrukturen und der Bedeutung der Schattenökonomie war jedoch mit öffentlichen Appellen keine Trendwende einzuleiten. Nur wenn für größere Bevölkerungsschichten erkennbare Fortschritte in der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen erzielt worden wären, hätte die Apathie gegenüber den Reformanstrengungen durchbrochen werden können.

#### 4.

Rückblickend steht fest, daß mit dem Übergang zur ökonomischen Selbständigkeit der Unternehmen der entscheidende Fehler unterlief. Die Reformströmungen in der Partei konzentrierten sich auf die Aufgabe der Demokratisierung der überlieferten bürokratisch administrativen Kommandowirtschaft. Der Dualismus von offizieller Kommandoökonomie und informeller Schattenökonomie wurde hingegen erheblich unterschätzt. Dies gilt nicht nur für die handelnden politischen Akteure und ihre wissenschaftlichen Berater, auch der überwiegende Teil der mit der Perestroika-Politik sympatisierenden politischen Linken in den kapitalistischen Metropolen hielt einen gesellschaftlichen Reformprozeß in Richtung auf einen höheren Vergesellschaftungsgrad der Ökonomie für möglich.

Mit dem Scheitern der Perestroika-Politik haben die diversen Varianten einer Verschwörungs- und Agententheorie eine neue Konjunktur erlebt. Es kann auch nicht ausbleiben, daß allein schon die theoretisch-politische Anerkennung von Austauschverhältnissen innerhalb des staatssozialistischen Systems als eigentlicher Grund des Systemzusammenbruchs behauptet wird.<sup>13</sup> Die Attacke auf vermeintliche Verräter am Marxismus trägt aber absolut nichts zur Aufhellung der Konstruktionsfehler von staatssozialistischen Gesellschaften und der Gründe für das Scheitern der Perestroika-Politik bei.

Angesichts der Prägung des gesellschaftlichen Lebens durch die Schattenökonomie hätte deren Kontrolle Priorität in der Reformkonzeption einnehmen müssen. Die Legalisierung dieser Märkte und die Steuerung der Operation durch ökonomische Parameter hätte der Einstieg in eine regulierte Marktökonomie mit überwiegend gesellschaftlichem Eigentum sein können. Die notwendigen Regulierungen der Schattenökonomie unterblieben jedoch. Stattdessen führte die erweiterte ökonomische Selbstregulierung der Unternehmen dazu, daß die informelle Ökonomie eine noch größere Dynamik erhielt.

<sup>13</sup> S. Wagenknecht, *Marxismus und Opportunismus*, in: *Weißenseer Blätter*, Heft 4/1992.

Die Parteiführung sah die Hauptaufgabe in einem schnellen Bruch mit der Kommandowirtschaft. "Eine richtige Konjunktur erlebte der Begriff des Kommandosystems, als er in die Resolutionen der 19. Parteikonferenz der KPdSU (1988) aufgenommen wurde."<sup>14</sup> Wie die Parteiführung gingen die meisten engagierten Reformpolitiker von falschen Einschätzungen aus; erst "im Verlauf der Perestroika zeigte sich der Mangel an elementarem Basiswissen über die Wirtschaft."<sup>15</sup> Die Reformströmungen in Gesellschaft und Partei hatten sich an einem Phantombild von administrativer Kommandowirtschaft orientiert, dem die gesellschaftliche Realität nicht mehr entsprach. Die schlagartige Rücknahme der verblichenen administrativen Regulierungs- und Lenkungsstrukturen löste das System des bürokratischen Marktes vollends auf in Richtung persönlicher Bereicherung, so daß die vollständige Desintegration wirtschaftlicher und politischer Strukturen die Folge war.

"Was die Perestroika-Reformen grundlegend von allen Vorgängern unterschied, war die Bereitschaft des Staates, den Betrieben tatsächlich weitgehende Autonomierechte einzuräumen und den zunehmenden Machtverlust der Planungsinstanzen hinzunehmen. Erst sehr spät wurde klar, daß die schrittweise Dezentralisierung (und Regionalisierung) der Entscheidungsbefugnisse keineswegs eine gesamtwirtschaftliche Effizienzsteigerung nach sich zog, sondern die Diskrepanzen immer größer wurden. Innerhalb der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft wurde man sich in dieser Phase schlagartig bewußt, daß die Reformen unter anderem auch am weitgehenden Unwissen über die Funktionsweise der Perestroika-Ökonomie gescheitert waren. Solange die Ideologie der zentralen Lenkung und Leitung dominierte, konnte die Frage nach der Funktionsweise der sowjetischen Wirtschaft gar nicht erst entstehen".<sup>16</sup>

Die Perestroika zielte auf Effizienzsteigerung, die im alltäglichen Wirtschaftshandeln durchgesetzt werden muß. Faktisch wurde aber keine stärkere Kontrolle des Staatseigentums erreicht, sondern durch Abbau von Kontrollen erhielt die private Aneignung von gesellschaftlichem Eigentum noch zusätzliche Impulse; die diversen Formen der Schattenökonomie blühten noch mehr auf; die proklamierte Moralisierung des öffentlichen Lebens trat auch bei der Reformpolitik in Widerspruch zu der gesellschaftlichen Relevanz von inoffiziellen Austausch- und Verteilungsstrukturen.

Die zentrale Kontrolle und Steuerung über die staatlichen Betriebe wurde zurückgenommen, ohne daß auf regionaler Ebene - zumindest bis zur Veränderung der Eigentumsform - für eine entsprechende Einbindung gesorgt wurde. "Der Betrieb gehörte niemandem, und im besten Fall begann

<sup>14</sup> Th. Sauer, S. 14.

<sup>15</sup> B. Thanner, *Kaum Vorbilder für die Wirtschaftsreformen in der GUS*, in: *IFO-Schnelldienst* 7/1992, S. 11.

<sup>16</sup> Ebenda.

die 'kollektive Plünderung', im schlechtesten die Bereicherung durch die Betriebsleitung und die kriminelle Schattenwirtschaft. Von den Reformen wurde das Problem, wie diejenigen, die über die Betriebe verfügen, zu einem sorgsamem Umgang mit dem Eigentum angehalten werden könnten, nur in Form allgemeiner Appelle behandelt. Anscheinend wurde mehr oder weniger unterstellt, daß die Betriebe - befreit von ministerialer Bevormundung - ein Interesse an effizientem Wirtschaften und Akkumulation hätten.<sup>17</sup>

"Schon von 1989 an haben die Ministerien nicht mehr das Recht, Staatsaufträge zu erteilen, und der Anteil der Staatsaufträge am Gesamtvolumen der Produktion wird ... auf 60% ...zurückgehen."<sup>18</sup> Auch die administrative Regulierung von Kennziffern, die Einkommensverteilung eingeschlossen, wurde aufgehoben. Den Unternehmen eröffnete sich unter den Übergangsbedingungen die Möglichkeit, die Verteilung zu verbessern, Investitionen und Defizite aber den öffentlichen Institutionen aufzubürden. Der Kaufkraftüberhang nahm beängstigende Ausmaße an; angesichts der durch die Reformprozesse begünstigten "Selbstbedienungsmentalität" klagten aber auch die öffentlichen DienstleisterInnen eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ein; bei rasch steigenden Defiziten in den öffentlichen Kassen beschleunigte sich die Inflation; die Preisreform wurde verschoben, weil die Kompensationen für etliche Bevölkerungsgruppen nicht gesichert waren. Die Perestroika-Reformen erhöhten so im wesentlichen nur die Verfügung von mit den erforderlichen Beziehungen und Machtbefugnissen ausgestatteten parasitären Gruppen über das Volksvermögen, wirksame Reformen - Preisreform und Umschichtungen bei den Transfers - kamen wegen der wachsenden Proteste und der sich ausbreitenden sozialen Verelendungsprozessen nicht zustande. Die 'Dollarisierung' der gesamten Ökonomie raubte den Reformern die letzten verbliebenen Regulierungsinstrumente.

Das Hauptziel, die Aktivierung der breiten Massen für die gesellschaftliche Umgestaltung, ist nicht erreicht worden. Dies ergab schon eine Bilanz vor dem Sturz Gorbatschows. "Wenn man im ganzen eine Bilanz der sozialen Entwicklung der letzten drei Jahre zieht, kann man zu dem Schluß kommen, daß es zwar positive Veränderungen gibt, doch in der Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung kein Fortschritt zu verzeichnen ist."<sup>19</sup> Es konnte noch weniger gekauft werden, die Schattenökonomie gewann bei der täglichen Lebensführung noch größeres Gewicht. Mit entsprechenden gesellschaftlichen Beziehungen oder zu überhöhten Preisen (meist in Dollar) können die Mängelsituationen ausgeglichen werden. "Die Kluft zwischen der zahlungsfähigen Nachfrage und ihrer materiellen Deckung ist sogar gewachsen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht keine Ver-

<sup>17</sup> F. Hoffer, S. 170.

<sup>18</sup> A. Aganbegjan, Ökonomie und Perestroika, Hamburg 1989, S. 224.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 312.

besserung ihrer Lebensverhältnisse. All dies macht die Konzipierung und Durchführung umfassender Maßnahmen zur beschleunigten sozialen Entwicklung zwingend notwendig."<sup>20</sup> Statt einer Konzentration der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte auf die Umgestaltung, wandten sich wachsende Teile der Bevölkerung vom Reformprozeß ab.

Heute sucht jede neue Nation oder sich ethnisch definierende Bevölkerungsgruppe durch Ausbruch aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eine Lösung, die faktisch die Chaotisierung vorantreibt. Auch politisch erfolgt ein rascher Übergang zum Regieren mit Dekreten, die kaum mehr einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen sind. Beipielsweise hat Jelzin die Moskauer Exekutive per Dekret mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet: "Laut diesem 'stadtväterlichen Mandat' hat der Moskauer Bürgermeister das Recht, die Entstaatlichung und Privatisierung von Eigentum der verschiedenen Organisationen eigenmächtig durchzuführen, Grundstücke zuzuweisen oder zu beschlagnahmen und, falls erforderlich, Höchstpreise für den Großhandel einzuführen. Außerdem kann er den Unternehmen, die seiner Meinung nach die Preise 'falsch' steigern, das Recht auf Vertragspreise aberkennen. Der Staat übernimmt also erneut Führungspositionen im Bereich der Wirtschaft und hofft durch administrative Maßnahmen 'alles in Ordnung zu bringen', statt sich indirekter Maßnahmen, wie der Festlegung der Kreditsätze, der Besteuerung usw. zu bedienen."<sup>21</sup> In dem Erfahrungsbericht von Kagarlitzki ist nachzulesen, wie der im Westen gefeierte Demokrat Popow seinen Aufstieg zu einem führenden Unternehmer als Bürgermeister organisierte und den Übergang zu einem autoritären Kommunalregime vollzog.<sup>22</sup>

"Viele soziale Gruppen haben sich im Laufe der Jahrzehnte im Sowjetsystem Nischen geschaffen und praktische Fähigkeiten angeeignet, die in vieler Hinsicht innerhalb des heutigen 'Wirtschaftschaos' ebenfalls rationale Orientierungshilfen bieten."<sup>23</sup> Über die Schattenökonomie entstanden Besitz- und Verfügungsrechte über gesellschaftliches Eigentum, die unter Jelzin noch vergrößert wurden. Die Schattenökonomie explodierte gleichsam, die gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen verloren mehr und mehr an Einfluß. Die Expansion der Märkte und das Wachstum der Privatsektoren basiert nicht auf einer veränderten gesellschaftlichen Betriebsweise, sondern auf der meist kaum legitimierten Aneignung des selbständigen Gesellschaftseigentums. Eine neue gesellschaftliche Betriebsweise, die die Märkte mit wachsenden Warenbergen speist, ist nicht in Sicht.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> N. Wassiljewa, Finanzwirtschaftliche Selbständigkeit von Unternehmen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12/1992, S. 33.

<sup>22</sup> B. Kagarlitzki, Der gespaltene Monolith, Berlin 1992.

<sup>23</sup> B. Thanner, S. 11.

## 5.

Das Schlüsselproblem ist die rasch anwachsende Geldentwertung; die Schere verbreitert sich zwischen den verfügbaren Waren und Dienstleistungen einerseits und dem Geldumlauf sowie den Sparrücklagen andererseits. Mit den Reformen entstand ein inkonsistentes Wirtschaftssystem: die planwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente wurden zurückgenommen, neue Formen der gesellschaftlichen Regulierung greifen jedoch nicht und auch die Marktkoordination ist noch nicht wirksam. In letzter Konsequenz verbleiben die Reformen auf der makroökonomischen oder gesamtgesellschaftlichen Ebene, ohne daß bei Produktion und Dienstleistungen eine höhere Produktivität und Effizienz sichtbar wird. Auf der konkreten Ebene des Alltagshandelns verbessert sich für große Teile der Bevölkerung zu wenig; statt einer Verstärkung der Konsensbildung in Richtung auf eine tiefgreifende Gesellschaftsreform setzt sich eine Desintergration der ökonomischen und sozialen Struktur durch, die letztlich in der Auflösung der territorialen politischen Organisationen ihren krassen Ausdruck findet. Der veränderte Wirtschaftsmechanismus "erreichte .. nicht die unmittelbaren Produzenten, die Arbeiter oder gewöhnlichen Ingenieure, und an der Arbeitsmotivierung und Arbeitsorganisation hat sich kaum etwas verändert."<sup>24</sup>

1991 dürfte die Inflationsrate zwischen 600-700% gelegen haben. Auch für 1992 konnte die Auflage des Internationalen Währungsfonds nicht eingehalten werden, für Russland kein Budgetdefizit zuzulassen. Von der Installation eines auf Marktprozesse bezogenen Steuersystems kann keine Rede sein. Da die Abführungen der Staatsbetriebe zurückgehen, müßte der Privatsektor einen größeren Anteil an der Finanzierung der Staatsausgaben übernehmen. Doch selbst Ansätze einer modernen Steuergesetzgebung und -verwaltung, die in der Lage wäre, die entsprechenden Einnahmen einzutreiben, gibt es nicht.

1987 produzierten die Genossenschaften in der UdSSR Waren und Dienstleistungen im Wert von 330 Mio. Rubel; 1991 wird der Wert auf 110-120 Mrd. Rubel geschätzt, was trotz der Inflation eine beträchtliche Ausweitung signalisiert. Die Zahl der Genossenschaften - meist keine neue Form kollektiven Eigentums, sondern überwiegend private Besitztitel - wird zur Zeit auf über 250.000 geschätzt. Im Gegensatz dazu geht der Einfluß der Staatsbetriebe im Wirtschaftsraum der ehemaligen UdSSR laufend zurück. 1990 umfaßte er noch etwa 85% des Produktionspotentials und rund 87% der Beschäftigten.

Die Auseinandersetzung um die Etats beschleunigt die Auflösung staatlicher Strukturen. Jeder will über möglichst hohen Anteil am Reichtum verfügen, wobei das Problem schon damit beginnt, daß angesichts unzurei-

<sup>24</sup> A. Aganbegjan, S. 319.

chender Kenntnisse meist Illusionen über den faktischen Reichtum der Territorien existieren. Die Plünderung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums wird so zur dominanten Aneignungsform. Mit der Zersetzung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entstehen zudem rasch Probleme bei der Fortführung der Produktion.

Die staatlichen Betriebe bleiben in diesem Transformationsprozeß massiv benachteiligt. Wirksame Unterstützung zur Reorganisation der betrieblichen Strukturen werden ebensowenig bereitgestellt wie eine Einbindung solcher Maßnahmen in eine regionale Strukturpolitik erfolgt. Angesichts der labilen gesellschaftlichen Verhältnisse wird die Produktion wie bisher fortgeführt, um Massenentlassungen und einer organisierten Umsetzung von gesellschaftlicher Arbeitskraft zu entgehen. Die Defizite der Staatsbetriebe schwellen auf diese Weise rasch an, die zunächst mit Krediten und schließlich durch staatliche Zuschüsse und Garantien ausgeglichen werden. Nicht zuletzt die wachsenden Defizite der Staatsfinanzen hatten zu Spannungen zwischen der Zentralregierung und den Republikregierungen geführt, von denen jede versuchte, die Staatsschulden von sich abzuwälzen.

Mit der Anerkennung der "ekonomika soglasovanij" hätte - auch ohne detaillierte Kenntnis ihrer Funktionsmechanismen - eine Naivität der Reformpolitik vermieden werden können: Der Übergang zu einer sozial regulierten und gesteuerten Marktökonomie wäre jedoch in jedem Fall kompliziert geblieben. Wenig überzeugend ist hingegen die Argumentation, daß eine Verteidigung der staatssozialistischen Ökonomie durch Optimierung der Planverfahren möglich gewesen sei. Es handelt sich um ein grundlegendes Mißverständnis, die Kritik der krisenhaften kapitalistischen Akkumulationsbewegung auf eine Art von Planmäßigkeit zuzuspitzen, die letztlich auf die Übertragung der Fabrikorganisation und -disziplin auf die gesamte Gesellschaft hinauslief. Mit einer gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit hat das nichts gemein. Die Polemik gegen eine zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption, die sich auf eine gesellschaftliche Steuerung und Planung von eigenverantwortlich wirtschaftenden Unternehmenseinheiten (bei einer Dominanz von genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum) stützt, lebt von dem hartnäckigen Mißverständnis, demzufolge jeder Austausch- und Zirkulationsakt bereits ein Metamorphosenwechsel des Kapitals sei.

Die Anstrengungen zur Veränderung der maroden Ökonomie im Staatssozialismus scheiterten, weil infolge einer ideologisch verzerrten Wahrnehmung der ökonomischen Strukturen und Lenkungssysteme eine Reformpolitik verfolgt wurde, die die Sprengkraft der Schattenökonomie unterschätzte. Es entspricht aber auch keiner tiefergehenden Analyse, heute von einer Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR zu sprechen. "Die Wirtschaft der GUS-Republiken kommt derzeit wohl dem Bild einer sich spontan entwickelnden Wirtschaft näher als der Kapitalismus jemals in seiner Geschichte. Dies gilt auch für den Bereich der staatlichen Ordnung selbst. Diese Pro-

zesse bewegen sich keineswegs klar auf eine Marktwirtschaft (oder Demokratie westlichen Musters) hin, sondern basieren zunächst überwiegend darauf, sich die aus der Landwirtschaft verbliebenen Vermögensbestände anzueignen und persönliche Beziehungen privat auszunutzen ... Auf diese Weise kommt es unter dem Zwang der Verhältnisse 'automatisch' zu einem privatwirtschaftlichen Boom.<sup>25</sup> Doch diese privaten Aneignungsformen erfolgen nicht als Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeit unter dem Vorzeichen des Kapitals. Die aktuelle Entwicklung in den GUS-Staaten hat nichts mit einem Transformationsprozeß in Richtung auf eine kapitalistische Marktwirtschaft zu tun.

Ohne Anbindung an ein international getragenes Rekonstruktionsprojekt ist eine Stabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse schwer vorstellbar. Allein für das laufende Jahr rechnen Finanzexperten mit einer Zahlungsbilanzlücke für die GUS-Staaten in der Größenordnung eines zweistelligen Milliarden Dollarbetrages. Die Übernahme von Unterstützungszahlungen durch die Bretton Woods-Institutionen von 25-30 Mrd.\$ bis 1995 wird als Startzuschuß für ein Finanzabenteuer bezeichnet, das in der Geschichte einzigartig ist. Abgesehen von dem gigantischen Umschuldungsbedarf bleibt für die kapitalistischen Hauptländer ein enormer Unterstützungsbedarf.

Der wirtschaftliche Niedergang ist längst noch nicht am Ende; und die ökonomischen Rückwirkungen auf die kapitalistische Welt werden wohl nach wie vor gewaltig unterschätzt. Der Ausblick der FAZ ist nicht übertrieben: "Doch die Wirtschaftslage war noch nie so schlecht wie in der Freiheit, der größte Teil der Bevölkerung noch nie so verarmt. Und die Korruption der neuen Eliten stellt alle Erinnerung an die in dieser Hinsicht oft geschmähte Breschnew-Zeit in den Schatten. Die russischen Demokraten haben nicht nur sich, sie haben die Demokratie selbst diskreditiert."<sup>26</sup>

<sup>25</sup> B. Thanner, S. 12.

<sup>26</sup> K. Holm, Verlorene Generation. Verratene Demokratie: Es wird kalt in Rußland, in: FAZ, 17.10.1992, S. 27.

Alexander Charlamenko

## Der Achtzehnte Brumaire des Boris Jelzin oder Anmerkungen zum Rechtsstaat<sup>1</sup>

*"Zu Boris Jelzin gibt es keine demokratische Alternative." (Helmut Kohl)*

**1** In den vergangenen Wochen hat die Entwicklung der Ereignisse in unserem Land eine neue Etappe erreicht. Einer der Gründe dafür ist das Ausmaß der sozial-ökonomischen Krise. Die Produktion sank um 35 %, noch stärker als in den Kriegsjahren 1941-1942. Der Niedergang der Produktion und die wachsende Inflation lassen die soziale Basis des Restaurationsregimes schrumpfen. Millionen von Menschen, die noch 1989-1991 für Jelzin gestimmt hatten, verfluchen ihn inzwischen mit ärgsten Worten. Zuspruch findet er noch vor allem bei demjenigen Teil der großen und mittleren 'Unternehmer', deren Tätigkeit sich auf den Diebstahl von Staatsbesitz jeglicher Art, einschließlich der Korruption eines Teils der Beamten, gründet. Diese soziale Basis ist zwar zahlenmäßig durchaus nicht gering, doch wird es immer schwieriger, sich auf sie zu stützen und dabei den Schein der 'Demokratie' zu wahren.

Die katastrophalen Folgen der Regentschaft der 'Demokraten' und die Veränderung der internationalen Bedingungen wirkten sich auch auf die Entwicklung der politischen Ereignisse in mehreren 'Hauptstädten' aus. In Litauen, das als Bastion der Nationaldemokraten 'Sajudis' galt, erlitten sie eine empfindliche Niederlage bei den Wahlen, und die Regierung wurde nunmehr durch den Führer der legalen Opposition A. Brasauskas gebildet. In der Ukraine stürzte die Regierung der Nationalisten, und der neue Premier Kucma erklärte bei seinem Amtsantritt, daß man die Beziehungen zu Rußland wiederherstellen müsse. In dem vom Bürgerkrieg geschüttelten Tadshikistan wurden die islamischen Fundamentalisten, die im Mai mit Unterstützung ihrer afghanischen Verbündeten die Macht ergriffen hatten, von den Freiwilligenverbänden zurückgedrängt, die für die Wiedergeburt der UdSSR eintreten.

Immer klarer wird, daß die 'demokratischen' Antikommunisten im Falle von Neuwahlen in Rußland keinerlei Gewinnchancen mehr hätten. Es verwundert daher nicht, daß bei einigen von ihnen das Streben nach einer unverhüllten Diktatur wächst. So bedrängen der Block 'Demokratisches Rußland' und die 'Bewegung für demokratische Reformen' schon einige Monate lang den Präsidenten, die Sowjets aufzulösen und eine direkte Präsidentsialregierung einzuführen. Der Ex-Bürgermeister von Moskau, G. Popow, berüchtigt durch sein brutales Vorgehen gegen Demonstranten am 23. Februar und 22. Juni 1992 und durch seine skandalösen

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde in der zweiten Dezemberhälfte 1992 nach Beendigung des VII. Kongresses der Volksdeputierten Rußlands geschrieben.

Machenschaften beim Verkauf von Moskauer Grundstücken an ausländische Firmen, gestand ein, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen 'den Markt' eingestellt sei und man daher die 'Marktreforment' per Gewalt durchsetzen müsse.

'Demokratische' Losungen dieser Art setzen sich in den praktischen Taten der Herrschenden fort. So erließ Präsident Jelzin gleich nach dem ersten Versuch der Vereinigung eines Teils der Opposition, die am 24. Oktober die 'Front der nationalen Rettung' gegründet hatte, ein Verbot von deren Organisationskomitee - ein sinnloser Akt, da dieses sich nach Gründung der Front ohnehin auflöste. Auch wurden Räumlichkeiten und Besitz der Front konfisziert.

Im November kam es zu einem seltsamen Verschwinden einiger hochgestellter Militärs - nachdem in deren Reihen öffentlich Unzufriedenheit mit dem Kurs der jetzigen Regierung geäußert wurde: Fast zeitgleich verstarb ein leitender Mitarbeiter des Generalstabs, verunglückte der stellvertretende Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung bei einem Verkehrsunfall, wurde einer der Abteilungsleiter des Generalstabs ermordet. Natürlich gibt es Zufälle im Leben ... Zu eben jener Zeit nahm man den Offizieren des Moskauer Gebietes ihre persönliche Bewaffnung weg und entwaffnete zwei der vor Moskau stationierten Divisionen fast vollständig.

Nach Einmarsch der inguschischen Kampfgruppen in Nordossetien wurde in beiden Republiken der Ausnahmezustand verhängt (eine Generalprobe?) und von oben Administratoren ernannt - an der Spitze der dem Präsidenten nahestehende Schachrai. Indes ist Nordossetien die einzige Republik, die sich noch nicht von ihren Attributen 'sowjetische, sozialistische' getrennt hat und schon immer ein Dorn im Auge der 'Demokraten' war. Nationale Extremisten finden sich natürlich immer, wenn sie gebraucht werden.

Und ein jüngstes Beispiel: Nachdem Präsident Jelzin nicht nur einmal verlangt hatte, den Kongreß der Volksdeputierten 'zum Teufel' zu jagen - immerhin das höchste Verfassungsorgan der Macht -, hatte er gefordert, den Termin des VII. Kongresses der Volksdeputierten vom 1. Dezember auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Denn am 1. Dezember lief die Frist seiner Sondervollmachten ab, die er vom vorangegangenen Kongreß übertragen bekommen hatte. Von ihnen wollte er sich natürlich nicht trennen, ihre Beibehaltung ohne Zustimmung des Kongresses jedoch wäre faktisch einem Staatsstreich gleichgekommen. 'Demokratisches Rußland' dagegen hatte gleich ein Referendum über die Auflösung des Kongresses verlangt.

All diesen Forderungen zum Trotz entschied der Oberste Sowjet, den Kongreß, wie geplant, zum 1. Dezember einzuberufen. Daraufhin begann die Exekutive ihre Taktik zu ändern und ihre Bereitschaft zu Kompromissen zu demonstrieren: Buchstäblich am Vorabend des Kongresses schickte der Präsident die berüchtigtsten Personen aus seiner Umgebung 'in den

Ruhestand': den Vorsitzenden der Tele-Radio-Korporation J. Jakowlew, den Presse- und Informations-Minister M. Poltoranin und den Staatssekretär G. Burbulis - dies hatte die Opposition schon lange gefordert. Allerdings versetzte man sie zunächst erst einmal in die Sessel von 'Beratern des Präsidenten', und auch diesmal bekam die Opposition keinen Zugang zu den Medien.

Von ähnlicher Machart waren auch andere Kompromisse. Ende November traf das Verfassungsgericht eine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Präsidentenerlasses zum Verbot der KPdSU. Die Auflösung der Leitungsorgane der Partei wurde als der Verfassung nicht widersprechend eingestuft, da sich diese Organe angeblich die Staatsorgane untergeordnet hätten. Die Auflösung der Grundorganisationen der KPdSU wurde hingegen als verfassungswidrig anerkannt. Ihnen wurde das Recht zuerkannt, über ihr weiteres Schicksal selbst zu entscheiden. Sie dürfen auch bei den Herrschenden den der KPdSU gehörenden Besitz einklagen: Das Verfassungsgericht hat entschieden, daß ein Teil davon (welcher, bleibt unklar) Staatsbesitz in Verfügung der Partei war und daher rechtmäßig konfisziert wurde, ein anderer Teil jedoch zurückzugeben sei. In solchen Fällen pflegten unsere Vorfahren zu sagen: 'Kämpfe nicht gegen den Mächtigen an, streite nicht mit einem reichen Mann!' Es bleibt nur ein Trost: das Verfassungsgericht hat die auf Verlangen der 'Demokraten' begonnene Behandlung der 'Verfassungsmäßigkeit' der KPdSU selbst eingestellt, ein politischer Schauprozeß gegen die ganze Partei fand nicht statt. Das ist übrigens vor allem für die 'Demokraten' von Vorteil: Denn auf einem 'Nürnberger Prozeß' hätten sie sich als ehemalige Besitzer von Parteiausweisen in den Gewändern des nackten Königs wiederfinden müssen.

Zur gleichen Zeit, am Vorabend des 1. Dezember, wurden auch die Marathon-Ermittlungen in Sachen 'Putschkomitee' abgeschlossen. Sie hatten sich über ein Jahr hingezogen, in dessen Verlauf der Anklagegrund mehrfach geändert wurde. Immerhin: Ein Regime, das die UdSSR liquidiert hat, beschuldigt jene, die diesen Staat erhalten wollten, des - Verrats der Heimat, also der UdSSR! Die Opposition hatte befürchtet, daß sich die Ermittlungen bis zum 'natürlichen' Tod der Angeklagten hinziehen könnten, diese selbst hatten mit Unterstützung der Opposition die Urteilsverkündung gefordert. Die Herrschenden kamen letztlich dieser Forderung entgegen, und beschlossen sogar, in den Tagen des Kongresses zwei schwer erkrankte Angeklagte bis zur Urteilsverkündung von ihrer Bewachung zu befreien. Dies alles gehörte zum Hintergrund des VII. Kongresses der Volksdeputierten.

Der Kongreß selbst begann ganz 'friedlich'. Zunächst lehnten die Abgeordneten den Vorschlag der Oppositionsfraktion ab, einen Mißtrauensantrag gegen Präsidenten und Regierung zu beraten. Sodann weigerte sich eine Kongreßmehrheit, die Möglichkeit eines impeachments des Präsidenten in die Verfassung aufzunehmen. Damit beraubten sich die

Abgeordneten des letzten Mittels ihrer Selbstverteidigung. Danach erfüllte der Kongreß einen weiteren Wunsch des 'Demokratischen Rußland' und bestätigte das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden. Erstmals wird auch aus der Präambel der Verfassung Rußlands die Erinnerung daran getilgt, daß Rußland Bestandteil der UdSSR war. Diese ganzen 'Kompromiß'-Beschlüsse wurden direkt vom Vorsitzenden ('speaker') des Obersten Sowjets, R. Chasbulatow, durchgepeitscht, der mitunter den Oppositionellen nicht einmal das Wort erteilte.

Im Ausgleich dafür erreichte auch die Führung des Obersten Sowjets beim Präsidenten so mancherlei: die Bestätigung der Kandidaturen für die Posten des Premierministers, des Verteidigungsministers, des Innenministers durch den Kongreß - also die elementare Befolgung der Verfassung. Lediglich in einem mußte den Abgeordneten wirklich Respekt gezollt werden: Gegen den Willen ihres 'speakers' lehnten sie den Entwurf des 'neuen' Wappens für Rußland - den doppelköpfigen Zarenadler mit der Krone - ab. Doch im übrigen deutete alles auf den gewohnten faulen Kompromiß hin. Waren es doch dieselben Abgeordneten, die auf den vergangenen drei Kongressen dem Präsidenten die Sondervollmachten erst verliehen hatten und sogar auf seine Rechenschaftslegung verzichteten, die die volksfeindlichen Reformen mit den radikalen Preiserhöhungen gebilligt hatten, ohne von der Regierung ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt bekommen zu haben.

Doch nach diesem unspektakulären Auftakt kommt es wie aus heiterem Himmel zu Ausfällen des Präsidenten gegen den Kongreß, den Obersten Sowjet und den erstaunten R. Chasbulatow unter der Anschuldigung, die Reformen zu sprengen und das 'sowjetkommunistische System' restaurieren zu wollen.

Jelzin schwingt sich zur Verteidigung einer, selbst für die gemäßigte Opposition unannehmbar gewordenen, Regierung auf - zur Verteidigung von 'Gaidar und seinem Trupp'.<sup>2</sup> Die Forderungen von 'Demokratisches Rußland' aufgreifend, ruft der Präsident zum Referendum darüber auf, wem das Volk mehr Vertrauen schenke: dem Präsidenten oder dem Kongreß. Die Ironie des Schicksals nun will es, daß die furchterregende Rede just am 10. Dezember erklingt - an jenem Tag, als einst 1848 Louis Bonaparte zum Präsidenten gewählt wurde, bevor er sich zum Imperator Napoleon III. mauserte. Auch jener bevorzugte das Plebiszit gegenüber allen anderen Formen der Willensbekundungen seines Volkes. Seinen '18. Brumaire' vorbereitend, stützte sich Louis Bonaparte auf die 'Gesellschaft des 10. Dezember', die sich aus Pariser Lumpenproletariern zusammensetzte. Et was ganz ähnliches stellt heute unser 'Demokratisches Rußland' dar. So entfesselte einer seiner Abgeordneten direkt im Kongreßsaal neben der

<sup>2</sup> Anspielung auf das bekannte sowj. Kinderbuch 'Timur und sein Trupp', dessen Autor Arkadij Gaidar Großvater, und dessen Held - Timur - Vater des Ex-Premiers Jegor Gaidar ist.

Tribüne eine Schlägerei, woraufhin man ihn mit der Ernennung zum Stellvertretenden Innenminister belohnte. Ein anderer, Delegierter des Petersburger Sowjets, früher als Einschläferer auf einer Zuchtierfarm tätig, später Gefängnisinsasse wegen Turnschuhdiebstahls aus einer Fabrik, hatte die Wahlkampagne von 'Demokratisches Rußland' abzusichern geholfen, indem er Streikposten der Opposition verprügelte. Inzwischen ist er selbst Abgeordneter. Ist das etwa keine Biographie eines Aktivisten der 'Gesellschaft des 10. Dezember'?

Als bald ruft der Präsident, völlig im Geiste Louis Bonapartes, die ihm getreuen Abgeordneten auf, sich vom Kongreß zu trennen und gesondert zu versammeln. Dem Aufruf folgen etwas mehr als 100 Abgeordnete, auf dem Kongreß verbleibt ein Quorum. Die 'Demokraten' legen den Abgeordneten noch Flugblätter auf die Sessel, die zum Boykott der Abstimmung aufrufen.

**3** Doch dieses Mal - vergeblich. Am 10. Dezember wächst der Kongreß über sich selbst hinaus und verabschiedet ein ganzes Paket von Verfassungskorrekturen, die dem Präsidenten u.a. die Auflösung von - wie auch immer gearteten - verfassungsmäßigen Machtorganen untersagen - bei Androhung der Beschneidung der Vollmachten des Präsidenten selbst. Vergeblich hebt Moskaus Bürgermeister Ju. Lushkow - ein würdiger Erbe G. Popows in Bezug auf Korruption und Demonstranten-Verprügelung - zur Verteidigungsrede für Jelzin an. Vergeblich auch begibt sich der Präsident selbst in das Automobilwerk 'Leninscher Komsomol', dem die Regierung am Vorabend noch einige Gnadengeschenke überbracht hatte: Auch auf diesem gut vorbereiteten Meeting wird Kritik laut an die Adresse des Präsidenten gerichtet - in einem Maße, daß man sie aus der Fernsehversion über die 'Unterstützung Jelzins durch die Arbeiter' heraus schneiden muß.

Schlecht bestellt ist es auch um die Unterstützung des '18. Brumaire' seitens der Armee, der Sicherheitsorgane und der Polizei. Die Minister für Verteidigung, Sicherheit und Inneres versichern am 10. Dezember dem Kongreß die strengste Einhaltung der Verfassungsordnung seitens ihrer Behörden. Vizepräsident A. Ruzkoj verspricht, sich um Revision des Präsidentenaufrufs zum Referendum zu kümmern.

An diesem Tag erweist sich der Kongreß als stärker, als es die Mehrheit der Abgeordneten selbst vermutet hätte. Der Kongreß bestätigt sich seinen Status als von der Verfassung vorgesehenes oberstes Machtorgan. Es ist dies ein Verdienst der Opposition, die auf dem Beschreiten verfassungskonformer Wege aus der Krise bestanden hatte.

**4** Doch konnten die am 10. Dezember durch den Kongreß errungenen Positionen wirklich durch Abgeordnete vertreten werden, die mehrheitlich noch vor kurzem Jelzin Sondervollmachten eingeräumt hatten?

Man weiß sich zu helfen. Unter Leitung des Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, V. Sorkin, wird eine 'Gruppe der Vermittler' zwischen Legislative und Exekutive gebildet - ein Organ, das die Verfassung gar nicht vorsieht! Am 12. Dezember endet seine Vermittlung im 'Kompromiß' zwischen dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets: Der Beschluß 'Zur Stabilisierung der Verfassungsordnung' (!) wird vorgestellt und ohne jede Diskussion zur Abstimmung gebracht; unter Chasbulatows Druck stimmt eine Mehrheit folgsam dafür. Erst hinterher wird eine 'Diskussion' anberaumt und kann die Opposition den Ereignissen ihre Bewertung geben.

Der genannte Beschluß enthält mehrere, Verfassung und Gesetzgebung betreffende Zugeständnisse an den Präsidenten. Das Inkrafttreten der zuvor vom Kongreß angenommenen Verfassungskorrekturen wurde auf den 11. April verschoben, für den ein Referendum zum neuen Verfassungsentwurf vorgesehen ist. Bis dahin ist es dem Obersten Sowjet untersagt, Korrekturen zu erörtern, die die 'entstandene Balance von Legislative, Exekutive und Jurisprudenz' zerstören könnten.

Der Ministerrat (die Regierung) wird überhaupt jeglicher gesetzgeberischer Initiative beraubt. Für einige Monate wird sich der Präsident völlig außerhalb der Kontrolle des Obersten Sowjets befinden können. Im Prinzip sind ihm sogar für die Auflösung der Verfassungsorgane die Hände entbunden, da genau diejenige Korrektur auf Eis gelegt wurde, die solche Handlungen verbot. Das Außerkraftsetzen von Pkt. 19, Art. 109 der Verfassung bedeutet, daß selbst die vom Gericht als verfassungswidrig eingestuften Passagen des Präsidentenerlasses zum Verbot der KPdSU nicht beseitigt werden müssen. Bis zur Annahme der neuen Verfassung wurde die Wahl von Richtern auf Vakanzen im Verfassungsgericht ausgesetzt; und wie aus einer Erklärung von Mitgliedern der Schlichtungskommission verlautete, möchte der Präsident selbst die neuen Richter empfehlen, um sich eine hörige 'dritte Gewalt' zu sichern.

Wie man sieht, bedeutet der Beschluß 'Zur Stabilisierung der Verfassungsordnung' die Aufgabe sämtlicher erkämpfter Positionen und überläßt die 'Verfassungsordnung' der Gunst der Exekutive.

Der Präsident dagegen sah sich lediglich in personalen und prozeduralen Fragen zu Zugeständnissen veranlaßt. Er präziserte die Weise der Abstimmung der Kandidatur für den Premierminister mit dem Parlament, die ohnehin gemäß der Verfassung zu erfolgen hat. Das Recht auf Ernennung des Premiers dagegen verblieb beim Präsidenten. Diesmal legte er dem Kongreß mehrere Kandidaturen zur Diskussion vor. Von diesen wurde zum Premierminister V.S. Tschernomyrdin gewählt - der frühere Minister der Gasindustrie der UdSSR und Vize-Premier in der Regierung Jelzin-Gaidar.<sup>3</sup> Durchaus wahrscheinlich ist es, daß diese Kandidatur der neuen

<sup>3</sup> Tschernomyrdin nahm seinerzeit als erster die Umbildung des ihm unterstehenden Unternehmensministeriums der Gasindustrie in den Staatskonzern 'Gasprom' vor, der heute ein

US-Administration besser gefallen hat, als Bushs Günstlinge Jelzin und Gaidar. Öl und Gas sind schließlich das Wichtigste, was ausländisches Kapital an unserem Land interessiert.

Ein anderes 'Zugeständnis' des Präsidenten ist sein Verzicht auf die Durchführung des Vertrauensreferendums. Dafür aber stimmte der Kongreß, seinen eigenen Beschlüssen zuwiderhandelnd, dem Referendum über das neue Verfassungsprojekt zu. Sollte der Präsident mit dem Obersten Sowjet keine inhaltliche Einigung über den Verfassungsentwurf erzielen, wird ihm das Recht eingeräumt, alternative Formulierungen zur Abstimmung zu bringen. Die Opposition bezweifelt nicht, daß derartige Formulierungen auf die Errichtung einer absoluten Präsidialgewalt gerichtet sein werden. Außerdem wird die gegenwärtige Macht nicht beliebige Ergebnisse des Referendums in Kauf nehmen. Man möge sich nur an die Mißachtung der Resultate des Referendums vom 17. März 1991 erinnern, als sich eine Mehrheit des Volkes für den Erhalt der UdSSR ausgesprochen hatte.

Diejenigen in- und ausländischen Beobachter, die die Ergebnisse des Kongresses als Niederlage Jelzins interpretieren, oder die in ihnen das Zustandekommen eines Gleichgewichts der drei Gewalten im Staat erblicken, werden kaum Recht behalten.

Der Koordinator der Parlamentsfraktion 'Smena-nowaja politika', O. Plotnikow, unterstrich: 'Der Kongreß hat gegen die Präsidentenmannschaft verloren. Der Präsident eroberte sich ein Terrain, das ihm die Einführung einer harten Präsidialregierung gestatten wird. Ich denke, daß für Jelzin Gaidar und Tschernomyrdin lediglich gemischte Karten darstellen ...' ('Prawda' v. 15.12.1992).

Nicht weniger als die Ergebnisse des Kongresses selbst, deprimiert auch die Weise ihrer Annahme. Der Beschluß 'Zur Stabilisierung der Verfassungsordnung', der mit einfacher Mehrheit der Stimmen angenommen wurde, setzte eine Reihe von Verfassungsparagraphen bzw. Korrekturen an ihnen außer Kraft. Die Opposition erinnerte vergeblich daran, daß die Verfassung selbst ihre Veränderung nur bei Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen gestattet. Oppositionelle Abgeordnete baten den Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes Sorkin um ein Gutachten über diese Verletzungen der Verfassung, doch anstelle einer juristischen Analyse zitierte dieser nur die Worte des Premiers von 1907-1910, Pjotr Stolypin, an die Adresse der Opposition, die wohl nach 'großen Erschütterungen giere'. Durch diesen Auftritt verletzte Sorkin selbst gleich zwei, die politische Neutralität der Richter betreffende, Gesetzesparagraphen. Ebenfalls verfassungswidrig setzte Sorkin die unselige 'Vermittlerkommission' als Schlichtungskommission für den Fall der Entstehung von Meinungsverschiedenheiten

Drittel der Valutaeinnahmen Rußlands liefert. Tschernomyrdin gelang es auch, die Interessen seines Konzerns erfolgreich gegen die 'Ruhrgas-AG' durchzusetzen.

zwischen der Legislative und Exekutive in der Periode bis zum VIII. Kongreß ein. I. Konstantinow, einer der Führer der 'Front der nationalen Rettung', meinte: 'Gerade erst war bei uns eine unabhängige 'dritte Gewalt' in Gestalt des Verfassungsgerichtes am Entstehen, doch die unmittelbare Beteiligung seines Vorsitzenden an den politischen Spielen auf dem Kongreß hat dessen Autorität erheblich beeinträchtigt. Wer will heute noch im Ernst an seine Objektivität und Unvoreingenommenheit glauben?' N. Garifullina - eine der couragiertesten Journalistinnen der Opposition - gab eine noch prononciertere Bewertung: 'Der Tod des Verfassungsgerichts fand in aller Öffentlichkeit statt.'

Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Zugeständnisse der Abgeordneten unter Druck der Exekutive das Schicksal des Kongresses selbst als Machtorgan vorweggenommen. Nach dem Referendum im April 1993 wird ein VIII. Kongreß der Volksdeputierten kaum stattfinden: Die neue Verfassung sieht ihn einfach nicht vor. Faktisch hat der Präsident durch die Hände der Abgeordneten selbst geschafft, was ihm bisher nicht vergönnt war. 'Von nun an müßte der 12. Dezember in den Kalendern einen schwarzen Rahmen bekommen, weil de facto am vergangenen Sonnabend die Demokratie, das Verfassungsgericht und der Kongreß der Volksdeputierten in Rußland zu Grabe getragen wurden. Eine übrige, beinahe notengetreu einstudierte Farce fand ihren Abschluß und wurde zu einem weiteren Akt unserer nationalen Tragödie.' (N. Garifullina)

Der Präsident hat sich genügend Voraussetzungen für einen '18. Brumaire' gesichert. Zwar mußte er dafür einige Favoriten des 'Demokratischen Rußland' 'ausliefern' (ein Wort aus dem Strafrechtsjargon, das bei den 'Demokraten' im Umlauf ist), in erster Linie seinen Premier J. Gaidar. Den Abgang Gaidars, der, koste es, was es wolle, den monetaristischen Kurs der Chicagoer Schule durchgeführt hatte, interpretieren unsere 'Demokraten' als ihre Niederlage. Sie sprechen sogar davon, daß sie sich selbst in Opposition zum Präsidenten begeben wollen, der angeblich seine Positionen den 'Konservateuren' geopfert hat. Vorerst bleibt unklar, was das bedeutet: eine propagandistische Vorbereitung des '18. Brumaire', die Angst vor dem Verlust der warmen Plätze oder noch etwas ganz anderes.

5 Ohne Zweifel werden die Organisatoren des '18. Brumaire' auch künftig ihre Anstrengungen zur Machtergreifung fortsetzen. Dabei suchen sie im Westen Unterstützung zu finden. Soeben ereignete sich der beispiellose 'Scherz' des Außenministers Rußlands, A. Kosyrews, auf dem Stockholmer KSZE-Treffen, auf dem er seine Partner durch sein Auftreten im Namen - der russischen Opposition schockierte. Unsere 'Demokraten' bieten sich angestrengt als einzige Alternative zum 'Totalitarismus' dar. Daher ist es sehr wichtig, daß die demokratische, insbesondere linke Öffentlichkeit im Ausland erkennt, daß heute in Osteuropa nicht etwa der Kampf der Regierung Rußlands mit der sogenannten 'rot-braunen Koalition' auf der Tagesordnung steht. Die Gefahr des

Faschismus droht nicht von seiten der Opposition. Nicht ohne Grund skandierten Streikposten von 'Trudowaja Rossija' in den Tagen des Kongresses: 'Der Faschismus kommt nicht durch!' Uns droht eine reaktionäre Diktatur 'von oben'. Sie ist nicht nur an sich gefährlich, sondern kann auch zu einer 'jugoslawischen Variante' nunmehr bereits innerhalb der Grenzen Rußlands führen. Während Jelzin sein Spiel mit dem Obersten Sowjet und dem Kongreß spielte, schuf er stillschweigend einen Rat der Oberhäupter der Republiken - ein verfassungswidriges Machtorgan, das die Präsidenten früherer autonomer Gebiete vereinigt. Obwohl diese damit ihren Status erhöhten, werden ihre Republiken nach Verkündung der Souveränität allerdings kaum am Staats-Gängelband des hausgemachten Louis Bonaparte gehen und sich erneut in den Krallen des Zarenadlers wiederfinden wollen. Wie auch immer das Umsturz-Szenario ausfallen wird: Rußland kann jedenfalls sehr bald das Los der UdSSR, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei ereilen. Die Zugeständnisse der Mehrheit der Abgeordneten an die Exekutive, die sie mit der 'Verhinderung eines Bürgerkrieges' zu rechtfertigen suchte, könnten letztendlich genau zu diesem Bürgerkrieg führen, und zwar zu einem der allerübelsten Sorte. Das kann ein Krieg, noch wahrscheinlicher aber werden es Kriege sein ohne klare soziale Unterscheidung der kämpfenden Seiten. Aus Geschichte und Gegenwart sind solche Kriege bekannt, in denen lokale, national-bornierte, religiöse oder Gemeindegewaltigkeiten dominieren, die der sozialen Unzufriedenheit blutige Entladungsmöglichkeiten geben, doch keinerlei progressive Wege aus der Krise eröffnen. So geschieht es bereits an den Grenzen der UdSSR, in Jugoslawien, in Afghanistan, in einer Reihe afrikanischer Länder, so war es im Libanon, so droht es Indien, Südafrika und anderen Ländern.

Wenn soziale Widersprüche keine bewußten und vorwärtstreibenden Lösungen finden, kann dem 'Kalten Krieg' ein 'Dreißigjähriger Krieg' des Atomzeitalters folgen. Zum Epizentrum der Katastrophe aber eigneten sich die Ruinen der UdSSR. Dem vorzubeugen, ist nicht nur des Prinzips wegen notwendig, sondern entspricht den ureigensten Interessen der Völker des Ostens und Westens, Nordens und Südens. Das kann nicht durch Blauhelm-Einsätze erreicht werden. Die Vereitelung von Plänen reaktionärer Staatsstriche, die von den sogenannten 'Demokraten' ausgehen, könnte den Sturz in die Misere aufhalten. Die internationale Öffentlichkeit muß die Wahrheit darüber erfahren, welchen 'Rechtsstaat', welche 'Demokratie', welche 'Sicherheit' diese Herren unserem Land und der Welt bescheren.

Wenn allerdings der '18. Brumaire' doch noch seine Vollendung erfahren sollte, so möge nicht vergessen werden, daß dem Imperium Louis Bonapartes - die Kommune folgte.

(Übersetzung: Gudrun Havemann)

## Südafrikas Kommunisten am Scheideweg

In den ersten zwei Jahren nach ihrer Wiedezulassung hat die South African Communist Party (SACP) ihre Mitgliederzahl auf 25.000 verachtacht. Damit ist sie weltweit vielleicht die einzige, sicher aber die am schnellsten wachsende Kommunistische Partei. Ihre große, ungebrochene Popularität, vor allem in der schwarzen Arbeiterschaft, verdankt sie ihren historischen Verdiensten im Anti-Apartheid-Kampf und ihrer radikalen Programmatik. Ob die SACP jedoch wirklich eine Zukunft haben wird, dürfte von der Klärung zweier Schlüsselfragen abhängen: der Erarbeitung eines neuen Sozialismusverständnisses, das dem Zusammenbruch des Staatssozialismus Rechnung trägt, und der Neubestimmung der strategischen Allianz mit dem African National Congress (ANC), mit dem die Kommunistische Partei bis in die höchsten Führungsgremien personell verflochten ist.

### Kritik des "realen Sozialismus"

"War der Sozialismus ein Fehlschlag?" Diese Frage stellte der damalige SACP-Generalsekretär und heutige Parteivorsitzende Joe Slovo Anfang 1990 bereits im Titel einer Broschüre<sup>1</sup>, die eine kontroverse Diskussion über die Krise des Staatssozialismus sowjetischen Typs und neue Sozialismuskonzepte nicht nur in der SACP, sondern auch in den südafrikanischen Gewerkschaften, dem ANC und kleinen linkssozialistischen Gruppen auslöste.

Der Sozialismus sei zwar kein völliger Fehlschlag, aber sei zweifellos in seiner tiefsten Krise seit 1917, lautete vor gut drei Jahren die Antwort Slovos auf die im Titel seiner Diskussionsbroschüre gestellte Frage. Die Krise dürfe nicht auf Glasnost und Perestroika oder die marxistische Theorie geschoben werden. Vielmehr seien die Krisengründe in der langjährigen Praxis regierender Kommunistischer Parteien zu suchen.

Kritisch setzte sich der südafrikanische Kommunist mit den massiven Demokratiedefiziten in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten auseinander. Die große Mehrheit der Bevölkerung habe nur sehr wenige Möglichkeiten gehabt, "die Richtung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu bestimmen". (S. 16) "Wo es einen Einparteienstaat gibt und innerhalb der Partei nicht einmal Demokratie und Rechenschaftspflicht beste-

<sup>1</sup> Joe Slovo: Has Socialism Failed? London 1990. Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Broschüre.

hen, wird er zum kürzesten Weg einer politischen Tyrannei über die gesamte Gesellschaft", lautete Slovos rückblickende Einschätzung (S. 19).

Die Folge sei eine starke "politische Entfremdung" der "großen Bevölkerungsmehrheit" gewesen (S. 19). Zur politischen Entfremdung sei die wirtschaftliche hinzugekommen. Die direkten Produzenten hätten kaum eine Kontrolle über die Produktion sowie die Aneignung und Verwendung des gesellschaftlichen Mehrproduktes gehabt. Überzentralisierung und Kommandostrukturen der Wirtschaft hätten zu einer "Form der 'sozialistischen' Entfremdung" geführt, kritisierte Slovo. "Auf einer rein wirtschaftlichen Ebene stellte sich diese Entfremdung oft als die schlimmste beider Welten heraus." (S. 21) Denn im Kapitalismus gebe es einen starken Zwang zur Produktivitätssteigerung, während im Sozialismus in Ermangelung eines solchen Zwanges ein Anreiz in Form einer direkten Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben geschaffen werden müßte. Ein solcher Anreiz habe, so Slovo, nur allzu oft gefehlt.

Im Fall der Sowjetunion sah Slovo Gründe für die "Deformationen" des Sozialismus (S. 11) im geringen wirtschaftlichen Entwicklungsstand und in mangelnder demokratischer Tradition zu Zeit der Oktoberrevolution und im starken Destabilisierungsdruck in den Folgejahren. Ein Teil der sozialistischen Staaten habe seine Entstehung und sein Überleben zu einem beträchtlichem Maß der Sowjetunion verdankt und sei daher dem "stalinistischen Wirtschafts- und Politikmodell" gefolgt (S. 11).

Slovo ging dann auch noch auf die Frage ein, warum ein stalinistisch geprägtes Politikverständnis in den Kommunistischen Parteien kapitalistischer Gesellschaften, einschließlich der SACP, so tiefe Wurzeln hat schlagen können. Hier benannte er die großzügige Hilfe der Sowjetunion. Außerdem sei die UdSSR als "Bollwerk" gegen die eigenen Feinde gesehen worden (S. 11). Damit kam Slovo zu einer deutlich kritischeren Einschätzung bisheriger staatssozialistischer Praxis als das damals nur wenige Monate alte Programm der traditionell prosowjetischen SACP. Darin hatten sich die südafrikanischen Kommunisten weiterhin auf die damals noch bestehenden sozialistischen Staaten orientiert, sich aber gleichzeitig zu einer kritischen Bewertung des Stalinismus verstanden.<sup>2</sup>

### Auf dem Weg zu einem neuen Sozialismusverständnis

Immerhin hatte die SACP in ihrem Programm von 1989 insofern Konsequenzen aus den Demokratiedefiziten des Staatssozialismus gezogen, als sie der Demokratisierung der südafrikanischen Gesellschaft und der Gewährleistung der Grundrechte in einem Post-Apartheid-Staat einen hohen Stellenwert einräumte. Dies impliziere eindeutig "politischen Pluralismus",

<sup>2</sup> Siehe The Path to Power. Programme of the South African Communist Party as adopted at the Seventh Congress, 1989, o.O., o.J., S. 7 ff. Die SACP hatte bspw. die Intervention der Sowjetunion in Ungarn und der Tschechoslowakei begrüßt.

unterstrich Slovo in seiner Broschüre "Has Socialism Failed?". Er hält eine Mehrparteiendemokratie auch im Sozialismus für wünschenswert.

Die SACP distanzierte sich eindeutig von der Instrumentalisierung von Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen als "Transmissionsriemen" von Staats- und Parteiführung. Vielmehr betonte sie in einem Entwurf für eine Arbeitercharta, die im Gewerkschaftsdachverband Cosatu (Congress of South African Trade Unions) zusammen mit anderen Vorschlägen der Mitgliedschaft zur Diskussion unterbreitet wurde: "Gewerkschaften und ihre Mitgliedsverbände sollen völlig unabhängig ... sein". Für die Gewerkschaften reklamierte die Kommunistische Partei Tarifautonomie, Streikrecht und Mitspracherecht in Wirtschaftsfragen.<sup>3</sup>

Wie eine sozialistische Wirtschaft aussehen sollte, darauf blieben sowohl das SACP-Programm von 1989 als auch Slovos Broschüre eine Antwort schuldig. Hier betrat Slovo dann Anfang 1990 in Interviews Neuland. Minen, Banken, Monopolindustrien und andere Wirtschaftssektoren "müssen unter öffentliche Kontrolle gebracht werden, die ich von staatlicher Kontrolle unterscheide, die in der sozialistischen Welt ein bürokratisches Konzept war und nicht zu wirksamer öffentlicher Kontrolle führte", erklärte Slovo in einem Interview mit der britischen Financial Times (27.2.1991). Unter öffentlicher Kontrolle wollte Slovo eine wirksame Vertretung von Vertretern der Bevölkerung, insbesondere der Produzenten selbst verstanden wissen. Sein Konzept demokratischer Wirtschaftskontrolle blieb jedoch noch recht verschwommen.<sup>4</sup>

Slovo und andere führende KommunistInnen lösten sich im Kontext ihres veränderten Sozialismusverständnisses auch vom rigiden Zweistufenkonzept der Revolution, das zunächst eine nationaldemokratische und dann eine sozialistische Phase vorgesehen hatte, zugunsten eines graduellen Transformationskonzeptes.<sup>5</sup>

## Sozialismusdebatte in Südafrika

Die schärfste Reaktion auf den Diskussionsbeitrag Slovos kam aus der SACP selbst - vom ANC- und SACP-Führungsmitglied Harry Gwala. Gwala hatte lange Jahre als politischer Häftling im Gefängnis gesessen. Weitgehend abgeschnitten von der internationalen Diskussion hatte ihm der Glaube an den Sozialismus sowjetischer Prägung über die schwere Zeit geholfen. Entsprachend betonte Gwala in seiner Replik, auch die positiven Seiten der stalinistischen Periode seien zu würdigen. Es habe zwar

"Exzesse" gegeben, die nicht zu rechtfertigen seien, diese könnten jedoch durch den äußeren Druck und das fehlende demokratische Erbe erklärt werden. Das Konzept der "Diktatur des Proletariats" sei den schwierigen Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus mit ihren vielfältigen Bedrohungen angemessen und dürfe nicht fallen gelassen werden. Die Analyse Slovos lasse marxistisch-leninistische Wissenschaftlichkeit missen, lautete Gwalas Urteil.<sup>6</sup> Mit dieser Position stand Gwala innerhalb der SACP keineswegs allein.

Mitglieder und Sympathisanten kleiner linkssozialistischer Gruppen teilten zwar nicht Gwalas Apologetik des sowjetischen Staatssozialismus, wohl aber dessen Unbehagen an Slovos Demokratisierungskonzept. Eine bürgerliche Mehrparteiendemokratie sei für Südafrika zwar ein Fortschritt, so der in der Vergangenheit aus der SACP ausgeschlossene David Kitson, letztlich sei sie jedoch eine "bloße Fassade für eine Form der Diktatur der Bourgeoisie". Eine Herrschaft des Proletariats sei erforderlich, wobei die "Mängel autoritärer Bürokratie", wie sie in der Sowjetunion auftraten, zu vermeiden seien.<sup>7</sup> Auch Adam Habib und Mercia Andrews von der kleinen, weitgehend von Intellektuellen getragenen Workers Organisation for Socialist Action (Wosa), werfen Slovo Illusionen über die bürgerliche Demokratie vor. Eine schrittweise Transformation der bürgerlichen Demokratie in einen sozialistischen Staat, wie sie Slovo offenbar vorschwebte, sei nicht möglich. Slovos Konzept sei als sozialdemokratisch bzw. eurokommunistisch zu werten.<sup>8</sup> Für diese Kritiker Slovos scheint der Sozialismus in Südafrika unmittelbar auf der Tagesordnung zu stehen.

Diese linken Kritiker zeigten keinen Weg auf, wie der Sozialismus zu erreichen sei, antwortete das SACP-Führungsmitglied Jeremy Cronin. Der SACP gehe es nicht allein um parlamentarische Politik, wie von Habib und seinen Kollegen behauptet werde, sondern um eine Verbindung von Politik im Parlament und außerparlamentarischer Bewegung. Dies sei der beste Weg, einen Prozeß demokratischer und sozialistischer Transformation durchzusetzen.<sup>9</sup>

Unter einem anderen Blickwinkel kritisierte Pallo Jordan, als Informationssekretär und Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees des ANC ein politisches Schwergewicht, Slovos Schrift.<sup>10</sup> Slovo habe zwar die Symptome

<sup>6</sup> Harry Gwala: Let Us Look at History in the Round, in: African Communist, 1990, Nr. 123, S. 39-48. Im Gegensatz zur SACP-Parteiführung unterstützte Gwala auch öffentlich den August-Putsch in der Sowjetunion.

<sup>7</sup> David Kitson: Marxism-Leninism and Abstract Truth, in: Work in Progress, 1991, Nr. 77, S. 41-43.

<sup>8</sup> Adam Habib/Mercia Andrews: Disinheriting the Heritage of Stalinism, in: South African Labour Bulletin, 15, 1990, 3, S. 86-93.

<sup>9</sup> Jeremy Cronin: Is the SACP Travelling in the Right Direction? A Reponse to Kitson and Habib, in: Work in Progress, 1991, Nr. 74, S. 25-28.

<sup>10</sup> Pallo Jordan: Crisis of Conscience in the SACP: A Critical Review of Slovo's "Has Socialism Failed?", in: Southern Africa Political and Economic Monthly, 3, 1990, 8, S. 28-34.

<sup>3</sup> Draft Workers' Charter, in: African Communist, 1989, Nr. 119, S. 108 ff.

<sup>4</sup> Detaillierter ist dieses Konzept von Rob Davies, Sozialwissenschaftler an der University of Western Cape, hergeleitet worden. Siehe Rob Davies: Rethinking Socialist Economics for South Africa, in: African Communist, 1991, Nr. 125, S. 37-45.

<sup>5</sup> Siehe das Interview mit dem SACP-Führungsmitglied Jeremy Cronin in Alex Callinicos (Hg.): Between Apartheid and Capitalism: Conversations with South African Socialists, London/Chicago/Melbourne 1992, S. 84 ff.

korrekt, nicht aber die Krankheit selbst diagnostiziert. Wie Trotzki und Bucharin müsse man nach der Klassengrundlage - eine sich verselbständigende Bürokratie - des stalinistischen Modells fragen. Die das stalinistische Modell tragenden Kräfte hätten sich mit der Option für eine umfassende Verstaatlichung und eine "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" im Kontext einer rapiden Industrialisierung entscheidend durchgesetzt. Eine solche Entwicklung sei jedoch nicht zwangsläufig gewesen, so Jordan, es habe Alternativen gegeben. Er empfahl den südafrikanischen Kommunisten, sich mit der anti-stalinistischen marxistischen Tradition auseinanderzusetzen und hieraus Anregungen für die Korrektur ihrer Vision vom Sozialismus zu schöpfen.

In einer Antwort auf Jordan konzedierte Slovo, daß "die Reproduktion des Stalinismus im real existierende Sozialismus einen ganzen Teil seiner Wurzeln in der Entstehung einer Schicht mit einem ökonomischen Interesse an der Erringung und Erhaltung einer dominanten und privilegierten Position hatte". Die Grundlage für die konzeptionelle Trennung von Sozialismus und Demokratie sei jedoch in der ideologischen Praxis noch vor der Entstehung dieser privilegierten Schicht gelegt worden und hieran seien auch später oppositionelle Kommunisten, wie Trotzki, beteiligt gewesen.<sup>11</sup>

Jordan forderte die SACP zudem zu einem wesentlich selbstkritischeren Umgang mit ihrer Vergangenheit und dem Bruch mit einer politischen Kultur der Intoleranz auf. Ähnliche Forderungen wurden auch von anderen Linken erhoben.<sup>12</sup>

Insgesamt zeichnete sich die von Slovo initiierte Sozialismus-Debatte durch einen sehr starken Bezug auf die Vergangenheit und eine sträfliche Vernachlässigung ökonomischer Fragen aus.<sup>13</sup>

### Der Blick nach vorn oder zurück?

Die großen Probleme der südafrikanischen Linken, das Scheitern des Staatssozialismus zu verarbeiten und mit ihrer Vergangenheit zurechtzukommen, wurde auf dem Parteitag der SACP im Dezember 1991 sehr deutlich, der sich an die Formulierung von Schlußfolgerungen aus dieser Debatte machte.

Besonders symptomatisch waren die Debatten um die Bewertung des "marxistisch-leninistischen" Erbes und um den Begriff des "demokratischen Sozialismus".

<sup>11</sup> Joe Slovo: Socialist Aspirations and Socialist Realities, in: African Communist, 1991, Nr. 124, S. 7-13, hier S. 8 f.

<sup>12</sup> Siehe z.B. den Abdruck eines Positionspapiers aus den Reihen der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA in South African Labour Bulletin, 15, 1990, 3, S. 28 f. und New Era, Herbst 1991, S. 16 ff.

<sup>13</sup> Eine Debatte über eine Transformation der Wirtschaft wird am ehesten in den Gewerkschaften geführt.

Im Entwurf für das neue Parteiprogramm hatte die Parteiführung jeden Verweis auf den "Marxismus-Leninismus" fallen lassen. Dies stieß bereits im Vorfeld des Parteitages auf Widerstände unter den Mitgliedern. "Die Krise des Sozialismus ist keineswegs Beweis, daß die Theorie des Marxismus-Leninismus falsch ist", bezog beispielsweise die SACP-Sektion in der Region Johannesburg/Pretoria, dem industriellen Kernland Südafrikas, Position.<sup>14</sup> Letztlich wurde der Bezug zu Lenin im neuen Programm nach heftigen Protesten der Parteitagsdelegierten dann doch wieder hergestellt. Es heißt nun: "Die Partei wird von jenen Prinzipien des Marxismus-Leninismus geleitet, deren Allgemeingültigkeit sich in der geschichtlichen Erfahrung bewährt hat. Die Grundlagen für diese Prinzipien wurden von Karl Marx und Friedrich Engels gelegt, und sie wurden von marxistischen Revolutionären, unter denen Lenin eine herausragende Position einnimmt, fortentwickelt."<sup>15</sup>

Auf scharfen Protest stieß auch die von der Parteiführung vorgeschlagene Orientierung auf einen "demokratischen Sozialismus". Viele Delegierte hielten die Ergänzung "demokratisch" für überflüssig und witterten hier eine sozialdemokratische Tendenz. "Der Sozialismus ist inhärent gut", brachte der Parteiveteran Govan Mbeki die Meinung vieler Delegierter auf den Punkt. "Warum sollte ein Adjektiv notwendig sein, um ihn zu charakterisieren. Wenn es Mißbräuche gegeben hat, wollen wir uns mit diesen Mißbräuchen auseinandersetzen. Die Probleme in Osteuropa sind in einem historischen Kontext entstanden. Stalin hat große Fehler gemacht, aber diese können in jenem Kontext erklärt werden." Eine Vier-Fünftel-Mehrheit machte sich die Sicht Mbekis zu eigen und strich das Beiwort "demokratisch" aus dem Programm.

Auf dem Parteitag wurde deutlich, daß erhebliche Teile der SACP-Mitgliedschaft die reale Tragweite des Zusammenbruchs des Staatssozialismus nicht zur Kenntnis nehmen wollen (und aufgrund ihrer politischen Biographie z.T. auch nicht können).<sup>16</sup> Dennoch machte die Partei in der sehr offenen geführten Programmdiskussion insoweit Fortschritte, als sie zusätzlich zum parlamentarischen System Elemente einer partizipatorischen Demokratie forderte. Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen sollten an einer Wirtschaftsplanung beteiligt werden.

<sup>14</sup> Zit. nach Weekly Mail, 29.11.1991; zum ursprünglichen Entwurf des neuen Parteiprogramms siehe Southern Africa Report (Johannesburg), 30.8.1991.

<sup>15</sup> Zit. nach Tony Karon: A Lament on the Ditching of the SACP Faithful, in: Die Suid-Afrikaan, Februar/März 1992, S. 12-15, hier S. 13. Die weitere Parteitagsberichterstattung bezieht sich auf diesen Artikel sowie SouthScan, 13.12.1991, Business Day 9.12.1991, Evening Post, 9.12.1991.

<sup>16</sup> Siehe Tony Karon: a.a.O.

## Das Bündnis von ANC und SACP

Die politische Allianz zwischen ANC und SACP hat einen sehr ungewöhnlichen Charakter, da es zwischen beiden Organisationen personelle Überschneidungen bis in die Führungsspitzen gibt. Nach ihrem Verbot im Jahr 1950 privilegierte die Kommunistische Partei, die schon zuvor mit dem ANC kooperiert hatte, die Arbeit innerhalb des ANC, den sie als Hauptkraft bei der Beseitigung der Apartheid sah. Die südafrikanischen KommunistInnen leisteten einen wichtigen Beitrag bei der Verankerung des ANC in der schwarzen Arbeiterschaft, gestalteten dessen Strategie und Taktik sowohl vor als auch nach dem Verbot des ANC im Jahr 1960 mit und halfen bei Anwerbung materieller Solidarität in den staatssozialistischen Ländern. Offenbar waren KommunistInnen bei der Untergrundarbeit und beim Aufbau der ANC-Guerillaarmee Umkhonto we Sizwe maßgeblich beteiligt. Im Gefolge der Aufstandsbewegung in den Jahren ab 1983 beschloß die SACP auf ihrem 6. Parteitag im Jahr 1984, die Mitgliederrekrutierung und den Aufbau eigener Strukturen in Südafrika zu verstärken. Dies implizierte eine Öffnung der Kommunistischen Partei hin zu AktivistInnen, die ihre politische Sozialisation nicht primär in den Kämpfen der 50er Jahre und in der Exilorganisation des ANC, sondern in der Arbeit von Gewerkschaften und Civics im Südafrika der 70er und 80er Jahre erhalten hatten. Diese brachten in die Partei u.a. eine demokratische Diskussionskultur ein.

Zu großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung hatte die SACP bis weit in die 80er Jahre durchaus ein sehr gespanntes Verhältnis. Sie warf dem dominanten Teil der Gewerkschaftsbewegung eine zu starke Konzentration auf die rein gewerkschaftliche Arbeit und ein zu geringes Engagement im nationalen Befreiungskampf vor. Die SACP erkannte später jedoch, daß Organisationsarbeit und betriebliche Interessenvertretung Voraussetzung für die Konsolidierung der Gewerkschaften waren, ohne die deren zentrale Rolle im Anti-Apartheid-Kampf Ende der 80er Jahre nicht möglich gewesen wäre. Eine verstärkte Affinität zwischen der SACP und den Cosatu-Gewerkschaften ergab sich Ende der 80er Jahre nicht allein aus dem verstärkten politischen Engagement der Gewerkschaften, sondern auch aus dem gemeinsamen antikapitalistischen Sentiment.<sup>17</sup>

Auch nach ihrer Wiedezulassung im Februar 1990 gab die SACP dem Aufbau von ANC-Strukturen zunächst eindeutig den Vorrang vor dem

<sup>17</sup> Die Aktivitäten der SACP in der Illegalität sind aufgrund der äußerst konspirativen Arbeit der Partei noch ein weitgehend unbekanntes Kapitel. Eine Darstellung dieser Periode versuchen Stephen Ellis und Tsepo Sechaba in ihrem jüngst erschienenen Buch *Comrades against Apartheid. The ANC & the South African Communist Party in Exile*, London (James Currey) und Indianapolis 1992. In diesem Buch schreibt einer der beiden Autoren unter Pseudonym und sind die Quellen nicht transparent, was seinen Wert mindert. Als eine offizielle Parteigeschichte siehe A. Lerumo: *Fünfzig Jahre Kampf der Südafrikanischen Kommunistischen Partei 1921-1971*, Berlin (O) 1973.

Aufbau eigener Strukturen, um den ANC als zentralen Widerpart zur Regierung zu stärken. Kommunisten waren maßgeblich an der Entwicklung der ANC-Verhandlungsstrategie beteiligt, der damalige SACP-Generalsekretär Joe Slovo war als Teil der ANC-Delegation an allen entscheidenden Gesprächsrunden mit der Regierung beteiligt. Als eigenständige Kraft trat die SACP, abgesehen von der Sozialismusdebatte, kaum in Erscheinung, wenn sie auch eine eigene offen arbeitende Organisation in Südafrika aufbaute. Der Organisationsaufbau der SACP wurde dadurch erschwert, daß viele Kommunisten gleichzeitig im ANC und/oder den Gewerkschaften engagiert waren. Auch war es für die verschiedenen Widerstandsgenerationen in der Kommunistische Partei mit ihren sehr unterschiedlichen politischen Sozialisationen nicht einfach, zueinander zu finden - zumal sie in den Jahren der Illegalität und des Exils nur recht wenige Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit machen konnten.

## Eigenständigerer Kurs?

Auf dem ersten Kongreß nach ihrer Wiedezulassung faßte die Kommunistische Partei im Dezember 1991 Beschlüsse, die auf einen gegenüber dem ANC eigenständigeren Kurs hindeuten. Die SACP will sich in der gegenwärtigen Übergangsphase auf Kampagnen zu brennenden sozialen Fragen - Wohnungsnot, Hunger und mangelhafte Gesundheitsversorgung - konzentrieren. Sozioökonomische Probleme sind im Übergangsprozeß bislang allein von den Gewerkschaften sowie gelegentlich lokalen Organisationen in politischen Kampagnen aufgegriffen worden. Die Mobilisierungserfolge der Gewerkschaften in einer Kampagne gegen die Einführung einer sozial ungerechten Mehrwertsteuer, die sie mit der Forderung nach einer Mitsprache in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten verbanden, zeigt, daß gerade die Verknüpfung von sozialen und politischen Forderungen erfolgversprechend wäre. Von den Alltagsproblemen sehr abgehobene - wenn auch für den Ausgang der Verhandlungen sehr entscheidende - Forderungen wie nach Einsetzung einer Interimsregierung veranlassen die Bevölkerung hingegen kaum zu politischer Aktivität.

Hinsichtlich der Ausgestaltung des Übergangsprozesses zeigte sich der SACP-Parteitag gegenüber dem Regime etwas härter als der ANC. In dem als zentrales Verhandlungsgremium konzipierten Konvent für ein demokratisches Südafrika (Codesa) ist die SACP nun auch als eigenständige Kraft am Verhandlungstisch vertreten. Allerdings sind die multilateralen Codesa-Verhandlungen seit Monaten suspendiert, die entscheidenden Gespräche finden derzeit bilateral zwischen Regierung und ANC statt.

Unabhängigkeit vom ANC demonstrierte der Parteitag auch durch die Wahl von Chris Hanu zum neuen SACP-Generalsekretär. Vor dem Parteitag der Kommunisten hatte die ANC-Führung nämlich signalisiert, sie wolle Hanu, der als Stabschef von Umkhonto we Sizwe in den Verhandlungen mit dem Regime eine wichtige Rolle spielt, nicht von seinen Aufgaben

im ANC zugunsten eines von ihm gewünschten Vollzeitengagements in der SACP entbinden. Hani wurde nun doch von seinen ANC-Aufgaben freigestellt.

Die personelle Überschneidung der SACP-Führung mit dem ANC wurde etwas abgebaut. Trotzdem sind zehn der dreißig Zentralkomitee-Mitglieder der SACP, darunter der neue Vorsitzende und frühere Generalsekretär Joe Slovo und sein Stellvertreter Ray Mhlaba, gleichzeitig Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees des ANC. Vier weitere Mitglieder des Zentralkomitees sind Spitzenfunktionäre im Gewerkschaftsdachverband Cosatu bzw. in der Metallarbeitergewerkschaft. Unter ihnen ist auch Cosatu-Präsident John Gomomo. Damit sind Gewerkschafter in der SACP weit stärker als in der ANC-Führung vertreten. Als eigener Block dürfen die SACP-Mitglieder in den verbündeten Organisationen ANC und Cosatu laut Parteitagbeschluss nicht auftreten. Loyalitätskonflikte lassen sich so jedoch gewiß nicht lösen.

In der Praxis war im Jahr nach dem ersten SACP-Parteitag nach der Wiederzulassung der Partei eine stärkere eigene Akzentsetzung der Kommunistischen Partei nur sehr begrenzt feststellbar. Zentrales Forum für Debatten zur Strategieentwicklung in der gegenwärtigen Übergangsphase blieb für KommunistInnen der ANC. Die Frontverläufe verliefen bei diesen Debatten gleichermaßen durch ANC und SACP. Besonders deutlich wird das an der jüngsten Diskussion um die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit auch über die unmittelbare Übergangsphase hinaus. Diesen Vorschlag machte der SACP-Vorsitzende Joe Slovo unter dem Eindruck der Ereignisse in Angola, wo die rechtsgerichtete Unita (Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola) nach ihrer Wahlniederlage im September 1992 den Krieg gegen die angolansische Regierung wiederaufnahm. Der Vorschlag Slovos wurde sowohl vom SACP-Führungsmitglied Harry Gwala als auch vom nichtkommunistischen ANC-Linken Pallo Jordan scharf kritisiert, da dieser zu einer Blockade des Transformationsprozesses führen würde.<sup>18</sup> Der Vorschlag Slovos wurde von der ANC-Führung dennoch mit deutlicher Mehrheit angenommen. Ähnlich kontrovers war innerhalb von ANC und SACP der Stellenwert von Massenaktionen im Übergangsprozeß. Die SACP setzte bei Massenaktionen 1992 kaum eigene Akzente, KommunistInnen beteiligten sich primär an vom ANC geführten Kampagnen.

Das Verhältnis zum ANC bleibt für die Kommunistische Partei auch nach ihrem Parteitag klärungsbedürftig. Ihre Zukunft dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie sie in der Übergangsphase eigenes Profil entwickelt, ihre Allianz zum ANC neu gestaltet und Konzepte der sozialistischen Umgestaltung entwickelt.

<sup>18</sup> Siehe die Beiträge in der Weekly Mail vom 13.11.1992.

# isw

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen  
Dokumentationen  
Fakten & Argumente

isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. wurde im Herbst 1990 gegründet. Eine Arbeits- und Forschungsgruppe von Ökonomen, Gewerkschaftern und Ingenieuren/Technikern befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Analyse der Globalisierung von Güter- und Kapitalmärkten, untersucht die Weltmarkt-Strategien transnationaler Konzerne und die Wirkungen militärisch-industrieller Komplexe. Folgen für die "Dritte Welt", die Lage der Beschäftigten in den Metropolen und die Ökologie werden untersucht. Gegenstrategien sollen diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht werden.

Im Herbst 1992 führt isw e.V. sein zweites forum durch.

Thema: EG 93 - Supermarkt / Währungsunion / Supermacht. Näheres bei isw e.V.

An isw-reports und isw-spezial sind bisher erschienen:

**isw-reports** (erscheinen vierteljährlich)

- ..... isw-report 1: **Die Schlacht um den Weltmarkt**, Thesen zur Globalstrategie bundesdeutscher Konzerne (Juni 1990), DM 3,- + Porto
- ..... isw-report 5: **Krieg um Öl und \$-Ordnung**, Hintergründe, Fakten, ökonomische und ökologische Folgen des Golfkrieges (Februar 1991), DM 4,- + Porto
- ..... isw-report 6: **Fette Jahre - magere Zeiten**. 8 Jahre Boom und Prosperität für wen? (Mai 1991), DM 4,- + Porto
- ..... isw-report 7: **Chip, Computer, Communication** - Globalisierung, Konkurrenz u. Umbruch in der EDV- und Telekommunikations-Industrie (Juli 1991), DM 4,- + Porto
- ..... isw-report 8: **Von der Geldmacht zur Weltmacht?** Aspekte zu Ökonomie und Politik Großdeutschlands (Oktober 1991), DM 4,- + Porto
- ..... isw-report 9/10: **isw-forum: Globalisierung der Märkte - Strategien transnationaler Konzerne** (Dezember 1991), DM 6,- + Porto
- ..... isw-report 11: **Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?** - Fakten und Analysen zum Weltwirtschaftsgipfel (März 1992), DM 5,- + Porto
- ..... isw-report 12: **Mit Energie ins Treibhaus**. Energieverbrauch und Treibhauseffekt - Technische Lösbarkeit und politökonomische Interessen (Juni 1992), DM 5,- + Porto

**isw-spezial:**

- ..... isw-spezial 1: **Kapitalmacht in Deutschland** - Vermögensverteilung und wirtschaftliche Machtkonzentration (August 1991), DM 7,- + Porto
- ..... isw-spezial 2: **Stahl-Monopoly** - Der Krupp-Hoesch-Deal (Dezember 1991), DM 4,- + Porto
- ..... isw-spezial 3: **Siemens** Bilanz- und Konzernanalyse (April/Mai 1992), DM 4,- + Porto
- ..... isw-spezial 4: **El Salvador / Alternatives ökonomisches Modell** (Juni 1992), DM 4,- + Porto

Ich bestelle oben angekreuzte Titel

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte senden an: isw e.V., Georg-Wopfner-Str. 46, 8000 München 45  
Konto: Sparda Bank München, Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Peter F. Schmitt

## Wie weiter mit der rechtspopulistischen Insurgenz?

Zum Verhältnis von transnationalem Kapital und Neofaschismus - Ein Problemaufriß

Der Bundesverband der deutschen Industrie, offenbar besorgt um den guten Klang alles Deutschen, wollte sich nicht länger das Geschäft vermasseln lassen und forderte daher unlängst in einer öffentlichen Erklärung zu entschiedenen Maßnahmen gegen den Rechtsradikalismus auf. Egal ob ehrbare Absicht oder nur der Hauch eines Lippenbekenntnisses: Ein Schelm wäre, wer sich am Ausgang eines knochenbrechenden blutigen Jahrhunderts über brave Kapitalschützenhilfe gegen rechts nicht freuen wollte. Welche Muse den vor kurzem noch ohnegleichen megalomanen deutschen Imperialismus auch immer geküßt haben mag, so vernehmen wir aus dieser jüngsten Verlautbarung des BDI jedenfalls erleichtert, daß der Zeitpunkt einer "Machtergreifung" offenbar noch nicht wieder ins opportune Machtkalkül gezogen worden und uns damit immerhin eine Atempause gegönnt sei. Solange also noch nicht wieder Weimarer oder analoge Verhältnisse eingekehrt sind, wären die Bedingungen somit umso aussichtsreicher, um den rechten Terror füglich in die Schranken verweisen zu können.

Zu thematisieren wäre allerdings die nach wie vor grassierende Beschränkung auf den allzu vordergründig hooliganhaften Anschein des Rechtsterrors, jene gleichsam verharmlosende wie entpolitisierende Verkennung neonazistischer Delinquenz als ins bizarr-kriminelle gesteigerter Jugendprotest, mit dem die Designer der veröffentlichten Meinung das Spezifische des Phänomens zu relativieren suchen. Nicht zuletzt in der angehängten Beschwichtigungsformel "Bonn sei nicht Weimar" drückt sich ein unangemessenes Vertrauen in die Historizität des Faschismus aus, dem mit folgenden Überlegungen cum grano salis zu widersprechen wäre.

Abstrahierend von jeder hochnotpeinlichen Betroffenheitszornesröte ließe sich nüchtern ohne Umschweife gerade das Aufschlußreiche aktueller rechtsextremistischer Mordbrennerei ins Auge und kurz und bündig etwa wie folgt zusammenfassen:

Macht sich in den häßlichen Kulminationen parafaschistischer Umtriebigkeiten nicht auch etwas bemerkbar, was zeigt, daß das faschistoid-rechtspopulistische Element außer hemdsärmeligen Destruktivitäten eigentlich nichts substantiell Konstruktives zu bieten hat? Was ja immerhin im Hinblick auf die Frage einer denkbar im Bereich des Möglichen liegenden Rekonstruktion eines faschistisch-autoritären Regimes nicht uninter-

essant sein dürfte. Im Kern wäre damit das zentrale Bündnisproblem von Kapital und rechtspopulistischer Insurgenz angesprochen.

Anders gefragt: Könnte ein Faschismus von Staats wegen überhaupt jemals wieder Raum gewinnen, ohne daß maßgebliche Spitzen der Bourgeoisie selbst und in deren Schlepptau die hierzu unabdingbaren gesellschaftlichen Eliten aus Politik, Wirtschaft und Kultur in breiter Front zur faschistischen ultra ratio überschwenken? Anschlußfrage: Wie steht es damit konkret?

Gewiß, die deutsche imperialistische Bourgeoisie dürfte zum einen aus den historischen Erfahrungen heraus "desillusioniert" und demzufolge abgeklärt sein, sowie zum anderen hinsichtlich ihrer wie auch immer expansionistischen Zielsetzungen längst über effizientere und flexiblere Hegemonialkonzeptionen - in gegenseitiger Interessenverflechtung wiederum mit den Spitzen der Weltbourgeoisie - verfügen. Sie ist längst über jedes kleinlich deutsche Maß hinaus- und in transnationale Dimensionen hineingewachsen, als daß sie sich je mit den Ressentiment seines deutschnational insurgierenden Kleinbürgertums, sekundiert von verpöbelten Proletariern, oder gar mit einer sich reinkarnierenden SA aufs neue würde encanaillieren müssen. So in etwa könnte eine Kurzbeschreibung grundlegend veränderter Konstellationen lauten, aus denen sich behaupten ließe, die Geschichte wiederhole sich nicht, es sei denn als Farce.

Fazit des Ganzen: Wenigstens in dieser Hinsicht könnte man also erleichtert und weniger beunruhigt sein? - Oder doch nicht?

Der Gärprozeß im europolitisch-imperialen Neuordnungshefeteig kann, aber muß nicht friedlich bleiben. Ein Ende der ökonomischen und politischen Unübersichtlichkeiten, die zu Spekulationen Anlaß geben mögen, daß auf dem Boden veränderter Machttatsachen über kurz oder lang die geopolitischen Karten auch am deutschimperialistischen Spieltisch neu gemischt werden könnten, ist derzeit nicht abzusehen.

## Internationalisierung im Interessenkonflikt

Das politisch einem Nein gleichzusetzende äußerst knappe Resultat des Referendums in Frankreich, das definitive Nein in Dänemark, zeigen beispielhaft das Aufbäumen einer nationalen Fronde gegen die neue Qualität im Entwicklungsprozeß einer fortschreitenden Internationalisierung von Produktion und Kapital auf seiten der monopolistischen Nutznießer. Die sich hierbei vehement artikulierenden Marginalisierungsängste werden gerade dadurch verstärkt, daß die einzelstaatlichen Staatsbürokratien immer nachdrücklicher die eurostrategischen Geschäftsinteressen ihrer transnationalen Monopolklientel zu Lasten der Bevölkerungsmehrheiten vertreten und mit hierzu entsprechenden Vertragspaketen unumkehrbare Tatsachen schaffen wollen. Wenngleich der daraus resultierende Protest zweifelsohne zugleich auch Wasser auf die Mühlen der Ultrarechten leitet, so nimmt ihnen, sozusagen als Kehrseite der Medaille, die auf Weltpräsenz statt auf

nationale Schollengebundenheit ausgerichtete objektive Konzerninteressenlage gleichzeitig jeden Hoffnungsschimmer einer politischen Machtbeteiligungsoption gleichsam wieder aus der Hand. Folgendes wäre dabei denkbar:

### Divergenz von nationalem Fundamentalismus und Konzerninteressenlage

Eine so beschriebene Konstellation, in der sich ohnehin bereits transnational operierende Konzerne den Resten ihrer nationalökonomischen Schwerkraft scheinbar entledigen, führt innenpolitisch zu veränderten Bedingungen in dem hier verfolgten Sinne, als da das dem deutschen Imperialismus einst so vordringliche Programm einer territorial-expansiven Erweiterung seiner Einflußsphären, an das sich der kleinbürgerlich-nationale Common sense bündnispolitisch anklammern konnte, heute nicht mehr besteht. Daß damit aber die im gegebenen Fall herzustellende Massenbasis eines nationalen Fundamentalismus auf entschiedenes Desinteresse finanzkräftiger Mäzene stoßen und dies folglich jenen Kreisen der ohne Kapitalmäzene am Bettelstab gehenden und daher nach zahlungsfähigen Bündnispartnern stets Umschau haltenden völkisch-nationalen Ultrarechten nicht entgangen sein und somit Resignation ihre Maxime sein dürfte, wären allenfalls Stationen auf dem Wege eines hier spaßeshalber fingierten logisch-deduktiven Wunschdenkens. Und wer eine Vorliebe dafür hat, aus politischer Geschichte Logik herausdestillieren zu wollen, der müßte die Fortsetzung der Gedankenkette noch bestechende am Logischen gebührend zu bezweifeln. Gerade das Paradox-Widersprüchliche hat in der politischen Wirklichkeit in nicht für möglich gehaltenem Ausmaß oft genug Fuß fassen können.

Gesetzt also den Fall, die Resignation ließe der vorläufigen Verblendung wegen noch auf sich warten und der absurde Fall würde eintreten, wie er schon eingetreten ist, besser gesagt: wie er in Form publizistisch-penetrirender deutsch-völkischer Agitation, begleitet von praktischen terroristischen Ausschreitungen, längst permanent und in gesteigerter Vehemenz im Gange ist - welche Gefahren ergäben sich oder umgekehrt welche Entwarnungen könnten aus dem solchermaßen unmöglich zu realisierenden und lächerlichen Paradox völkisch-nationaler Brautwerbung in Richtung Neuauflage einer großdeutschen Reichsidee - adressiert an die in Sachen europäische Raumordnung noch stets jung gebliebenen Protektoren Siemens-Daimler-Thyssen-DeutscheBank-Allianz-IG-Farben-Nachfolgekonzerne usw. abgeleitet werden?

### Unmögliches Gesamtkunstwerk

Wünschenswert und vorstellbar wäre es demnach, den Rechtsextremismus ins Leere laufen zu sehen, wofür einiges spricht, denn: Eine halbwegs schlüssige rechtsgerichtete nationale Demagogie, die einer sich geschlossen formierenden kleinbürgerlich-antimonopolistischen Opposition erfolgreich zu Munde reden wollte, um von ihr auf den Schild gehoben und mitsamt ihren Klopflechtern zur nationalen Führerschaft gekürt zu werden, müßte sich im ideologischen Spagat - wollte sie das Kunststück fertigbringen, nach historisch erfolgreichem Vorbild als konspirativer Vollstrecker der Kapitalinteressen und zugleich als Volkstäuscher zu agieren - dieses Mal aber nun doch entschieden nach Art der Quadratur des Kreises zu sehr nach der Decke der einen strecken, um für den jeweils anderen Part als attraktiver Koalitionspartner erscheinen zu können. Vertrauenswürdigkeit für die eine, hieße immer zugleich Vertrauensverlust für die andere Klientel. Kein Gedanke an phraseologische Purzelbäume, um das unmögliche Bündnis letztlich dennoch zu schmieden, wie etwa die seinerzeit von den Nazis naßforsch demagogisch an den Haaren herbeigezogene Unterscheidung in "raffendes" und "schaffendes" Kapital, mit welchem zuguterletzt der nationale Schulterschuß zwecks Verschanzung hinter eine gemeinsame Wagenburg wieder möglich sei.

Wir möchten also erleichtert feststellen, daß das Gesamtkunstwerk der Vereinbarung einander fundamental ausschließender Gegensätze somit nicht zu machen ist und es demnach ganz danach aussieht, als ob - rein logisch betrachtet - die verschiedenen ultrarechten und militanten Freizeitfaschistengruppierungen auf einem politisch voluntaristischen Abstellgleis agieren würden, sozusagen als Narrenschiff am Rande eines auf gemäßigttem und sicherem mainstream-Kurs dahinflottierenden staatsmonopolistischen Geleitzuges, dessen Krisenlogistik sich allenthalben weiß Gott modernerer politisch-ideologischer Stabilisierungsverfahren zu bedienen weiß.

Machen sie also tatsächlich die Rechnung so ganz ohne den Wirt? Und bestünde demnach Hoffnung, daß der absonderliche neofaschistische Spuk irgendwann einmal endgültig vom Tisch wäre? Daran auch nur einen Moment zu glauben, wäre allerdings purer Leichtsin. Zumal nicht überschen werden darf, daß die Ultrarechten jederzeit als nützliche Idioten in subalterne Vorspanndienste genommen werden können. Als fäulnisregender Bodensatz für eine möglichst umfassende und facettenreiche gesellschaftspolitische Desorientierung haben sie sich jetzt schon bewährt. Zu Zwecken der inneren Aushöhlung dessen, was als innenpolitischer Kanon demokratieverbindlicher und rechtsstaatlicher Erwartungshaltungen gelten darf, toleriert und greift das herrschende System alles auf, was sich ihm im Sinne der Herrschaftssicherung als zweckmäßig bietet, Hauptsache es macht politisch diffus und benebelt, wozu nicht nur Alkohol, Gewaltvideos, Spielhöllen für jedermann, sondern eben auch Hakenkreuze gehören.

Dies alles hat gewißlich seine besondere Bewandnis, wenn es mal wieder kriselt am runden Tisch des Euro-Kapitals und das unberechenbare Staatsvolk den staatsmonopolistischen Krisenmanagern argwöhnisch auf die Finger schaut, wobei es sich womöglich ungeniert fragen könnte, ob es bei nächster Gelegenheit nicht doch besser Schönhuber wählen soll.

Apropos Krise. Vielleicht wird ja dieser Tage von der Bücherleiter wieder etwas mehr Gebrauch gemacht, um verschämt ins oberste Regal desertierte, und zwar nicht nur jene meist in blaues Leinen gebundenen Grundlegungswerke des vorigen Jahrhunderts, sondern gleichfalls auch die stattlichen Folianten der vor wenigen Jahren noch höchst aktuellen Stamokap-Analyse wieder hervorzukramen.

### Nationalökonomie und Weltkonzerne

Es ist noch nicht lange her, da hat uns der Bremer Wissenschaftler Bernhard Roth vor übereilten Annahmen einer durchgreifenden Internationalisierung transnationaler Konzerne zu Weltkonzernen gewarnt und dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Operationsbasis und somit die Verankerung besagter internationaler Konzerne nach wie vor nationalstaatlich begründet sei. Wenn dem so ist, wären nationalstaatliches territoriales Expansionswollen klassischen Zuschnitts auf seiten der Großkonzerne nicht von vornherein, sozusagen mit dem Fingerzeig auf deren Indifferenz infolge weltkapitalistischer Verflochtenheit, von der Hand zu weisen. Die Gefahr bliebe, daß wenn die krisenzugespitzte Rivalität der internationalen Konzerne zum äußersten und es daher zu Rückschlägen ihrer gegenseitig zu gemäßigten nichtmilitärischen Konfliktaustragung getroffenen Kooperationsvereinbarungen (EWS, Gatt usw.) kommt, somit auch jederzeit wiederum eine brachiale Renaissance imperialer nationalstaatlicher Selbstbehauptung bevorstehen kann, die im Extremfall, wie wir zur Genüge wissen, noch nie davor zurückschreckte, mit Mitteln grenzenloser militärischer Gewalt nach innen und nach außen wie gehabt ihre Herrschaftsinteressen abzusichern. Was nichts geringeres besagt, als daß die an den Machthebeln schaltende Bourgeoisie nicht ganz bei Trost wäre, würde sie - und damit darf gerechnet werden - die sich ihr anbietende und anbietende Hand nationaler Helfershelfer im Hinblick auf einen je gegebenen radikalen ordnungspolitischen Umbruchbedarf im rechten Moment nicht zu schätzen und im Handlungsbedarfsfall begierig aufzugreifen wissen, wie sehr sie sich auch im Augenblick, da es nicht machtopportun ist, von ihnen scheinbar desinteressiert distanzieren mag.

### Neofaschistische Infrastruktur

Dies sollte man, über den derzeitigen tagespolitischen Tellerrand hinaus blickend, stets im Auge behalten, auch wenn die derzeitig am europäischen Integrationskonzept laborierende politische Gesamtlage mitnichten den

Eindruck macht, als würden sich diktaturverdächtige geschweige faschistische Lösungen ankündigen. Tatsache bleibt, daß die seit 1945 fortbestehende altfaschistische und aus deren Schoß sich über Jahrzehnte stetig verjüngende neofaschistische Infrastruktur ungebrochen intakt ist, und zwar mit einem beträchtlichen Potential nicht nur an aktivistischer Militanz, sondern eben auch den heutigen Bedingungen angepaßter argumentativer Verjüngung. Und Fakt ist eben auch, daß sich der zielstrebigste Aktivistenkern dieser auf Durchhalten eingeschworenen neofaschistischen Stoßkeile in einer Phase nationalpatriotischen Aufschwungs von ihren Indianerspiel- und Wehrsportübungsplätzen erheben und ohne nennenswerte Behinderung durch die Staatsgewalt in ein öffentliches Aufmarsch- und Straßenschlachtfeld begeben kann, weil dies halt der Schauplatz ist, auf dem sich die Nagelprobe machen läßt, wieweit der zur Masse angeschwollene ausländerfeindliche Plebs zunächst krawallmäßig und demnächst stimmzettelmäßig hinter ihnen steht.

### Staatsgewalt im Zwielficht

Die Stationen Rostock bis Mölln - als hätte es dieser Beweise noch bedurft - wurden somit zum Fanal dessen, daß dieser Staat auf sein Gewaltmonopol gegen rechts am liebsten verzichten würde, dessen aber wiederum doch nicht ganz entbehren kann, zumal die Konzerne unumschränkten Zu- und Durchzug billiger ausländischer Arbeitskräfte fordern. Der Versuch einer nachträglich in staatsmännischer Trauerpose ventilierten Schadensbegrenzung, um einer drohenden Rufschädigung des guten deutschen Namens vorzubeugen, wird regelmäßig überall Lügen gestraft, wo Richter, statt wie früher wegen Unterlassung des Hitlergrußes die Todesstrafe zu verhängen, diesmal umgekehrt proportional, versteht sich, für faschistische Mordtaten 2 Jährchen Haft mit Bewährung aussprechen. Lügen gestraft auch bei der nächstbesten neofaschistischen Straßenschlachtgaudi, wo, bevor die Fernsehkameras in Position gefahren sind, der mit Schaumgummiknuppeln scheinbar frappant aufmarschierende Polizeikorpus seinen ausgewiesenen rechten, folglich unechten Kontrahenten diskret zuflüstert, bitte tut uns nichts, wir tun auch nur so.

Es bestehen also durchaus begründete Zweifel, ob der demokratischen Selbstverteidigung Genüge getan wäre, wenn, im Vertrauen darauf, daß der ökonomisch "rationale" Stamokap-Staat die Sache letztlich im rationalen Eigeninteresse schon richten wird, das Feld der Auseinandersetzung allein dem Zwergenaufstand der sog. Verfassungsorgane überlassen bliebe. Von den Mühlen der Seiters'schen Verbotsbürokratie sollten erst recht keine Wunder erwartet werden. "Ruhe und Ordnung" wie einst im prohibitiv-liberalen Nachtwächterstaat liesse zwar nächstens alle Katzen grau werden und gäbe immerhin zumindest eine Atempause. Umso mehr könnte es bei den nächsten Wahlen eine böse Überraschung geben.

## Informationelle Revolution und Eigentumsordnung

Es ist eine alte marxistische These, daß die kapitalistische Eigentumsordnung mit zunehmender Entwicklung der modernen Produktivkräfte immer mehr dysfunktional wird. Dysfunktional gemessen am Kriterium gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt. Die optimale Nutzung und Entwicklung dieser Produktivkräfte erfordere vielmehr durch gesamtgesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln fundierte Produktionsverhältnisse. Dieser "systemsprengende" Entwicklungstrend der Produktivkräfte wurde von Engels inhaltlich charakterisiert als Zunahme ihres gesellschaftlichen Charakters. Die Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte wurde hauptsächlich abgeleitet aus einer Vertiefung der Arbeitsteilung. Immer mehr Menschen arbeiten zusammen im selben Unternehmen oder am selben Produkt. Der Verbraucherkreis, in den die Arbeit eines einzelnen Arbeiters eingeht wird immer größer oder anders: der Markt eines Unternehmens dehnt sich (gemessen an der Zahl der Belieferten) immer mehr aus. Wurde früher noch für das Dorf oder den Stadtteil produziert, so wird jetzt zunehmend fürs ganze Land und sogar für andere Länder produziert. (Dieser Gedankengang findet sich bei Engels S.122 ff.)

### Grundzüge aktueller Produktivkraftentwicklung

Charakterisiert man nun die Grundzüge aktueller Entwicklung der Produktivkräfte, so wird diese gemeinhin durch zwei Momente charakterisiert:

1. Das Ausmaß der Eingriffe in die Natur ist derart gewachsen, daß die ökologischen Folgewirkungen (z.B. Ozonloch oder Treibhauseffekt) schon nicht mehr als "Neben"wirkungen zu bezeichnen sind, sondern derart gravierende Folgen haben, daß sie die Existenz der Menschheit bedrohen.
2. Die informationsverarbeitenden Technologien insbesondere als EDV bestimmen zunehmend die technologische Charakterisierung der Produktivkraftentwicklung. Wurden früher Funktionen der menschlichen Hand oder des menschlichen Muskelsystems durch materielle Produkte (Werkzeug, Maschine) ersetzt, so sind es nun zunehmend menschliche Gehirnfunktionen (vor allem durch den Computer). Boccara bezeichnete jüngst diese Entwicklung als "informationelle Revolution" (Boccara S.57).

Interessant ist nun, daß beide Entwicklungen mit einer Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte einhergehen, wobei dieser zunehmende gesellschaftliche Charakter eine andere Begründung als die

von Engels gegebene erhält (nicht nur Zunahme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung):

1. Die Zunahme des gesellschaftlichen Charakters menschlicher Natureingriffe durch deren anwachsende ökologische Folgewirkungen sei an einem Beispiel illustriert: Die Frage, welchen Ausstoß an Kohlendioxid oder FCKW ein Unternehmen in Hamburg produziert, ist eine Frage, die jeden Menschen auf diesem Planeten betrifft und das sogar existentiell.
2. Die "informationelle Revolution" bewirkt, daß Information im weitesten Sinne (auch Computerprogramme, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse etc.) zunehmende Bedeutung und zunehmenden Anteil am produzierten Gütervolumen erlangen. Nun wies jüngst noch einmal Boccara auf den besonderen Charakter des Gutes Information hin: "Wenn ich eine Information liefere, unterscheidet sich das grundsätzlich von der Lieferung eines materiellen Produkts industriellen Typs. Wenn ich z.B. eine Armbanduhr liefere, habe ich sie nicht mehr. Aber wenn ich eine Information liefere, habe ich sie noch und kann auch dieselbe Information an mehrere Personen liefern." (Boccara S.57) Wobei "mehrere Personen" untertrieben ist. Eine einmal produzierte Information ist prinzipiell von allen Menschen nutzbar, ohne daß sich deren Nutzung gegenseitig ausschließt. Dies als Zunahme gesellschaftlichen Charakters zu interpretieren, scheint mir nicht verfehlt.

### Verhältnis zur Eigentumsordnung

Die Frage ist nun, ob sich auch aus diesen beiden Arten der Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte eine zunehmende Dysfunktionalität kapitalistischer Eigentumsordnung und das Erfordernis der Dominanz gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ableiten läßt.

Zu 1.: Die ökologische Problematik wird in der bürgerlichen Ökonomie unter dem Terminus "externe Effekte" diskutiert (Vgl. Claassen S.124 ff.). Diese Effekte (z.B. Umweltverschmutzung) betreffen den, der entscheidet, nicht (genauer nur zu einem geringen Bruchteil, weitgehend betreffen sie andere Menschen), tauchen also in seinem individuellen Optimierungskalkül, in seiner Kosten/Nutzen-Abwägung mit dem Anteil, mit dem sie andere Menschen betreffen, nicht auf. Eine Zurechnung über Marktmechanismen versagt. Will man diese "externen Effekte" im Kalkül drin haben, liegt folgender Schluß nahe: Da sie den, der entscheidet, nicht betreffen, sollen stattdessen die entscheiden, die davon betroffen sind. Das ist aber die Gesamtgesellschaft (und nicht etwa eine einzelne Belegschaft). Man kommt somit auf eine Begründung gesamtgesellschaftlichen Eigentums. Zugegebenerweise vollzieht die bürgerliche Ökonomie obige Schlußfolgerung nicht, sondern favorisiert Lösungen wie staatliche Ver- und Gebote sowie Subventionen bei Beibehaltung privater Wirtschaft. Vorgestellt werden auch Modelle staatlich ausgegebener, aber frei handelbarer Umwelt-

verschmutzungsaktien. Es spricht einiges dafür, daß eine Ökologiepolitik durch direkte Steuerung der Produktionsentscheidungen durch demokratisch kontrollierte Organe einer "marktkonformen" Lösung indirekter Beeinflussung der Privatwirtschaft in punkto ökologischer Wirksamkeit überlegen ist.

Zu 2.: In der bürgerlichen Ökonomie gibt es den Begriff "spezifisch öffentliches Gut" (Vgl. Musgrave/Musgrave/Kullmer S.6 ff., S.53 ff.). Bei so einem Gut liegt ein Marktversagen vor, weil eine der beiden folgenden Bedingungen gegeben ist (oder beide):

a) Unmöglichkeit des Ausschlusses. Da niemand vom Nutzen des Gutes ausgeschlossen werden kann, auch dann nicht, wenn er nicht zahlt, wird kaum jemand bereit sein zu zahlen. Eine Regulation der Versorgung über den Markt ist somit nicht möglich.

b) Nichtrivalität des Konsums. Eine zusätzliche Nutzung verursacht keine zusätzlichen Kosten (Grenzkosten=Null). Da sie aber Nutzen schafft, würde die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt durch sie gesteigert. Ein Ausschluß nichtzahlender Nutzer wäre also evtl. möglich, ist aber nicht wünschenswert, da dadurch optimale Allokation behindert wird. Bietet man andererseits das Produkt umsonst an (Preis=Grenzkosten=Null), dann gibt es für keinen privaten Unternehmer (und auch für kein Unternehmen in Belegschaftseigentum) einen Anreiz zur Produktion dieses Gutes. Kurz der Markt versagt. Wird es dennoch privat geregelt, sind polypolitische Strukturen freier Konkurrenz kaum denkbar. Polypole dehnen ihre Produktion aus bis der Preis auf die Grenzkosten gesunken ist. Da die Grenzkosten aber nahe Null sind, werden sie vermutlich noch bei Marktversorgung unter den Durchschnittskosten liegen. Liegt aber der Preis (= Grenzkosten) unter den Durchschnittskosten, dann machen sie allesamt Verluste, eine Situation, die ein Privatkapitalist von vornherein meidet. Somit sind als privatwirtschaftliche Lösung nur monopolistische oder oligopolistische Marktstrukturen mit dieser Situation vereinbar. Siebke spricht denn auch für den hier gegebenen Fall bis zur Marktversorgung sinkender Durchschnittskosten von einer Tendenz zum "natürlichen Monopol" (Siebke S. 84). Private Monopole sind aber aus verteilungspolitischen und allokationstheoretischen Gründen bedenklich.

Da also bei solch "spezifisch öffentlichen Gütern" der Markt versagt, ist auch in der bürgerlichen Ökonomie der Gedanke weit verbreitet, wenn nicht gar dominant, daß hier der Staat die Güterversorgung sicherstellen muß. Oder anders: Die Theorie der "öffentlichen Güter" ist ein Versuch zu erklären, warum auch in Systemen der angeblich optimalen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Sektor staatlicher Produktion erforderlich und vorfindlich ist.

Gekoppelt ist dieses Zugeständnis an den Nutzen staatlichen Produktionsmitteleigentums mit einer Marginalisierung des Anwendungsbereichs.

Spezifisch öffentliche Güter seien solche Sonderfälle wie Verteidigung (Militär), Sicherheit (Polizei) etc.

Interessant ist nun ein Aufsatz des Nobelpreisträgers Kenneth J. Arrow. Nach ihm weist das Gut "Information" wesentliche Merkmale eines spezifisch öffentlichen Gutes auf. Und damit auch der gesamte Bereich von Forschung und Entwicklung, der zunächst einmal Informationsproduktion ist: "Das wichtigste ökonomische Charakteristikum von Erfindungs- und Forschungsprozessen besteht darin, daß sie Information produzieren." (Arrow S.122)

Wie stark bei Information das Ausschließungsproblem gegeben ist, wird sehr deutlich an den Klagen der Softwareindustrie über die Raubkopierei. Eine wirksame Ausschließung Nichtzahlender von der Nutzung von Information (z.B. Software) wäre nur mit immensen Kosten durchzusetzen und würde eine stark polizeistaatliche Tendenz der totalen Überwachung freisetzen.

Gravierender als das Ausschließungsproblem ist aber die Nichtrivalität des Konsums, die sich daraus ergibt, daß die Grenzkosten einer zusätzlichen Nutzung einer Information gleich Null sind. Arrow:

"In erster Linie sollte vom Wohlfahrtsstandpunkt aus jede erzielte Information kostenlos zur Verfügung stehen (abgesehen von den Kosten für die Informationsübertragung). Damit wäre zwar die optimale Nutzung der Information gesichert, auf der anderen Seite natürlich kein Anreiz für Investitionen in Forschung gegeben." (Arrow S.123)

Nun war aber das Marktversagen bei den "spezifisch öffentlichen Gütern" schon für bürgerliche Ökonomen ein Argument, die Produktion dieser Güter in öffentlicher Regie zu betreiben. Wendet man diese Argumentation auf den gesamten informationsproduzierenden Sektor an, so ergäbe sich schon von daher ein erheblicher und expandierender Sektor gesamtgesellschaftlichen Produktionsmitteleigentums. Daß mit dieser Frage die Systemalternative berührt wird, deutet selbst Arrow an:

"In einer idealen sozialistischen Wirtschaft wäre die Belohnung für die Erfindung völlig getrennt von irgendwelchen Gebühren der Nutzer der Information. In einer freien Unternehmerwirtschaft wird die Erfindungstätigkeit dadurch gefördert, daß die Erfindung zur Schaffung von Eigentumsrechten verwendet werden kann; in genau dem Ausmaß, wie dies erfolgreich ist, wird Information suboptimal genutzt." (Arrow S.123)

Noch deutlicher das "Handbuch der Finanzwissenschaft":

"Zweifelloos wäre eine radikale Ablösung der marktwirtschaftlichen Zuständigkeit bei monopolisierten Märkten quantitativ von derart umfassender Bedeutung, daß die verbleibenden marktwirtschaftlichen Reste es nicht rechtfertigen würden, das Gesamtsystem noch als marktwirtschaftlich zu klassifizieren. Auf der anderen Seite sind aber auch Güter und Leistungen von kollektiver Nutzbarkeit im Zuge der Bevölkerungsvermehrung und der

technologischen Entwicklung im ständigen Vordringen, so daß eigentlich auch das in diesem Zusammenhang entwickelte Argument des Marktversagens in konsequenter Anwendung zu einer schon qualitativen Systemänderung führen würde." (Krause-Junk S.703)

### Informationsdefizit oder Informationsflut?

Der Arrowschen These einer Unterversorgung mit Information in privatkapitalistischen Gesellschaften wird bisweilen die These einer Überversorgung mit Information gegenübergestellt. (Vgl. Hopf S.170 ff.) Die Hoffnung jedoch, daß sich beide Tendenzen ausgleichen, trügt. Geht es bei Arrows These um eine Unterversorgung mit produktiver, gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt steigernder Information, so geht es bei der Überversorgungstheese um unproduktive, nur distributiv wirksame Informationen. Es geht dabei um erhebliche Kosten verursachende Informationen, die keinen Beitrag zur Erhöhung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt leisten, sondern deshalb produziert und von den Wirtschaftssubjekten nachgefragt werden, weil sie quasi nach den Regeln eines Nullsummenspiels den Anteil eines Subjekts am unveränderten Wohlfahrtskuchen auf Kosten anderer Wirtschaftssubjekte steigern können. Die Unterversorgung mit produktiver Information wird also nicht ausgeglichen durch die Überversorgung mit unproduktiver Information, sondern zu der einen Fehlallokation gesellt sich eine zweite, die das Gesamtausmaß an Fehlallokation noch erhöht. Diese Überversorgung mit unproduktiver Information dürfte umso stärker sein, je stärker die Beziehungen der Menschen durch Konkurrenz und je geringer sie durch Solidarität gekennzeichnet sind.

### Probleme öffentlicher Versorgung

Sicher weist die Versorgung mit öffentlichen Gütern auch bei öffentlicher Produktion und Bereitstellung einige Probleme auf. Allerdings wäre allein schon durch einen Verkauf dieser Güter zu Durchschnittskosten eine bedarfsgerechtere Allokation als bei der privatkapitalistisch/monopolistischen Lösung zu erwarten, da potentielle Nutzer hier nicht mehr dadurch von der Nutzung abgeschreckt würden, daß sie mit dem zu entrichtenden Monopolpreis, der über den Durchschnittskosten liegt, Teile des Monopolprofits mitfinanzieren müssen. Dennoch wäre auch ein Verkauf zu Durchschnittskosten suboptimal gegenüber einem Verkauf zu den niedrigeren Grenzkosten. Verkauft man allerdings zu diesen Grenzkosten, werden die Gesamtkosten nicht gedeckt und das Defizit müsste durch Zwangsabgaben (Steuern) finanziert werden. Damit wäre der als Äquivalenzprinzip bekannte Grundsatz verletzt, der besagt, daß Zahlung und Nutzungsausmaß in einem Zusammenhang stehen müssen. Diese Verletzung mag man aus verteilungspolitischen Gründen bedenklich finden. Nun ist allerdings anzunehmen, daß zumindest der Nutzen von Forschung und Erfindungen ziemlich gleichmäßig über die Gesellschaft streut. Allerdings

wird mit zunehmendem Einkommen ein stärkeres Nutzungsausmaß der Forschung und Erfindungen enthaltenden Güter zu vermuten sein. Dem könnte man dadurch gerecht werden, daß man die Steuer mit wachsendem Einkommen (proportional, progressiv oder degressiv) steigen läßt. Der Einwand, dies würde Leistungsanreize vermindern, gilt allenfalls, wenn man einen typischen Verlauf der Arbeitsangebotskurve in allen Bereichen voraussetzt. Das aber ist umstritten. Träte dieser Effekt dennoch auf, wäre er mit einer Kopfsteuer statt einer einkommensabhängigen Steuer zu umgehen. Das allerdings könnte verteilungspolitisch bedenklich sein (s.o.). Alles in allem zeigt sich, daß bei öffentlicher Versorgung mit öffentlichen Gütern diverse Effekte eingeschätzt und abgewogen werden müßten, um die optimale Mischung zu finden. Die allerdings dürfte reichlich Vorteile gegenüber einer privatkapitalistisch/monopolistischen Lösung haben. Die Vorteilhaftigkeit öffentlicher Güterversorgung in diesen zentralen Bereichen setzt aber funktionierende Demokratie mit entfaltenen individuellen Freiheitsrechten und politischem Pluralismus voraus.

### Exkurs: Information und menschliche Natur

Eines der am wenigsten umstrittenen Zielbestimmungen normativer Wirtschaftswissenschaft ist die optimale Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Diese hervorragende Stellung des Bedürfnisbegriffes in der Wirtschaftswissenschaft verlangt aber ein Interesse an bedürfnistheoretischer psychologischer Forschung. Ein kurzer Abstecher in die kritische Psychologie sei daher erlaubt. Es wurde gezeigt, daß die privatwirtschaftliche Gestaltung der Informationsproduktion, die mit der Etablierung monopolistischer und oligopolistischer Marktstrukturen verbunden ist, zu einer Unterversorgung mit Information führt. Die Möglichkeiten der Informationsnutzung und damit der Übertragung von Lernergebnissen (im weitesten Sinne: Erkenntnisse, Erfahrungen, Entdeckungen etc.) zwischen den Menschen werden hier künstlich beschränkt. Nun ist aber laut Kritischer Psychologie die Übertragung von Lernergebnissen zwischen den Individuen vor allem in Form der Vergegenständlichung dieser Lernergebnisse im Werkzeug insofern ein Spezifikum menschlicher gegenüber tierischer Entwicklung als es mit der "vertikalen", d.h. generationsübergreifenden Übertragung der Lernergebnisse zu einem Prozeß kumulativ aufeinanderbauender Lernfortschritte der Generationen kommt. Der Lernfortschritt eines Individuums geht nicht wie beim Tier mit dessen Tod verloren, sondern wird in Form von Vergegenständlichung auf die folgenden Generationen übertragen und von diesen angeeignet, genutzt und weiterentwickelt (vgl. Holzkamp-Osterkamp S.306 f.). Dieser Prozeß der "vertikalen" Übertragung von Lernergebnissen wird unterstützt durch eine enorme Verdichtung der "horizontalen" Übertragung innerhalb einer Generation. Mit dem Bau von Werkzeugen als "Mittel zum verallgemeinerten Zweck" werden Fähigkeiten und Lernergebnisse situationsunabhängig, eben verallgemeinert verge-

genständlicht. Diese Situationsunabhängigkeit/Verallgemeinerung geht aber einher mit einer Verallgemeinerung über das Individuum hinaus. Das Werkzeug ist auch von anderen Individuen nutzbar (als Gegenstand und als Erfindung). Somit bekommt der Prozeß der Informationsübertragung zwischen den Individuen einen gewaltigen Schub (vgl. Holzkamp S.172 ff.). Die Kritische Psychologie geht nun davon aus, daß die Fähigkeit und Bedürftigkeit, einen solchen Prozeß vergegenständlichter Übertragung von Lernergebnissen in Gang zu setzen, eine Eigentümlichkeit menschlicher Natur ist, die sich in der Evolution im Unterschied zur Natur der Tiere herausgebildet hat. Folgt man diesem Ansatz, dann kann man behaupten, daß die durch privatkapitalistische Eigentumsverhältnisse bedingte, künstliche Beschränkung der Informationsübertragung menschliche Natur gerade dort an ihrer Entfaltung hindert, wo diese ihr Spezifikum hat, sich von der Natur der Tiere unterscheidet.

## Literaturverzeichnis

- Arrow, Kenneth J.: Ökonomischer Nutzen und die Allokation von Ressourcen für Erfindung. In: Naumann, J. (Hrsg.): Forschungsökonomie und Forschungspolitik, Berlin 1970.
- Boccard, Paul: Hat der Sozialismus Zukunft? In: Sozialismus 7/8-92.
- Claassen, Emil-Maria: Ökonomische Aspekte gesellschaftlicher Probleme. In: Bender, D.: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik Bd.2, München 1990.
- Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx/Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd.2, Berlin 1975.
- Holzkamp, Klaus: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M. 1983.
- Holzkamp-Osterkamp, Ute: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung Bd.1, Frankfurt/M. 1975.
- Hopf, Michael: Informationen für Märkte und Märkte für Informationen, Frankfurt/M. 1983.
- Krause-Junk, Gerold: Abriß der Theorie von den öffentlichen Gütern. In: Neumark, F. (Hrsg.): Handbuch der Finanzwissenschaft, Tübingen 1977.
- Musgrave/Musgrave/Kullmer: Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis Bd. 1, Tübingen 1990.
- Siebke, Jürgen: Preistheorie. In: Bender, D.: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik Bd.2, München 1990.

## Henning Böke

### Zur Konstruktion des Sozialen

#### Eine Auseinandersetzung mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe

Unter den theoretischen Arbeiten, die um eine Transformation des Marxismus bemüht sind und denjenigen, "die sich weigern, die 'real existierenden liberalen Demokratien' als das Ende der Geschichte anzusehen, ... eine Reformulierung der sozialistischen Ideale bieten"<sup>1</sup> möchten, verdienen die Beiträge von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe besondere Beachtung. Ihr 1985 erschienenes Buch *Hegemony and Socialist Strategy* (deutsch unter dem Titel *Hegemonie und radikale Demokratie*) stellt eine rigorose Erörterung der theoretischen Grundlagen einer radikaldemokratischen, libertären und pluralistischen Sozialismuskonzeption dar.

Der Ansatz der Konzeption Laclaus war zunächst geprägt durch die Strategiediskussionen der Linken in seinem Heimatland Argentinien vor dem Hintergrund des Perónschen Rechtspopulismus. Angesichts der Schwierigkeit, diesem Phänomen mit klassenreduktionistischen Erklärungsmustern beizukommen, versuchte Laclau, anknüpfend an Gramscis Begriff des "historischen Blocks" wie an Althusser's Theorie des "überdeterminierten Widerspruchs" und der "ideologischen Anrufungen", die "populäre" Dimension der Politik freizulegen. Ideologische Klassenpositionen, so die Grundthese der in dem Band *Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism - Fascism - Populism*<sup>2</sup> gesammelten Aufsätze, werden nicht unmittelbar durch die ökonomische Stellung der Akteure determiniert, sondern bilden sich durch "Artikulation" im "populären Diskurs". Dieser umfaßt sozusagen das, worüber in einem gegebenen politisch-kulturellen Kontext *alle* reden. Die darin auftauchenden ideologischen und kulturellen Elemente sind nicht *a priori* klassenspezifisch bestimmt; die Formierung klassenmäßiger, 'linker' oder 'rechter', reaktionärer oder fortschrittlicher Positionen ergibt sich vielmehr erst durch die Art der diskursiven *Verknüpfung* dieser Elemente, die Laclau "Artikulation" nennt. Der Klassenkampf ist eingebunden in hegemoniale Prozesse, die durch die Konstruktion diskursiver "Äquivalenzverhältnisse" vonstattengehen, in denen die im populären Diskurs auftretenden Themen *besetzt* und miteinander hegemonial

<sup>1</sup> E. Laclau / Ch. Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien 1991, S. 25.

<sup>2</sup> London 1977, deutsch: *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus - Faschismus - Populismus*, West-Berlin 1981.

verknüpft werden – diese Verknüpfungen sind nicht *essentiell* und *notwendig*, sondern *kontingentes* Resultat hegemonialer Prozesse.

In einer uns vertrauteren Sphäre könnte etwa die Herausbildung der Ökologiebewegung diese diskursiven Verknüpfungsprozesse veranschaulichen. Ökologie ist kein per se 'rechtes' oder 'linkes' Thema – der hegemoniale Kampf dreht sich um die Einbindung dieser Thematik in diverse mögliche Äquivalenzketten, die von rechts – Verknüpfung mit deutschem Wald und ähnlichem Schund – bis links – Verknüpfung mit emanzipatorischen und antikapitalistischen Ideen demokratischen und selbstorganisierten Lebens und Produzierens – reichen.

Ein verbreitetes Mißverständnis dieser Konzeption besteht in dem Vorwurf, nach dieser Auffassung könne man ja alles und jedes instrumentell-strategisch im Kampf um Hegemonie nutzbar machen und 'besetzen'; bemängelt wird das Fehlen einer inhaltlich gefüllten Idee der Emanzipation. Überdies werden die politischen Einwände, die gegen Laclaus damalige Positionen mit Grund erhoben werden können, von solchen, die sich gern bequem ans Handfeste halten und im übrigen die später von Laclau gemeinsam mit Chantal Mouffe ausgearbeitete Theorie zu abstrakt finden<sup>3</sup>, allzu kurzschlüssig an die Stelle substantieller Auseinandersetzung gesetzt. Der Einwand, daß man im Sinne von Laclau alles Erdenkliche links "artikulieren" könne, erledigt sich von selbst dadurch, daß diskursive Verknüpfungen nie arbiträr erfolgen können, sondern ihre Denkbarkeit oder Undenkbarkeit selbst ein Stück sozialer Objektivität ist. Welche "ideologischen", oder, beim späteren Laclau, "diskursiven" Elemente sich in linken Sequenzen artikulieren lassen, hängt immer von historischen Bedingungen ab.

Diese aber sind, und damit betreten wir die *theoretische* Ebene, aus *kontingenten* Elementen formiert – Notwendigkeit und Determiniertheit sind interne Effekte konjunktureller Zusammenhänge, nicht jedoch Attribute des Geschichtsprozesses im Ganzen. Weder in ihm, noch im 'Wesen des Menschen', noch irgend anderswo gibt es einen archimedischen Punkt, eine *Essenz*, woraus wir ableiten könnten, was richtig oder falsch, fortschrittlich oder reaktionär im Sinne der Erfüllung oder Verfehlung einer uns außerhalb konkreter diskursiver Praxen vorgegebenen Bestimmung sei. Gäbe es eine solche, so hätten wir in Ableitung daraus eine geschlossene Konzeption des Sozialen. Diese aber wird zu einem epistemischen und politischen Hindernis, das die Wahrnehmung der antagonistischen Formierungsprozesse, in denen emanzipatorische Ideen, die Begriffe und Kategorien der Linken sich herausbilden und wirken, blockiert. Laclaus Ansatz richtet sich, wie schon der Althusser'sche, in der Tat gegen die vornehmlich bei

<sup>3</sup> So jüngst Stefan Gandler, "Das Ende der Unbescheidenheit", in: *diskus* 4/1992, S. 55-58 – eine denunziatorische Polemik, die sich nicht die allergeringste Mühe macht, die Substanz der von Laclau und Mouffe verhandelten theoretischen Problematik auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn aufzuarbeiten.

Linksintellektuellen lange Zeit beliebte geschichtsphilosophische Konstruktion eines 'revolutionären Subjekts' als einer wesenhaft auserkorenen sozialen Kraft, die mit ihrer Emanzipation zugleich die der gesamten Menschheit vollbringt – die 'Menschheit' ist selbst eine diskursive Konstruktion, der "totale Mensch" des noch von Feuerbach inspirierten jungen Marx eine normative Fiktion. Mit der Verabschiedung solcher Mythen erspart man sich die Probleme, die Herbert Marcuse quälten, als er, nachdem er die Arbeiterklasse für integriert befunden hatte, auf der Suche nach einem neuen 'revolutionären Subjekt' alle möglichen Randgruppen abklapperte. Laclau indes hat niemals einen "Abschied vom Proletariat" proklamiert; er bestreitet bloß, daß die Arbeiterklasse oder irgendeine andere soziale Kraft einen *a priori* privilegierten Status als Akteur der Befreiung innehatte – was mitnichten ausschließt, daß der Arbeiterbewegung unter bestimmten Bedingungen immer noch die entscheidende Rolle zukommen kann. Anzuerkennen ist aber – und genau das ist Gegenstand der weiterführenden theoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe –, daß die Unabgeschlossenheit und Unvorhersehbarkeit von Geschichte die Konstruktion einer Aufhebung von Herrschaft durch die Emanzipation *einer* sozialen Kraft verbietet. 'Herrschaft' und 'Emanzipation' sind nichts anderes als das, was darüber durch soziale Akteure verhandelt wird. Jederzeit können soziale Akteure auftreten, deren Forderungen durch *vorgängige* Konzepte 'großer Theorie' nicht antizipierbar sind. Die Frage ist nun, in welcher Weise eine hegemoniefähige Verknüpfung verschiedener kritischer Diskurse gedacht werden kann. Aus diesem Problem, das innerhalb des Marxismus insbesondere durch Gramsci und Althusser aufgeworfen wurde, suchen Laclau und Mouffe rigorose Konsequenzen zu ziehen, indem sie sie als Frage der *Konstruktion des sozialen Raumes* formulieren.

In den nach Laclaus Emigration nach England entstandenen, zum großen Teil gemeinsam mit Chantal Mouffe – Schülerin von Althusser, die u.a. mit feministischen Beiträgen hervortrat – geschriebenen Arbeiten rückt die Erörterung des Zusammenhangs von theoretischer *épistémé* und Politik in den Mittelpunkt. Laclau spricht in seinem Aufsatz "Diskurs, Hegemonie und Politik"<sup>4</sup> von einer "*Dispersion*" *der theoretischen Objekte*, die die *épistémé* unserer Zeit von der des neunzehnten Jahrhunderts scheidet: Dem klassischen Marxismus war etwa das Objekt "Arbeiterklasse" *evident* als die durch ihre ökonomische Stellung definierte Gesamtheit der Lohnabhängigen gegeben. Im Laufe der Zeit, nämlich im Verschwinden ihrer *sichtbaren* Einheit, hat sich gezeigt, daß diese Einheit durch mehr als bloß ökonomische Bestimmtheit konstituiert war: durch eine gemeinsame, von der 'bürgerlichen' abgegrenzte Lebensform und Handlungsweise. Zugleich wird auch die Einheit des Objekts "Ökonomie" fragwürdig: die Ökonomie ist kein homogener, in sich durchdeterminierter Raum, sondern selbst po-

<sup>4</sup> In: W.F. Haug / W. Elfferding (Hrsg.), *Internationale Sozialismus-Diskussion: 2. Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderband 78*, Berlin 1982.

litisch konstituiert – nichts anderes meint im Grunde die Kritik der politischen Ökonomie. Die 'Gesetzmäßigkeiten' von 'Ökonomie' wirken und reproduzieren sich effektiv stets nur dadurch, daß sie von den Beteiligten – Kapitalisten, Arbeitern, Politikern, Juristen, Journalisten usw. – für sinnvoll gehalten und als 'sinnvolle' verhandelt und praktiziert werden. Der klassischen marxistischen Theorie hatte, im Sinne eines epistemischen Subjekt-Objekt-Paradigmas, die Problemstellung zugrundegelegt, wie die *objektiv* ökonomisch konstituierte Realität sich im (klassenmäßigen) Bewußtsein der Beteiligten darstellt. Die von Hegel herkommenden Begriffe der Klasse "an sich" und "für sich" standen für die Frage, wie die objektiv existierende Arbeiterklasse zum richtigen Bewußtsein ihrer selbst gelangt, durch das sie zur Wahrnehmung ihrer historischen Rolle befähigt werde. Der diskurstheoretische Zugriff konzentriert sich demgegenüber, nach dem Verlust der Gewißheit, daß es so etwas wie essentielle historische Bestimmungen sozialer Akteure gäbe, darauf, wie soziale Identitäten – wie 'Klasse', 'Nation', 'Geschlecht' – in einem *irreduzibel komplexen* Zusammenhang der Produktion von Sinnverständnissen und Handlungsmustern erzeugt werden. Daß, um es in derben Marxschen Worten auszudrücken, "die ganze Scheiße" überhaupt funktioniert, hängt davon ab, daß die Beteiligten sie beständig in diskursiven Rationalisierungen reproduzieren und vollstrecken. Nach der Foucaultschen Definition, auf die Laclau sich bezieht, ist der Diskurs das Feld der Differenz zwischen dem, was in einem bestimmten Kontext sinnvoll gesagt werden kann und dem, was tatsächlich gesagt wird – also ein Feld der Unbestimmtheit. So verstanden, erweist sich auch die Ökonomie als eine diskursive Praxis: Ihre – gerade im Marxschen Sinne scheinhafte – Wirksamkeit ist nicht die eines alternativlos durchdeterminierten Naturprozesses, sondern auf allen Ebenen geknüpft an Rationalisierungen, in denen Eigentumsverhältnisse, Äquivalententausch, Lohnarbeit usw. als *sinnhafte* Praxen betrieben und von den Subjekten internalisiert werden. Keines dieser Elemente ist per se notwendig und invariant, und ebensowenig ist ihr Zusammenhang einer, der sich aus einer ehernen Geschichtslogik ergäbe. Vielmehr sind alle Dimensionen des Ökonomischen von politischen Kräftefeldern und Spannungsverhältnissen als Variablen und Indeterminiertheiten durchsetzt – welche spezifischen Verknüpfungen all dieser Elemente die praktische 'Notwendigkeit' der kapitalistischen Ökonomie, ihre übermächtigen Imperative erzeugen, hätte eine *nicht-ökonomistische Theorie der Ökonomie* zu klären.

In *Hegemony and Socialist Strategy* nehmen Laclau und Mouffe die Geschichte des Marxismus von Kautsky bis Althusser zum Ausgangspunkt eines Entwurfs einer nicht-essentialistischen Konzeption des Sozialen. Im Marxismus der Zweiten Internationale mußte infolge einer ökonomistischen und klassenreduktionistischen Bestimmung einer angenommenen Essenz des Geschichtsprozesses das *Politische* des Klassenkampfes ungedacht bleiben – Revolution wurde *erwartet*, war nicht als politischer Akt

vorstellbar. Von Lenin über Gramsci bis hin zu Althusser rekonstruieren Laclau/Mouffe die immer breitere Eröffnung eines politischen, komplexen und hegemonialen Feldes im Marxismus. Wie sie indes bei Gramsci eine unlösbare Ambiguität zwischen hegemonialem Denken und Fixierung auf die zur Führung prädestinierte Arbeiterklasse sehen, so diagnostizieren sie auch bei Althusser eine reduktionistische Schranke, mit der er die durch seinen Begriff der "Überdetermination" konjunktureller Komplexität und Kontingenz bezeichnete Dimension wieder verstellt, indem er am "Basis-Überbau"-Schema und der "Determination in letzter Instanz" festhält. Das wird deutlich in Althussters Konzeption der "ideologischen Staatsapparate": Einerseits betont Althusser, daß die ideologische Reproduktion, die Konstitution der Subjekte in diskursiven "Anrufungen", kein bloßer Reflex der Ökonomie ist, sondern in einer Vielzahl relativ autonomer, historisch ungleichzeitig formierter Sphären und Formen vonstatten geht; andererseits interpretiert Althusser die Gesamtheit dieses Prozesses als Reproduktion der Produktionsverhältnisse, auf die die als relativ eigenständig gedachten Sphären dann doch funktionalistisch bezogen werden. Auf diese Weise ergibt sich aufs neue das, was Althusser mit seiner Kritik des Ökonomismus und des Hegelmarxismus zu überwinden trachtete: die Ökonomie wird doch wieder als eine Essenz der Gesellschaft gedacht, der gegenüber der "Überbau" ein Epiphänomen ist.

Viele produktive Marxisten haben auf vielfältige Weise versucht, etwa in Anlehnung an Engels' Hinweis, daß die Ökonomie nur "in letzter Instanz" determiniert, die "relative Autonomie" der verschiedenen Sphären des "Überbaus" zu denken. Laclau/Mouffe zeigen, warum der Versuch, die vage und verschwommene "relative Autonomie" zu präzisieren, scheitern muß und im Ergebnis eine neue Art der Konzeptualisierung des Sozialen erforderlich macht – in besonderer Prägnanz haben sie das noch einmal in Auseinandersetzung mit Norman Geras ausgeführt, der sie der Preisgabe des Marxismus anklagt<sup>5</sup>. Die Problemstellung muß lauten: Was bedeutet (heute) *präzise* die marxistische These von der determinierenden Funktion der Ökonomie? Man kann sich leicht vergewissern, daß in unseren kapitalistischen Gesellschaften alles, Politik, Soziales, Kultur, vom Erfolg des marktwirtschaftlichen Geschäfts abhängt. Bloß muß man, um das einzusehen, keineswegs Marxist sein – Otto Graf Lambsdorff wird nämlich diese These sicher gerne unterschreiben. Jenseits der Anerkennung der praktischen Wirksamkeit der Ökonomie als Determinante steht die Frage nach der theoretischen Konstruktion dieses Sachverhalts. Hier stehen wir tatsächlich am Scheideweg: Entweder wir behaupten, daß Gesellschaftsformationen und ihre historische Entwicklung in ihrer Produktionsweise einen wesenhaften Kern haben, der in einer notwendigen, logisch deduzierbaren Weise auf seine Peripherie wirkt, oder wir bestreiten das – ein

<sup>5</sup> Vgl. Norman Geras, "Post-Marxism?", in: *New Left Review* 163, Mai/Juni 1987, und Laclau und Mouffes Entgegnung: "Post-Marxism without Apologies", in: Laclau, *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London 1990.

Drittes gibt es hier nicht. Auch wenn von einer ökonomischen Determination nur "in letzter Instanz" die Rede ist, so wäre diese Determination, auch wenn sie noch so eingeschränkt gedacht wird, immer noch eine Determination, d.h. ein notwendiges Kausalverhältnis – wenn dieses auch bloß in einem eingeschränkten Bereich angenommen wird, so müßte dieser Bereich doch durch notwendige, kausale Bestimmungen exakt umgrenzt sein. Genau das stellen Laclau/Mouffe in Frage – sie problematisieren die Denkbare in sich abgeschlossener sozialer Räume, gleich auf welcher Ebene. Das heißt nicht, daß die dominierende Rolle, die die Ökonomie in unseren Gesellschaften spielt, angezweifelt würde, und es heißt nicht, daß Laclau/Mouffe an die Stelle der Determination gesellschaftlicher Elemente nun ihre Autonomie setzen wollten. Es geht vielmehr um die Einführung eines neuen Konzepts der Konstruktion des Sozialen: An die Stelle der fragwürdig gewordenen Annahme, daß historisch-gesellschaftliche Konstitutionsprozesse irgendeiner wesenhaften Notwendigkeit (etwa der Entwicklung der Produktivkräfte) folgen würden, tritt ihre Interpretation als permanenter Prozess der hegemonialen *Verknüpfung kontingenter Elemente* durch diskursive Praktiken. Geschichte und Gesellschaft insgesamt haben keinen Sinn, keine Notwendigkeit und kein Telos in sich; Gesellschaft als solche existiert gar nicht – sie wird permanent gleichsam als Provisorium konstruiert. Die Determinanten und 'Gesetzmäßigkeiten' gesellschaftlicher Formationen sind durch "Artikulation" erzeugt, durch die die Abschließung von Praxisfeldern zu limitierten und determinierten Räumen, in denen bestimmte Verknüpfungen als alternativlos und 'notwendig' praktiziert werden, erfolgt. Diese Erzeugung von geschlossenen sozialen Feldern, die Produktion von 'Gesellschaft', ist sozusagen reale Fiktion: Abschließungen werden permanent produziert, ohne je zu Ende zu kommen – das Geschlossene ist nicht geschlossen. Weil die Erzeugung geschlossener und homogener sozialer Räume immer an kontingente Elemente gebunden ist, die sie zu verknüpfen hat, ist der Antagonismus konstitutives Moment des Sozialen.

Das relative Gewicht der Ökonomie in einer Gesellschaft ist damit nicht vorentschieden; daß es übermächtig sein kann, wird nicht bestritten, sondern bloß, daß "auf der Ebene einer allgemeinen Theorisierung des Sozialen" <sup>6</sup> *a priori* die Ökonomie als determinierender Kern der Gesellschaft ausgewiesen werden könnte. Die Analyse ihrer tatsächlichen Macht in gegebenen Gesellschaften muß stattdessen die Analyse von *Konjunkturen* sein, in denen soziale Praxen sich als ökonomische verdichten. Um die damit erschlossene Möglichkeit einer nicht-ökonomistischen Theorie der Ökonomie machen Laclau/Mouffe allerdings einen Bogen, indem sie die Analyse konkreter Konjunkturen von der "allgemeinen Theorisierung des Sozialen" abtrennen, was sich in ihren politisch-historischen Analysen teilweise erheblich nachteilig bemerkbar macht. Laclau/Mouffe gebrauchen

<sup>6</sup> Hegemonie und radikale Demokratie, S. 123.

dabei nämlich sehr wohl den Begriff "Kapitalismus"; wenn dieser aber etwas anderes sein soll als einfach ein quasi-technischer Wirtschaftsablauf – was ökonomistisch wäre – sondern eine *Formation*, eine Form von *Vergesellschaftung*, wäre diese Abtrennung nicht durchzuhalten. Das zeigt sich in dem Moment, wo Laclau, im einleitenden Abschnitt des Aufsatzes "New Reflections on the Revolution of Our Time" erklärt, daß "die kontingente und unstete Natur jeder Objektivität erst mit dem modernen Kapitalismus und den mit ihm verbundenen dislozierenden Effekten völlig augenscheinlich geworden ist" <sup>7</sup> – diese Explikation des Hintergrunds seiner anti-essentialistischen Diskursanalyse unterstellt eben den Begriff von Kapitalismus als Vergesellschaftungsformation, den Laclau und Mouffe vorsichtig umgehen.

Die Analyse der Ökonomie als einer *diskursiven Praxis* erfordert – was Laclau/Mouffe ausdrücklich bekräftigen – einen *materialistischen* Diskursbegriff. Auch hier scheinen einige Probleme nicht hinreichend durchgearbeitet. Den materialistischen Charakter der Diskursanalyse versuchen sie einfach auf dem Niveau einer quasi-erkenntnistheoretischen Allgemeinheit durch den Hinweis darauf zu bekräftigen, daß diskursive Praxis mit Materiellem verknüpft ist – sie stützen sich hier auf das klassische Beispiel des Wittgensteinschen Bauarbeiter-Sprachspiels <sup>8</sup>, in dem eine Sprachpraxis beschrieben wird, in der das Ausrufen der Bezeichnungen "Würfel", "Säule", "Platte", "Balken" Teil der Handlung des Weiterreichens der genannten materiellen Objekte ist. Der bloße Hinweis darauf, daß Diskurse keine Gedankenprodukte, sondern materielle Praxen sind, kann aber nicht die Analyse der spezifischen Wertigkeit materieller Bezüge in Diskurspraxen ersetzen. – Umgekehrt versuchen sich Laclau/Mouffe des diskursiven Charakters *jeder* gesellschaftlichen Praxis durch das Argument zu versichern, daß materielle Objekte zwar unabhängig von Diskursen, deren Gegenstand sie sind, existieren, aber *Sinn* und *Bedeutung* nicht als Essenz ihrer selbst in sich haben – das zu behaupten wäre gerade metaphysischer Idealismus –, sondern nur als Objekte von Diskursen, und folglich jedes Verhalten zu Objekten als *Sinnbeziehung* diskursiv ist. Das ist zwar richtig – ins Auge gefaßt werden muß aber, in welcher Weise sinnhafte Praxisvollzüge *unhinterfragte* Zusammenhänge transportieren; wie diskursive Praxen eine Nicht-Diskursivität ihrer Rahmenbedingungen fixieren: Macht, Zwang, Unterwerfung, materielle Abhängigkeit als stumme Praxen, die zwar an diskursive Sinnvollzüge stets gekoppelt, ihnen aber auch, als in ihnen nicht thematisierte sondern tabuisierte, äußerlich sind.

Zu einer Klärung dieses Problems könnte es hilfreich sein, Elemente der auf Lukács zurückgehenden und in der 'Frankfurter Schule' weitergeführten Theorie der *Reifikation* diskurstheoretisch zu reformulieren. Die tra-

<sup>7</sup> Laclau, New Reflections..., S. 4.

<sup>8</sup> Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, Teil I, § 2.

dierte subjektzentrierte Version der Theorie der "Verdinglichung" hat Althusser mit guten Gründen scharf kritisiert, weil sie soziale Antagonismen auf eine (bürgerlichen ideologischen Diskursen entstammende) Problematik der Gegenüberstellung von Subjektivität und 'Dinghaftigkeit' opaker, als 'naturwüchsig' erscheinender Vergesellschaftungszusammenhänge reduziert. Jenseits der subjektphilosophischen Version könnte aber eine diskursanalytische Theorie die Fragestellung wiederaufnehmen, wie antagonistische soziale Praxen ihre materiellen Bezüge aus ihrer Diskursivität sozusagen ausklinken und als eherne, unhinterfragbare Rahmenbedingungen 'sachlicher', 'technischer', 'ökonomischer' Art hypostasieren und naturalisieren. Es genügt nicht die Beteuerung, daß alles diskursiv und der Essentialismus und Ökonomismus falsch sei, sondern es bedürfte der Analyse, wie der *praktische*, mit materieller Gewalt ausgestattete 'Essentialismus' und 'Ökonomismus' als gleichsam reale Fiktion erzeugt und installiert wird.

Die Überlegungen von Laclau und Mouffe zur Demokratietheorie erweisen die Fruchtbarkeit ihres Ansatzes wie auch die Verkürzungen, die diese Produktivität beschränken; diese Verkürzungen sprechen allerdings nicht gegen den Ansatz selbst, sondern gegen seine unzureichende Ausführung. Vordergründig will es zunächst scheinen, als stellten Laclau/Mouffe Marx auf den Kopf: sie betonen emphatisch den fundamentalen Einschnitt, den die *demokratische Revolution* – die Französische – in der Menschheitsgeschichte darstellt. Alle auf sie folgenden politischen und sozialen Entwicklungen und Kämpfe interpretieren sie als Reaktionen auf die in der Revolution erfolgte Etablierung des *demokratischen Diskurses* der Volkssouveränität. Dieser war zunächst mit dem Liberalismus "artikuliert": Demokratie als politische Handlungsweise von als vorgesellschaftlich existierend angenommenen freien Individuen. Die Arbeiterbewegung war die erste große soziale Bewegung, die die Konstitution der Individuen als gesellschaftliche thematisierte, indem sie demokratische Prinzipien auf die ökonomisch-soziale Sphäre übertrug und damit eine neue hegemoniale "Artikulation" der Demokratie einleitete, in der demokratische Forderungen mit sozialen verknüpft sind. An Marx kritisieren Laclau/Mouffe in diesem Zusammenhang, daß er durch die Essentialisierung des Geschichtsprozesses als notwendige Abfolge von Produktionsweisen die fundamentale Dimension der Demokratie in reduktionistischer Verkürzung übersprungen habe. Das mag in bestimmter Hinsicht stimmen; Laclau/Mouffe allerdings überspringen ihrerseits ein Problem, auf das Marx in seiner Kritik an Proudhon aufmerksam macht: daß die Forderung, die Freiheits- und Gleichheitsideen der Französischen Revolution in der Ökonomie zu verwirklichen, nicht genügt, sondern, um mit Althusser zu reden, ein "Terrainwechsel" in die Produktionssphäre notwendig ist. Für uns müßte die Frage die sein, wie dieser Marxsche Terrainwechsel jenseits der Reduktionen, die Marx durch bestimmte zeitbedingte Präjudizien vorgenommen hat, zu reformulieren wäre.

Interessant sind die Ausführungen über die "anti-demokratische Offensive" der Rechten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihr geht es darum, die soziale Proliferation der Demokratie rückgängig zu machen. Der Neoliberalismus tut dies durch den Rekurs auf die vorgesellschaftliche Konzeption der Freiheit des Individuums (Hayek); der Neokonservatismus artikuliert den Wirtschaftsliberalismus mit einer an traditionellen Sozialisationsformen (Familie, Religion usw.) orientierten Interpretation der Konstitution der Wirtschaftssubjekte (Thatcherismus); die modernisierte Form des Neofaschismus (de Benoist) schließlich klagt ein "Recht auf Differenz" gegen den demokratischen (und schon den christlichen) Universalismus ein. Der Erfolg dieser Strömungen hängt damit zusammen, daß sie ihre reaktionären Bestrebungen durch Anrufung traditionaler 'Identitäten' als 'Revolve' gegen sozialstaatliche 'Bürokratie' und 'Gleichmacherei' ausüben vermögen. Nun stoßen Laclau/Mouffe darauf, daß dabei "das Thema der individuellen Freiheit" auch deshalb "so wirkungsvoll eingesetzt werden kann, weil der Liberalismus ... weiterhin den 'Besitzindividualismus' (Macpherson) als eine Matrix der Produktion des Individuums beibehält". Damit stößt man aber wiederum auf das ökonomische Substrat dieses Individualismus – eben den Besitz, und den wird man nicht ignorieren können, wenn man die von Laclau/Mouffe sehr richtig als Aufgabe der Linken formulierte "Herausbildung eines *anderen* Individuums..., das nicht länger aus der Matrix des Besitzindividualismus konstruiert wird"<sup>9</sup>, ernstnimmt.

Die Perspektive der Linken besteht darin, im Feld des demokratischen Diskurses die im modernen Kapitalismus durch die verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen manifestierten alten und neuen Antagonismen miteinander als Projekt radikaler Demokratie zu artikulieren: sozialistische, feministische, ökologische Forderungen usw. Das Spektrum dieser Bewegungen ist prinzipiell unabgeschlossen; ihre Verknüpfung indes ist keine essentiell und gesetzmäßig durch irgendeine dem gesellschaftlichen Prozeß immanente Logik gegebene – sie ist in diskursiven Prozessen herzustellen. Es gibt gute Gründe, dabei die Frage des Marxschen "Terrainwechsels", die Laclau/Mouffe umgehen, nicht außer Acht zu lassen.

Aus der von Laclau und Mouffe erarbeiteten anti-essentialistischen Konzeption des Sozialen folgt die Einsicht, daß "der Traum von einer um einen homogenen Kollektivwillen herum ethisch versöhnten Gesellschaft" als einer in der Linken weit verbreiteten "Form des politischen Imaginären" der Kritik verfällt; "daß eine der bedeutendsten Aufgaben für die Linke darin besteht, endlich den Pluralismus voll und ganz zu akzeptieren"<sup>11</sup> – nicht als temporären Kompromiß nach dem Scheitern des Versuchs, die Versöhnung qua Erziehungsdiktatur zu erzwingen, sondern als integralen Bestandteil linker Gesellschaftsentwürfe.

<sup>9</sup> Hegemonie und radikale Demokratie, S. 239.

<sup>10</sup> a.a.O., S. 250.

<sup>11</sup> a.a.O., S. 26.

## Anmerkungen zur kritischen Aufarbeitung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

### Zu Beiträgen von U. Dolata, J. Huffschnid und J. Goldberg in Z 10

Eine kritische - vor allem selbstkritische - Bilanz bisheriger Theorieentwicklung auf dem Gebiet der marxistischen Kapitalismusforschung ist überfällig. Dankenswerterweise haben Ulrich Dolata und Jörg Huffschnid sowie Jörg Goldberg in ihren Aufsätzen hier einen Anfang gemacht.<sup>1</sup> Gegenstand ihrer kritischen Einschätzung sind die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie die Leninsche Imperialismustheorie. Als einer der "Betroffenen" fühle ich mich angesprochen und möchte meinerseits mit einigen Anmerkungen zu einer solchen Bilanz beitragen, die sicherlich erst nach weiteren gründlichen Überlegungen gezogen werden kann - will man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Ich stimme mit den Kritikern überein, daß der Grundfehler der Stamokaptheorie in der fatalen Verkettung des irrigen Dogmas vom "Charakter der heutigen Epoche" als dem "weltweiten Übergang zum Sozialismus" und von der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit dem Konzept vom staatsmonopolistischen Kapitalismus als *Entwicklungsphase des niedergehenden Kapitalismus* zu suchen ist. Mit der Einbettung der Stamokaptheorie in dieses deterministische Modell gesellschaftlicher Prozesse war die Analyse des Kapitalismus einseitig auf den Niedergang dieser Gesellschaftsformation fixiert. Tatsache ist weiter, daß sich bei der Stamokaptheorie aus diesem Grundfehler eine einengende Sicht auf den "Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus" ergab und lange Zeit die Bedeutung der Untersuchung globaler Probleme für neue Theorieansätze der Kapitalismusforschung unterschätzt wurde. Allerdings ist anzumerken, daß diese Fehleinschätzungen bekanntlich nicht allein für die

<sup>1</sup> Siehe: Ulrich Dolata/Jörg Huffschnid, Deterministische Phasentheorie und unterkomplexes Verflechtungsmodell? sowie: Jörg Goldberg, Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff? Beide Artikel sind in Z Nr. 10, Juni 1992, veröffentlicht.

Dolata und Huffschnid beziehen sich bei ihrem Verweis auf die Stamokap-Forschung in der DDR vor allem auf Arbeiten von Mitarbeitern des damaligen Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften (Gündel/Heininger/Hess/Zieschang) und vermerken dabei, daß diese Stamokap-Theorie Ende der 60er Jahre entwickelt worden sei. Hierzu sind zwei korrigierende Bemerkungen notwendig: 1. Die Ausarbeitung dieser Theorie begann mehr als zehn Jahre früher, vor allem mit Beiträgen von Kurt Zieschang im Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Band 1 und in der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft", Heft 5/1956, die eine fünf Jahre andauernde, heftige Diskussion auslösten. In ihr bildeten sich die Hauptelemente dieses Theorieansatzes heraus. Die von Dolata/Huffschnid angeführte Arbeit der vier Autoren "Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" baute diesen Ansatz im Ergebnis weiterer Untersuchungen (in den Jahren bis 1964/65) aus. 2. Es muß der Gerechtigkeit halber angemerkt werden, daß seit Anfang der 60er Jahre am damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter der Leitung von Otto Reinhold ebenfalls Diskussionen zu neuen Fragen des staatsmonopolistischen Kapitalismus geführt wurden, die in dem Buch "Imperialismus heute", Berlin 1965 zusammengefaßt wurden. Vor kurzem hat Herbert Schwenk dieses Konzept aus heutiger Sicht kritisch gewürdigt. Befremdend ist dabei, daß er in diesen Beiträgen "Zum Kapitalismusbild in den sechziger Jahren" die Arbeiten des Akademieinstituts noch nicht einmal erwähnt (siehe: "Disput", 2. Februar- und 1. Märzheft, Berlin 1992).

Stamokaptheorie, sondern für das "gesamte Theoriegebäude des Marxismus-Leninismus" zutreffen, was die Stamokaptheorie natürlich der Verantwortung für ihre Irrtümer nicht enthebt.

2. Zugleich war und ist die Stamokaptheorie keineswegs bloßer Bestandteil oder Ausfluß eines deterministischen Gesellschaftsmodells. In dieser Hinsicht ist die Betrachtungsweise von Dolata und Huffschnid zu undifferenziert geraten. Wie bereits in den Arbeiten des damaligen Akademieinstitutes für Wirtschaftswissenschaften zum Ende der fünfziger Jahre nachzulesen ist, bot gerade die Ausarbeitung einer Theorie des Stamokap schlüssige Erklärungen für die neuen Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus. Diese Auffassungen setzten sich unter scharfen theoretischen und politischen Auseinandersetzungen erst in den sechziger Jahren durch, als offensichtlich wurde, daß die Katastrophen- und Zusammenbruchstheorien solcher marxistischer Theoretiker wie Jürgen Kuczynski von der Wirklichkeit überrannt wurden und sich immer deutlicher abzeichnete, daß in neuen stabilen Interaktionsverhältnissen von Monopolen und Staat wesentliche Ursachen für neue Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus zu suchen waren. In diesem Konzept der Stamokaptheorie hatten auch Auffassungen von einem automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus keinen Platz. Unter Berufung auf Marx und Engels wurde immer darauf verwiesen, daß allein die Reife des subjektiven Faktors über die Ablösung des Kapitalismus entscheidet und daß es dem Kapitalismus bis zu einem solchen Zeitpunkt immer wieder möglich ist, sich neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen. Eine Bestimmung enger Zeithorizonte hierfür gab es nicht. Insofern war die Stamokaptheorie keine Zusammenbruchstheorie. Dies hebt sicher den unter 1. vermerkten Grundfehler nicht auf. Es beweist aber, daß die Stamokaptheorie innerhalb bestimmter Grenzen brauchbare theoretische Erklärungsansätze für die Entwicklung des Kapitalismus einer ganzen Periode vorweisen konnte.

Wichtiger als diese "theoriegeschichtlichen" Aspekte sind die Schlußfolgerungen hinsichtlich eines weiteren Nutzens wesentlicher Bestandteile der Stamokaptheorie für die marxistische Kapitalismusforschung. Hier geht es aus meiner Sicht vor allem um zwei Hauptfehler der Methodologie der Stamokaptheorie:

*Erstens* ist diese Theorie wesentlich durch die Methode des historischen Vergleichs des Verhältnisses von Monopolen und Staat in den verschiedenen Zeitabschnitten seit der großen Krise von 1929 bis 1932 (und später besonders mit wirtschaftshistorischen Arbeiten seit der Jahrhundertwende<sup>2</sup>) entstanden und weitergeführt worden. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse über historische Einschnitte, Etappen, Entwicklungstypen und -varianten gründen sich auf umfangreiche empirische und theoretische Analysen und haben meiner Erkenntnis nach ihre Gültigkeit behalten. Sie sind, so meine ich, unverzichtbar für die weitere Kapitalismusanalyse, auch wenn man den unter 1. kritisierten Grundfehler der Stamokaptheorie an-

<sup>2</sup> Siehe vor allem: Helga Nussbaum/Lotte Zumppe (Hrsg.), *Wirtschaft und Staat in Deutschland*, 3 Bde., Berlin 1978 ff.

erkennt.<sup>3</sup> Aktuelle Bezüge für die Rolle unterschiedlicher Varianten oder auch Typen staatsmonopolistischer Entwicklung lassen sich auch unter den heutigen, veränderten Existenzbedingungen des Kapitalismus deutlich erkennen. Der Übergang von der Bush- zur Clinton-Administration bietet hier das jüngste Beispiel.

Zweitens hat die Stamokaptheorie ein bestimmtes begriffliches oder auch kategoriales Instrumentarium geschaffen, das trotz mancher dogmatischer Erstarrung zumindest teilweise auch heute noch seinen Nutzen für eine marxistische Erforschung moderner kapitalistischer Entwicklung behalten hat. Dazu rechne ich u.a. solche Theorieansätze wie die Aussagen zum Staatsmonopol, zum Setzen staatlicher Monopolbedingungen, zur Rolle staatlicher Kapitalmobilisierung für den privatmonopolistischen Verwertungsprozeß, zu den Formen und Ebenen der Interaktionsverhältnisse und -verflechtungen von Monopolen und Staat, zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im modernen Kapitalismus, zur "relativen Selbständigkeit" des Staates in den ökonomischen Prozessen, zu neuen Strukturen und Formen der Monopolunternehmen, vor allem der Konzerne usw.

Natürlich ist dieses methodologische Instrumentarium für die Analyse des heutigen Kapitalismus zu überprüfen, d.h. auszubauen, zu vervollständigen und auch zu korrigieren. Wesentlich ist hier jedoch: von welcher Position aus zu überprüfen? Denn spätestens an dieser Stelle muß ich einen grundlegenden Vorbehalt einführen: Die Stamokaptheorie baut wesentlich auf die Leninsche Imperialismustheorie auf, ist daher ohne deren kritische Hinterfragung nicht überzeugend aufzuarbeiten. Völlig zu Recht wird auch in den beiden Artikeln von Dolata/Huffschmid und Goldberg darauf verwiesen.

**3** Eine kritische Analyse der Leninschen Imperialismustheorie kann allerdings nicht in einer kurzen Betrachtung über die heutige Sicht auf die Stamokaptheorie, d.h. gewissermaßen "nebenbei" bewerkstelligt werden. Hierfür ist ein viel gründlicherer, eigenständiger Ansatz der marxistischen Theorieentwicklung notwendig. Jörg Goldberg hat sich dieser Aufgabe - wenn auch unvermeidlich in recht cursorischer Weise - unterzogen. Mir geht es hier vor allem um den grundlegenden Zusammenhang zur Stamokaptheorie, denn in sie wurde von Anfang an die Leninsche Imperialismustheorie "unkritisch" eingebracht. Ohne hierauf näher eingehen zu können, sei nur soviel gesagt:

Aus meiner Sicht verbinden sich hier bestimmte Mängel dieser Theorie wie die Auffassung vom parasitären, faulenden und sterbenden Kapitalismus und deren dogmatische, ahistorische Fortschreibung für die jüngste Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus mit der Vernachlässigung einer kritischen Weiterführung Leninscher Theorieansätze. Dies gilt vor allem für die Monopoltheorie. Natürlich war es ein Fortschritt, daß die Stamokaptheorie das Monopol immer als Kapitalverhältnis begriff und es nicht auf Marktformen reduzierte wie viele andere theoretische Konzepte.

<sup>3</sup> Leider ist die Diskussion über unterschiedliche Entwicklungstypen und -varianten des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den letzten Jahren nicht fortgeführt worden. Gerade in dieser Problematik liegen aber m.E. wichtige Erklärungsansätze für die gegenwärtige Kapitalismusedwicklung.

Fruchtbar war auch der Ansatz vom Staatsmonopol. Aber es gelang nicht, eine umfassendere Monopoltheorie vorzulegen, in der die Wirkungen des Monopols auf die Konkurrenzverhältnisse, auf Preis- und Wertbeziehungen und damit auf den gesamten Regulierungsmechanismus des Kapitalismus schlüssig erklärt werden konnten. Hier liegen m.E. auch letztlich einige Ursachen dafür, daß es in der Stamokaptheorie zumindest zeitweilig zu einer Überbetonung der ökonomischen Rolle und Potenzen des Staates kam und andererseits die eigenständige Bedeutung der Veränderungen in der Rolle von kleinen und mittleren Kapitalen nicht rechtzeitig erkannt wurde. Gerade hier, in der Vernachlässigung der Untersuchung von Klein- und Mittelkapital unter den Bedingungen einer modernen wissenschaftlich-technischen Entwicklung und neuen Betriebsweise liegen wesentliche Versäumnisse. Dies soll nur als ein Beispiel dafür gelten, daß gerade die fehlende Ausarbeitung und Weiterführung der Monopoltheorie Erklärungsansätze der Stamokaptheorie zu kurz greifen ließ.

**4** Ein Versuch, jüngste Tendenzen in der Entwicklung des Kapitalismus der siebziger und achtziger Jahre einzuschätzen, stellte die Analyse staatsmonopolistischer Tendenzen in der internationalen Sphäre dar. Die Stamokaptheorie bot auch hier Erklärungsansätze für neue Strukturen und Bewegungsspielräume des Kapitalismus an. Diese Auffassungen basierten auf einer umfangreichen Faktenanalyse der transnationalen Kapitalexpansion und der Entwicklung der internationalen Rivalitätsverhältnisse zwischen den führenden Mächten. Vor allem aber stellten sie den Versuch dar, das komplizierte Geflecht der Interaktionsverhältnisse von Staat und Monopolen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene aufzuspüren und darzustellen und auf neue Tendenzen der Regulierung dieser Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Diese Ausdehnung auf die internationale Sphäre kam erst relativ spät zustande; sie besaß aber bereits seit Anfang der achtziger Jahre durchaus eigenständige Bedeutung. Daher ist Dolata und Huffschmid entschieden zu widersprechen, wenn sie meinen, "nationalstaatliche Beschränktheit" sei der Stamokaptheorie als ein wesentlicher Mangel anzulasten.

Sicher sind mit dem Wegfall des "Realsozialismus" entscheidende Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen eingetreten. Das "einigende Band" des Antikommunismus ist nicht mehr vorhanden, wodurch sich die Rivalitätspotentiale stärker Geltung verschaffen. Dennoch haben sich die Konflikte in den Beziehungen zwischen den bisherigen Machtzentren USA - Japan - Westeuropa keineswegs so verschärft, wie es manche Beobachter zunächst annahmen.

Gerade bei der Analyse der Internationalisierungsprozesse des Kapitalismus haben wesentliche Aussagen der Stamokaptheorie ihre Gültigkeit weiter unter Beweis gestellt. Dazu gehören solche theoretischen Fragen wie die neue Stufe der Internationalisierung der Produktion und der internationalen Arbeitsteilung, die damit verbundene neuartige Kapitalverflechtung und wachsende ökonomische Interdependanz zwischen den Industrieländern, die wachsende Rolle der Ökonomie im System der internationalen Beziehungen, die Rolle internationaler Organisationen sowie regionaler Wirtschaftsblöcke und Integrationsräume bei der Regulierung der Rivalitätsbeziehungen u.a. Allerdings wird auch deutlich daß die Pro-

bleme des Nord-Süd-Gegensatzes und der Ökologie wie die globalen Probleme überhaupt einen weit höheren Stellenwert in der Analyse einnehmen müssen als bisher.

5 Alle diese Anmerkungen sind natürlich sehr bruchstückhaft, was auch nicht verwundern wird; denn auch bei mir ist der Klärungsprozeß noch im Gange. Viele Problemfelder wurden überhaupt ausgespart, wie z.B. das Verhältnis von Monopolen und Staat in dem Gesamtzusammenhang politisch-gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse. Dennoch mögen diese kurzen Anmerkungen ausreichen, um meine jetzige Position zu einigen Grundfragen einer kritischen Bilanz der Stamokaptheorie deutlich zu machen:

- Die bisherige Stamokaptheorie mit ihrem Anspruch einer umfassenden Erklärung der Entwicklung des heutigen Kapitalismus ist nicht aufrechtzuerhalten.

Die Hauptgründe hierfür sind die Verknüpfung der Stamokaptheorie mit einer deterministischen Ablauflogik der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sowie die unzulässige Einengung der wissenschaftlichen Sichtweise auf die innere Entwicklungslogik der kapitalistischen Produktionsweise unter Außerlassen wesentlicher Fragen der heutigen Zivilisationskrise und deren Rückwirkung auf den Kapitalismus.

- Bei Überwindung der beiden vorstehend genannten Mängel kann eine Stamokaptheorie auch für die weitere marxistische Kapitalismusforschung von großem Nutzen sein. Dazu muß sie dogmatischen Ballast abwerfen und ihr bisheriges theoretisches Instrumentarium gründlich überprüfen.

Ein Mangel der Stamokapforschung in den achtziger Jahren bestand gerade darin, daß sie die Umbrüche in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und in der modernen Betriebsweise wie auch die sozialen und politischen Umschichtungen zwar in zahlreichen Studien und Veröffentlichungen empirisch analysierte, in der theoretischen Verallgemeinerung aber kaum zu neuen Grunderkenntnissen vordrang.

- Unter den genannten Voraussetzungen sehe ich keine Veranlassung, den Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" fallen zu lassen - auch nicht den Begriff "Stamokaptheorie", natürlich beschränkt auf jene theoretischen Aussagen, die einer heutigen Prüfung standhalten. Eine solche "Stamokaptheorie" könnte als ein Bestandteil in ein umfassenderes Konzept heutiger Gesellschaftsanalysen eingebracht werden.

- Eine solche Position läßt sich sicher nur mit einem Festhalten am marxistischen Monopolbegriff vereinbaren. Soweit ich die Autoren der beiden Artikel verstanden habe, teilen sie diese Auffassung.

Was die gesamte Leninsche Imperialismustheorie angeht, so sind dazu wohl noch weitere Diskussionsrunden notwendig, auch wenn man in manchem Jörg Goldberg schon jetzt zustimmen könnte. Für mich beginnt aber das Problem hier bereits mit dem Begriff "Imperialismus", sofern er als Synonym für "Monopolkapitalismus", d.h. zur Kennzeichnung einer bestimmten Stufe in der Entwicklung einer ökonomischen Gesellschaftsformation verwendet wird. Auch diese, keineswegs neue Frage wäre in eine solche Diskussion einzubeziehen.

Horst Heininger

## Anmerkungen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Ökologie

Zu Dietmar Düe und André Leisewitz/Klaus Pickshaus in Z 11

Ausgangspunkt beider Beiträge ist das Verhältnis von gewerkschaftlicher Politik und Ökologieproblematik. Während Leisewitz/Pickshaus davon ausgehen, daß es eine Kongruenz von Ökologieinteressen und Interessen der Arbeitenden bezüglich des Arbeitsschutzes (woraus die Autoren eine notwendige begriffliche Erweiterung des Arbeitsschutzes um die ökologische Komponente folgern) im Betrieb gibt, die eine merkliche Veränderung zugunsten des Umweltschutzes in der gewerkschaftlichen Politik hervorrufen könnte und z.T. auch bereits ergibt (Leisewitz/Pickshaus 1992a, S. 69; 1992b, etwas vorsichtiger allerdings in 1992c), beurteilt Düe dies wesentlich skeptischer, indem er die programmatischen Äußerungen von IGM und ÖTV an den Anforderungen einer ökologischen Verkehrs- und einer ebensolchen Abfallpolitik mißt und, wen wundert's, Defizite feststellt. Düe stellt sich die Frage, ob es nicht außergewerkschaftliche gesellschaftspolitische Akteure gibt, die eine wesentlich fortschrittlichere Politik betreiben könnten, als dies die Gewerkschaften tun und hinterfragt den, seines Erachtens, zu ernst genommenen Stellenwert gewerkschaftlicher Positionen im ökologischen Diskurs. (Düe, S. 123)

Düe stellt diese Defizite, im Vergleich zu anderen Positionen aus der Umweltbewegung bei der IGM, trotz deren Bemühungen, vor allem aber jedoch auf der Betriebsebene bezüglich der Auto-/Verkehrsdebatte, fest (Düe S. 125) und moniert eine "Funkstille" der ÖTV hinsichtlich der momentanen Entwicklungen in der Abfallpolitik (ders. S. 131). Als eine Ursache des bisher nicht überwundenen Dilemmas gewerkschaftlicher Umweltpolitik sieht Düe den Interessenwiderspruch des Arbeitsplatzverlustes als zentrales gewerkschaftliches Anliegen und eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft, der zu Lasten diverser, nicht unbedeutender, Arbeitsbereiche gehen wird. Die Gewerkschaften votieren nach Auffassung Dües im Zweifelsfalle für ersteres.

Leisewitz/Pickshaus sehen dies anders und stellen ein Einzelbeispiel recht fortschrittlicher Positionen aus einer Einzelgewerkschaft vor (Leisewitz/Pickshaus 1992b) und beschreiben differenziert die widersprüchlichen Bewußtseinsstrukturen von diffusen, durch den gesellschaftlichen Öko-Diskurs beeinflussten ökologischen Wertorientierungen und eines durch Arbeitserfahrungen vermittelten, ökologischen Problembewußtseins (dies. 1992c, S. 138ff). Letzteres wird dann als dasjenige benannt, welches eine entscheidende Rolle für die Herausbildung von ökologischer Handlungskompetenz spielt. Aus dieser Begründung heraus stellen die Autoren dann den arbeitsökologischen Ansatz in den Mittelpunkt der Anforderungen an gewerkschaftliche Politik (Leisewitz/Pickshaus 1992b, 1992c, S.147f).

Anders als Düe sehen die beiden Autoren den Interessenwiderspruch eher zwischen Betriebsleitung und -belegschaft und stützen sich dabei auf die, vielfältig positiven, Erfahrungen mit der "ökologischen Spurensuche im Betrieb" (Leisewitz/Pickshaus 1992a, S. 51ff). Ihnen gehen die Konzeption-

nen des Ökomanagements nicht weit genug (ebda. S. 13). Diese bieten sich daher auch nur bedingt als Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Politik an (dies. 1992c, S. 144ff.), da diese in erster Linie nach außen gerichtet und eher kosmetischer Natur sind. Angesichts der Erfahrungen mit ihrer Untersuchung "Ökologische Spurensuche im Betrieb" hinsichtlich der Reaktionen der Unternehmer (Leisewitz, Pickshaus 1992a, S. 25) und der Ausgrenzung der ökologierelevanten Bereiche aus der Mitbestimmung fordern die beiden Autoren, auch für diese Bereiche gewerkschaftliche Gegenmacht und Gestaltungspolitik (dies. 1992b; 1992c, S. 145f).

M. E. vollzieht Düe mit seiner pessimistischen Einschätzung eine Trennung von Arbeit, als Feld gewerkschaftlicher Zuständigkeit - und Lebenswelt, Zivilgesellschaft o. ä. als Aktionsfeld ökologischer Politik, die von Umweltbewegungen verschiedenster Provenienz besetzt ist und in der sich gewerkschaftliche Positionen disqualifiziert haben. Während also Düe unausgesprochen (vielleicht auch unbeabsichtigt?) eher den Standpunkt von Habermas oder auch von Gorz einnimmt - die beide mit ihrer Trennung von Lebenswelt und Erwerbsarbeit (vergl. König, S. 339ff) eine generelle Humanisierung bzw. Ökologisierung der Arbeit für unmöglich halten - tritt er auch für weitere Arbeitszeitverkürzung (wogegen nicht einzuwenden ist) ein und votiert dann für einen konsequenten ökologischen Umbau der Gesellschaft, wogegen auch nichts einzuwenden wäre, beinhaltet diese These nicht die unausgesprochene Absage an die Möglichkeit ökologischer Vernünftigkeit gewerkschaftlicher Politik.

Dagegen sehen Leisewitz und Pickshaus ihren Königsweg in der, von der Belegschaft zu erkämpfenden, Ökologisierung der Arbeit, wobei sie dann immer wieder verwundert feststellen (ohne ihrer Verwunderung aber weiter auf den Grund zu gehen), daß die "ökologische Spurensuche im Betrieb" keine oder kaum Kontakte zur Umweltbewegung findet, (Leisewitz/Pickshaus 1992a, S.50) bzw. daß die gewerkschaftliche Umweltpolitik eher reaktiv ist (dies. 1992c, S. 135). In diesem, von den beiden Autoren unaufgelösten, Widerspruch dürfte dann aber auch die Hauptursache für die bemängelten unterentwickelten Vorstöße für wirklich ökologisch zu nennende Umbauprogramme liegen (Leisewitz/Pickshaus 1992b; 1992c, S. 143). Leisewitz und Pickshaus führen wiederum eine Trennung von Arbeit und Lebenswelt durch, indem sie den lebensweltlichen Bereich als gewerkschaftliches Politikfeld vernachlässigen und stattdessen diesen den schwer zu kontaktierenden Umweltbewegungen überlassen. Die trotz gegenteiliger Bemühungen sich schwer gestaltende Öffnung gewerkschaftlicher Politik hängt wohl mit der auch von beiden Autoren expliziert vorgeschlagenen politischen Orientierung auf den Faktor Arbeit zusammen. Dabei wird übersehen, daß die durch gesellschaftliche Formbestimmtheiten wesentlich abstrakte Arbeit, wenn sie in den Mittelpunkt der Politik gerückt wird, die gewerkschaftliche Politik an die von Düe beschriebenen Grenzen rückt.

Beide Standpunkte stoßen m. E. schnell an Grenzen. Letztere vergessen z. B., daß es, wie Düe richtig feststellt, Produktionsbereiche gibt, die unter ökologischen Gesichtspunkten unter keinen Umständen so aufrechtzuerhalten sind. Ihr Ansatz läuft eher auf Produkt- und Produktionsmittelsubstitutionen hinaus, die zwar auch sinnvoll sind, aber eben nicht ausreichen.

Andererseits muß sich Düe die Frage stellen lassen, warum eine vernunftgemäße Änderung gesellschaftspolitischer Inhalte der Gewerkschaftsprogrammatik und der damit zusammenhängenden Organisationspolitik unmöglich sein soll und wie dann ein substantieller gesellschaftlicher Umbau ohne oder gar gegen die Gewerkschaften demokratisch gestaltet und in Angriff genommen werden kann.

Beiden Positionen, der optimistischen Froschperspektive von Leisewitz/Pickshaus und der pessimistischen Adlerperspektive Dües kann mit derselben Kritik begegnet werden.

Diese will ich hier, vom Standpunkt einer kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis her, versuchen zu formulieren. Dieser sieht eine prinzipielle Möglichkeit gesellschaftsverändernder Praxis durch das *bewußte Handeln* einzelner Individuen im gesellschaftlichen Kontext. Die Praxis hier als die Negation der allgemeinen Negation menschlicher, vernunftgeleiteter und somit möglicher, Existenz verstanden. Das *bewußte Handeln* sieht einen Bewußtseinsbegriff allgemein in der Dialektik von Sein und Denken. Das Denken des Seins ist die kritische, gedankliche und diskursive Auseinandersetzung über die alltägliche Realabstraktion als unbewußte (falsche) Wirklichkeit und als solches die Brücke zwischen realem Sein und einer ethischen (hier ökologischen) Begründungsmöglichkeit vernünftiger (wahrer) Praxis. Der Prozeß intelligibler Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich formbestimmten Daseinsweisen ist untrennbar Teil, Möglichkeit und Voraussetzung, eines individuellen und dann auch kollektiven, vernünftigen Entwurfs und einer ebensolchen Praxis. Die Transformation individuellen Bewußtseins in die Programmatik gesellschaftlicher Organisationen und umgekehrt wäre in diesem Sinne zu analysieren. Dies würde zu einer eingehenden Besprechung der Metamorphosen und Eigentümlichkeiten der Arbeit und der bewußtseinsbildenden, sozialen und kulturellen Strukturen der modernen kapitalistischen Gesellschaft führen, die ich aber hier nicht leisten kann. Mir geht es in erster Linie darum, einige Parameter meiner Position zu erläutern, von der ich annehme, daß von dort aus eine konstruktive Kritik der gewerkschaftlichen Position möglich ist.

Ausgangspunkt ist die Annahme, daß unter kapitalistischen Verhältnissen die Arbeit einen Doppelcharakter hat. Diese Position lehnt sich an die Marxsche Argumentation an, der die zwieschlächtige Natur der Ware als Gebrauchswert und Tauschwert kritisch nachgewiesen hat (Marx, S. 56). Dem Gebrauchswert liegt eine zweckmäßige produktive Tätigkeit oder nützliche Arbeit zugrunde, dagegen sieht Marx in einer "Gesellschaft, deren Produkte allgemein die Form der Ware annehmen, d. h. in einer Gesellschaft von Warenproduzenten" einen entwickelten qualitativen Unterschied der nützlichen Arbeit, die "zu einem vielgliedrigen System, zu einer gesellschaftlichen Teilung der Arbeit" wird (Marx S. 57). In bezug auf den Tauschwertcharakter der Waren tritt der quantitative Charakter der Arbeit hervor, und bildet als abstrakt menschliche Arbeit den Warenwert (ders. S. 61). Die Arbeitskraft wird selbst zur Ware, als deren Konsument das Kapital auftritt. Die dem Arbeitsprozeß zugrundeliegende zweckmäßige Tätigkeit wird dadurch zum Mittel des Kapitalisten, denn der Kapitalist pro-

duziert zwar Gebrauchswerte, aber mit dem Zweck, Tauschwerte zu erlangen; er will Waren produzieren (vergl. Marx, S. 198ff.).

Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist somit nicht die Wahrheit menschlichen Seins. Sie ist entfremdete Wirklichkeit gesellschaftlicher Arbeit, indem sie dem der kapitalistischen Warenproduktion wesentlichen Wertverhältnis subsumiert ist. Sie ist eine Vergesellschaftung durch Realabstraktion. Der Sozialphilosoph Arnason spricht von einer konstitutiven Subsumtion (Arnason 1976, S. 203).

Der Zweck der Gebrauchswertproduktion wird also in der vom Kapital dominierten Gesellschaft der Profitlogik unterworfen und dadurch verliert die Arbeit ihren konkret nützlichen Charakter und wird abstrakt. Die den Marktverhältnissen unterworfenen Arbeit wird, solange sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, in die Profitlogik eingebunden bleiben und immer wieder in Konflikt mit (gesellschaftlich zu bestimmenden) ökologischen Normen treten.

Das unter diesen Umständen entwickelte tendenziell instrumentelle Verhältnis zur Arbeit - d. h. die Arbeit wird zum Mittel, der Zweck, der der gebrauchswertzeugenden konkret nützlichen Arbeit wesentlich ist, wird der Tauschwert erzeugenden abstrakten Arbeit äußerlich (vergl. zur Instrumentalisierungsdiskussion, Peter, S. 130-137 und Thomssen, S. 304ff) - wird immer wieder zum Zielkonflikt zwischen materiellen und postmateriellen Werteorientierungen im Bewußtsein führen. Dies beschreibt die strukturelle Schranke eines arbeitsökologischen Ansatzes.

In diesem Zusammenhang heißt das, daß die von Leisewitz und Pickshaus vorgeschlagene Orientierung ökologischer Politik auf die Arbeit an Grenzen stoßen muß. Auf der Bewußtseinssebene ist z. B. nicht einzusehen, warum ökologisches Bewußtsein, das durch arbeitsvermittelte Erfahrungen zustande kommt, Erfahrungen aus den unmittelbaren gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um Großprojekte (Autobahnen; Automobilproduktion; Flughäfen, KKW's, usw.) oder aus individuellen Erfahrungen mit Giften in Lebensmitteln, Baustoffen usw. an Kompetenz übertreffen sollte. Vielmehr tritt gerade in den erstgenannten Bereichen der Zielkonflikt der Interessen der dort Beschäftigten mit denen, deren Lebensumwelt zerstört wird, am deutlichsten auf und sind die Grenzen eines arbeitsökologischen Ansatzes und die daraus resultierenden Kompetenzen am deutlichsten.

Diese kursorischen Überlegungen bergen den Vorteil, einen komplexeren und differenzierteren Begriff von Arbeit und die damit zusammenhängenden Probleme zu bewahren, indem die Wechselbestimmtheit von Gesellschaft und Arbeit aufrechterhalten wird. Dies ist notwendiger Ausgangspunkt und bietet die Möglichkeit, den Gewerkschaften (als wesentlich arbeitsseitiges Element, aber mit Bezug zum Gesellschaftlichen) im Interesse und aus der Perspektive ihrer potentiellen Klientel (gerade der Jüngeren) über die Arbeitsorientierung hinaus und teilweise im Widerspruch dazu, eine gesellschaftspolitische Option nahelegen. So sind sie als gesellschaftspolitische Akteure und Bündnispartner für gesamtgesellschaftliche Entwicklungs- und Umgestaltungsvorhaben zu gewinnen, oder gar selbst, im Interesse ihrer Klientel (die in ihrer Gestalt Arbeitende und Lebende sind) als potentielle Umgestaltungsakteure zu mobilisieren.

Resümierend heißt dies, daß die Standpunkte von Düe und von Leisewitz/Pickshaus im positiven Sinne in einem Konzept produktionsorientierter ökologischer Gesellschaftspolitik aufzuheben sind, d. h. die hier relevanten Probleme der Ökologie und Demokratie sind nicht schlicht entweder einerseits aus der innerbetrieblichen Organisation und Entwicklung von Arbeit, oder andererseits aus der allgemeinen Unterordnung von Formprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung abzuleiten.

Dies beinhaltet die Sichtweise, die Arbeit und die Produktion direkt als gesellschaftliches Verhältnis und die damit zusammenhängenden Probleme, hier die Ökologie, weiterhin als der Gesellschaft wesentliche Problemfelder zu betrachten.

Eine notwendige Ökologisierung von Inhalten gewerkschaftlicher produktionsorientierter Gesellschaftspolitik müßte, um dies positiv aufzugreifen, die Erfahrungen der ökologischen Spurensuche im Betrieb verinnerlichen (und solche Politik auf der Betriebsebene auch forcieren), aber auch an bereits geleistete Überlegungen anknüpfen, inwiefern organisatorische Veränderungen notwendig sind, um gewichtiger, aber beweglicher und offener in den gesellschaftspolitischen ökologischen Diskurs eintreten zu können.

Jonas Dörge-Weidemann

#### Literatur:

- Johann Pall Arnason, Zwischen Natur und Gesellschaft. Studien zu einer kritischen Theorie des Subjekts, Frankfurt, Köln 1976.
- Dietmar Düe, Müllberge, Blechlawinen - und wo bleiben die Gewerkschaften? in: Z, Nr. 11 (1992), S. 123-134.
- Helmut König, Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit: Zur Kritik einer aktuellen Debatte, in: H. König, B. v. Greiff, H. Schauer (Hg.), Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan SH 11, Opladen 1990, S. 322-345.
- Andre Leisewitz und Klaus Pickshaus, Ökologische Spurensuche im Betrieb. Tatort Betrieb - Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, Frankfurt 1992 (1992a).
- Dies., Auf der Suche nach einem neuen Politikansatz: Gewerkschaften und Umweltpolitik im Betrieb, in: spw, September 1992 (1992b).
- Dies., Ökodiskurs und betriebliche Realität - Ansatzpunkte für eine arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften, in: Z, Nr. 11 (1992), S. 135-148 (1992c).
- Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 1. Bd, MEW Bd 23, Berlin 1986.
- Lothar Peter, Arbeit, Betrieb, Bewußtsein. Zur Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse in der neueren Industriesozioologischen Diskussion, in: Marxistische Studien, Jb. d. IMSF 7/1984, S. 130-151.
- Wilke Thomssen, Arbeit, Bewußtsein, Subjektivität. Zur Dekonstruktion einiger Kategorien der Soziologie, in: H. König, B. v. Greiff, H. Schauer (Hg.), Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan SH 11, Opladen 1990, S. 301-321.

#### Das System fester Preise - ein unverstandener Historismus

Man kann sagen, von Anfang an war der Sozialismus durch ein System fester Preise gekennzeichnet. Mindestens für die DDR trifft das zu. Und sie war der bestorganisierte Sozialismus. System fester Preise heißt nichts, als daß der Preis bei steigender Produktivkraft der Arbeit unverändert bleibt, eben fest. Der Arbeitswert sinkt zwar, das Sinken wird aber nirgendwo ausgewiesen. Nur das Mehrprodukt, das Produkt der zunächst ein-

gesparten, dann aber wiederverwendeten Arbeitskraft/-zeit, hat eine eigene Erscheinung. Es vermehrt, weil die Gesamtmassen der Waren absolut vermehrt, das gesellschaftliche Preisvolumen absolut, mit Rückwirkung auf das gesellschaftliche Geldvolumen oder Einkommensvolumen.

Das war also die Nuß, die die Theorie zu knacken hatte. Neuer Historismus in Sachen Wert oder nicht? Die Wissenschaft, und hier meine ich die sozialistische, nicht irgendeine, die sich zu bürgerlichen Formen zurückbekannte, registrierte Preise der einzelnen Waren, die nicht mehr für den Wert dieser Waren repräsentativ blieben, als eine Verletzung des Wertgesetzes, also eigentlich gleichlautend wie eine bürgerliche Sicht. Die offizielle Partei unterschied sich keineswegs von dieser Auffassung. Sie übertraf sich bei jedem nur möglichen Anlaß mit ihren Wissenschaftlern in der Bekundung, die Preise müßten doch eigentlich wieder ihren Werten entsprechen. Die politische Richtung war keineswegs diese, die Dinge doch laufen zu lassen, nein, gegenteilig, gerade durch ihr ideelles Bekenntnis im Unterschied zu ihrer Praxis in der Wertfrage war die SED - gleich der KPdSU und gleich allen anderen kommunistischen Parteien - de facto eine Wegbereiterin jener Reform, die nun auch ihr politisches Ende (dies zumindest) brachte.

Schon einmal in den 60er Jahren, massiert aber in vier Briefen 1974/75 an Erich Honecker, brachte ich dagegen den Vorschlag ein, dem neuen Historismus in Sachen Arbeit-Preis-Geld im Sozialismus auf neue theoretische Weise gerecht zu werden. Schluß also mit der marginal werdenden Werttheorie und ihrer vertrackten Sicht. Diese vier Briefe verdeutlichen diese Absicht und können für die Öffnung der neuen historischen Betrachtung stehen. Ich will keineswegs den Eindruck erwecken, dies nun sei der Weisheit letzter Schluß; aber von einem richtigen Beginn war und bin ich heute noch überzeugt. (Anmerkung der Redaktion: Hermann Jacobs stellte uns diese vier Briefe zum Abdruck zur Verfügung. Leider ist uns dies aus Platzgründen nicht möglich. Interessenten übermittelt er dieselben jedoch gern. Sie sind gebeten, diese über die Z-Redaktion anzufordern. Er bezieht sich in der damaligen Debatte u.a. auch auf die Positionen von Fritz Behrens, Gerhard Richter und des Zagolow-Kollektivs.)

Was ist der Kern der Betrachtung? Daß in die sogenannte Wertfrage die Akkumulationsfrage hineingebracht werden muß. Hängt man nämlich immer beim Wert herum, wenn es um den Festpreis geht, übersieht man (und dies Übersehen ist historischer Mangel), daß mit der kapitalistischen Warenproduktion statt Stunden Arbeitszeit wesentlich ganze Arbeiter durch Produktivierung freigemacht werden, und daß Akkumulation in diesem Falle heißt, das Akkumulationsprodukt für den freien Arbeiter nun ebenfalls freizusetzen. Schon der Kapitalismus ist nicht wesentlich Warenproduktion, sondern akkumulierende Warenproduktion. Der Kommunismus setzt hier nur fort, was der Kapitalismus begonnen. D.h. er ist wesentlich akkumulierende Produktionsweise und hat durch Verhältnis und der Form nach zu sichern, daß die gegenständlichen Faktoren der Erweiterung der Produktion zu den lebendigen Faktoren dieser Erweiterung finden. Unter diesen Umständen, wo es um die Organisation ökonomischer Momente (der vergangenen Arbeit) für die zukünftige, erst noch zu bildende Arbeit, d.h. nicht der Aneignung vorauszusetzende Arbeit geht, für

den Wert, also die vergangene Arbeit, die Eigentumsfrage aufzuwerfen, ist absurd.

Der Kapitalismus löst übrigens allgemein gesagt mit Aufhebung des Wertverhältnisses für den Arbeiter das Problem, alle gegenständlichen Momente der Akkumulation in einem vom Arbeiter entfremdeten Eigentum zu vereinigen; der Form nach aber dadurch, daß das Wertgesetz zu einem gegen den Arbeiter gewendeten Gesetz wird. D.h. der Wertfall durch produktivere Arbeit wirkt für den Arbeiter enteignend. Die einfache Erweiterung in der Anwendung des Wertgesetzes, von der gegenständlichen auf die lebendige Arbeit, bringt die Umkehrung im Resultat seiner Wirkung. Aber nun wieder die Frage, ob die Aufhebung der Sackgasse, in die dieses Gesetz mit dem Kapitalismus geraten, durch den Kommunismus zu dem Punkt zurückführen darf/kann, wo es wieder in die Hand des einzelnen ("millionenfachen") Arbeiters gelegt ist, über die Akkumulation zu bestimmen. Oder ob es nicht eher darum geht, einerseits über die Akkumulation gesellschaftlich gegenüber dem einzelnen Arbeiter zu bestimmen (aber in seinem Auftrag, in seinem Interesse), andererseits aber unter Aufhebung der makabren Form (der Enteignung vom Wert) darüber gesellschaftlich zu verfügen. Der Festpreis jedenfalls gibt dem Arbeiter das Bewußtsein, fest zum Gebrauchswert gesehen Arbeit anzueignen. Der Wertpreis gibt dem Arbeiter dieses Bewußtsein nicht.

Die unaufhörliche, nicht kleinzukriegende Rückführung des historischen Bewußtseins auf die Ausgangsposition der Geschichte der Warenproduktion vermittelt eine falsche Logik dadurch, daß über Höherentwicklungen der Warenproduktion resp. ihres gesellschaftlichen Umfeldes unlogisch, "gegensätzlich" widerstrebend, erhaben wegwerfend gedacht wird. Man erzeugt, auf der Basis des nicht logisch vorgehenden Denkens, unnötige, überflüssige Geschichte, man sonnt sich, reale Geschichte zu machen, indem man politischen Wirbel um sie macht. Man verzögert in Wahrheit das Bekenntnis der Massen zur Logik dadurch, daß man ihren logischen Beginn - im Bewußtsein (und in der Politik) - verewigt.

Es erübrigt sich, darauf zu verweisen, daß auch Erich Honecker resp. sein Mitarbeiterstab nicht reagierte; warum nicht, darüber will ich nicht spekulieren. Die erste geschichtliche Wahrnehmung einer sozialen Revolution ist natürlich die Revolution des lebendigen Subjekts über das gegenständliche Objekt selbst, und die Wahrnehmung der ersten Form der Revolution okkupierte wahrscheinlich alle Aufmerksamkeit, auch jene also, die das Objekt, über welches man gesiegt, selbst betraf. So traf aller freigesetzte sozialistische Idealismus dennoch nicht seinen revolutionierten Gegenstand, er maß sich in Köpfen, nicht im veränderten Verhältnis. Die Köpfe wurden aber nicht richtig "gefüttert".

Aber nur von der Vergangenheit kann man sagen, daß sie sich nicht wiederholt, von der Zukunft nicht.

*Hermann Jacobs*

### Neue Produktionsverhältnisse - alte Gesellschaft?

Angeregt durch die Lektüre von Z-12 möchte ich eine Bemerkung zu einem Problem machen, das sich mir beim Lesen stellte.

Unsere bisherigen Revolutionsvorstellungen gehen davon aus, daß sich die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht innerhalb der alten Gesellschaftsordnung herausbilden, sondern erst nach der sozialistischen Revolution, nach Veränderung der politischen Machtverhältnisse.

Ich halte dies für den wesentlichen Ablaufunterschied der revolutionären Entwicklung zum Sozialismus gegenüber allen vorherigen Veränderungen von Gesellschaftsordnungen, bei denen innerhalb der alten Gesellschaftsformation jeweils die Produktionsverhältnisse der neuen Gesellschaftsformation entstanden. Sie erwiesen sich stets innerhalb der alten Gesellschaft schon als produktiver als die entsprechenden Produktionsverhältnisse der zu überwindenden Formation. Dies schuf gesellschaftliche und persönliche Interessen an Veränderungen in Richtung der neuen Gesellschaft, die weit über die Kritik am Bestehenden hinausgingen.

Nach unserem heutigen theoretischen und praktischen Erkenntnisstand fehlt dies offensichtlich bei der Überwindung des Kapitalismus. Zur Zeit ist die Bewußtseinsituation so, daß in den hochentwickelten Ländern viele Menschen in der Kritik an den kapitalistischen Profitmechanismen mit uns übereinstimmen, aber gleichzeitig völlig unklar ist, wie ein Sozialismus aussehen könnte, der hochentwickelten Ländern entspricht und dessen ökonomische, ökologische und soziale Abläufe dem Kapitalismus überlegen sind. Hinzu kommt, daß für viele die sozialistische Alternative durch die gesellschaftliche Praxis des Realsozialismus entwertet ist.

Daraus ergeben sich nach meiner Meinung für die weitere Diskussion und Forschung zumindest die folgenden drei Fragen:

- Wie kann in einer sozialistischen Gesellschaft mit Rahmenplanung gesichert werden, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse nicht entsprechend dem subjektiven Willen von Staatsführungen und Parteizentralen herausbilden, sondern entsprechend den objektiven Bedingungen, den im Verborgenen wirkenden gesellschaftlichen, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten einer sozialistischen Ökonomie?

- Wie sehen nach heutigem Erkenntnisstand sozialistische Produktionsverhältnisse in hochentwickelten Ländern aus? Was an Positivem der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist in ihnen "aufgehoben"?

- Stimmt überhaupt die Voraussetzung, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse erst in einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln können? Oder sind ihre vielleicht noch deformierten "Jugendformen" teilweise durchaus schon in der kapitalistischen Gesellschaft möglich? Etwa als Genossenschaften u.a. Wenn dem so wäre, müßte dies Auswirkungen auf eine zukünftige Strategie der Linken für grundlegende Veränderungen der Gesellschaft hin zum Sozialismus haben.

Hans Wunderlich



Perspektiven  
und  
Projekte

**Kongreß - Köln,  
13./14. März 1993,**

veranstaltet von:  
Pro M S - Projekt Moderner Sozialismus  
JUSOS NRW - JUSOS Köln

**Die Linke in Europa. Ihr Zustand: Gebannt  
und gelähmt angesichts der weltweiten und  
innereuropäischen Tragödien. Ihre Chance:  
Die mögliche Rolle Europas für einen  
globalen Fortschritt zu nutzen.**

**Ihre Aufgabe: Konstruktive Projekte des  
Umbaus zu entwickeln - ökonomisch und  
ökologisch, kulturell und sozial.**

**Foren zu europäischen politischen Projekten:  
Konversion: Sicherheitspolitik - Öko-Chip: Industriepolitik - Euro-Mobil:  
Verkehrspolitik - Euro-Solar: Energiepolitik - Solidarität: Südpolitik -  
SOS-Rassismus: Migrationspolitik - Hegemonie: Medienpolitik -  
Brückenschlag: Ostpolitik - u.a.m.**

**Kongreß konkret.**

Termin: 13. 3., ab 10.30 Uhr/14. 3. 1993, ab 9.30 Uhr

Ort: Nikolaus-August-Otto-Schule, Köln-Deutz, Eitorfer Str. 16

Anmeldung beim Kongreßbüro: SPD-Büro

Günter Oesinghaus, MdB, Kalker Hauptstr. 212, W-5000 Köln 91

Bitte angeben, ob Schlafplatz oder Kinderbetreuung gewünscht!

Teilnahmebeitrag: DM 30,-/DM 20,- (ermäßig), Schlafplatz unbegrüßt

Überweisen an (bitte gleichzeitig mit der Anmeldung): G. Ball/JUSOS Köln,

Klo. Nr. 17 32 29 67, Stadtparkasse Köln, BLZ 370 501 98 (Stichwort 'Kongreß')

Der Kongreß findet  
mit Unterstützung der  
Zeitschrift für Sozialistische  
Politik und Wirtschaft - spw  
(W-5000 Köln 80,  
Kieler Str. 13) statt.

## Alte Antworten neu befragt

### Bremer PDS-Tagung zur Wirtschaftsdemokratie

Alle reden darüber, doch jeder meint etwas anderes: Wirtschaftsdemokratie oder Demokratisierung der Wirtschaft scheinen Platzhalter für das zu sein, was in der Linken früher unbedenklich Vergesellschaftung genannt wurde. Um der Sprachregelung eine konkretere Form zu geben und das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie neu zu befragen, veranstaltete der Landesverband der PDS-Linken Liste in Niedersachsen/Bremen am 9. Januar in Bremen eine Arbeitstagung mit dem Titel "Wirtschaftsdemokratie & Eigentumsordnung". 16 ReferentInnen und fünf TeilnehmerInnen einer Podiumsdiskussion befaßten sich in drei Themenblöcken mit Fragen aktueller Steuerungsmöglichkeiten und Regulierungsgrenzen des modernen Kapitalismus, mit den Problemen des ökologischen Umbaus, dem Verhältnis von Demokratie und Eigentum sowie mit Erfahrungen der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen. An der Arbeitstagung beteiligten sich rund 80 ExpertInnen aus der ganzen BRD, etwa die Hälfte davon aus den neuen Bundesländern. Die abendliche Podiumsdiskussion mit Joachim Bischoff, Sonja Chemnitz, Judith Dellheim, Gregor Gysi und Peter von Oertzen wurde von etwa 160 Leuten besucht.

Weitgehende Übereinstimmung stellte sich auf der Tagung recht bald bei der aktuellen Beurteilung der Eigentumsfrage heraus. Wichtiger als die abstrakte Frage, welche wirtschaftlichen Regulierungen

im Rahmen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse möglich seien und wo mögliche Grenzen zu sehen sind, sei die Suche nach konkreten Einfluß- und Umsteuerungsmöglichkeiten. Dabei verwies Hermann Bömer darauf, daß von einem Scheitern der staatlichen Regulierung von Wirtschaftstätigkeit trotz des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Ökonomien nicht gesprochen werden könne. Staatsinterventionismus, wie etwa in der Stahlindustrie, sei ein nach wie vor unverzichtbares Steuerungsinstrument, das gerade für die neuen Bundesländer wichtig sei. Es käme jedoch darauf an, nicht nur bestimmte Produktionsbereiche von Seiten des Staates zu stützen, sondern auch ihre Märkte zu regeln. Ossorio Capella belegte zusätzlich, daß trotz des marktradikalen Kurses von einem Rückzug des Staates aus der Ökonomie keine Rede sein könne. Im Gegenteil, die Staatsquote habe sich auch in den letzten zehn Jahren erhöht, wobei jedoch eine unverkennbare Umpolung von der sozialstaatlichen Regulierung zur Umverteilung von unten nach oben stattfinde.

Peter Hess befaßte sich mit dem Wandel der kapitalistischen Akkumulation, die sich in der ungeheuren Ausweitung der Finanzgeschäfte ausdrücke. Der Handel mit Schuldtiteln sei zu einer besonders parasitären Profitquelle geworden, die einerseits die Staashaushalte verarmen lasse und andererseits die Verwandlung des Profits in produzierendes Kapital stocken läßt. Für die Linke, so stellten mehrere DiskussionsteilnehmerInnen fest, werde die Suche nach Eingriffen in die Kreditmärkte zu einer entscheidenden Frage der Wirtschaftspolitik. Joachim Bischoff bezeichnete

es angesichts der "sklerotischen Entwicklung des Kapitalismus", der immer mehr zur Ausplünderung der Staatshaushalte übergehe, ausgesprochen paradox, wenn ausgerechnet den Ärmsten vorgehalten werde, ihre Ansprüche würden die öffentlichen Haushalte überfordern.

Daß sich die wirtschaftdemokratische Strategie nicht auf Detailprobleme der Mitbestimmung oder der Wirtschafts- und Ökologiepolitik reduzieren läßt, zeigte insbesondere die Diskussion der Rechts- und Verfassungsfragen, wie des Demokratieproblems. Heinz Jung bezeichnete das Thema Wirtschaftsdemokratie sogar als das gegenwärtig "übereinstimmende Signum der Linken", mit dem sich sehr unterschiedliche Schwerpunkte und Ziele auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. In seinen "Kritischen Nachfragen zum Demokratieparadigma" bemerkte er freilich zwei gegensätzliche Vereinsseitigungen der Demokratiefrage in der Linken. Während die konservative marxistische Diskussion in der Vergangenheit häufig die Entwicklungspotentiale der Demokratie vernachlässigt habe, zeige sich heute häufig eine einseitige und überzogene Hoffnung gegenüber dem repräsentativen Demokratie-typ. Horst Dietzel kam in einer Übersicht zur wirtschaftsdemokratischen Diskussion zu dem Schluß, daß sich unter den Parteien momentan nur noch die PDS auf wirtschaftsdemokratische Strategien beziehe, während die Grünen in den vergangenen Jahren dazu keine Aussagen gemacht hätten, die SPD auf "Versöhnung von Markt und Staat" setze und das Bündnis 90 ein ausdrückliches Bekenntnis zum

freien Unternehmertum abgelegt habe.

Norman Paech und Henning Adler, die das Thema aus verfassungsrechtlicher Sicht betrachteten, kamen zu der Einschätzung, daß sich die Wirtschaftsdemokratie auf eine defensive Strategie einstellen müsse, ohne auf grundlegende Umsteuerungen in der Eigentumsordnung verzichten zu müssen. Zwar sei das "Problem der erworbenen Rechte" bei der Gründung der BRD durch die Kapitulation der SPD im Parlamentarischen Rat nicht gelöst worden, aber, so Paech: "Mit der Eigentumsfrage läßt sich nicht die industrielle Demokratie erstürmen". Der entscheidende Punkt sei heute, die Mitwirkung bei der Einführung neuer Technologien zu erkämpfen und die Einflußnahme auf langfristige Investitions- und Strukturentscheidungen. Für Adler zeichnete sich ein Weg in der "Spaltung des Eigentums" ab, mit dem eine Art Gewaltenteilung zwischen verschiedenen Eigentumsformen durchgesetzt werden müsse. Dabei müsse das öffentliche und Belegschaftseigentum einerseits ausgeweitet und andererseits seine rechtliche Position gestärkt werden.

Auf welche Weise die nichtkapitalistischen Eigentumsformen in der Geschichte nicht nur durch die Bewegungsgesetze des Kapitals, sondern gerade auch durch politische Richtungsentscheidungen vernichtet werden, wurde mehrfach anhand des Privatisierungskurses in den neuen Ländern verdeutlicht. Wolfgang Jahn demonstrierte das am Beispiel des genossenschaftlichen Eigentums auf dem Lande, wo zwar immer noch 44 Prozent der Fläche durch Genossenschaften bearbeitet werden, die aber trotz ih-

rer Überlegenheit gegenüber dem bäuerlichen Familienbetrieb aus eigentumsideologischen Gründen rechtlich so benachteiligt würden, daß von einer Vernichtungsstrategie gesprochen werden könne.

Das Vorhaben der Veranstalter, weder die Eigentumsfrage noch das Demokratieverständnis abstrakt zu diskutieren, sondern von aktuellen Herausforderungen auszugehen, erwies sich letztlich als äußerst fruchtbar. Nicht, daß sich Illusionen breit gemacht hätten, die Strategie der Wirtschaftsdemokratie brächte einen sozial wie ökologisch verträglichen oder gar einen nicht mehr weiter überwindbaren Kapitalismus hervor - für diese Hoffnung blieb kein Raum. Aber es zeigten sich unzählige konkrete Probleme, die schon im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse und der deformierten Vertretungsdemokratie wahrhaft revolutionäre Richtungsänderungen notwendig machen.

Als Eckpunkte einer solchen Strategie wurden regulierende Eingriffe in den Kreditmarkt, die Vermögensverteilung, die Technikentwicklung und die Strukturpolitik ausgemacht. Eine immer wichtigere Rolle sprach insbesondere der Diskussionsblock zu Erfahrungen mit der Mitbestimmung und den neuen betrieblichen Beteiligungsformen, wie auch die abschließende Podiumsdiskussion, der Ausweitung der individuellen Handlungsfähigkeit zu. Ohne bessere Bildungsmöglichkeiten, Zurückdrängen der verflachenden Unterhaltungsindustrie und Verbesserung der Informationsmöglichkeiten, sei weder die gegenwärtige Entwicklung zur mangelhaften Selbstreflexion der Gesellschaft aufzuhalten, noch an die Organisation der Bewegungen zu

denken, auf die sich wirtschaftsdemokratische Strategien allein gründen können.

Harald Werner

## Deutschland im Kalten Krieg

### Tagung der Marx-Engels-Stiftung

Die Arbeitsgemeinschaft Geschichtsforschung der Marx-Engels-Stiftung e.V. führte in Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen der PDS und der DKP am 12./13. Dezember 1992 in Wuppertal zu der Thematik "Zwei deutsche Staaten im Zusammenhang mit internationalen Kräfteverhältnissen. Untersuchungen der Periode des kalten Krieges" eine Arbeitstagung durch. Der Tagung lagen schriftliche Ausarbeitungen vor von G. Polikeit: Wann begann er eigentlich, der kalte Krieg?; G. Benser: Die DDR - eine deutsche Möglichkeit? Zur Legitimation des zweiten deutschen Weges; F. Krause: KPD im Widerstand gegen die Remilitarisierung (1949 bis 1952); L. Schröter: Bedrohungsvorstellungen in der politischen und militärischen Führung der DDR bis Mitte der 50er Jahre; H. Mayer: Zur Entwicklung der KPD 1948/49: Die Auswirkungen der deutschen Spaltung auf das Verhältnis von KPD und SED. Sie wurden durch ausführliche Diskussionbeiträge ergänzt.

R. Kumpf von der ME-Stiftung wies am Anfang der Tagung angesichts der sogenannten Aufarbeitung der Geschichte des "Unrecht"-Staates DDR durch die von der Bundesregierung/Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission auf

die Bedeutung dieser Tagung hin. Denn die "Aufarbeitung" der Zeitgeschichte nach 1945 kann und darf nicht eindimensional erfolgen. Die alte BRD ist ebenso wie die Ex-DDR als Ergebnis der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg entstanden und ihre Entwicklung verlief auf dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen Ost/West. G. Benser trat in seinem schriftlichen Beitrag in diesem Zusammenhang dafür ein, "die gesamte Geschichte dieses Jahrhunderts in ihren internationalen Abhängigkeiten und Einbindungen neu zu verhandeln. Dies ist das inhaltliche Hauptanliegen der Alternativen Enquete-Kommission". Die Auffassung, daß das, was von der bundesdeutschen Entwicklung als dem einzig rechtmäßigen deutschen Weges abweicht, "als historisch verfehlt und im allgemeinen wie im juristischen Sinne als strafwürdig" hingestellt wird, ist "die Rückkehr zu Positionen des kalten Krieges" auf seinem Höhepunkt.

Der Rückblick in die Geschichte und die Einschätzung ihrer Stationen und Ereignisse erfolgte auch auf der Grundlage neuer Quellen - so des ehemaligen Parteiarchivs der SED - und auch mit kritischer Einstellung zur bisherigen Geschichtsschreibung.

Polikeit ging in seinen Ausführungen auf die Vorgeschichte, Ursachen und Hintergründe des kalten Krieges näher ein. Streitpunkt war hier der Zeitpunkt des Beginns des kalten Krieges. Polikeit vertrat den Standpunkt: es "werden gewöhnlich Ereignisse wie die Churchill-Rede vom 5. März 1946 in Fulton (Missouri) oder noch häufiger die Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März 1947 und des Marshall-Planes am 5. Juni 1947 als

Wendemarken und sichtbare Signale des kalten Krieges genannt". Zwischen dem Abkommen von Jalta im Februar 1945 und Potsdam im Juli/August 1945 gab es durchaus noch politischen Spielraum für die friedliche Gestaltung der internationalen Politik. Die Wende von der Anti-Hitler-Koalition zum kalten Krieg erfolgte nicht urplötzlich. Die Verzögerung der "zweiten Front" auf dem westlichen Kriegsschauplatz war ein Indiz. Das Hauptmotiv für die Konfrontation im kalten Krieg sieht P. im Anspruch der USA auf die Führungsrolle in der Welt: "Der kalte Krieg wäre vermeidbar gewesen, wenn die führenden Kreise des Westens am Ende des 2. Weltkrieges darauf verzichtet hätten, zugunsten der Wiederherstellung der alten kapitalistischen Machtverhältnisse in allen Teilen der Welt zu intervenieren und den Völkern das zugestanden hätten, was sie feierlich beschworen hatten: das Recht jeden Volkes, sein zukünftiges Schicksal und seine inneren Verhältnisse selbst zu gestalten." Doch dazu waren die Meinungen strittig. Auch Moskau praktizierte Dominanz in "seinem" östlichen Einflußbereich. Das Ziel der UdSSR war die Herstellung eines militärisch-neutralen Deutschlands mit antifaschistisch-demokratischen Charakter. Daran hielt sie sichtbar bis 1952 fest. Die Westmächte und auch die Adenauer-Regierung betrieben im Gegensatz dazu die Integration der BRD in die NATO und andere westliche Pakte sowie die Aufrüstung Westdeutschland als "Bollwerk" gegen den Kommunismus". Die Gründung der DDR war nach St. Doernberg ein Zeichen der Niederlage sowjetischer Politik - aber aufgrund westlicher "Politik der Stärke" durchaus legi-

tim. So W. Otto in ihrem Diskussionsbeitrag zu dieser Thematik. Meinungsunterschiede gab es auch zur These: Der kalte Krieg ist noch nicht zu Ende.

Die Abhängigkeit sowohl der BRD als auch der DDR von den Westmächten bzw. der UdSSR wurde in den verschiedenen Beiträgen dargestellt. Die beiden deutschen Staaten entstanden als Ergebnis des kalten Krieges - durchaus auch im Einverständnis mit den jeweils dominierenden deutschen Kräften. Das gilt auch für die nachfolgende Entwicklung und das Verhältnis zwischen BRD/DDR. Der Systemgegensatz prägte die Politikgestaltung. Die "Politik der Stärke" bzw. der Militarisierung der Bundesrepublik und der Zielsetzung der "Befreiung der Sowjetzone" (Adenauer) und der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 stand konkreten Angeboten zur Wiedervereinigung Deutschlands (Note der UdSSR vom 10. März 1952) im Wege. Der Beitrag "KPD im Widerstand gegen die Remilitarisierung" arbeitete das Spannungsverhältnis vor allem zwischen der Friedensbewegung (Ohne-uns-Bewegung, Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, Haltung der SPD, des DGB und der KPD) heraus. L. Schröter skizzierte den militärischen Aspekt (Militärdoktrinen) des kalten Krieges auf deutschem Boden in seinem Beitrag zu den Bedrohungsvorstellungen in der politischen und militärischen Führung der DDR bis Mitte der 50er Jahre.

Zu diesem Komplex entwickelte sich eine Diskussion über die Abhängigkeit der deutschen Politik von den Besatzungsmächten. Der Spielraum für eigenständige Politik

der agierenden politischen Kräfte sowohl in der BRD als auch in der DDR im Rahmen der von den Westmächten bzw. der Sowjetunion vorgegebenen bzw. abgesteckten Ziele wurde unterschiedlich beurteilt. Streitpunkt war vor allem das Verhältnis der KPD zu Moskau und zur SED/DDR. H. Mies als langjähriger Vorsitzender der DKP charakterisierte den Meinungsaustausch zwischen KPD/KPdsU und SED als Selbstverständlichkeit und nicht als "aufgezwungen" bzw. "Unterordnung". Der Beitrag von H. Mayer und die in ihm ausgewerteten Dokumente weisen zumindest für den Zeitraum 1948/49 in eine andere Richtung. Er vertrat die Auffassung: "Die Fremdbestimmung der KPD durch die SED-Führung, bis dahin (1948/49 - F.K.) selbst gewollt und dem Selbstverständnis entsprechend, trat gegenüber einer zunehmenden Eigenständigkeit nur tendenziell zurück, so daß die KPD - auch bezogen auf die ganze Zeit ihrer legalen Existenz - nie zur völligen Eigenverantwortung gelangte". Er untermauerte diese Auffassung durch Dokumente aus dem ehemaligen SED-Parteiarchiv. H. Mies (er war lange Jahre persönlicher Referent des KPD-Vorsitzenden M. Reimann) gab für den Einfluß der KPdsU auf die Politik der KPD folgende bisher nie offengelegte Tatsache auf der Tagung authentisch bekannt: Die Forderung nach dem "revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes", die dann in die KPD-Programmatik einging, wurde von J.W. Stalin aufgestellt. Sie wurde Max Reimann in einem Telefongespräch in der sowjetischen Militäradministration in Berlin-Karlshorst - in Anwesenheit des Botschafters der UdSSR in der DDR, Semjonow, - von Stalin per-

sönlich übermittelt. Die Adenauer-Regierung machte diese Forderung im KPD-Verbotsprozeß zum Kernstück ihres Antrags auf Verbot der KPD als verfassungswidriger Partei.

Auch die weiteren schriftlichen bzw. mündlichen Diskussionsbeiträge vertieften den Einblick in diese Zeit des kalten Krieges. Dabei spielten neu "ausgegrabene" Dokumente eine Rolle. Es wurde insgesamt sichtbar, daß "der Umgang mit unserer jüngsten Geschichte im höchsten Grade schwierig ist" (G. Benser). Die Diskussion soll im März 1993 in Berlin fortgesetzt werden. Die Tagungsmaterialien sind bei der MES (Gathe 55/57, 5600 Wuppertal 1) zu erhalten.

Fritz Krause

## Errata

Bedauerlicherweise gab es im Beitrag von Erich Hahn in Z 12 folgende Textübertragungsfehler:

\* S. 22 - In der 16. Zeile von unten fehlt nach dem Wort "Funktionsmechanismus" der Satzteil "der Gesamtgesellschaft und den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung".

\* S. 24 - In der 15. Zeile von unten muß es "Systeme" statt "System" heißen.

\* S. 30 - In der 5. Zeile von unten muß der letzte Satz des Absatzes mit einem Fragezeichen enden.

Nicht täglich -  
aber gründlich



blätter  
des iz3w

Themenschwerpunkte  
der letzten Hefte:

- Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
- Nr. 183: Nationalismus II
- Nr. 184: Mittelamerika
- Nr. 185: Verstärkung
- Nr. 186: Israel in den 90er Jahren

8 mal im Jahr für DM 48,-  
Einzelheft DM 6,-

Bezug:  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

- Bitte schickt mir Eure Materialliste  
Ich bestelle die **blätter des iz3w**  
(acht Ausgaben/Jahr)
- Im Abonnement
- als unverb. Probeabo von drei  
Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
  - in bar
  - per Scheck

Name \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer  
Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

## Treuhand: Eine persönliche Bilanz

Christa Luft, *Treuhandreport. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde*, Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1992, 287 Seiten, 39,80 DM

Im Zentrum der wirtschaftlichen Umwälzungen in Ostdeutschland steht - nach der Währungsunion vom 1. 7. 1990 - die Treuhandanstalt des Bundes (THA). Die Politik dieser größten Staatsholding der Welt, die seit der deutschen Vereinigung dem Bundesfinanzministerium untersteht, hat wesentlich zu der katastrophalen Entwicklung der ostdeutschen Industrie, zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit und zum Zusammenbruch auch solcher Unternehmen beigetragen, die von der technologischen Basis her wettbewerbsfähig oder doch zumindest sanierungsfähig waren. Die hieraus folgende Aussicht auf weitgehende Deindustrialisierung, soziale und politische Destabilisierung hat die THA im vergangenen Jahr zu einer Milde rung ihres Kurses veranlaßt; schließlich hat sogar Bundeskanzler Kohl sich dazu durchgerungen, eine Bestandsgarantie für industrielle Kerngebiete der früheren DDR auszusprechen. Soll dieses Versprechen mehr als heiße Luft sein, müßte die THA ihre Politik allerdings sehr viel weitergehend als bisher ändern: Sie müßte dazu übergehen, zusammen mit den Landesregierungen und Kommunen (und unterstützt vom Bund) eine gezielte Industriepolitik zu

betreiben, die neben der technischen Modernisierung auch die Schaffung und Sicherung von Märkten für die ostdeutschen Industrieunternehmen umfaßt. Die Aussichten hierfür sind jedoch schlecht. Über die THA sind mittlerweile mehrere Bücher und unzählige Artikel erschienen, kritische sowie unkritische. Der "Treuhandreport" von Christa Luft unterscheidet sich darin von ihnen, daß die Autorin unmittelbar und maßgeblich an der Entstehung dieser Behörde beteiligt war und insofern auch über ihre eigene Praxis spricht. Christa Luft, vormalige Rektorin der - mittlerweile liquidierten - Hochschule für Ökonomie, war stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung, die zwischen dem 18.11. 1989 und dem 12. 4. 1990 amtierte. Die Mischung aus persönlicher Erzählung, sachlich wissenschaftlicher Argumentation und politischer Kommentierung gibt ihrem Buch eine besondere Note.

Die LeserInnen seien allerdings gewarnt: wer eine stringente wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Ökonomie, eine systematische Auseinandersetzung mit der Politik der THA und ausargumentierte Konzepte für eine alternative ökonomische Strategie für die neuen Bundesländer in diesem Buch der Ökonomeprofessorin sucht, wird enttäuscht werden. Zwar wird er/sie von allem solide Elemente finden; sie sind jedoch an den verschiedensten Stellen des Buches gestreut und werden nicht zu einer schlüssigen Gesamtanalyse und -konzeption kondensiert. Dies

muß nicht unbedingt kritisiert werden. Wahrscheinlich entspricht es dem Zustand derer, die aktiv an dem Versuch beteiligt waren, den ökonomischen Rückstand der DDR-Wirtschaft aufzuholen und die politische Erstarrung durch weitgehende Reformen aufzubrechen, ohne jedoch das Konzept des bundesrepublikanischen Kapitalismus übernehmen zu wollen. Sie alle sehen sich von der Geschichte - nicht zuletzt den Wahlentscheidungen ihrer eigenen Landsleute - weggespült, die meisten sind abgewickelt und stehen jetzt vor prinzipiellen Orientierungsfragen: Wer nicht in panischer Wendehalsigkeit das Hohelied der Marktwirtschaft anstimmt, sondern auf der Notwendigkeit besteht, Markt und Privateigentum in den Rahmen dem Allgemeininteresse verpflichteter Politik einzubinden, und wer andererseits trotz der Brutalität, mit der die herrschenden Strukturen alles niedermachen, was nach DDR riecht, auch nicht einfach die alte DDR wiederhaben will, sondern an der Tatsache festhält, daß deren Wirtschaft weder effizient noch bedarfsorientiert war und daß die politischen Strukturen zunehmend unerträglich geworden waren - der oder die hat es eben schwer, persönlich wie konzeptionell. Verunsicherungen sind da unvermeidlich, eine schlüssige Systematik der Alternativen stellt sich nicht ein. Beides kommt bei Christa Luft deutlich zum Ausdruck. Insofern handelt es sich um eine sehr ehrliche Darstellung.

Das Buch gliedert sich in drei Teile, die - ebenso wie die ins-

gesamt neun Kapitel - mit Begriffen aus der medizinischen Fachterminologie überschrieben sind: Nur im ersten ("Genesis") steht die THA im Zentrum der Darstellung. Der zweite Teil ("Befunde") behandelt die Entwicklung der DDR-Wirtschaft und ihren Zustand bei der Vereinigung; er kritisiert den wirtschaftspolitischen Crash-Kurs, den westliche PolitikerInnen und Unternehmen (und einige ostdeutsche Kollegen) über Ostdeutschland bringen. Die THA kommt dabei nur am Rande vor. Im dritten Teil ("Therapie") werden sehr kurz einige Stichworte für eine alternative wirtschaftspolitische Strategie gegeben. Was das für die Treuhand bedeuten würde, sagt die Autorin jedoch nicht.

Am interessantesten ist der erste Teil, in dem Christa Luft die Entstehung der THA und die anschließende radikale Veränderung ihrer Ausrichtung aus eigenem Erleben erzählt. Hier finden sich Fakten und Gesichtspunkte, die in der öffentlichen Treuhanddiskussion nicht vorkommen und es verdienen festgehalten zu werden. Dazu gehört z. B., daß die erste Treuhandanstalt mit dem Beschluß vom 1. 3. 1990 unter der Regierung Modrow gebildet wurde, obwohl etwas Derartiges zunächst gar nicht vorgesehen war. Das ökonomische Reformkonzept dieser Regierung zielte vielmehr auf einen "konsequenten Wandel, aber keinen radikalen Wechsel der Eigentumsordnung", in der Privatisierung als ein aber nicht als einziges Element der Umgestaltung, vor allem als Instrument zur ökonomischen Bele-

bung vorgesehen war. Im Februar 1990 - nach dem Besuch einer Delegation der Regierung Modrow in Bonn - wurde jedoch klar, daß daraus nichts werden würde, sondern daß die Bundesregierung eine möglichst schnelle Vereinnahmung der DDR anstrebte und daher das Projekt Wirtschafts- und Währungsunion in aller Eile vorantrieb. Zu diesem Zeitpunkt stellte sich die Frage nach der Zukunft des volkseigenen Vermögens. Sowohl in der Koalitionsregierung, wie auch am runden Tisch bestand Einigkeit in dem Ziel, dieses Vermögen vor dem schnellen Zugriff westlicher Investoren, Konkurrenten und Spekulanten zu bewahren. In diesem Zusammenhang wurde - so Christa Luft - von dem damaligen Minister ohne Portefeuille Wolfgang Ullmann (heute Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90) der Vorschlag gemacht, eine "treuhänderische Behörde zur Betreuung des Volksvermögens" zu schaffen. In der weiteren Perspektive sollten von dieser Behörde Anteilsscheine am Volksvermögen an die BürgerInnen der DDR ausgegeben werden - ähnlich wie es in Polen und Rußland geschehen ist. Die Regierung Modrow griff diesen Vorschlag auf, jedenfalls halb. Am 1. März 1990 faßte sie den Beschluß zur Gründung einer "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volksvermögens". Am gleichen Tage erging eine Verordnung zur Umwandlung der volkseigenen Kombinate, Betriebe und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften, deren Alleineigentümer die Treuhänderanstalt wurde. Diese Weichen-

stellung für eine schrittweise Reform der Eigentumsformen und Steuerungsmechanismen der Wirtschaft wurde mit den Wahlen vom 18. März jedoch völlig über den Haufen geworfen. Bei der Formulierung des zum 1. 7. 1990 in Kraft getretenen "Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens" durch die Regierung De Maizière und bei der nochmaligen Revision der Bestimmungen dieses Gesetzes im Einigungsvertrag spielte der Gesichtspunkt der "Wahrung" des Volkseigentums keine Rolle mehr; er wurde von dem Ziel der schnellen und flächendeckenden Privatisierung überlagert und schließlich ersetzt. Von da an ist die Geschichte weitgehend bekannt und auch anderenorts gut aufgearbeitet.

Das gilt überwiegend auch für den zweiten Teil: Christa Luft tritt zu recht der Mär von der "durch und durch maroden Wirtschaft" der DDR entgegen, ohne deren gravierende und systematische Produktivitäts- und Flexibilitätsschwächen zu leugnen. Sie belegt, daß und wie die Politik der Bundesregierung zu einer Zerstörung geführt hat, die nichts Schöpferisches an sich hat. Sie ergänzt ihre Darstellung durch einen Blick auf die anderen osteuropäischen Länder und stellt fest, daß auch dort die auf marktradikaler Rücksichtslosigkeit basierende Schocktherapie gescheitert ist.

Der dritte Teil des Buches ist nicht nur sehr kurz, sondern auch ziemlich dünn. Über ein paar allgemeine Forderungen nach Struktur- und Industriepolitik, Förderung des

Mittelstandes und einer anderen Verkehrspolitik, zur Unterstützung des Ostexportes und der Gewährung von Lohnsubventionen geht er nicht hinaus. Damit bleibt die Autorin bemerkenswert weit hinter dem Stand der kritischen Diskussion zurück: Weder die Vorschläge der IG-Metall zur Schaffung regionaler Industrieholdings und zur Finanzierung der Einheit noch die seit 1990 vorgelegten und seither zweimal weiterentwickelten Vorschläge für eine andere Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland von Seiten der AG Alternative Wirtschaftspolitik werden von ihr auch nur zur Kenntnis genommen, geschweige denn aufgegriffen. Das Gleiche gilt für die teilweise sehr gut begründeten und soliden Konzepte der PDS (auf Bundes- und auf Länderebene). Diese Nichtbeachtung ist dem Rezensenten unverständlich. Sie könnte damit zu tun haben, daß Christa Luft in dem ganzen Buch offensichtlich unter allen Umständen den Eindruck vermeiden möchte, irgend etwas mit Konzepten zu tun haben, die auch nur entfernt in die Ecke linker Politik gestellt und damit dem Vorwurf der Betonköpfigkeit ausgesetzt werden könnten. So ist auch die auffällig häufige Betonung ihrer freundschaftlichen und kollegialen Verbindungen zu westlichen KollegInnen, die Hervorhebung einzelner Bemerkungen von Unternehmerseite in ihrem Sinne zu verstehen. So wichtig derartige Verbindungen und Anknüpfungspunkte sind, sie ersetzen nicht eine Konzeption, die einerseits machbare Alternativen ökonomisch begründet und konkret ausarbeitet, und andererseits sich darüber hinaus der Tatsache bewußt bleibt, daß es erheblichen politischen Drucks, eines entschiedenen Wi-

derstandes und massenhafter Mobilisierung bedarf, um etwas von diesen Konzepten in Bewegung zu setzen. Christa Luft schließt dies nicht aus. Sie geht aber auch nicht darauf ein.

Jörg Huffschmid

## Rassismus in Europa

Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Rassismus in Europa*, Bund-Verlag GmbH, Köln 1992, 286 S., 29,90 DM.

Vorweg - ein Buch zum richtigen Zeitpunkt. Europa nimmt durch den gemeinsamen Binnenmarkt mehr und mehr reale Gestalt an. Aber - zugleich ist dieses heutige Europa mit Rassismus infiziert. "Die Bewohner dieses relativ kleinen Gebietes versuchen in allen denkbaren Bereichen des geistigen und materiellen Lebens, ihre Sicht- und Denkweise, ihre Auffassung vom Leben, vom Recht und Unrecht, von Moral, Erziehung und Bildung, von Gut und Böse als allgemeingültig und unantastbar dem Rest der Welt aufzubürden" und fühlen sich als "Nabel der Welt" (10) - so skizziert präzise Bahman Nirumand im Vorwort den gegenwärtigen Zustand in Europa.

Was ist aber Rassismus? Wie ist er verknüpft mit Rechtsextremismus? Was sind die Ursachen für diese reaktionäre Erscheinungen?

Die Autoren wollen zumindest einige Antworten auf diese wichtigen Fragen unserer Zeit geben - gewissermaßen auch als Hilfe für die Auseinandersetzung mit dieser Erscheinung, die sich in unserem Lande so brutal äußert, bis hin zu Brandschatzungen und Mord. Das Buch soll "dazu beitragen, die Aufmerksamkeit gegen Rassismus und Rechtsradikalismus wachzuhal-

ten. Wir meinen" - so die Herausgeber -, "daß die damit verbundenen Probleme ernstgenommen, öffentlich diskutiert und besser erforscht werden müssen". (14) "Vielleicht ermutigt die Diskussion zu einem dauerhaften Engagement gegen Rassismus und Rechtsradikalismus".

Das Buch ist ein Sammelband verschiedener Autor(inn)en "unterschiedlicher Disziplinen und politischer Lager" (ebd.). Es enthält im ersten Teil Beiträge zu "Ausländerfeindlichkeit/Rassismus/Ethnozentrismus in Deutschland und seinen Nachbarstaaten" und im zweiten Teil zu "Rassismus: Ursachen - Erscheinungsformen - Gegenstrategien". Ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur ergänzt vorteilhaft diese Texte.

Arno Klönne sucht nach Antwort auf die Frage, wieso sich gerade in den ehemaligen "realsozialistischen" Ländern - hier Rußland - der Nationalismus/Rassismus so explosionsartig und gewaltsam Bahn brach? Er vertritt dazu die Auffassung: "Deutlich geworden ist inzwischen, daß auf absehbare Zeit der Weltmarkt einer Majorität der Bevölkerung in den exkommunistischen Staaten keinen Platz auf der Sonnenseite bieten wird. Da liegt es nahe, im Gedanken an einen eigenen Weg, an eine 'völkische Wiedergeburt', an eine soziale Ordnung jenseits von Kommunismus und Kapitalismus Zuflucht zu suchen oder gebrochenes Selbstbewußtsein durch nationale und ethnische Selbstüberhöhung zu kompensieren." (56).

Irene Runge untersucht die Wurzeln für "Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß in der DDR". Die Ausländer spielten nach ihrer Ansicht lange Zeit im "Alltag wahrlich

so gut wie keine Rolle" (65). Die "Wende" brachte allerdings eine Wende. "Arbeit und Geld wurden nun zur zentralen Kategorie" (68) und der Ausländer Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt. Noch mehr: "Wirkliche und drohende Arbeitslosigkeit, die enttäuschte Wut über falsche Erwartungen an ein nicht vorhandenes Paradies namens BRD und allgemeine Unsicherheit über die eigene Zukunft aber nährten die Saat" (69) der Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR. Auch Gunhild Korfes beschäftigt sich mit der ehemaligen DDR - hier vor allem mit dem Rechtsextremismus innerhalb der Jugend. Sie gibt zunächst einem Überblick über die Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen in der Ex-DDR und untersucht danach den Zusammenhang zwischen im autoritären Staatssozialismus reproduzierten kleinbürgerlichen Mentalitäten und der Aktivierung rechtsextremistischer Orientierung in Krisenzeiten" (72). Das erfolgt auf der Grundlage empirischer Forschungen.

Wie und in welcher Gestalt artikuliert sich der Rechtsextremismus heute?

Dazu geben Helmut Kellershohn über die REPublikaner in Deutschland und Michel Hastings über Jean-Marie Le Pen und seine Front National Antwort. Michael Braun wiederum charakterisiert den Rechtsextremismus/Rassismus in Italien und Ronald Commers stellt in Antwerpen einen Trend nach rechts fest. Franz Januschek geht auf den Rechtspopulismus des Jörg Haider in Österreich ein - der in seiner Bedeutung den Rechtsextremismus übertrifft. Nicht zuletzt rundet Michael von Freyhold in ihrem Beitrag "Rassische Mobilisie-

rung in England" die Betrachtungen rechter Entwicklungen in Europa ab. Sichtbar wird in allen Ländern trotz anderer Ausgangspunkte der "völkische"/rassistische Bezug, der Nationalismus als Fundament der politischen Aussagen und die Nähe zum Konservatismus. Hierbei spielen biologistische Markierungen eine wichtige Rolle. Und auch die Anknüpfung an nationalistische Traditionen ist durchgängig - wenn auch historisch verschieden - vorhanden. M. von Freyhold definiert Rassismus wie folgt: "Rassismus heißt, daß einer Gruppe von Menschen auf Grund ihrer angeblichen biologischen oder kulturellen Fremdheit das Anrecht auf gleiche Menschenrechte und Menschenwürde aberkannt wird. Rassismus kann als Doktrin oder Ideologie auftreten, aber auch in Form persönlicher Einstellungen und Vorurteile und/oder unmittelbar als Praxis der Diskriminierung und Schikane gegen die Fremden" (161). Rassismus in Europa ist allerdings nicht nur die Zusammenfassung nationaler Erscheinungsweisen. Er ist nach Ansicht von v.F. seinen "Ursprüngen und seiner Dynamik nach ein spezifisch europäisches Phänomen... Er steht im Zusammenhang mit spezifisch europäischen Errungenschaften: mit der Vorstellung von der Universalität der Menschheit und mit der Vorstellung vom Nationalstaat" (162).

Der zweite Teil "Rassismus; Ursachen - Erscheinungsformen - Gegenstrategien" versucht die Problematik theoretisch noch tiefer zu erfassen. Christoph Butterwegge verweist in diesem Zusammenhang auf die "zunehmende Brutalisierung der Gesamtgesellschaft; Erschreckend ist die Akzeptanz des rassisti-

schen Bandenterrors durch einen Großteil der Bevölkerung" (183). Doch - so meint er zurecht - : "Die Gewalt ist kein willkürlicher bzw. Verzweiflungsakt enttäuschter Minderheiten, wurzelt vielmehr in den herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen" (184). Und zutreffend ist meiner Ansicht nach auch diese Definition: "Rechtsextremistisch nenne ich solche Bestrebungen, Strömungen und Bewegungen, - die meist unter Androhung/Anwendung von Gewalt - darauf gerichtet sind, Menschen- und Bürgerrechte auszuhöhlen, in der Regel (ethnische) Minderheiten auszugrenzen bzw. auszurotten und jene politischen Kräfte zu schwächen, die sich für deren Integration, soziale Emanzipation und demokratische Partizipation einsetzen" (187). Die nachfolgenden Beiträge (Nora Rätzl: Zur Bedeutung von Asylpolitik und neuen Rassismen bei der Reorganisation der nationalen Identität im vereinigten Deutschland; Siegfried Jäger: Wie die Deutschen die "Fremden" sehen - Rassismus im Alltagsdiskurs; Magret Jäger: "Feministische" Argumente zur Untermauerung von Rassismus - Warum liegt Deutschen die Stellung der Einwanderinnen so am Herzen?, Gule Helmis/Rainer Moitz: Europäische Identität - interkulturelles Leben) vertiefen durch Darstellung der ausländerfeindlichen Wirklichkeit in unserem Lande die Erkenntnis- und Wissensvermittlung des Buches.

Das Buch ist nach meiner Ansicht mehr als "nur ein Beitrag zur weiteren Diskussion" - so die Aufgabenstellung in der Einleitung. Es sei dem Leser von Z als "Pflicht"-Lektüre empfohlen. Die Aneignung des Inhalts wird sicher-

lich dazu beitragen bzw. "ermutigen, sich auf den verschiedensten Ebenen stärker als bisher gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu engagieren".

Fritz Krause

### Bürgergesellschaft als Apologetik des Metropolenkapitalismus

Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1992, 326 Seiten, 44.- DM.*

Der Verfasser darf beim gesellschaftspolitisch interessierten Publikum, auch der Linken, auf Interesse für seine Ansichten rechnen, gehört er doch zu den liberalen Ideologen mit ernsthaftem sozialwissenschaftlichem Hintergrund. Bekanntlich war Dahrendorf in den 50er Jahren mit gehaltvollen soziologischen Studien mit antimarxistischer Stoßrichtung zur Ungleichheit, zum Klassenkonflikt u.a. hervorgetreten, war dann einer der profilierten Bildungspolitiker der Sozialliberalen, Staatssekretär in Scheels Außenministerium, später EG-Kommissar, Leiter der London School of Economics und ist bis heute mit vielen anderen Lehr- und Ehrenämtern versehen.

Zu erinnern ist auch daran, daß er aus sozialdemokratischem Milieu kommend zum liberalen Politiker und Ideologen wurde und von daher auch eine gewisse Unbefangenheit im Umgang mit Arbeiterbewegung, Marxismus, Klassenkampf u. dgl. herrührt. Der sicher im Selbstverständnis und auch in der offiziellen Wertung hohe Rang gestattet es dem Verfasser, eine essayistische Darstellungsform im Stil des small talk zu wählen, was ja auch die Authentizität von Perso-

nenbekanntschaften, Ereignisteilnahmen usw. zu vermitteln geeignet ist.

Dahrendorf ist nicht in der Art Verfechter der westlichen Gesellschaft, daß er ihr unkritisch gegenüberstehen würde - ganz im Gegenteil; aber da er die Strukturen des Metropolenkapitalismus für geeignet und ausschließlich für geeignet hält, die Probleme der heutigen Welt zu lösen, kommt er in die Rolle des Apologeten. Im Zentrum steht dabei für ihn die Bürgergesellschaft, eine Art modernisierter civil society der angelsächsischen Staats- und Gesellschaftstheoretiker, die im linken Diskurs unter dem Stichwort Zivilgesellschaft zu nicht geringen Verwirrungen geführt hatte, war doch von vielen vergessen worden, daß dies eine spezifische Form der gesellschaftlichen Organisation des bürgerlichen Eigentums und seiner Interessen ist und für die Eigentumslosen kaum eine Verheißung mit Realisierungschancen darstellt.

Bürgergesellschaft ist für Dahrendorf gesellschaftliche Struktur und Modus der Regulation, Medium der Freiheit, soziale Einbettung zum Genuß der Früchte des Eigentums, worauf bekanntlich seit eh und je der liberale Diskurs der Freiheit hinausläuft. Ausdrücklich sind deshalb auch private Klein- und Mittelunternehmen Strukturelemente der Bürgergesellschaft. Bisher freilich hatte die Bürgergesellschaft zwei wesentliche Schönheitsfehler: Nach innen grenzte sie die Habenichtse aus und nach außen errichtete sie die Grenzen des Nationalstaates - eine Gesellschaft des Privilegs und der Exklusivität. Dahrendorf sieht diese Defekte und glaubt, daß sie nur überwunden werden können, wenn

sich die Bürgergesellschaft globalisiert, also Weltbürgergesellschaft wird und, wenn die Masse der Saturierten zur Integration der diskriminierten Minderheit bereit ist.

Dahrendorf suggeriert, daß sich in diesem Jahrhundert eine Mehrheitsklasse, der nach seinen Angaben an die 95 Prozent der Bevölkerung angehört, als Basis der Bürgergesellschaft herausgebildet habe. Die liberale Utopie wird so zum Zwangskorsett der Wirklichkeit des Metropolenkapitalismus. In abgewandelter Form oktroyiert sich diese Utopie als Verheißung des okzidental Rationalismus der übrigen Welt schon 500 Jahre und hat doch nur eine Welt der Polarisierung und Ungleichheit erzeugt. Gleichwohl waren diese Verheißungen attraktiv genug, um die Völker und Führungsschichten des Ostens in den Tanz um das goldene Kalb hineinzureißen. Heute ist es mehr als ungewiß, wie in Zukunft ihre Optionen auf den Trümmern der realsozialistischen Gesellschaften ausfallen werden. Es ist fraglich, ob sie Dahrendorfs Modellen entsprechen werden.

Der Verfasser sucht nach allgemeinen Begriffen, in denen sich die politischen und sozialen Konflikte und Kämpfe der Geschichte, Gegenwart und Zukunft jenseits der Theorie des Klassenkampfes aber unter Beibehaltung einiger ihrer Essentials ausdrücken lassen. Er glaubt sie im Antagonismus von Anrechten und Angeboten gefunden zu haben, den Synonymen für den Dualismus von Politik und Ökonomie, Bürgerrechten und Wirtschaftswachstum, fordernden und saturierten Gruppen. Hierunter kann auch der Wechsel von Sozialdemokraten und Konservativen an der Regierung der OECD-Staa-

ten gefaßt werden, deren Entwicklung in Dahrendorfs Sicht den Schlüssel zum Verständnis der modernen Welt bietet. Zweite und dritte Welt sind demgegenüber mit dem Realismus des historischen Augenblicks in einen subalternen Status verwiesen.

Es ist so ein ständiger Wechsel zwischen dominierender Anrechts- und Angebotskonstellation. Kommt es zu einem Schub in Richtung sozialer und staatsbürgerlicher Gleichheit, der in der Regel mit sozialdemokratischen Regierungen in Gang kommt und sich in der quantitativen Veränderung der Verteilungsverhältnisse materialisiert, so bedeutet dies die Beeinträchtigung der Entwicklung von Profiten, Produktivität und Wachstum. Aber die Entwicklung pendelt sich aus, bis es wieder zur Durchsetzung der Angebotsorientierung und der Begünstigung der Wirtschaft kommt. Es ist dies ein dürres Konstrukt, das Plausibilität ohnehin nur für den Schönwetterkapitalismus beanspruchen kann.

Dahrendorf kennt die Welt des Metropolenkapitalismus aus der Sicht des agierenden Politikers und des reflektierenden Professors. Das Beunruhigendste ist für ihn, daß im Maße der Ausschaltung oder Überwindung des Klassenkampfes als Bewegungssache der Gesellschaft die Zustände zur Anomie tendieren, also gesellschaftlichen Zuständen, die sich der Regulierung per juristisch normierter Willensverhältnisse der Gesellschaft entziehen. Dies ist besonders in den USA offenkundig, wo ziellose riots wie jüngst in Los Angeles, kriminelle Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft, ethnische und rassische Konflikte die Szene beherrschen, also Tendenzen

des Rückfalls der Gesellschaft in die Barbarei. Und man erinnert sich der düsteren Worte des Kommunistischen Manifestes. Aber da Dahrendorf natürlich weder den Klassenkampf noch den Rückfall in die Barbarei akzeptieren kann, ist seine Alternative die Bürgergesellschaft. Ihm sind alle Einwände bekannt, die seit Rousseau und Paine gegen die Gesellschaft des Privatbesitzes, der Habgier und des Egoismus vorgetragen wurden und werden. Aber er ignoriert, daß Anomie und Barbarei die Konsequenzen ihrer inneren Logik sind, soweit sich nicht alternative (Klassen)Kräfte in den Gang der Dinge zu drängen vermögen.

Wie man sich erinnert, hatte Dahrendorf schon in den 50er Jahren den Klassenbegriff von den sozialökonomischen Grundlagen gelöst und in den Herrschaftsverhältnissen schlechthin, dem Unten und Oben von Produktionsorganisationen verortet. Diesem Ansatz ist er bis heute treu geblieben. "Gesellschaft heißt Herrschaft, und Herrschaft heißt Ungleichheit." (47) Da diese unaufhebbar sind, kann es nur um die zivilisierten Bedingungen und Formen ihrer Bewegung gehen, also im liberalen Kanon um Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaat, Bürgergesellschaft. In der Logik seines Ansatzes läge es, daß Klassen als "Kategorien, deren Mitglieder eine gleichartige Stellung in den Herrschaftsstrukturen haben" (168), die Bürgergesellschaft prägen müßten. Diese Problematik bleibt aber von der Erörterung ausgespart.

Auf die Evolution des Klassenkonflikts entwickelte er folgende Sicht: "Ein Kapitel der Politik und Sozialgeschichte, das mit einem tiefgehenden und potentiell revolu-

tionären Klassenkampf begann, führte nach vielen kritischen und schmerzhaften Momenten zu den gebändigten Konflikten der demokratischen oder institutionalisierten Klassenantagonismen und hatte am Ende die Schaffung einer Mehrheitsklasse derer zur Folge, die dazu gehören und daher hoffen können, viele ihrer Lebensabsichten ohne grundlegende Veränderungen bestehender Strukturen zu verwirklichen." (169) Die Unterklasse, nach Dahrendorfs Angaben von numerisch kleiner Größe, sei eine soziale Kategorie, "in der sich sozialpathologische Merkmale so sehr häufen, daß ein Dauerzustand der Entfremdung entsteht" (223) - also eine von der Mehrheit ausgegrenzte Minderheit. Sie ist in des Verfassers Sicht nicht deshalb eine Herausforderung, weil sie eine gesellschaftliche Macht analog dem früheren Proletariat darstellen würde, sondern weil mit ihrer Existenz und der Anomie als wesentlicher Konfliktform die Regeln der bürgerlichen Gesellschaft infrage gestellt seien.

Nach Dahrendorf wurde dieses Jahrhundert im Metropolenkapitalismus durch die Sozialdemokratie und den Sozialstaat geprägt, was auch zum Leitbild der Völker des Ostens im Prozeß des Zusammenbruchs geworden sei. (255) Angesichts des damit hochgekommenen Nationalismus, Ethnozentrismus, Fundamentalismus kann aber bei dem Liberalen keine rechte Freude aufkommen. "Sie sind eine Attacke auf die zivilisierende Kraft der Bürgerrechte im Namen eines falsch verstandenen Selbstbestimmungsrechts der ethnischen, religiösen, kulturellen Autonomie." (233) Dem stehe die liberale Alternative der Weltbürgergesellschaft gegenüber,

in der Ausgrenzungen, welcher Art auch immer, überwunden und die Menschenrechte verallgemeinert seien.

Abgesehen von dem etwas gekünstelten Optimismus der liberalen Utopie, die natürlich für einen Anhänger der offenen Gesellschaft, wie es Dahrendorf ist, nicht unter diesem Namen laufen kann, sind die von ihm zur Kenntnis genommenen Realitäten wenig erfreulich. Da ist seit der Aufkündigung der Nachkriegsordnung durch die USA - von Dahrendorf mit dem Jahr 1971, dem Jahr des Abschieds vom System von Bretton Woods, datiert - und mehr noch nach dem Zusammenbruch der UdSSR der Weg von Kant zu Hobbes, vom Recht zur Macht als Regulierungsprinzip der internationalen Verhältnisse weitergegangen. Damit verbunden war die Einschränkung des Wirtschaftswachstums und der Lebenschancen. Nach dem Angebotsjahrzehnt des Thatcherismus gehe es nun in den 90er Jahren um Anrechtsfragen, vor allem auch auf internationaler Ebene. In diesen Kontext stellt er sein Plädoyer für die Weltbürgergesellschaft. Genau genommen geht es dabei um ein Nachziehen der Internationalisierung der sozialen und institutionellen Strukturen, nachdem die Internationalisierung der Ökonomie, der Kommunikationsverhältnisse usw. längst schon Realität sind. Freilich erreicht der Verfasser bei der Erörterung der internationalen Verhältnisse an keiner Stelle ein Niveau, wie es etwa bei P. Kennedy durchgängig ist.

Darüber hinaus spricht der Text eine Vielzahl weiterer Probleme an, führt die großen Soziologen des Jahrhunderts im Gestus der intimen Kenntnis auf die Bühne und

argumentiert für den Liberalismus. Dabei setzt er sich auch, freilich mit unterschiedlicher Seriosität, mit dem Komplex Utopismus, Marxismus, Sozialismus, Kommunismus auseinander. An einer Stelle heißt es etwa: "Der Gipfel sozialistischer Errungenschaften ist die Kombination von devisa-finanzierten Privilegien der Nomenklatura, die dieser das Äquivalent einer westlichen Kleinbürgerexistenz erlauben, und der unzuverlässigen Versorgung mit Elementargütern für die vielen in einer grauen Alltagswelt." (157) Nachdem für die vielen diese Welt sozialer Sicherheit zerbrochen ist - ist man veranlaßt, als Rezensent zu notieren - darf man aber bestimmt den wenigen für die aufregende Buntheit ihres neuen Lebens gratulieren.

Obwohl Dahrendorf mit dem Wertediskurs nicht viel im Sinn hat und stattdessen der Analyse von gesellschaftlichen Strukturen als handfesterem Ansatzpunkt den Vorzug gibt, verzichtet er keinesfalls auf jenen liberalen Fundamentalismus, dem die Unduldsamkeit gegen seine Kontrahenten, ganz im Sinne Poppers oder von Hayeks, beileibe nicht fremd ist. Systemdenken sei ein Hindernis auf dem Weg zur Freiheit, entscheidend sei die offene Gesellschaft (160), woraus sich dann auch die postume Kritik an Konvergenztheoretikern wie Raymond Aron ergibt. Freilich hat er auch mit den Falken der Totalitarismusideologie nicht viel am Hut, obwohl er diese in der Diktion von Hannah Arendt durchaus als Leitlinie akzeptiert. So moniert er besonders die Position von Jeane Kirkpatrick, UNO-Vertreterin der USA, die mit dieser Konzeption knallharte Freund-Feind-Schemata vom Reich des

Guten und des Bösen und eine Politik der offenen Konfrontation begründete.

Obwohl der Text jüngsten Datums ist, vermittelt schon jetzt das Abfeiern der Bürgergesellschaft und ihrer Verheißungen angesichts der neuen Realitäten einen schalen Beigeschmack. Denn der Einwand ist nun unabweisbar, daß deren Schoß für allerlei Atavismen fruchtbar geblieben ist. Die Bürgergesellschaft der letzten Jahrzehnte erscheint damit als gefällige Form, die das sozial organisierte Privat- und Kapitalinteresse auch annehmen kann. Kommen sie aber in die Schlechtwetterzonen, dann schlägt die Stunde ganz anderer Paradigmen und Realitäten.

Nicht abweisbar ist nun auch der Gedanke, daß nach dem Ausfall der Systemalternative auch deren korrigierende Wirkung passé ist und diese Gesellschaft nun aus sich selbst heraus kaum in der Lage erscheint, universelle emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln. Statt dessen beherrschen die Ausgeburten und Begleiterscheinungen eines Neoimperialismus die Szene, der sich nur zu gern den Anschein der zivilen Bürgergesellschaft geben möchte.

Heinz Jung

### Der Weg des wissenschaftlich-technischen Umbruchs

Ulrich Dolata, *Weltmarktorientierte Modernisierung. Die ökonomische Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs in der Bundesrepublik*, Campus Forschung, Band 690, Campus Verlag, Frankfurt/Main/New York 1992 (August), 394 Seiten, DM 78.-

Die respektable Studie des Bremer Ökonomen und Memo-Mitarbei-

ters untersucht, unter dem Einfluß welcher Faktoren, im Rahmen welcher ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen und über die Wirksamkeit welcher Prozesse und Mechanismen sich in der BRD die wissenschaftlich-technischen Umwälzungen seit Anfang der 80er Jahre vollziehen. Methodisch wird der wissenschaftlichen Anschauung mit deskriptiver Kategorienbildung auf der unteren und mittleren Ebene der Vorzug gegeben. Daraus resultieren Stärken und Schwächen der Arbeit.

Die Stärken bestehen in der Fülle des ausgebreiteten empirischen Materials, in der diffizilen Bestandsaufnahme auf der Grundlage vor allem der verfügbaren journalistischen und publizistischen Quellen und zwar sowohl der wissenschaftlich-technischen als auch der technologischen und ökonomischen Strukturen und Prozesse sowie in einer plausiblen Begriffsbildung auf den genannten Ebenen. Grenzen zeigen sich dort, wo der Verallgemeinerungsgrad der Begriffe die Rückbindung an Gesellschaftstheorie erforderlich macht, so für Begriffe wie Modernisierung, Umbruch, Staat u.a. Sozialökonomische Antagonismen und Widersprüche kommen bei dem praktizierten pragmatisch-empiristischen Ansatz kaum ins Blickfeld. Die Furcht vor einem Determinismus- und Reduktionismusvorwurf läßt den Autor immer wieder den Rückzug in die Konstatierung der Komplexität und Vielfalt der Welt und Wirklichkeit antreten, wobei die in den Untersuchungsergebnissen angelegten Aussagen an Schärfe und Biß verlieren.

Die Studie erweitert unsere Kenntnisse darüber, wie sich wissenschaftlich-technische Linien formie-

ren und, von der Aura objektiver Notwendigkeit umgeben, zu den herrschenden werden. Das Anknüpfen an die in der marxistischen Diskussion schon vor 1989 erörterte Konzeption der staatsmonopolistischen Komplexe erweist sich als produktiv.

Teil I der Studie bietet eine knappe Skizze über den Entwicklungs- und Durchsetzungsgrad der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Bio- und Gentechnik. Dolata kann zeigen, daß die Informatisierung seit Beginn der 80er Jahre den Umbruch des Produktionsapparates in Gang gesetzt hat, der sich freilich widersprüchlicher und langsamer als erwartet vollzieht. Der schnelle Siegeszug der vollautomatisierten Fabrik hat sich als Phantom erwiesen. Hauptursache: Die Inkompatibilität von Rechnern, Daten und Programmen. Damit sind auch die zentralistischen Reorganisationskonzepte in eine ernste Krise geraten.

Die Bio- und Gentechnologie hat sich auch Anfang der 90er Jahre noch nicht aus ihrem Experimentierstadium gelöst. Sie befindet sich noch in der Phase der weichen Strukturen, in der sich die Hauptlinien herausformen. Der Umschlag in die Breitenanwendung ist erst für das nächste Jahrhundert zu erwarten. Die "Synthetisierung der Natur" muß neben der "Informatisierung der Gesellschaft" als zweiter Basisprozeß des wissenschaftlich-technischen Umbruchs unserer Zeit angesehen werden.

Teil II legt Fallstudien für die Autoindustrie, den Telekommunikationsbereich und die Bio- und Gentechnik vor. Sie untersuchen, welche Regulierungsmuster und techno-ökonomische Strukturen sich in Wechselwirkung mit den neuen Ba-

sistechnologien herausbilden. Involviert sind hierbei auch die für die Gesamtwirtschaft tonangebenden Industriekonzerne. Die Interaktion von Privatwirtschaft, Staatsapparaten und Wissenschaft hat jeweils unterschiedliche Ausprägungen und Schwerpunkte.

Die Autoindustrie ist nicht nur privatmonopolistisch organisiert, sondern weist auch einen ausgesprochenen Internationalisierungsgrad auf. Weltmarktorientierung und Modernisierung unter diesem Gesichtspunkt sind schon seit Jahrzehnten harte Realität. In kaum einem anderen Bereich ist die Modernisierungskonkurrenz so entwickelt. Das gilt auch für den Robotereinsatz, die Fertigungsautomation und die Installierung von Logistiksystemen. Nach Dolata gibt es aber keinen großen Sprung, sondern ein "mit großen Unsicherheiten und Einführungsproblemen behaftetes Herantasten" an das Rationalisierungspotential der modernen Technik: Der Umbruch als Suchprozeß. Schon in den 80er Jahren ist die Umprofilierung der Konzerne angelaufen. Neu ist ein Wissenschafts-Produktions-Verbund (exemplarisch: Einrichtungen der Hochschule Ulm) und die internationale Kooperation (Beispiel: Verkehrsleitsystem Prometheus).

Im Mittelpunkt der technischen Modernisierung des Telekommunikationsbereiches steht die Digitalisierung des Fernsprechnetzes, wobei es nach Dolata noch nicht ausgemacht ist, ob das ISDN-Projekt, das dies zu realisieren bestrebt ist, zum "schnellen Brüder der Nachrichtentechnik" wird. Hier wurde mit Deregulierungsmaßnahmen von oben ein relativ fester "politisch-industrieller Komplex mit staatsmonopolistischen Kernstruk-

turen" (114) der Internationalisierung und Konkurrenz geöffnet. Allerdings bleiben auch nach dem Poststrukturgesetz von 1989 und der Verselbständigung von Telekom die Hauptlieferanten die gleichen (Siemens, Bosch, SEL), und der Staat wahrt seine Rolle als "Agent und Garant gesamtwirtschaftlicher Infrastrukturinteressen an der Telekommunikation" (143). Aber neu ist eben "ein weites Umfeld neuer in- und ausländischer Konkurrenten sowie neuer politischer Akteure, Wettbewerb und Konkurrenz haben als Regulierungsgrößen gegenüber Kartellierungen und privat-staatlicher Absprachen an Bedeutung gewonnen" (159).

Es ist erstaunlich, daß die deutschen Chemiekonzerne in der Bio- und Gentechnik so eindeutig gegenüber den Konkurrenten der USA ins Hintertreffen geraten sind. Dolata verweist auf traditionsbedingte Verhärtungen in der Forschungsorientierung (die Weltgeltung der deutschen Chemiekonzerne beruhte auf der synthetischen Chemie) und das Fehlen der innovativen Rolle von Kleinfirmen bei der Umsetzung von Forschung in die Produktion. Nun erfolgt eine Art nachholender Modernisierung, der Einkauf in US-Firmen und die Orientierung auf internationale F&E-Netzwerke. Schon im Vorfeld der Verwertung entsteht ein "globales, von multinationalen Konzernen getragenes Durchsetzungsmuster" (186) moderner Technologie. In Deutschland liegt, im Unterschied zu Japan, das Kommando eindeutig bei den Chemiekonzernen. Dabei ist gegenwärtig freilich eine relativ breite Forschungs-, Firmen- und Politikperipherie für die Ausformung der neuen Tech-

nologie bedeutsam (210), von der Dolata vermutet, daß hier Einbruchsstellen gesellschaftlicher Interessen und alternativer Ansätze möglich werden könnten.

In Abschnitt III versucht der Verfasser unter Nutzung des Materials der Fallstudien, die Muster und Wirkungen weltmarktorientierter Modernisierung in den Blick zu bekommen. Einleitend untersucht er die Relevanz des Umbruchbegriffs, relativiert ihn jedoch so stark, daß er besser durch "evolutionäre Veränderung" zu ersetzen wäre. Seine Kompromißformel besteht im "Plädoyer für einen 'sanften', seinen gesellschaftlichen Rückbindungen geschuldeten Determinismus des wissenschaftlich-technischen Umbruchs" (239).

Für die Untersuchung des Umbruchs hält Dolata fünf Regulierungsebenen für wichtig: die privatwirtschaftliche internationale Modernisierungskonkurrenz, die staatliche Modernisierungspolitik, die Wissenschaft, die Interaktionsstrukturen oder Komplexe und schließlich das politisch-soziale Umfeld. Ihnen widmet er die folgenden Abschnitte.

Insgesamt ist in der BRD das Forschungs- und F&E-Potential überwiegend in der Hand oder unter der mehr oder weniger unmittelbaren Kontrolle des privaten Großkapitals. Dem entspricht die Bedeutung der privatmonopolistischen Konkurrenz - nun in der Dimension der internationalen Modernisierungskonkurrenz - und ihrer Verwertungskriterien für die Durchsetzung der neuen Technologien. Hier ist auch die Rede von der innovativen "Kraft kleiner Pionierfirmen" (278), deren von Dolata konstatierte Rolle allerdings

angesichts des ausgebreiteten Materials übertrieben erscheint.

Die staatliche Modernisierungspolitik steht durch die Weltmarktbedingungen kontinuierlich unter Zugzwang und ist deshalb in der Fähigkeit zur Initiative eingeschränkt. Hinzu kommt die Vernachlässigung einer sozial und ökologisch ausgerichteten Forschung.

In der Wissenschaft stehen nun eine "Öffnung der Hochschulen und (die) Kommerzialisierung der ausseruniversitären Wissenschaftsgesellschaften" für die Industrie plus die "Schaffung komplex vernetzter nationaler Forschungsinfrastruktur" (299) auf der Tagesordnung. Der Staat agiert, nach Dolata, im Spannungsfeld von Eigeninteressen und massiver Unterstützung für die Industrie. Nützlich wäre es gerade hier gewesen, die unterschiedlichen Muster von Technologiepolitik schärfer herauszuarbeiten, was auf der Grundlage des Variantenkonzeptes möglich gewesen wäre. Aus diesen Unterschieden erwachsen ja auch die Ansätze alternativer Strategien.

Auch bei der Ursachenbestimmung der Komplexe zieht sich Dolata auf die historisch-konkreten Bedingungen zurück und verweigert sich Verallgemeinerungen. Er hält sie für typische und wichtige Regulierungsformen des wissenschaftlich-technischen Umbruchs, keinesfalls aber für zwangsläufig notwendige Formen (338). Bedauerlich ist, daß in seiner Rezeption des Komplexekonzepts Namen wie Andrej Djomin und entsprechende Veröffentlichungen des IMSF von Anfang der 80er Jahre der Vergessenheit anheimgefallen sind.

Die entsprechenden Interaktionsstrukturen der Bio- und Gentech-

nik bringt er auf den Begriff des politisch koordinierten akademisch-industriellen Komplexes, während jene des Telekommunikationsbereiches als politisch-industrieller Komplex mit staatsmonopolistischen Kernstrukturen bezeichnet werden. Großunternehmen, staatliche Seite und Verflechtungsgremien sind die Kernstrukturen der Komplexe. Sie sind Orte der Konkurrenz und Bewegungs- und Regulierungsformen.

Freilich pocht auch hier Ulrich Dolata auf eine methodische Entgrenzung der Kernstrukturen, um der Komplexität der Einflußfaktoren Rechnung zu tragen. Hierbei sieht er gesellschaftliche Interessen vor allem über die neuen sozialen Bewegungen zur Geltung gelangen. Er realisiert 1992 noch nicht, daß diese - inklusive der Grünen als ihres politischen Sprachrohrs - ihren Zenit überschritten haben und deshalb ein breiterer methodischer und theoretischer Ansatz gesucht werden muß, in den generell die Bewegungen und Reaktionen gegen kapitalistische Modernisierung einzugehen hätten. Wie schon erwähnt, besitzen in Dolatas Ansatz sozialökonomische Antagonismen bzw. Klassengegensätze keine Bedeutung, und Gewerkschaften, Arbeiterklasse usw. tauchen als potentielle Gegenmacht an der Peripherie, dem sozialen Umfeld, nur ganz peripher auf.

In einem kurzen Schlußabschnitt geht der Verfasser auf Gefahren und Alternativen zur weltmarktorientierten Modernisierung ein. Unter den gegebenen Bedingungen gehe die wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht durch den Filter des gesellschaftlichen Bedarfs, das Risikopotential bleibe unterbelichtet, und das Fehlen ge-

sellschaftlicher Beteiligung und Kontrolle erweise sich geradezu als Funktionsbedingung dieses Musters. Die Insignien dieser Entwicklung seien Geschwindigkeit, Effizienz, Verkäuflichkeit und damit Beschleunigung, Verselbständigung und Verfestigung. Demgegenüber müßten sich Alternativen als Gegenentwürfe zu diesem Hochgeschwindigkeitssystem verstehen und Tempodrosselung, gesellschaftliche Verantwortbarkeit, ökologischen Umbau, alternative Pfade, Dezentralisierung und Demokratisierung in den Mittelpunkt stellen. Der Verfasser ist realistisch genug, die Chancen eines solchen Regulierungstyps gegenüber der weltmarktorientierten Modernisierung recht nüchtern einzuschätzen (370). Dieser resignative Realismus muß in Teilkorrekturen das Bestmögliche sehen.

Heinz Jung

### Gramsci in aktueller Perspektive

Hans Heinz Holz, Giuseppe Prestipino (Hg.): *Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie. Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1992, 188 Seiten, 28. 00 DM.*

Die Theorie Antonio Gramscis (1891-1937) "kommt ohne die heroischen Illusionen des ersten Aufbruchs zur Bildung einer sozialistischen Gesellschaft aus; und sie ist dennoch weder fatalistisch noch defaitistisch, sondern versucht, die geschichtlichen Tendenzen zur Überwindung des Kapitalismus in dessen eigenen Herrschaftsmechanismen aufzuspüren. Das Bewußtsein der Antithese zu entfalten und es zur politischen Gewalt werden zu lassen, ist der praktische Sinn seiner in der Gefängniszelle nie-

dergeschriebenen theoretischen Reflexionen. . ." (S. 5) Dies ist das Credo der Herausgeber einer deutsch-italienisch-ungarischen Sammlung von Aufsätzen, die als Beiträge zu einem Symposium im niederländischen Groningen 1991 geplant waren, das aus finanziellen Gründen jedoch nicht zustande gekommen ist. Die besondere Aktualität Gramscis ergebe sich daraus, daß nach "dem Scheitern des ersten Versuchs zum Aufbau sozialistischer Gesellschaften in der Sowjetunion und Osteuropa. . . sich der Schwerpunkt des Kampfes um eine Alternative zum menschenverachtenden und menscheitsgefährdenden Kapitalismus vom 'Orient' wieder in in den 'Okzident', in die Metropolen des Kapitalismus verlagert. Die Sozialisten werden ihre geistig-kulturellen, theoretischen Waffen sich aus den Arsenalen der Tradition von Humanismus, Aufklärung und Vernunftphilosophie anzueignen haben. . . Diesen Vermittlungsprozeß. . . hat Gramsci begrifflich durchdacht. . ." (S. 6)

Der deutsche Herausgeber hatte 1980 versucht, eine gemeinsame Linie des politischen Denkens bei Gramsci und Thälmann nachzuweisen<sup>1</sup>, was schon damals nur als

<sup>1</sup> Hans Heinz Holz, Hans Jörg Sandkühler: Gramsci-Debatte und Politik der demokratischen Wende. In: Dieselben (Hrsg.): *Betrifft: Gramsci, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980.* Siehe besonders S. 53-60.

Die Autoren nützen Thälmann-Zitate aus den dreißiger Jahren, kurz vor der Machtergreifung der Faschisten. Nicht herausgestellt wird, daß Gramsci viel differenziertere Bündniskonzepte schon mehr als ein Jahrzehnt zuvor entwickelt und sie g e n die Wende der Komintern 1927 auch aufrechterhalten hatte. Die KPD hatte dagegen die Wende mitvollzogen, d. h. die Politik, die die Sozialdemokratie als 'Sozialfaschisten' abstempelte. Die Thälmann-Zitate spie-

ebensolcher politischer Unfug gelten konnte wie die Annäherung Gramscis an Mao-tse-tung, die Maria Antonietta Macchiocchi 1974 unternommen hatte.<sup>2</sup> Trotz gegenteiliger Behauptung lag hier einer jener Harmonisierungsversuche der Geschichte des deutschen Kommunismus vor, die mitverantwortlich für seinen historischen Niedergang wurden. Auch in späteren Veröffentlichungen hat Holz keine Zweifel an der historischen Stabilität des ersten "Versuchs zum Aufbau sozialistischer Gesellschaften" spüren lassen. Um so erstaunlicher wirkt nun seine Wende nach der Wende. Da ich aber nicht an die Unwandelbarkeit von Menschen und Meinungen glaube, sondern sie im Gegenteil für nützlich halte, auch, wenn sie spät kommen, möchte ich Holz hiermit beglückwünschen. Seine Wende wird freilich sorgfältig abzuklopfen sein.

In seinem Beitrag zur 'Philosophischen Reflexion und politischen Strategie bei Antonio Gramsci' legt er überzeugend dar, wie Gramsci nach seiner Erkenntnis der Unübertragbarkeit der Oktoberrevolution auf den Westen zu seiner Hegemonietheorie gelangte. Er zitiert Gramsci, der beobachtete, daß es im Westen der herrschenden Klasse gelinge, "unter der Hülle der

geln sicher die - unter dem Eindruck der sich anbahnenden deutschen Katastrophe - beginnende Umorientierung der Komintern wieder. Die Gegenüberstellung des späten Thälmann mit Gramsci verharmlost die historische Verantwortung der KPD im Zusammenhang mit der Sozialfaschismustheorie.

<sup>2</sup> Maria Antonietta Macchiocchi: *Pour Gramsci, Paris 1974.*

Hier wird ebenfalls auf Grundlage unlauteren Zitierens ein gramscianischer Mao aufgebaut, der damals die politische Leitfigur der Autorin war.

politischen Gesellschaft eine komplexe und wohlartikulierte Zivilgesellschaft zu bilden, in der das einzelne Individuum sich aus sich selbst regiert, ohne daß deshalb seine Selbstregierung in einen Konflikt mit der politischen Gesellschaft eintritt."<sup>3</sup> Holz erkennt mit Gramsci, daß solange der Konsens der Massen mit einem revolutionären Umsturz nicht gegeben ist, "dieses spontane Handeln, diese Selbstregierung nicht in einen essentiellen Widerspruch zu dem Regime. . ." gerät. (S. 13) Er schlußfolgert wieder mit Gramsci, daß es im Gegensatz zur russischen Revolution im Westen zu einem Primat der Politik, zur Eroberung der Zivilgesellschaft kommen müsse, ehe der Umbruch möglich wird. Aufgabe der Linke wäre es also, den 'senso commune' (von Holz leider einmal als 'Jedermannsphilosophie', einmal als 'Alltagsverstand' übersetzt) umzugestalten. Das Instrument zur Erziehung und Vereinheitlichung des Alltagsverstandes ist nach Holz - der hier immer noch Gramsci folgt - vor allem eine Partei oder auch Parteien. (S. 28)

Die philologisch kaum anfechtbare Analyse offenbart freilich eine Verkürzung, hinter der wahrscheinlich ein aktualistischer Instrumentierungsversuch steht: Holz möchte wohl seiner eigenen Partei, der wiedergeborenen DKP, eine Aufgabe zuweisen. Wenn Gramsci aber dem Alltagsverstand allein mit einem Partekonzept hätte zuleibe rücken wollen, könnten wir ihn als historisch überholt ad acta legen. Zwar ist die Formierung einer oder mehrerer großer Linksparteien in

<sup>3</sup> Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere, Turin 1975, S. 1020.*

der Tat auch heute eine Notwendigkeit, aber das allein hätte auch bereits in Gramscis Augen nicht genügt. Die ganze Problematik seines Bündnisdenkens in und außerhalb der Partei hat Holz ausgelassen, insbesondere seine Reflexionen über die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung verschiedener sozialer Schichten - die neben dem Streben nach Kohärenz gleichzeitig ein Streben nach Befriedung und Bündelung von Differenzen erfordert, ohne ihre Einebnung zu erzwingen. Mir scheint, daß gegenwärtig der Schwerpunkt unseres Interesses an Gramsci auf diesem letzteren Punkt liegen sollte, ohne dessen politische Einlösung keine moderne Linke mehr denkbar ist.

Alberto Burgios umfangreiche Untersuchung: 'Gramsci und die theoretische und politische Frage des Klassenbewußtseins' wartet ebenfalls mit einer Fülle philologischen Materials auf, das - was nicht selbstverständlich ist - auch die vor dem Gefängnis verfaßten Schriften miteinbezieht. Verfolgt wird die große Bedeutung, die Gramsci der Entwicklung historischen Selbstbewußtseins der Arbeiterbewegung gab. Obwohl er von Anfang an betonte, daß die Arbeiterklasse als "vollmündige Person" zu behandeln sei, die lernen müsse, auch mit unangenehmen Wahrheiten über sich selbst umzugehen<sup>4</sup>, sah er doch zugleich auch die Notwendigkeit einer Avantgarde. Denn es drehe sich nicht darum, "das Bewußtsein und das Wollen der revolutionären Avantgarde auf das Niveau der Massen zu senken, sondern darum, diese an das Wollen und das Bewußtsein des revolutionären Pro-

<sup>4</sup> Antonio Gramsci: *Socialismo e fascismo*, Turin 1967, S. 476ff.

letariats heranzubilden.<sup>5</sup> Burgio arbeitet hier zwar die in der Tat von Gramsci erzeugte dialektische Spannung zwischen Masse und Avantgarde heraus, kommt aber wie Holz nicht zu der konkreten Schlußfolgerung, daß sich Gramsci eine Entwicklung vorstellte, in der sowohl Rätebewegungen (d. h. basisdemokratische Bürgerbewegungen) wie Parteien eine Rolle spielen sollten. Es wäre dies freilich ein historischer Drahtseilakt - den er selbst während der Turiner Rätebewegung vergeblich unternommen hatte - der aber auch heute die einzige Aussicht auf Realisierung linker Gesellschaftsprojekte darstellt.

Noch problematischer ist Burgios Darstellung des Spannungsverhältnisses von historischer Notwendigkeit und Freiheit bei Gramsci. Die Anhäufung von Belegen aus den Jugendschriften, aus denen in der Tat oft noch die Idee eines sich realisierenden Geschichtsfortschritts erkennbar ist, wirkt erneut als aktualistischer Instrumentierungsversuch, auch heute die Vorstellung eines inneren Fortschrittsgesetzes der Geschichte wachzuhalten. Und obwohl Gramsci den Fortschritt auch damals schon durchaus materialistisch konzipierte, so hatte ihn das Studium des Neuhegelianers Benedetto Croce doch von vornherein dazu gebracht, ihn nicht als eine Naturgesetzmäßigkeit zu sehen. Zu wenig wird darauf hingewiesen, daß Gramsci auch in den Jugendschriften bereits erkannt hatte, daß dieser Fortschritt sich nur durchsetzt, wenn er nicht nur von einer Avantgarde, sondern von den übergroßen Teilen der Gesellschaft gewollt und organisiert wird. Ganz ausgelassen ist, daß sich diese

<sup>5</sup> Antonio Gramsci: *La costruzione del Partito Comunista*, Turin 1974, S. 259.

Vorstellung des historischen Fortschritts in den Gefängnisschriften weit von den Sicherheiten der Rätezeit entfernt hat. Gramsci gibt die kommunistische Perspektive einer 'società regolata' nicht auf, ist sich aber spätestens seit der Matteotti-Krise<sup>6</sup> darüber im klaren, daß sie nur über viele Zwischentappen erreichbar sei. Hier wandelt sich auch sein - von Burgio als konstant geschildertes Demokratieverständnis. Es bestand aber ein fundamentaler Unterschied zwischen Gramscis historischer Perspektive der Rätezeit (1919-1920), die von Revolutionsoptionen bestimmt war und der Zeit nach der Niederlage und der Installierung von Mussolinis Regierung (1922). Angesichts des faschistischen Zurückdrängens der bürgerlichen Zivilgesellschaft, die der Arbeiterbewegung zumindest Legalität - d. h. ein historisches Kampfterrain - ermöglichte hatte, verteidigte Gramsci nun als Fraktionsvorsitzender der KPI diese Zi-

<sup>6</sup> Das plötzliche Verschwinden und das spätere Auffinden der Leiche des sozialistischen Abgeordneten Matteotti, der die Wahlfälschungen der Faschisten angeprangert hatte, löste im Jahre 1924 eine lange und schwere Krise für die Regierung Mussolini aus. Die gesamte Opposition, einschließlich der Kommunisten, versuchten im Aventin ein Gegenparlament zu errichten, dessen Effizienz jedoch an der Unentschlossenheit der Sozialisten und der bürgerlichen Parteien scheiterte. Als die Abgeordneten des Aventin ihren Protest nur noch durch Zuhausebleiben ausdrückten, kehrten die Kommunisten (die vergeblich vorgeschlagen hatten, zum Generalstreik aufzurufen) unter Gramscis Führung in das Parlament zurück, um es den Faschisten nicht allein zu überlassen. Obwohl die Partei schon überall im Lande terrorisiert wurde und praktisch nur noch in der Halblegalität existierte, konnte sie über das Parlament eine größere Öffentlichkeit erreichen und für einige Monate eine Art antifaschistisches Monopol erringen.

vilgesellschaft konsequenter als die damaligen Sozialisten und die bürgerlichen Parteien selbst. Im Gefängnis dann sah er den Faschismus nicht von einem plötzlich hegemoniefähig werdenden Proletariat besiegt, sondern nur von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das wiederum zu nichts anderem als einer Verfassungsgebenden Versammlung führen könne. Auch seine im Gefängnis unternommenen Fordismus-Studien weisen darauf hin, daß er dem Kapitalismus noch eine ganze Ara des Überlebens zuzutrauen begann. In der Beschränkung des von Burgio präsentierten Materials und in seiner Tendenz zur ahistorischen Darstellung von 'Notwendigkeit' und 'Avantgarde' ist - wie bei Holz - un schwer ein aktueller Legitimierungsversuch für bestimmte politische Kräfte zu erkennen. Wie wesentlich aber gerade auch bei Gramsci-Darstellungen die historische Rekonstruktion der Zeitumstände ist, bevor man die Aktualisierung beginnt, betont der schon öfter auch deutsch publizierte Aufsatz Palmiro Togliattis: 'Der Leninismus im Denken und Handeln von Antonio Gramsci' von 1958. Die Wiederpublikation in diesem Band weist erneut auf eine harmonisierende Absicht der Herausgeber in Hinblick auf bestimmte Traditionen hin und wird durch die demnächst in Deutschland zugänglichen spektakulären Enthüllungen über das nicht ungetrübte Verhältnis zwischen Gramsci und Togliatti alsbald noch problematischer erscheinen.<sup>7</sup> Nichtsdestoweniger stellt

<sup>7</sup> Im Frühjahr 1993 erscheint im Frankfurter Kooperative-Verlag:

Aldo Natoli: *Antigone e il prigioniero*. Tania Schucht *lotta per la vita di Gramsci*, Rom 1990. Das Buch lastet der KPI

dieser Aufsatz aber auch in meinen Augen eine methodisch wichtige Grundlage jeglicher Gramsciforschung dar - und zwar nicht nur wegen seiner nicht oft genug zu wiederholenden Aufforderung zur konsequenten Historisierung. Obwohl auch Togliatti aktualpolitische Absichten verfolgte, überragt sein Aufsatz in diesem methodischen Punkt einige Beiträge des Bandes. Und der von Togliatti analysierte 'Leninismus' Gramscis ist unlegbar. Freilich handelt es sich hier um einen anderen Lenin als der des heute gängigen Bildes.

Von besonderem Interesse im vorliegenden Band ist Andrea Catones Darstellung der Entwicklung des Konzepts der 'passiven Revolution' bei Gramsci, mit dem er in den Gefängnisheften tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ohne aktive Einbeziehung und Teilnahme der großen Volksmassen bezeichnete - wie den Faschismus, aber auch den Fordismus. Es ist dies zweifellos ein Konzept, das ebenfalls auf die Erklärung der als von Gramsci als nicht ausgeschöpft erkannten historischen Reserven des Kapitalismus hinzielte.

Der Beitrag des italienischen Mittherausgebers Giuseppe Prestipino konfrontiert das von Gramsci erkannte notwendige Primat der Politik mit den Realitäten von Ökonomismus und gesellschaftspolitischer Leere im realen Sozialismus. Nicolas Tertulian beginnt die seit langem fällige Gegenüberstellung von Gramsci und Lukács, die er beide wiederum zu Benedetto Croce in Bezug setzt. Andrés Gedó zeichnet wesentliche Linien der in-

ternationalen Gramscirezeption nach.

Daß der Band als politisch interesegeleitet erkennbar ist, unterscheidet ihn nicht grundsätzlich von anderen Teilen der Gramscirezeption. Im Gegenteil, durch seinen Materialreichtum ist er empfehlenswert. Mit seinen zumindest teilweise neuen Fragestellungen, stellt er durchaus einen Beitrag zur deutschen Gramscidiskussion dar, die im Gefolge der Publikation der Gefängnishefte zu erwarten ist.

Sabine Kebir

### Meinungen am Ende eines Zeitalters

*Eberhard Fehrmann/Frank Neumann (Hrg.), Gorbatschow und die Folgen. Am Ende eines Zeitalters. Aktuelle Beiträge aus der Arbeitnehmerbildung, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 136 Seiten, 19,80 DM.*

Das Bändchen enthält zehn zum Teil fortgeschriebene und überarbeitete Vorträge, die nach dem 9. November 1989 vor der Angestelltenkammer Bremen, die auch diese Publikation unterstützte, und der Akademie für Arbeit und Politik an der Uni Bremen gehalten wurden. Ihre Aussagekraft ist unterschiedlich. Zum Teil haben die Autoren inzwischen ihre Ansichten andernorts publiziert. Über einige ist die Zeit schon hinweggegangen. Sie haben nurmehr Wert als Zeitzeugnisse. Die Texte sind in drei Blocks angeordnet: 1. Deutschland nach der Mauer; 2. Wohin treibt die Sowjetunion? 3. Perspektiven nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Im ersten Block verdient vor allem der Beitrag von Peter Scherer seines historischen Blicks und der un-

geschminkten Situationsbeschreibung wegen Beachtung. Der Bogen wird vom 9. November 1918 bis zum 9. November 1989 geschlagen unter Nutzung geopolitischer Betrachtungsweisen. So ist der räumliche und zeitliche Ausgangspunkt des Zusammenbruchs der DDR die offene Erosion der sowjetischen Weltmachtstellung seit 1986, die dann in den historisch beispiellosen "schlagartigen Zerfall ohne Einwirkung militärischer Gewalt" umschlägt (18). Die Stoßgebete in Osteuropa an das ausländische Kapital sind nun der Ausdruck dafür, "daß Osteuropa nach dem Ende des Versuchs, selbst Gegenzentrum der Welt zu sein, wieder Peripherie geworden ist" (219). Die klarsichtige sozialistische Position Peter Scherers findet schon am 9.11.1990 zu folgender Situationsbeschreibung:

"- wir stehen zu Beginn der neunziger Jahre nicht am Anfang einer Epoche des Friedens, sondern am Rande eines chemischen und atomaren Krieges;

- wir stehen nicht vor einem Zeitalter der Chancengleichheit, sondern nie gekannter Massenarbeitslosigkeit;

- wir erleben keine Explosion des Reichtums, sondern die kaum vorstellbare Verelendung ganzer Kontinente." (19)

Diese neue Realität wird durch Illusionen verklärt. Deshalb sein Credo: "In der Kritik dieser Illusionen sehe ich die Hauptaufgabe und zugleich die erste Voraussetzung für die Rückgewinnung der politischen Initiative." (20) Diesen Satz möchte man drei Mal unterstreichen.

Volker Kröning, damals Justizsenator in Bremen, legt einen Text zur Verfassungsreform vor. Aus

seiner Sicht hat das GG seine "Bewährungsprobe" mit dem "Beitritt der DDR" hinter sich gebracht und von demokratischen Defiziten könne keine Rede sein. Gegenstand der Verfassungsreform könne deshalb nur die Umsetzung der neuen Lebens- und Umweltprobleme in Verfassungsnormen sein. Durch die Crash-Wirklichkeit im Osten überrollt ist inzwischen wohl auch der Beitrag zur Wirtschaftsumstellung des Ostens von Martin Dube, damals Staatssekretär in der Ausverkauferegierung de Maiziere.

Der zweite Block beginnt mit einem Beitrag von Theodor Bergmann, dessen Situationsbeschreibung, wie andernorts auch, durch die Unvereinbarkeit von antistalinistischer Gorbatschow-Euphorie und tatsachenorientiertem Realismus geprägt ist, sich allerdings als mentalen Abzugskanal das Lamento gegen die "Betonköpfe der DKP" offen hält. Kräftig strickt er an der Legende, Gorbatschows Mißerfolg sei der Blockade der kommunistischen Parteiführungen zuzuschreiben und seine Reformpolitik sei vor allem auf den Widerstand der Privilegierten gestoßen, wobei man doch inzwischen weiß, daß gerade sie zu den Anpeitschern der kapitalistischen Restauration gehörten, die sich in den Anfangsphasen in den Volksfronten zur Unerstärkung der Perestroika formierten.

Demgegenüber wird der Leser durch die nüchternen, an Tatsachen, historischen Abläufen und ökonomischen Funktionszusammenhängen orientierte Perestroika-Analyse von Hansgeorg Conert in die Lage versetzt, Brüche, Widersprüche, Ungereimtheiten und Scheitern der Gorbatschow-Politik nachzuvollziehen. Dies gilt auch für den Text von

eine Mitschuld an der hohen Gefängnisstrafe von 20 Jahren und damit am Tode Gramscis an.

Frank Hoffer, der mit einer Skizze der Krise des Sowjetsystems als Ausgangspunkt der Perestroika beginnt und ihr Scheitern an vier Komplexen nachzeichnet (halbe Dezentralisierung, Privatsektor, Glasnost, Nationalismus). Der Untergang der UdSSR ist das Ende des Versuchs, "die Dynamik kapitalistischer Entwicklung mit nichtkapitalistischen Mitteln zu erreichen" (76). Das Ergebnis der Perestroika ist der "Systemzusammenbruch", jenseits dessen sich bei weitem kein geordneter Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft abzeichne, vielmehr die Perspektive einer "nichtkommunistischen Diktatur keineswegs unwahrscheinlich" sei (86). In Hoffers Sicht haben die Maßnahmen Gorbatschows eine "beschleunigte Zuspitzung" der Krise bewirkt. Nach dem August 1991 muß Gorbatschow als "tragischer König Lear der Neuzeit" erscheinen (83). Gorbatschows politische Rolle: "Es ist Gorbatschows schwankender Politik zu verdanken, daß die alten Machtbastionen mehr und mehr unterhöhlt wurden und dabei doch die direkte Konfrontation mit dem Establishment vermieden werden konnte. Die unter Gorbatschow ermöglichte Ausdifferenzierung des politischen Spektrums hat eine anfängliche Konfrontation zwischen Reform und übermächtigen Beharrungstendenzen vermieden, und als es dann soweit war, war das Machtzentrum so zersetzt, daß es zum energischen Handeln nicht mehr fähig war." (83) Öffnung der ungarischen Grenzen, Berg-Karabach, Litauen, Bergarbeiterstreiks u.a. können als Umschlagspunkte angesehen werden, nach denen Gorbatschow zum Getriebenen der Entwicklung wurde.

Am Beginn des letzten Blocks steht eine knappe Skizze von Thomas Kuczynski, in der er sich dagegen wendet, nun nach dem Untergang dem Sozialismus den Begriff zu entziehen. Wie schon vor Jahrzehnten Werner Hofmann plädiert er für die Unterscheidung von Wirtschaftssystem und politischem Herrschaftssystem, allerdings mit der für einen Marxisten seltsamen Gleichsetzung von Faschismus und Stalinismus. Im Realsozialismus sieht er eine "Variante formell-kommunistischer Produktionsweise", die noch nicht - hier dem Frühkapitalismus ähnlich - ihr eigenes Produktions- und Produktivkraftsystem hervorgebracht habe (93). So liegt denn auch die Analogie mit dem im 16. und 17. Jahrhundert regressierten Frühkapitalismus in Europa (Ausnahmen: Holland und England) auf der Hand.

Im Beitrag des Mitherausgebers Eberhard Fehrmann rauscht der Mantel der Geschichte - oder ist es nur die Windmaschine im Studio? Adressaten seiner Polemik sind die Anhänger des untergegangenen Realsozialismus, die Leninisten und jene Verfechter antikapitalistischer Politik, denen er das Etikett "linksidealistisch" an den Rock zu heften bestrebt ist. Für ihn ist der Marxismus eine Art Evolutionskonzept, bestimmt für das Gebärttraining der Schwangeren. Kautsky wiederholt sich hier als Karikatur. Die konkreteren Vorwürfe richten sich an die Gewerkschaftslinken, die einst wohl mit Fehrmanns Konzept nicht viel anzufangen wußten, da dem die konfliktorische Realität des kapitalistischen Betriebes entgegenstand. Die schöngeistige Behaglichkeitsattitude schlägt nur zu schnell in

denunziatorische Aggressivität gegen jene um, die die Fiktion der zivilgesellschaftlichen Iyde des Metropolenkapitalismus nicht als Realität anzusehen bereit sind - auch subsumierbar unter "Gorbatschow und die Folgen".

Den Abschluß des Bandes bilden eine Art Seminarkladde zum aktuellen sozialen und ökonomischen Wandel unter Berücksichtigung der Konversionsfrage (György Szell) und eine Betrachtung zur Friedensfrage und zum Golfkrieg (Frank Neumann). Abgesehen von den hervorgehobenen Beiträgen: Eine Publikation, deren Titel angesichts des Angebots als etwas überzogen wirken muß.

Heinz Jung

### Städtebau zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn

Hans G. Helms (Hrsg.), *Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung*, Reclam-Verlag, Leipzig 1992, 586 Seiten, 24,00 DM

Dem Herausgeber ist es gelungen, unmittelbar nach dem Anschluß der DDR in einer (für Großberlin und das sogenannte "Beitrittsgebiet" ersten) Bestandsaufnahme der Städtebauentwicklung "zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn" zahlreiche ExpertInnen aus den USA, den westeuropäischen Ländern, der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR zu vereinen.

Entsprechend der Absicht des Buches, Trendbestimmungen zu geben und Orientierungsmarken symptomatischer Entwicklungen wie Gegenbewegungen vor Ort zu

setzen, reichen die Darstellungsformen der Beiträge von sozialökonomischen Analysen US-amerikanischer und europäischer Städtebauentwicklung über Archäologien städtischer Terrains bis zu Protokollen von Orts erkundungen und Selbstverständigungsprozessen über alternative Stadtmodelle.

Ist die Städtebauentwicklung in den USA und in Westeuropa ein Szenario für die mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus freigesetzte Umgestaltung Großberlins und der neuen Bundesländer?

Dies ist die leitende Fragestellung des Buches, dessen insgesamt 31 Beiträge als mit umfangreichem Bild- und Kartenmaterial versehene Fallstudien in vier Teile gegliedert sind: Die USA zwischen Boom und Rezession; Hochglanz und verborgene Armut - Westeuropa und Westdeutschland; Ostdeutschlands Städte und Gemeinden vor dem Umbau; Die Metropolisierung Großberlins.

In seinen einleitenden Bemerkungen "zum Umbau Großberlins und der neuen Bundesländer zu den Konditionen des Finanzkapitals und der Hochtechnologien" (5ff.) versucht der Herausgeber, die Triebkräfte und Bewegungsformen kapitalistischen Städtebaus aufzuzeigen. Helms schöpft hier einerseits aus dem reichen Fundus seiner seit den 70er Jahren vorgelegten Arbeiten zur Stadtentwicklung in den USA, andererseits aus ersten Recherchen in der DDR seit Sommer 1989.

In der Helmschen Vision der Metropolisierung Großberlins zeichnet sich in komprimierter Form eine Städtebauentwicklung ab, die sich in US-amerikanischen und westeuropäischen Metropolen seit Ende der siebziger Jahre be-

reits vollzogen hat: die Entstehung einer austauschbaren City aus zwei ungleichen Teilen - im Westen "die in elektronische Hochsicherheitsnetze eingesponnenen gläsernen Bürokratenkasernen für die oberen politischen Instanzen", im Osten und in der Mitte "Gruppen 'intelligenter' Kapitalherrschaftshochhäuser" und - nach "trans- und cisatlantischem" Vorbild - "grotesk gestylte, die Nutzung der Innenräume maximierende MXD (Mixed Use Developments)-Komplexe" mit shopping malls, Konzernzentralen und - in den Gipfelgeschossen - Luxusresidenzen und -hotels für die Höchstverdienenden. Die Konzernzentralen werden ein Heer mittlerer und höherer Funktionäre nach sich ziehen, die - bei der "real existierenden Verkehrsmisere Berlins" und nicht ausreichendem Angebot komfortabler Neubauwohnungen - wie in der Finanzhochburg New York die benachbarten Viertel (Kreuzberg, Friedrichshain, Prenzlauer Berg) "gentrifizieren", d.h. die dort lebenden Menschen weit geringeren Einkommens in die Peripherie verdrängen werden.

Helms stellt die räumlichen Auswirkungen des durch Computer- und Kommunikationstechnologien in Produktion, Administration und Dienstleistungen gekennzeichneten "Entwicklungsmodus" (Manuel Castells) hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften dar, der diesen metropolitanen Transformationsprozessen zu Grunde liegt.

Die durch integrierte Computer- und Kommunikationsnetze ausgelöste Rationalisierung der Konzernstrukturen und die damit einhergehende Differenzierung des Personals in auf Computerdaten

gestützte Managementtätigkeiten einerseits und Routinearbeiten der Datenaufbereitung andererseits haben den Raumbedarf der metropolitanen Kommando- und Kontrollzentren drastisch reduziert. Allein das front office der Konzernzentralen, die Ebene der Entscheidungsträger, auf der Face-to-Face-Kontakte ihre Bedeutung behalten werden, hat auf den teuersten, in wenigen Straßenzügen der City konzentrierten Büroflächen seinen Platz. Alles übrige ist back office, Routinearbeit in Ausführungsfunktionen, die im Zuge ihrer Computerisierung dezentralisierbar geworden sind. "Weil back-office-Arbeit rudimentäre Bildung und Computeralphabetismus voraussetzt und in einem suburbanen environnement erfahrungsgemäß am besten gedeiht", werden die Konzernherren ihr Berliner back office teils am inneren S-Bahn-Ring "im Weichbild Berlins", teils "im von Spree und Havel durchflossenen Märkischen Umland" installieren (vgl. Klaus Brake, 471ff.). Ebenso gravierend wie die räumliche Trennung von front office und back office der Konzernzentralen sind die Auswirkungen der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien auf die industrielle Produktion. Waren nach den um die Jahrhundertwende herrschenden Vorstellungen von horizontaler und vertikaler Konzentration monopolistischer Konzerne sämtliche Produktionsstufen unter einem Konzerndach und soweit wie möglich in einer integrierten Werksanlage vereinigt (vgl. Herlind Reiß, 563ff.), so verlangt die gegenwärtige "finanzkapitalistische Orientierung und Organisation der großen Industrie", unrentable Produktionsstufen

auszugliedern und abzustoßen. Outsourcing - die Auslagerung der Bezugsquellen für Teile und Komponenten des Endprodukts - wird durch Computer- und Kommunikationsvernetzung wie durch computergesteuerte Automation ermöglicht. Die Zulieferer sind formal zwar selbständig, infolge der ausschließlichen Spezialisierung auf ihr Teilprodukt und der von zentraler Computerkontrolle überwachten Einhaltung sämtlicher Fertigungsdetails aber ganz auf den abnehmenden Konzern angewiesen. Outsourcing ist zudem unlösbar verbunden mit dem die Lagerhaltungskosten der Konzerne mindernden Prinzip des just-in-time, d.h. der Gewähr, daß die Komponenten gerade rechtzeitig für die Weiterverarbeitung geliefert werden. Mit der Ausrichtung regionaler Infrastrukturnetze an Standortvorteilen für Industrieanstellungen geraten Gemeindeverwaltungen in die Botmäßigkeit von Investitionsstrategien der Großkonzerne. Die heute auf dem Territorium der ehemaligen DDR investierenden Automobilkonzerne (Daimler-Benz, Opel, VW) verweigern durchweg die Übernahme bereits vorhandener Produktionsstrukturen des Kfz-Baus und beziehen ihre Komponenten weiterhin von ihren erprobten und nach und nach in stillgelegten Kombinatbetrieben oder anderen leereräumten Baulichkeiten sich einnistenden Zulieferern im Westen.

An den Wissenschafts- und Technologieparks, den Ballungsräumen forschungs- und entwicklungsabhängiger Konzernbereiche in den USA und in der Bundesrepublik zeigt Helms, wie in der Dialektik räumlicher Zentralisierung und Dezentralisierung diese schließlich

als "Rezentralisierung durch die Hintertür wieder zurück" kommt, "nun freilich in einer sehr üblen, weil radikal naturvernichtenden Form: als räumliche Konzentration und Agglomeration in einer extrem flächenfressenden Variante".

Deutsche Landes- und Kommunalpolitiker, bei denen US-amerikanische Hochtechnologieereviers wie Boston/Cambridge, Silicon Valley oder der mit umfangreichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen entstandene "Research Triangle Park" in North Carolina (vgl. Harvey A. Goldstein/Michael I. Luger, 134ff.) als "Synonym für eine chancenreiche regionale Reindustrialisierungspolitik" gelten, nehmen nur die mehr oder minder hochdotierten Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen wahr, nicht aber den Verfall regionaler Qualifikationsstrukturen, Billigstlohnarbeitsplätze und die erheblichen Gesundheits- und Umweltrisiken, die mit den High-Tech-Industrien verbunden sind. Vor allem aber erweisen sich die Technologie- und Büroparks als "Kristallisationskerne für die Konzentration miteinander vereinbar Funktionen innerhalb spekulativer und selten ordentlich geplanter suburbaner Areale". Die als "urban sprawl", als Ausuferung der Städte zu amorphen Agglomerationen wiederkehrende "Rezentralisierung" ist in Westdeutschland "entlang der Verkehrsachsen, insbesondere entlang der Autobahnen, zu besichtigen: in den Bandstädten an Rhein, Wupper, Ruhr oder Em-scher, in den spinnennetzartigen amorphen Agglomerationen München, Stuttgart oder Hannover oder im nahezu total versiegelten Städtedreieck Frankfurt-Mainz-Wiesbaden."

"Projiziert man", so Helms, die städtebaulichen Effekte des Gesamtkomplexes von outsourcing und just-in-time, Ablösung des back vom front office und Konzentration vereinbarter Verwaltungs-, Dienstleistungs-, Produktions- und Forschungsaktivitäten in Parks auf die Berlin-Brandenburger-Region, so steht "der Großberlin umfassende Märkische Gürtel unmittelbar vor einer Umwandlung in totalen urban sprawl".

Wie die bandstadtförmige Megalopolis Boston-New York-Washington oder die über vorhandene Sprach-, Kantons- und Gemeindegrenzen hinweg sich konstituierende "Großstadt Schweiz" (vgl. André Corboz, 153ff.) "droht der Raum Berlin/Brandenburg zu einer Mega-Agglomeration auseinanderzufließen", in der unter dem Druck des Finanzkapitals "jegliche stadt- und regionalplanerische Anstrengungen aufgerieben" werden. Bis Jahresmitte 1991 hatten bei den Behörden des Landes Brandenburg 25 Terraingesellschaften um Baugenehmigungen für Einkaufszentren mit einem jeweiligen Flächenbedarf von mehr als 10 Hektar nachgesucht. Wo trotz alledem noch Platz bleibt, werden "notgedrungen die durch Umwandlung von Wohn- in Geschäftsraum und durch gentrification aus Berlin über den Stadtrand hinausgejagten Menschen eine Bleibe suchen". Wie die Ile de France für viele Pariser (vgl. Claude Schnaidt, 196ff.) wird die Mark Brandenburg zum Auffangbecken für einkommensschwache Berliner werden.

Für Helms steht außer Frage, daß das von Bernd Grönwald bei seinem Vortrag zur Eröffnung des Symposiums der Bauakademie am 17.1.90 in Berlin (S. 309ff.) nach ei-

nem selbstkritischen Katalog der Irrtümer, Versäumnisse, Mängel und unabweislichen Forderungen umrissene Sanierungs-, Rekonstruktions- und Neubauprogramm für die DDR ohne solidarische technische und ökonomische Unterstützung von außen kaum eine realistische Chance hatte. Daß diese Unterstützung von seiten der BRD, die allein sie hätte leisten können, nicht in der Form einer "gleichberechtigten Kooperation, gar Föderation der beiden deutschen Staaten" zustande kam, ist jedoch nicht allein einer demoralisierten Mehrheit der DDR-Bevölkerung anzulasten, die zudem in dem Maße sich verbreiterte, wie in Aussicht gestellte Hilfe an die rigorose Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien gebunden wurde. Die sogenannte Wende stand einer solchen Kooperation vielmehr von Anfang an entgegen. Datierbar mit der Machtübernahme der konservativen Gruppen in Großbritannien (1979), den USA (1981) und der BRD (1982) fand die Wende, so Helms, "zeitgleich mit der Vernetzung der integrierten Computer- und Kommunikationssysteme statt - vermutlich war sie deren erstes durchschlagendes Resultat". Ihre destruktiven Auswirkungen - Übergang von der sozialen zur "vogelfreien Marktwirtschaft", Deregulierung staatlich kontrollierter gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse, Umverteilung des Sozialprodukts von unten nach oben, drastische Streichungen der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, Rationalisierungseffekte fortschreitender finanzkapitalistischer Konzentration wie Massenentlassungen, Dequalifizierungen und Teilzeitarbeit - werden durch die im Einigungsvertrag anerkannten Alt- und

Uraltansprüche auf Produktivvermögen und Immobilien noch verschärft. In dem Maße, wie alte Eigentumsansprüche "eine planvolle, umsichtige Renovierung verzögern", begünstigen sie über den Verkauf von Rechtstiteln über profitträchtige Liegenschaften zugleich "den planlosen Umbau der DDR-Kommunen".

Unter den Beiträgen können hier nur einige Detailuntersuchungen zu einzelnen Merkmalen des komplexen Gesamtprozesses hervorgehoben werden. Im Übrigen wird der Leser in den "einleitenden Bemerkungen" eine bessere Orientierung auf die Beiträge des Bandes finden, als eine noch so "ausgewogene" Besprechung sie geben könnte. Denn Helms beläßt seine Tätigkeit als Herausgeber nicht bei den üblichen und häufig disparaten Kommentierungen der edierten Texte. Er verweist vielmehr auf sie, wo sie als konkrete Darstellungen der von ihm thematisierten Aspekte aktueller Städtebauentwicklung unentbehrlich sind - eine Vorgehensweise, die auf intensive Diskussionsprozesse mit den AutorInnen schließen läßt und bei der Breite des Spektrums der Geschlossenheit und Übersichtlichkeit des Ganzen zugute kommt.

Die Ungleichheit der Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft (public-private partnership) stellt John Turkie (173ff.) an Canary Wharf im städtischen Entwicklungsgebiet der Londoner Docklands dar, dem größten Komplex von Verwaltungsbauten der Welt, der einmal Londons zweite City, "ein britisches Wirtschaftswunder" (so International Business Week noch 1988), werden sollte und inzwischen - seit Mai 1992 steht das Projekt nach dem

Bankrott seines privaten Bauherren, des canadischen Immobilienkonzerns Olympia & York (O & Y), unter Zwangsverwaltung - als "teuerste Katastrophe" in der britischen Erschließungs-Geschichte (vgl. FR vom 24.10.92) im Gerede ist. Angetrieben wurde das gigantische Projekt von einer nach der Deregulierung der Londoner Börse im Herbst 1986 erwarteten Nachfrage nach modernem Büroraum von Seiten der in die City drängenden global operierenden Finanzkonzerne. Anreize für den Investor waren niedrige Grundstückspreise, Steuererleichterungen, eine moderne Stadtbahn und ein umfangreiches Straßenbauprogramm, vor allem aber das "Gesamtpaket", das die jederzeit vorhandene Rückenbedeckung seitens der Regierung bot. So forderte und bekam O & Y nach dem Bau der Stadtbahn auch die Zusage für eine allein 1,7 Mrd. Pfund teure Anbindung an das U-Bahn-Netz. Public-private partnerships sind daher oft nichts anderes, als daß Stadtverwaltungen ihre gesetzgeberischen Kompetenzen benutzen, um Unternehmensplanungen durchzusetzen. Sie repräsentieren so "eine städtische Form des Staatskapitalismus", in der die Staatsfunktionen von Bürgschaften für die Kapitalakkumulation bis zu Maßnahmen reichen, die geeignet sind, den Konzern gegen öffentliche Einflußnahme wie gegen lokale und strategische Planungen abzusichern. O & Y agiert, so Turkie, zu einer Zeit, als man über die Finanzkraft des weltweit engagierten Konzerns nur spekulieren konnte, als "ein internationaler Söldner", der im Kampf der Städte um die Vorherrschaft in der Hierarchie der Metropolen keine Stadt favorisiert, es sei denn diejenige,

die das satteste Paket finanzieller Anreize geschnürt hat.

Erst rund 40 Prozent der Phase I von Canary Wharf (500 000 qm) sollen "offiziösen Angaben zufolge" (FR, a.a.O.) vermietet, aber nur 14 Prozent tatsächlich von den Kunden in Beschlag genommen worden sein. Eine bloß reaktive Planung, der Mangel einer integrierten Verkehrspolitik und nicht zuletzt die in der alten City - in Konkurrenz zur neuen - über eine Lockerung ihrer Planvorschriften zugelassene Errichtung von zusätzlichen 2,5 Millionen qm Bürofläche haben ein Überangebot an Büroraum produziert, das entweder verrotten oder, sollte sich nach O & Y ein neuer Investor finden, weitere Mrd. Pfund aus öffentlichen Mitteln für Aufbesserungen der Infrastruktur verschlingen wird.

Argumente gegen Hochhausplanungen für Berlin liefert Bruno Flierl (445ff.). In seiner Periodisierung Berliner Hochhausprojekte stellt er fest, daß weder die frühen Entwürfe der zwanziger Jahre verwirklicht wurden noch Speers gigantomanischer Monumentalismus einer "Germanisierung" von Hochhausbauten. Auch nach 1945 endete in Berlin-Ost der Versuch einer Vereinigung der "Germanisierung" mit der Sowjetisierung des Hochhausbaus mit der Entscheidung für den Fernsehturm als zentrale Stadtdominante und blieb es auf dem Wege von der "Germanisierung" zur Amerikanisierung des politisch unsicheren Standorts Berlin-West bei einem Bebauungspegel von etwa 100 m, jedoch ohne stadt-bildprägende Hochhaustürme und Hochhauscluster. Erst Mompers bereits 1989 ohne jede Vorklärung über ein städtebauliches Gesamtkonzept für ganz Berlin lanciertes

Angebot eines attraktiven Baugebietes an Daimler-Benz setzte ein Signal; denn es war sicher, wenn nicht gar beabsichtigt, daß Daimler-Benz nicht auf den Anspruch verzichten würde, sich am Potsdamer Platz "mit einer seiner Bedeutung angemessenen Bauhöhe in Szene zu setzen". Seither sind die Offerten des Berliner Senats einer zunehmenden öffentlichen Kritik ausgesetzt. Unter deren Druck in Auftrag gegebene Planungsmodelle für Berlin kamen zu dem weitgehend übereinstimmenden Ergebnis, unter den besonderen historischen Voraussetzungen der Berliner Stadtentwicklung die Innenstadt von Hochhäusern möglichst freizuhalten. Just zum Zeitpunkt der Konstitution des Gesamtberliner Senats reagierten die FAZ und das Deutsche Architektur-Museum mit einem "wohlgezielten Medienspektakel", das in einer Art Angebotskatalog mit von Medien bestellten und vertriebenen Architekturentwürfen für Berlin Politikern und Investoren "Lust auf Hochhäuser machen soll". Dem monströsesten dieser Entwürfe ist es immerhin in einem Streich gelungen, "Daimler-Benz am Potsdamer Platz einem größeren Cluster vertikal erigierter Kapitalmacht zuzuordnen" und zugleich - am Ende einer quer durch das Berliner Zentrum gezogenen Fluchtlinie - den Fernsehturm mit einem "Cluster von Hochhäusern der 'neuen Zeit' Deutschlands" zu umstellen und so in seiner alten Symbolfunktion "absichtsvoll zu beschädigen". Das von Volker Hassemer, dem neuen Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, einberufene "Stadtforum", das zwischen den Interessen von Wirtschaft und Politik und denen der in Berlin lebenden und arbei-

tenden Bürger vermitteln soll, ermunterte sogleich den Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter zu der Forderung, dem Gremium eine Beratergruppe für Investoren beizugeben, damit "public-private partnership" sich endlich auch in Berlin entwickeln könne. Es geht hier nicht darum, so betont Flierl, "eine moderne Bauform des 20. Jahrhunderts" generell abzulehnen; es geht vielmehr um das für jede Stadtentwicklung entscheidende Problem, die Frage, wozu und wo Hochhäuser errichtet werden, nicht einem Komplott von Politikern und Investoren, den Architekten oder gar medialen Inszenierungen zu überlassen, sondern sie in einen gesamtstädtischen Kontext einzugliedern und demokratischen Entscheidungsprozessen aller beteiligten gesellschaftlichen Gruppen zuzuführen. Davon aber kann hier nach einem weiteren Alleingang eines Regierenden Bürgermeisters - diesmal, um Sony an den Potsdamer Platz zu holen - nicht die Rede sein. Eher wäre zu fragen, ob das "Stadtforum" zu etwas Anderem als zu "einem bloßen Ornament übergeordneter Mächte" taugen soll.

Am Beispiel der Konkurrenz zwischen den Bundesstaaten New York und New Jersey um die Ansiedlung von back office-Komplexen führender Wall Street-Konzerne demonstriert Rick Cohen (49ff.), wie es dem Finanzkapital gelingt, in seinen Standortentscheidungen die Kommunen zu Lasten öffentlicher Haushalte und städtischer Wirtschaftsplanung gegeneinander auszuspielen. Die "ebenso massiven wie generösen" Anreize, die die Staaten New York und New Jersey und deren Kommunen seit Beginn der 80er Jahre den Konzernzentralen geboten hatten, er-

möglichten der Chase Manhattan Bank, dem "Flaggschiff des New Yorker Finanzsektors", die Taktik, in den sowohl mit Jersey City als auch mit New York geführten Verhandlungen beide Stadtverwaltungen unter den Druck zu setzen, mit dem jeweils letzten Paket an steuerlichen Anreizen der anderen Seite mindestens gleichzuziehen. "Keine der beiden Stadtverwaltungen wußte mit Sicherheit, was die andere angeboten hatte, allein Chase hatte vollständige Kenntnis beider Offerten." Der Chase Manhattan folgte bald das "\$ 10 Mrd. schwere Wertpapierhandelshaus Merrill Lynch" mit dem Wunsch, sein back office aus dem kostspieligen Lower Manhattan in die Randbezirke New Yorks oder ins nördliche New Jersey zu verlagern. Die Merrill-Unterhändler hatten die Chase-Verhandlungen studiert, so daß sie die Gespräche mit einer intimen Kenntnis der potentiellen Offerten beginnen konnten. An der Auflistung der im Verlauf solcher Verhandlungen unterbreiteten Angebote macht Cohen deutlich, wie sozialpolitische Forderungen der Kommunen nach Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Ortsansässige und nach Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums schrittweise Zugeständnissen an Konzerne wie Chase und Merrill geopfert werden.

Daß im "Anschlußgebiet" der BRD noch Chancen regionaler Entwicklungsplanung zu nutzen sind, zeigt Harald Kegler (398ff.) in der Vorstellung des vom Bauhaus Dessau für den Raum Dessau-Bitterfeld-Wittenberg initiierten Projekts "Industrielles Gartenreich" (vgl. auch die Skizzierung dieses Projekts bei H. Kegler/M. Stein in dem Katalog zur Ausstellung des Deutschen

Werkbunds, Frankfurt/M. "Vom Bauhaus bis Bitterfeld. 41 Jahre DDR-Design", Gießen 1991). Fernab von jedem bornierten Regionalismus geht dieses Konzept umgekehrt von der Erkenntnis aus, daß gerade unter den Bedingungen "globalisierter", aber eben nur lokal realisierbarer Kapitalstrategien diese nur durch die Mobilisierung regionaler Entwicklungspotentiale, durch "Politik, Wissen, Aktion und Kultur 'Vor Ort'" zu durchkreuzen sind. Als "nordöstliches Anhängsel des Katastrophen-Großraums Halle-Leipzig-Bitterfeld" ist die gleichwohl räumlich, historisch und wirtschaftlich klar gesonderte Region durch einen eigenartigen Widerspruch zwischen Industrie- und Kulturlandschaft geprägt: Die mit der Entstehung von Großkraftwerken wie von Rüstungs-, Chemie-, und Maschinenbaubetrieben erst Anfang dieses Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung der Region überformte eine im 18. Jahrhundert unter dem aufgeklärten Herzog von Anhalt-Dessau geschaffene und als "Gartenreich" weit über seine Grenzen hinaus berühmt gewordene Parklandschaft, deren Rekultivierung und von einem Gesamtkonzept eines ökologischen Umbaus der Region geleitete Erneuerung heute auf dem Spiel steht. Im Kampf gegen marktwirtschaftliche Sanierungsstrategien, nach denen Sachsen-Anhalt über "Entwicklungsgesellschaften" für Dienstleistungsbetriebe, über "Müllverbrennungs-Großanlagen" und zentrale Mülldeponien oder auch - gleich nebenan - ein "touristisches Zentrum" Dessau-Wörlitzer-Kulturlandschaft "führendes Industrieland" und "Marktführer in Europa" werden soll, setzt das Bauhaus-Projekt, dessen Titel bereits programmatischen Charakter hat,

auf die kollektive Austragung regionaler Widersprüche, um ausgleichende Verhältnisse zwischen Natur und Gesellschaft wie zwischen divergierenden gesellschaftlichen Interessenlagen herzustellen.

Das Buch gibt weder lediglich eine ästhetische Theorie der Manifestationen gesellschaftlichen Strukturwandels im Städtebau noch bildet es vorfindliche "Wirklichkeit" bloß ab. Was Apologeten des "Faszinosums" scheinbar naturwüchsiger Bodenspekulation, kraft derer "Städte sich selber bauen" (Michael Mönninger, FAZ vom 5.1.91), als eine von Helms verbreitete "Weltuntergangsstimmung" (FAZ vom 4.6.92) erscheinen mag, erkennen diejenigen, für die die verschlüsselten Großstadtimaginationen eines Vorgängers Mönningers im Feuilleton der Frankfurter Zeitung ihre Faszination behalten haben, als ein Verfahren nach Siegfried Kracauers methodischem Prinzip: "Die Wirklichkeit ist eine Konstruktion", und sie muß, um die Perspektiven ihrer möglichen Veränderbarkeit freizulegen, "von ihren Extremen her erschlossen werden" (zit. nach Hans G. Helms, Siegfried Kracauers Bemühen um die Reflexion konkreter Wirklichkeit ..., in: Weimarer Beiträge 1990, Heft 6). In der Tat verzichtet Helms in seinen "einleitenden Bemerkungen" strikt auf jeden Pragmatismus griffiger Rezepte gegen die Verheerungen aktueller kapitalistischer Stadtentwicklung. Stattdessen könnte die Beharrlichkeit, mit der er in den Vernetzungen, Knotenpunkten und Überlagerungen städtischer Funktionsräume die Komplexität von Herrschaftsverhältnissen dechiffriert, dazu beitragen, die Anstrengungen zu provozieren, derer es bedarf, "soll unsere Gesell-

schaft fortbestehen". Die "freivagierende" und zugleich "detektivisch ans Werk gehende Phantasie", ohne die die Bedingungen von Veränderung unbegreiflich bleiben, ist die des "operativen Schriftstellers", der es freilich erst in praktisch gewordener Kritik gesellschaftlicher Hegemonieverhältnisse zum "organischen Intellektuellen" (Antonio Gramsci) brächte. Daß bisher allenfalls Ansatzpunkte städtischer sozialer Bewegungen sichtbar sind, mindert indessen nicht die Dringlichkeit des Helmsschen Appells an den "kämpferischen Einsatz unge-

zählter Einzelner und Gruppen", ohne den eine "an den menschlichen Bedürfnissen gemessene urbane Wirklichkeit" nicht zu haben ist.

Soziale Bewegungen aber werden nur dann als Träger einer "behutsamen Modernisierung" auszumachen sein, wenn ihre strategischen Ziele und Organisationsformen nicht in Nostalgien sich erschöpfen, sondern die Ebene der "informatisierten Stadt" (Manuel Castells) und ihrer in dem Buch so eindringlich beschriebenen Wirkungsmechanismen erreichen werden.

Reinhard Schweicher

## Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffs Schmidt, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dr. Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 31.12.1993

## Autorinnen und Autoren

Dr. Joachim Becker - Wien, Politikwissenschaftler

Dr. Joachim Bischoff - Hamburg, Ökonom, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus", Mitglied des Z-Redaktionsbeirates

Henning Böke - Frankfurt/M., Philosoph, Doktorand

Ulrich Brinkmann - Marburg, Student der Politikwissenschaften, Mitarbeiter der Bildungsarbeit des DGB Hessen

Prof. Dr. Alexander Charlamenko - Moskau, Historiker, Hochschullehrer

Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Philosoph, Doktorand

Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates

Christian Götz - Düsseldorf, Publizist, Mitglied im VS, bis Herbst 1992 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Gewerkschaft HBV

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Horst Heininger - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates

Prof. Dr. Eric Hobsbawm - London, Sozialhistoriker

Hermann Jacobs - Berlin, Dipl. Wirtschaftler, Mitarbeiter in einem Stahlbaubetrieb

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Sabine Kebir - Berlin, Philosophin, Privatdozentin, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Vorsitzender des Forum Marxistische Erneuerung e.V.

Prof. Dr. Lothar Peter - Bremen, Soziologe, Hochschullehrer

Hans Jürgen Podszuweit - Hamburg, Doktorand

Dr. Heinz Schäfer - Griesheim b. Darmstadt, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist

Peter F. Schmitt - Flensburg, Wirtschaftswissenschaftler

Horst Schmitthenner - Frankfurt/M., Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall, Leiter der Abteilung Sozialpolitik

Thorsten Schulten - Marburg, Diplom-Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) an der Universität Marburg

Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph

Matthias Seifert - Marburg, Student der Politikwissenschaften, Mitarbeiter der Bildungsarbeit des DGB Hessen

Dr. Peter Strutynski - Kassel, Sozialwissenschaftler

Hans-Jürgen Urban - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik des Bundesvorstandes der IG Metall

Dr. Harald Werner - Bremen, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter des Bundesvorstandes der PDS, Mitglied des Z-Redaktionsbeirates

Hans Wunderlich - Ehningen (Baden-Württemberg), Journalist

## Veranstaltungsankündigung

### Nationalismus, Rassismus und die Linke

(Konferenz-Arbeitstitel)

**Veranstalter:** IMSF e.V. sowie isw - sozial-ökonomische Wirtschaftsforschung (München) und die Redaktionen von Sozialismus (Hamburg), SoFo - Sozialistisches Forum (Köln/Frankfurt/M.), Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Frankfurt/M.), Utopie kreativ (Berlin).

**Datum:** 8./9. Mai 1993

**Ort:** Frankfurt/M., Bürgertreff Bockenheim, Kurfürstenplatz

**Anmeldung:** IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/739 29 34

Es wird ein Tagungsbeitrag erhoben.

# Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ In Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Plattformabhängig
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Jahresabo 28 00 DM
- ★ Einzelheft 5 00 DM

Kostenloses Probeheft bei  
Sozialist

Im Korbchen 10 • 3400 Göttingen

Heft 5/92 - Oktober/November

u.a.: Rechtsextremismus,  
Asylpolitik, Internationales, Drogen

Heft 6/92 - November/Dezember

u.a.: SPD und Asyl, Jusos und SPD,  
Treuhandpolitik

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort